

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

71. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Montag, 27., und Dienstag, 28. November 1967

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968

Spezialdebatte

Beratungsgruppe I: Oberste Organe

Beratungsgruppe II: Bundeskanzleramt

Inhalt

Tagesordnung

Festsetzung (S. 5723)

Personalien

Krankmeldungen (S. 5722)

Geschäftsbehandlung

Präsident Dr. Maleta zur Bewilligung von

Fernsehaufnahmen (S. 5777 und S. 5800)

Unterbrechung der Sitzung (S. 5791)

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 5722)

Schriftliche Anfragebeantwortungen (S. 5722)

Ausschüsse

Zuweisung der Regierungsvorlage 652 und von

Berichten (S. 5722)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses
über die Regierungsvorlage (630 und 656
d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968
(650 d. B.)Generalberichterstatter: Dipl.-Ing. Fink
(S. 5723)

Spezialdebatte

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe I: Kapitel 01: Präsident-
schaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetz-
gebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof,
Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, und
Kapitel 06: RechnungshofBeratungsgruppe II: Kapitel 10: Bundes-
kanzleramt mit Dienststellen, und Kapi-
tel 70: StaatsdruckereiSpezialberichterstatter: Gabriele (S. 5725
und S. 5729)Redner: Peter (S. 2725), Glaser (S. 5730
und S. 5775), Czettel (S. 5734), Stohs
(S. 5741), Dr. van Tongel (S. 5744 und
S. 5802), Dr. Mussil (S. 5749), Dr. Kreisky
(S. 5753 und S. 5809), Robert Weisz (S. 5754),
Dr. Gruber (S. 5762), Dr. Hertha Firnberg
(S. 5765), Liwanec (S. 5769), Gratz (S. 5783),
Zeillinger (S. 5789, S. 5791 und S. 5806),
Bundeskanzler Dr. Klaus (S. 5800, S. 5808
und S. 5810), Dr. Pittermann (S. 5802),
Dr. Withalm (S. 5807), Bundesminister
Dr. Schmitz (S. 5808) und Probst (S. 5810)Entschließungsantrag Robert Weisz betreffend
Erhöhung der Witwenpension im öffentlichen
Dienst (S. 5759) — Ablehnung (S. 5810)
Annahme der Beratungsgruppen I und II
(S. 5810)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

651: Richterdienstgesetz-Novelle 1967 (S. 5722)

657: Abkommen mit Finnland über die Gleich-
wertigkeit der Reifezeugnisse666: Abänderung des Bundesgesetzes über den
sozialversicherungsrechtlichen Schutz der
den Präsenzdienst leistenden Wehrpflich-
tigen

667: 3. Ersatzleistungsgesetznovelle

668: Bergbauförderungsgesetz 1968 (S. 5722)

Berichte

des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr
1966 (Ergänzung) (S. 5722)des Bundesministeriums für Finanzen über
Jahrekreditüberschreitungen im 3. Vierteljahr
1967des Bundesministeriums für soziale Verwaltung
über die Amtstätigkeit der Arbeitsinspektro-
rate im Jahre 1966 (S. 5722)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Scrinzi, Melter und Genossen an die
Bundesregierung, betreffend die vom Europar-
at angenommene Empfehlung Nr. 502 (407/J)Dr. Scrinzi, Melter und Genossen an die
Bundesregierung, betreffend die vom Europar-
at angenommene Empfehlung Nr. 504 (408/J)Meißl und Genossen an den Bundesminister
für Finanzen, betreffend Erlassung näherer
gesetzlicher Vorschriften über die Zuteilung
von Bedarfszuweisungen der Bundesländer
an die Gemeinden (409/J)Meißl und Genossen an den Bundesminister für
Unterricht, betreffend Beeinflussung von
Lehrpersonen anlässlich der Personalvertre-
tungswahlen vom 30. November und 1. De-
zember 1967 (410/J)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Bauten und Technik
auf die Anfrage der Abgeordneten Robert
Weisz und Genossen (378/A.B. zu 380/J)des Bundesministers für soziale Verwaltung auf
die Anfrage der Abgeordneten Melter und
Genossen (379/A.B. zu 367/J)

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 69. und 70. Sitzung des Nationalrates vom 15. und 16. November 1967 sind in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Tull und Preußler.

Seit der letzten Haussitzung sind zwei Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Antragstellern übermittelt wurden. Diese Anfragebeantwortungen wurden vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Haberl, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Haberl:

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschluß vom 21. November 1967, Zl. 9795/67, über meinen Antrag gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 für die Dauer der zeitweiligen Verhinderung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie Vizekanzler Dr. Fritz Bock in der Zeit vom 26. bis 27. November 1967 den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Karl Schleiner mit dessen Vertretung betraut.

Hievon beehre ich mich mit dem Ersuchen um die gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Klaus“

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschluß vom 21. November 1967, Zl. 9796/67, über meinen Antrag gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 für die Dauer der zeitweiligen Verhinderung des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen Dipl.-Ing. Dr. Ludwig Weiß in der Zeit vom 26. bis 30. November und vom 7. bis 15. Dezember 1967 den Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Vinzenz Kotzina mit dessen Vertretung betraut.

Hievon beehre ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Klaus“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Ich bitte fortzufahren.

Schriftführer Haberl: Seitens der Bundesregierung sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, mit dem das Richterdienstgesetz abgeändert wird (Richterdienstgesetz-Novelle 1967 — RDG.-Novelle 1967) (651 der Beilagen);

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Finnland über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse (657 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den sozialversicherungsrechtlichen Schutz der den Präsenzdienst leistenden Wehrpflichtigen abgeändert wird (666 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Ersatzleistungen an öffentlich Bedienstete während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft neuerlich abgeändert wird (3. Ersatzleistungsgesetznovelle) (667 der Beilagen);

Bundesgesetz zur Sicherung des Bestandes von Kohlen- und Buntmetallerzbergbauen und zur Deckung von Aufwendungen für die Stilllegung einschlägiger Bergbaubetriebe (Bergbauförderungsgesetz 1968) (668 der Beilagen).

Ferner sind folgende Berichte eingelangt:

Ergänzung zum Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates im Jahre 1966;

Bericht des Bundesministeriums für Finanzen über Jahreskreditüberschreitungen im 3. Vierteljahr 1967;

Bericht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung über die Amtstätigkeit der Arbeitsinspektorate im Jahre 1966.

Präsident: Die soeben vom Schriftführer als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen werde ich gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung zuweisen.

Die in der letzten Sitzung zur Verlesung gebrachte Regierungsvorlage

652 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen neuerlich abgeändert wird (EGVG.-Novelle), weise ich dem Verfassungsausschuß zu.

Präsident

Die eingelangten Berichte weise ich zu wie folgt:

Ergänzung zum Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates im Jahre 1966 — dem Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft;

Bericht des Bundesministeriums für Finanzen über Jahreskreditüberschreitungen im 3. Vierteljahr 1967 — dem Finanz- und Budgetausschuß und den

Bericht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung über die Amtstätigkeit der Arbeitsinspektorate im Jahre 1966 — dem Ausschuß für soziale Verwaltung.

Gemäß § 38 Abs. 5 Geschäftsordnungsgesetz beantrage ich, auf die heutige Tagesordnung folgenden Verhandlungsgegenstand zu setzen:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlagen (630 und Zu 630 sowie 656 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 der Beilagen):

Generalbericht sowie Spezialdebatte über die

Beratungsgruppe I. Diese umfaßt: Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, Kapitel 06: Rechnungshof, und über die

Beratungsgruppe II. Diese umfaßt: Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, Kapitel 70, Staatsdruckerei.

Ich bitte jene Damen und Herren, die meinem Vorschlag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlagen (630 und 656 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen somit in die Tagesordnung ein und gelangen zur Beratung des soeben durch Beschluß des Nationalrates auf die Tagesordnung gesetzten Punktes.

Ich darf zu den Budgetverhandlungen folgendes bemerken:

Gemäß § 46 Abs. 2 Geschäftsordnungsgesetz habe ich festzustellen, welche Teile der Vorlage bei der Spezialdebatte für sich oder vereint zur Beratung und Beschlußfassung kommen.

Die Beratung in der Spezialdebatte wird nach Beratungsgruppen durchgeführt. Eine Aufstellung über die im Einvernehmen mit den Parteien vorgenommene Gruppeneinteilung ist allen Abgeordneten des Hauses zugegangen. Wird hiegegen ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Die Parteien sind weiter übereingekommen, von einer Generaldebatte Abstand zu nehmen. Dafür wird aber den Abgeordneten die Möglichkeit gegeben, anlässlich der gemeinsamen Verhandlung über die Gruppen I und II gegebenenfalls zu Fragen Stellung zu nehmen, die ansonsten Gegenstand der Generaldebatte wären. Die Debatte über die Gruppen I und II soll unter einem abgeführt werden. Wird gegen diesen meinen Vorschlag ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Die Abstimmung über die einzelnen Beratungsgruppen und die dazu eingebrachten Entschließungsanträge erfolgt, sobald die Debatte über eine Beratungsgruppe abgeschlossen ist.

Ich bitte nunmehr den Generalberichterstatter, Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Fink, seinen Bericht zu erstatten.

Generalberichterstatter Dipl.-Ing. Fink: Herr Präsident! Hohes Haus! Wir „Bergler“ sind es von Jugend auf gewohnt, uns mit harten Realitäten abzufinden, noch konkreter: Wir müssen mit solchen wohl oder übel zurechtkommen. Daher wollte ich mich auch nicht um den Bundesvoranschlag 1968 herumdrücken, und ich darf Ihnen nun einleitend einiges berichten.

Die Bundesregierung hat verfassungsgemäß den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1968 im Nationalrat eingebracht. Am 23. Oktober 1967 gab der Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz die Erklärung zur Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968, ab. In der 68. Sitzung der laufenden Gesetzgebungsperiode des Nationalrates am 27. Oktober 1967 wurde die Regierungsvorlage in erste Lesung genommen und sodann dem Finanz- und Budgetausschuß zur Vorberatung zugewiesen.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf besteht aus dem eigentlichen Bundesfinanzgesetz sowie den einen Bestandteil desselben bildenden Anlagen, und zwar dem Bundesvoranschlag (Anlage I) samt dessen Zusammenfassungen und Aufgliederungen (Anlagen I a bis I d) und dem Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, ferner dem Eventualvoranschlag (Anlage II) und dem Dienstpostenplan (Anlage III).

Weiters hat die Bundesregierung eine Regierungsvorlage betreffend „Druckfehlerberichtigungen und drucktechnische Korrekturen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 samt Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und Dienstpostenplan“ im Nationalrat eingebracht.

Dipl.-Ing. Fink

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1968 samt dessen Anlagen in der Zeit vom 6. November bis 22. November 1967 der Vorberatung unterzogen. Im Verlaufe der zwölf meist ganztägigen Sitzungen des Ausschusses wurden 52 Anträge gestellt. Die Anträge wurden zunächst von einem Unterausschuß vorberaten. Diesem Unterausschuß gehörten die Abgeordneten Dkfm. Androsch, Czettel, Gabriele, Grundemann-Falkenberg, Kulhanek, Machunze, Dr. Oskar Weihs, Weikhart, Dr. van Tongel und Pius Fink an.

Während der Budgetberatungen des Ausschusses ergriffen der Generalberichterstatter und 13 Spezialberichterstatter das Wort; ferner erfolgten mehr als 400 Wortmeldungen von Debattenrednern. Der Ausschuß tagte über 70 Stunden. Außerdem beantworteten der Präsident des Nationalrates, die Mitglieder der Bundesregierung und der Präsident des Rechnungshofes die an sie gerichteten Anfragen.

Der Personalaufwand ist um fast 11 Prozent höher veranschlagt, was vor allem auf die ganzjährige Auswirkung der mit 1. August 1967 erfolgten Bezugserhöhung für die aktiven Bediensteten und Pensionisten (+1830 Millionen Schilling), auf die Pauschalvorsorge für eine Bezugserhöhung (Besoldungsreform) im Jahre 1968 (+296 Millionen Schilling), auf die Einbeziehung der pragmatischen Bediensteten in die gesetzliche Pflicht-Unfallversicherung (+50 Millionen Schilling), auf einen höheren Bedarf auf Grund des Pensiongesetzes (+30 Millionen Schilling) und für Mehrleistungsvergütungen im Bereich des Unterrichtsressorts (+268 Millionen Schilling) sowie auf sonstige Maßnahmen (+627 Millionen Schilling) zurückzuführen ist.

Weiters verursachte eine Vermehrung der Dienstposten im Unterrichtsressort um 1346 Bundesbedienstete und 1926 Landesbedienstete Mehrausgaben von 268 Millionen Schilling.

Demgegenüber ergeben sich Minderausgaben aus der Überstellung des im Vorjahr bei der Bundesstraßenverwaltung im Personalaufwand veranschlagten Aufwandes für Bedienstete auf den Sachaufwand (—217 Millionen Schilling) sowie aus einer Personalverringerung bei den übrigen Ressorts um 1966 Dienstposten für Bundesbedienstete und um 600 Dienstposten für Landesbedienstete (—154 Millionen Schilling).

Der Sachaufwand — ohne Eventualvoranschlag — weist eine Steigerung um durchschnittlich 5,8 Prozent gegenüber dem laufenden Jahr auf. Hievon entfallen 15,5 Prozent auf den Verwaltungsaufwand, während bei

Anlagen die Gesetzlichen Verpflichtungen nur um 13,4 Prozent gestiegen, die Ermessenskredite aber sogar um 3,4 Prozent vermindert sind. Bei den Förderungsausgaben sind die Gesetzlichen Verpflichtungen um 26,1 Prozent höher veranschlagt, die Darlehen jedoch um 17,9 Prozent und die sonstigen Ermessenskredite um 0,3 Prozent niedriger. Bei den Aufwandskrediten beträgt die Steigerung der Gesetzlichen Verpflichtungen 8,2 Prozent, der Ermessenskredit der laufenden Gebarung 16,9 Prozent, während bei der Vermögensgebarung eine Verminderung um 99,4 Prozent vorgesehen ist.

Es gibt aber auch in diesem Bundesvoranschlag — und darauf möchte ich abschließend mehr zusammenfassend hinweisen — Erfreuliches. Hiefür nur einige Beispiele, sie können dann durch die Herren Spezialberichterstatter beziehungsweise durch die wertvollen Rednerinnen und Redner in diesem Hohen Hause noch beliebig ergänzt werden.

Wie ich zahlenmäßig schon nachweisen durfte, ist trotz der starken Erhöhung der Zahl der Posten im Unterrichtsministerium eine Gesamteinsparung von 620 Dienstposten möglich gewesen; das ist wohl seit 1945 das erste Mal.

Im Bereich der sozialen Ausgaben — wobei wir in einer Gegenüberstellung gegenüber jedem Staat verhältnismäßig nicht nur gut, sondern sogar sehr gut abschneiden — ist durch eine starke Ausgabenvermehrung ein neuer Höhepunkt erreicht worden.

Trotz dieser und anderer Ausgabenvermehrungen, wie etwa der Steigerung bei der Post, den Löhnen und Gehältern, konnte im Bereich Wissenschaft, Forschung, Erziehung und Unterricht die vorgesehene Dotierung so stark angehoben werden, daß mit einem Anteil von über 10 Prozent am Gesamtbudget eine Verhältniszahl erreicht wurde, wie dies, das sei rückblickend festgestellt, sogar seit 1945 noch nie der Fall war.

Der Grundhaltung des österreichischen Volkes entsprechend, wollen wir im Herzen Europas in diesem gewichtigen Anliegen auch über die Grenzen unseres vielliebten Österreichs hinaus allen dienlich sein.

Damit bekennen wir uns auch zu unserer weltweiten friedlichen Mission als neutraler Staat.

Hohes Haus! Um Ihre wertvolle Zeit nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen, darf ich im übrigen auf den vorliegenden ausführlichen Ausschlußbericht 630 der Beilagen verweisen.

Ich beantrage, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Ich danke für den Bericht.

Präsident

Wie schon erwähnt, soll von einer Generaldebatte Abstand genommen werden. Ich bitte daher jene Damen und Herren, die dem Antrag des Generalberichterstatters auf Eingehen in die Spezialdebatte ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Spezialdebatte**Beratungsgruppe I****Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei****Kapitel 02: Bundesgesetzgebung****Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof****Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof****Kapitel 06: Rechnungshof****Beratungsgruppe II****Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen****Kapitel 70: Staatsdruckerei**

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Spezialdebatte über die Beratungsgruppen I und II ein, die unter einem abgeführt wird.

Die Beratungsgruppe I umfaßt: Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, und Kapitel 06: Rechnungshof.

Die Beratungsgruppe II umfaßt: Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, und Kapitel 70: Staatsdruckerei.

Spezialberichterstatter zu beiden Beratungsgruppen ist der Abgeordnete Gabriele. Ich bitte um den Bericht.

Spezialberichterstatter **Gabriele:** Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlags für das Jahr 1968 in seiner Sitzung vom 6. November 1967 der Vorberatung unterzogen.

Für das kommende Jahr sind in der gegenständlichen Gruppe Ausgaben von insgesamt 153,392 Millionen Schilling vorgesehen. Hievon entfallen 47,737 Millionen Schilling auf persönliche und 99,126 Millionen Schilling auf sachliche laufende Ausgaben. Die Vermögensgebarung ist mit 6,529 Millionen Schilling dotiert. Gegenüber 1967 zeigt sich somit eine Gesamterhöhung von 8,767 Millionen Schilling. An Einnahmen werden insgesamt 2,803 Millionen Schilling erwartet. Dies bedeutet gegenüber 1967 eine Erhöhung um 146.000 S.

Hinsichtlich der Details in den angeführten Kapiteln verweise ich auf den ausführlichen gedruckten Ausschlußbericht.

In der Debatte ergriffen außer dem Spezialberichterstatter die Abgeordneten DDr. Pittermann, Dr. Withalm, Dr. van Tongel, Dr. Tull,

Robert Weisz, Dkfm. Androsch, Regensburger, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs, Dr. Broda, Glaser und Wielandner das Wort. Zu den aufgeworfenen Problemen nahmen der Präsident des Nationalrates Dr. Maleta, der Präsident des Rechnungshofes Dr. Kandutsch und Staatssekretär Dr. Gruber Stellung.

Bei der Abstimmung am 22. November 1967 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe I in der Fassung der Regierungsvorlage mit Stimmenmehrheit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt somit der Finanz- und Budgetausschuß den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, dem Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, dem Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, dem Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, und dem Kapitel 06: Rechnungshof, des Bundesvoranschlags für das Jahr 1968 (630 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die vorangegangenen Ausschlußberatungen waren ein Beweis dafür, daß der derzeitige Finanzminister ein wenig aufgeschlossener Gesprächspartner für die Abgeordneten dieses Hohen Hauses ist. Er hielt an seinen in der Budgetdebatte zum Ausdruck gebrachten Grundsätzen fest und war den in der Ausschlußberatung vorgetragenen Argumenten wenig oder gar nicht zugänglich. Wir Freiheitlichen haben in diesen Ausschlußberatungen neuerlich eine Regierungspartei kennengelernt, die mit wenig Einsicht den Auffassungen gegenübergetreten ist, die von den Oppositionsfraktionen dargelegt wurden.

Ja man unterstellte den Oppositionsparteien dieses Hauses im Laufe der Ausschlußberatungen sogar einmal, daß etwa die Absicht des Blockierens bestehen würde! Wir freiheitlichen Abgeordneten denken nicht daran, in dieser ersten Stunde des Vaterlandes die Verwaltung des Staates noch schwieriger zu gestalten, als sie derzeit bereits ist. Wir erwarten aber auch mit gutem Recht, daß die Regierungspartei angesichts der Schwierigkeiten, die uns allerorten begegnen, mit einer größeren Aufgeschlossenheit, als es bisher der Fall war, die Diskussion mit den Oppositionsfraktionen dieses Hohen Hauses führt.

Gerade die Regierungspartei ist es ja auch immer wieder gewesen, die die Staatsbürger zur Sparsamkeit aufforderte und diese Grundsätze

Peter

der Sparsamkeit nicht immer berücksichtigte. Erst die derzeitige drastische wirtschafts- und finanzpolitische Situation der Republik Österreich mußte die Bundesregierung mit aller Eindringlichkeit und aller Deutlichkeit an ein Wort gemahnen, das auch in heutigen Zeiten seine Gültigkeit nicht verloren hat: Sparsamkeit ist die Tochter der Weisheit, die Schwester der Mäßigung und die Mutter der Freiheit. Von der Sparsamkeit des Staates und seiner Verwaltung hängt letzten Endes auch das Schicksal und das Wohlergehen aller Bürger ab. Daher erachten wir Freiheitlichen es als notwendig, daß die Bundesregierung in dieser Lage der Republik Österreich mit weniger Voreingenommenheit als bisher jene Argumente prüft, die die Oppositionsfaktionen darlegen. Mit der Politik des Durchsetzens, wie wir sie seit dem 6. März 1966 in diesem Hohen Hause erleben, wird, auf weite Sicht gesehen, nicht das Auslangen gefunden werden können.

Zwischen uns Freiheitlichen und dem Herrn Finanzminister hat es in den letzten Wochen eine Diskussion darüber gegeben, ob er mit aller Offenheit und mit aller Vorsorge an die offenen Probleme der Finanzverwaltung des Staates herangegangen ist. Ich habe Herrn Dr. Schmitz gelegentlich den Vorwurf gemacht, daß er dann ein schlechter Finanzminister sei, wenn er die derzeitige Misere nicht vorausgesehen habe, und daß er ein nicht aufrichtiger Finanzminister sei, wenn er die Situation wohl vorausgesehen, sie uns aber in diesem Hohen Hause vorenthalten habe. Herr Doktor Schmitz begegnete diesem Vorwurf mit der Feststellung, er sei ein verantwortungsbewußter Finanzminister.

Herr Dr. Schmitz, ich will es dahingestellt sein lassen, ob Ihr Nachfolger über jene 40 Millionen Dollar-Anleihe glücklich sein wird, die Sie für 18 Monate mit einer Zinsbelastung von $7\frac{1}{8}$ Prozent aufgenommen haben. Ich lasse es dahingestellt, inwieweit diese Anleihebürde, die Sie zur Abdeckung des Haushaltes 1968 benötigen, ihre schwerwiegenden Folgen in das Jahr 1969 hinein haben wird.

Man sagt einem guten Finanzminister nach, daß er mit der Würde eines Erzbischofs, mit dem Lächeln eines Filmstars und mit der Haut eines Elefanten ausgestattet sein müsse. Die dicke Haut des Herrn Finanzministers ist uns aus den Ausschlußberatungen nicht fremd. Die Würde des Erzbischofs vertauschte er allerdings mit äußerster Zurückgezogenheit, wenn er auf die Argumente seiner Gegner eingehen sollte. Das Lächeln des Finanzministers kommt bei Herrn Doktor Schmitz dann zum Tragen (*Abg. Dr. Withalm:*

Drehen Sie sich um, Herr Kollege! Schauen Sie sich ihn an! — Bundesminister Doktor Schmitz lächelt und winkt dem Redner zu — Heiterkeit), wenn er sich in teuren, aber gar nicht schlecht gemachten Inseraten als der beste Schmitz, den es je gab, der Öffentlichkeit Österreichs darbietet.

Herr Finanzminister! Darf ich dem meine Meinung entgegenhalten. Ich sehe in Ihnen einen Menschen, der alles halb so schlimm oder doppelt so gut findet. (*Abg. Dr. Pittermann: Was er macht!*) Halb so schlimm ist das Defizit nach Ihrer Darlegung, halb so schlimm sind jene Steuererhöhungen, die Sie der Familie Österreicher auferlegen, halb so schlimm sind jene Preiserhöhungen, unter denen die Familie Österreicher ächzt und stöhnt. Doppelt so gut aber ist jene Finanzpolitik, die Sie, Herr Minister, auf Kosten der Steuerzahler in teuren Inseraten den Österreichern anpreisen. Auch die Inserate werden die Österreicher bezahlen, aber über die Inserate hinaus auch all jene Lasten, die Ihre Finanzpolitik der Öffentlichkeit und damit allen Bürgern Österreichs auferlegt.

Ich bin der Überzeugung, daß die harte Beurteilung der ÖVP-Regierungspolitik durch breite Schichten unserer Bevölkerung unter anderem darauf zurückzuführen ist, daß die Einparteienregierung die Erwartungen seit dem 6. März 1966 so unermesslich hoch geschraubt hat.

Nun mußten die Österreicher an Hand der wirtschaftlichen Rückschläge zur Kenntnis nehmen, daß sich die von der Österreichischen Volkspartei hochgeschraubten Erwartungen nicht realisieren lassen. Und jetzt, Herr Minister, ist nach Ansicht der Freiheitlichen jener Augenblick gekommen, wo man, ohne zu dramatisieren, aber doch mit dem gebotenen Ernst die Dinge beim Namen nennen sollte.

Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Erinnern Sie sich an Ihre im Zusammenhang mit dem 6. März 1966 sehr weit gespannten Versprechungen. Diese Erwartungen konnten Sie einfach nicht realisieren. Die ÖVP muß, ob das jetzt angenehm ist oder nicht, bleibe dahingestellt, auf den Boden der Realitäten zurückkehren. Und eine dieser Realitäten steht drohend vor allen Österreichern: Es ist die Frage, wie groß wird die Arbeitslosigkeit des Winters 1967/68 werden? Welche Schwierigkeiten und welche Probleme werden daraus für die Gesamtheit der Bevölkerung unseres Landes entstehen?

Wir sollten uns aber in dieser nicht einfachen Stunde des Vaterlandes auch der Tatsache bewußt sein, daß das österreichische Porzellan — lassen Sie mich diesen Ausdruck

Peter

wählen —, das jetzt in Brüche gegangen ist, seine Sprünge in der Zeit der 20jährigen schwarz-roten Koalition erhalten hat. Es ist nicht so, daß alle Schwierigkeiten Ausdruck der Entwicklung der letzten Monate sind. Die Schuld beider großen Parteien des Hauses für viele Versäumnisse ist nicht von der Hand zu weisen. (*Abg. Ing. Kunst: Das glauben Sie selber nicht!*) O ja, ich glaube es zum Unterschied von Ihnen, der Sie es nicht wahrhaben wollen. Die Hauptschuld der Österreichischen Volkspartei steht deswegen außer Zweifel, weil sie seit dem Jahre 1945 nicht nur den Regierungschef, sondern auch den Finanzminister stellt. Wollte aber die Sozialistische Partei den Versuch unternehmen, jede Mitschuld an den heutigen Zuständen in Österreich von sich zu weisen, dann würde sie damit einen Weg beschreiten, der im Gegensatz zu den Tatsachen steht.

Eine schwere Schuld der Österreichischen Volkspartei sehen wir Freiheitlichen seit dem 6. März 1966 unter anderem darin, daß die ÖVP-Regierung nicht nur eine monocolore ist, sondern auch eine Regierung, die sich vor allem auf den Monolog von der Regierungsbank aus beschränkt. Dieser Bundesregierung müssen wir Freiheitlichen den Vorwurf machen, daß sie noch immer zuwenig ins Gespräch mit ihren politischen Gegnern im Parlament getreten ist. Hier sehen wir einen notwendigen Ausbau der Beziehungen der Regierung zur Opposition im österreichischen Nationalrat. Der Nationalrat entbehrte bisher den tiefgreifenden konstruktiven und konzeptiven ernsthaften Gedankenaustausch zwischen der Regierung und den Oppositionsparteien.

Es sind nun einmal unbewältigte Koalitions-mißstände, die heute unserer Wirtschaft und damit auch vielen Bürgern unseres Landes zu schaffen machen. Von der Regierung vermissen wir bisher einen umfassenden mittelfristigen, seriösen Überblick über die finanzielle, wirtschaftliche und strukturelle Lage der Republik Österreich.

Uns Freiheitlichen gefällt ganz und gar nicht jener Zug, den die Vertreter der Regierungsfraktion in den letzten Wochen an den Tag gelegt haben. Immer dann, wenn die Diskussion mit der Regierungsfraktion in Gang ist und die Frage aufgeworfen wird, daß sich die Regierung schon wieder bei der Einnahmenerwartung verschätzt hat, daß die Länder und andere Gebietskörperschaften weit- aus zurückhaltender, weitaus vorsichtiger diese Einnahmenerwartungen beurteilen, hören wir von der Regierungsfraktion sehr rasch das Argument: Die Prognosen stimmten eben nicht, die Experten haben sich geirrt.

Nun sind wir Freiheitlichen der Meinung, daß sich eine Bundesregierung nicht allein an Hand des Expertenurteils ihre Meinung bilden darf, sondern daß eben die Eigenverantwortung der ÖVP-Regierung bei der Beurteilung der finanziellen und wirtschaftlichen Belange unseres Staates entsprechend ins Gewicht fallen muß. Ich empfinde es nicht nur als unelegant, sondern geradezu als wenig verantwortungsbewußt, wenn die ÖVP sagt, die Prognosen waren falsch, die Experten haben sich geirrt.

Herr Dr. Hauser! Wenn Sie bei dieser Auffassung bleiben, dann setzen Sie bitte Experten auf diese Regierungsbank und nehmen Sie Ihre politischen Vertreter zurück. Mann kann und muß sehr wohl das Expertenurteil bei der Analyse und bei der Einschätzung der Situation in Erwägung ziehen, darf sich aber keinesfalls — wie es jüngst von seiten der Österreichischen Volkspartei geschehen ist — auf die falschen Prognosen ausreden und die Verantwortung auf die Experten schieben. (*Abg. Dr. Hauser: Das hat aber niemand getan! — Rufe bei der FPÖ: Sie haben es getan!*) Sie, Herr Dr. Hauser, haben es getan. (*Abg. Dr. Hauser: Sie möchte ich reden hören, wenn die Regierung etwas anderes vorschlägt, als die Experten anraten! Dann möchte ich Sie reden hören!* — *Abg. Zeillinger: Wir nehmen zur Kenntnis, daß Schmitz kein Experte ist!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um den Monolog von der Rednerbank.

Abgeordneter Peter (*fortsetzend*): Es wird sehr einfach sein: Sie nehmen Ihre seinerzeitigen Ausführungen an Hand des stenographischen Protokolls her und widerlegen mich, wenn Sie der Meinung sind, ich würde Ihre Worte verdrehen. Ich bin überzeugt, daß ich sie sinngemäß richtig wiedergegeben habe.

Wenn wir aber die Lesart Dr. Hausers übernehmen sollten, dann laufen wir Gefahr, daß uns in eineinhalb Jahren von der Regierungsbank aus gesagt wird: Die 40 Millionen Dollar-Anleihe haben wir deswegen aufgenommen, weil eben die Experten dies empfohlen haben. Inzwischen haben sich aber die Realitäten als stärker erwiesen und diese Annahme widerlegt. Darum war die Aufnahme der 40 Millionen Dollar-Anleihe zum damaligen Zeitpunkt falsch.

Der unsoliden Gebarung der Bundesregierung muß man die zurückhaltende Gebarung einer Reihe von Gebietskörperschaften in Österreich gegenüberstellen. Ob es sich um sozialistisch geführte oder um von der ÖVP geführte Länder handelt, es wird in diesen Fällen eine wesentlich andere Finanz- und

Peter

Budgetpolitik betrieben als in diesem Hohen Hause durch die Österreichische Volkspartei.

Ich durfte bereits darauf verweisen, daß die Mitschuld der früheren Regierungspartei, der Sozialistischen Partei Österreichs, unter gar keinen Umständen übersehen werden darf. Denn diese damalige zweite Regierungspartei war es, die ihr ganzes Geschick und ihre ganze Kraft aufgeboren hat, um Österreich nicht in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, sondern in die kleine Freihandelszone zu führen. Österreich befindet sich heute in der Situation, daß sein EWG-Anteil nur noch 40 Prozent beträgt, während es immerhin möglich gewesen ist, den EFTA-Ausfuhr-Anteil auf 24 Prozent anzuheben. Anzuheben in einem Augenblick, in dem die Brüche im Gemäuer der EFTA immer klarer erkennbar werden.

Meine Herren der Sozialistischen Partei Österreichs! Wir erlebten jüngst in Straßburg eine Initiative Ihrer Fraktion zugunsten des Beitritts Englands in die EWG. Wir begrüßen diese Initiative des Abgeordneten Czernetz in Straßburg außerordentlich. Wir bedauern aber, daß der gleiche sozialistische Abgeordnete niemals eine Initiative zur Teilnahme Österreichs an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in jener Form und Intensität ergriffen hat, wie sie zugunsten Englands erfolgt ist.

Das offenbart die Grundhaltung der sozialistischen Fraktion dieses Hauses dem EWG-Problem und der Teilnahme Österreichs an der EWG gegenüber. Diese sozialistische Grundhaltung ist es, der wir Österreicher einen grundsätzlich falschen wirtschaftspolitischen Weg in den letzten Jahren verdanken. Für diese Fehlentscheidung hat zweifelsohne die sozialistische Seite dieses Hohen Hauses die Mitverantwortung zu tragen.

Niemand wird in Abrede stellen können, daß die Strukturängel unserer verstaatlichten Unternehmungen schon vor Jahren in einem bedrohlichen Maß zutage getreten sind. Als ich bei den Ausschüßberatungen gegenüber der SPÖ den Vorwurf erhob, daß die sozialistische Ressortführung der Unterkapitalisierung und ihrer Beseitigung zuwenig Augenmerk zugewendet habe, habe ich das Gegenargument zu Gehör bekommen, daß es ja nicht Sache der Ressortführung, sondern des Finanzministers gewesen wäre, diesem Übelstand zu steuern. Sicher tritt die Hauptverantwortlichkeit des Finanzministers in diesem Zusammenhang zutage. In gleicher Weise wäre es aber damals die Pflicht und Aufgabe der sozialistischen Ressortführung gewesen, dem Finanzminister die Hölle heiß zu machen, damit die notwendige Kapitalausstattung für die verstaatlichten Unternehmungen zeitgerecht erfolgt.

Mir scheint, daß sich die sozialistische Fraktion dieses Hohen Hauses im Augenblick auf einem sehr fragwürdigen Weg befindet. Sie ist auf dem besten Weg, Dinge zu versprechen, die sie dann nicht halten kann, wenn sie selbst die Regierungsverantwortung übernehmen müßte.

Die SPÖ hat es bis jetzt zu zwei ökonomischen Konferenzen gebracht. Diese zwei ökonomischen Konferenzen sind außerordentlich begrüßenswert; sie stellen aber in letzter Konsequenz nichts anderes als einen dringend gebotenen wirtschaftspolitischen Nachholbedarf der Sozialistischen Partei Österreichs dar. Der Inhalt, der in diesen ökonomischen Konferenzen erarbeitet wurde, wird bei weitem noch nicht in jenen Verantwortungsbereichen vollinhaltlich praktiziert, die von der Sozialistischen Partei und ihren Vertretern geführt werden.

Vom Standpunkt der Freiheitlichen Partei aus ist es notwendig, darauf zu verweisen, daß die Hauptschuld für die derzeitige angespannte wirtschaftliche und finanzielle Lage Österreichs der Österreichischen Volkspartei zufällt. Die Mitschuld der größeren Oppositionspartei dieses Hauses ist deswegen gegeben, weil die Sozialisten 22 Jahre hindurch mit der Österreichischen Volkspartei in der schwarz-roten Koalition die Mitverantwortung getragen und sich einmütig zu dieser Koalition bekannt haben.

Dem Herrn Finanzminister muß ich noch entgegenhalten, daß der Verlauf der Ausschüßberatungen uns Freiheitliche nicht davon überzeugen konnte, daß er alle Vorkehrungen getroffen hat, um jene Wachstumserwartungen zu erfüllen, die sich bis 1970 auf Grund der Prognosen der Expertenmeinungen als realistisch abzeichnen. Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß im Zusammenhang mit dem Bundesfinanzgesetz 1968 schwere, bedrohliche Sorgen entstehen, ob das Wirtschaftswachstum so ausgebaut und abgestützt werden kann, wie es im Interesse unserer Volkswirtschaft und auch aller Konsumenten notwendig ist. Die Dämpfung des Lohn- und Preisauftriebes, Herr Minister, wird mit dem Bundesfinanzgesetz 1968 nicht erreicht. Der Lohn- und Preisauftrieb wird vielmehr angeheizt. Um die Wachstumsraten sicherzustellen, muß die Investitionsrate angehoben werden. Herr Dr. Schmitz, sind Sie wirklich der Meinung, daß Ihre Finanzpolitik den Kapitalmarkt schon? Wir Freiheitlichen vertreten die Auffassung, daß Ihre Finanzpolitik den Kapitalmarkt zum Nachteil der privaten und der verstaatlichten Wirtschaft Österreichs belastet; 1968 weitaus mehr, als das 1967 der Fall ist.

Peter

Wir Freiheitlichen vermissen auch eine verstärkte Anpassung der Wirtschaftsstruktur an die geänderten Marktbedingungen. Hier fehlt ebenfalls die entsprechende Initiative der Bundesregierung.

Die Verstärkung der industriellen Dynamik sieht Professor Dr. Koren als eine der weiteren Voraussetzungen dafür an, daß die Wachstums politik progressiv sein kann. Wie aber die Verstärkung der industriellen Dynamik durchgeführt werden soll, das wird dem Nationalrat von der Regierung vorenthalten.

Die Beseitigung der Exportdiskriminierung ist nach wie vor ein Problem, weil eben die Integrationsfragen offen sind. Die Bundesregierung macht nach Ansicht von uns Freiheitlichen den Fehler, daß sie sich ausschließlich an den Schwierigkeiten und nicht auch an den erfreulichen Dingen der europäischen Wirtschaft orientiert, wie das zweifellos in Italien der Fall ist. Dort ist man rechtzeitig an die ausreichende Kapitalausstattung der verstaatlichten Unternehmungen herangegangen. Italien konnte 1967 auf ein Wirtschaftswachstum von 7 Prozent hinarbeiten und dieses auch sicherstellen.

Wir Freiheitlichen richten in dieser Stunde an die Bundesregierung den dringenden Appell, das Gespräch mit den Abgeordneten des Nationalrates offensiver zu führen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Wir bedauern außerordentlich, daß die Einseitigkeit des Denkens und Handelns vom Standpunkt der Regierung aus den bisherigen Verlauf der Budgetdebatte charakterisiert hat. Wir bedauern, daß von seiten der Regierung keine mittelfristigen Entwicklungsgrundsätze für die Wirtschaft vorgelegt worden sind. Wir bedauern, daß bis zur Stunde dem Hause keine ausreichenden Vorsorgen vorliegen, die geeignet wären, zur Beseitigung der Strukturprobleme unserer Wirtschaft beizutragen. Wir bedauern auch, daß die Einsparungsalternativen der Bundesregierung mangelhaft gewesen sind. Kläglich war, daß die Bundesregierung immer wieder mit der Forderung an die Oppositionsfractionen herangetreten ist, sie mögen doch eine Budget-Alternative vorlegen.

Ich wiederhole namens der freiheitlichen Fraktion abschließend: Ein Alternativbudget zu erstellen kann niemals die Aufgabe einer demokratischen Oppositionspartei sein. Diese Funktion vermag nicht einmal die große Opposition in England zu erfüllen, geschweige denn daß es bei den österreichischen Voraussetzungen möglich wäre.

Das Konzept für eine umfassende Verwaltungsreform ist die Regierung dem Nationalrat bis zur Stunde nach wie vor schuldig geblieben. Die Vorkehrungen für die Erlangung

der Europareife unserer Wirtschaft waren unzulänglich. Dem Nationalrat liegen keine Maßnahmen zur Lösung der offenen Integrationsprobleme vor.

Das Bundesfinanzgesetz 1968 gibt auch keine Antwort auf die Frage, ob die Bundesregierung an ihrem Integrationsziel festhält.

„Als ... negativ wirkender Faktor der Regierungspolitik stellt sich die unbedachte Haltung der Regierung gegenüber der europäischen Integration dar.“ Das ist ein schwerer Vorwurf, den die sozialistische Fraktion gegenüber der Bundesregierung erhebt. Wir Freiheitlichen erachten es für dringend geboten, daß die Volkspartei im Verlauf der Budgetdebatte endlich Klarheit darüber schafft, ob sie an dem Ziel der Teilnahme Österreichs an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft festhält oder ob die Bundesregierung die Absicht hat, das wirtschaftliche Integrationsziel Österreichs zu verändern.

Obwohl wir heute am Beginn der zweiten Lesung des Bundesfinanzgesetzes 1968 stehen, ist noch immer eine Reihe schwerwiegender Fragen offen beziehungsweise von der Bundesregierung so unbefriedigend beantwortet worden, daß das Vertrauen der Freiheitlichen in das Budget 1968 nicht größer geworden ist.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß der Finanzminister jene Ziele, die er in seiner Budgetrede dargelegt hat, mit dem Bundesfinanzgesetz 1968 nicht erreicht. Auf Grund dieser Überzeugung sind wir nicht in der Lage, dem Budget 1968 die Zustimmung zu erteilen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, muß ich feststellen, daß bisher nur zur Beratungsgruppe I berichtet worden ist. Ich ersuche daher den Spezialberichterstatler, den Bericht zur Beratungsgruppe II nachzuerstatten.

Berichterstatler Gabriele: Hohes Haus! Der Spezialbericht zu Beratungsgruppe II umfaßt die Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, und Kapitel 70: Staatsdruckerei.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe II zusammengefaßten Kapitel 10 und 70 des Bundesvoranschlags für das Jahr 1968 am 6. November 1967 der Vorberatung unterzogen.

Im Bundesvoranschlag sind für Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, für das Budgetjahr 1968 an Ausgaben insgesamt 240,405.000 S ausgewiesen. Von diesem Betrag entfallen auf die Personalausgaben 111,682.000 S und auf die sachlichen Ausgaben 128,723.000 S. Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1967 be-

5730

Nationalrat XI. GP. — 71. Sitzung — 27. November 1967

Gabriele

deutet dies eine Erhöhung beim Personalaufwand um 8,564.000 S und beim Sachaufwand um 13,141.000 S.

Der Mehrbedarf beim Personalaufwand ist im wesentlichen auf die Bezugserhöhung auf Grund der 17. Gehaltsgesetznovelle und der 13. Vertragsbedienstetengesetznovelle sowie der erstmaligen Veranschlagung von Dienstgeberbeiträgen zum Kinderbeihilfenfonds beim „Staatsarchiv und Archivamt“ und beim „Statistischen Zentralamt“ zurückzuführen, dem die Auswirkung der Verringerung des veranschlagten Standes um 34 Bedienstete gegenübersteht.

Die Einnahmen bei Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, werden im kommenden Jahr 14,788.000 S betragen, was eine Erhöhung um 2,630.000 S gegenüber dem Jahre 1967 bedeutet.

Unter Ansatz 1000 ist der Aufwand für die allgemeinen Sektionen des Bundeskanzleramtes, das sind die Sektionen I bis III, ausgewiesen. Das Erfordernis ist hier mit 109,998.000 S, das ist um 13,406.000 S höher als im Vorjahr, veranschlagt.

Hinsichtlich der Details verweise ich auf den ausführlichen gedruckten Ausschlußbericht.

Zu Kapitel 70: Österreichische Staatsdruckerei: Im Bundesvoranschlag der Österreichischen Staatsdruckerei sind für das Budgetjahr 1968 für den Personalaufwand 98,883.000 S und für den Sachaufwand 105,335.000 S, somit insgesamt 204,218.000 S, vorgesehen.

An der ausführlichen Debatte des Finanz- und Budgetausschusses über die Beratungsgruppe II beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr. van Tongel, Stohs, Robert Weisz, Sandmeier, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs, Weikhart, Skritek, Grundemann-Falkenberg, Ulbrich, Regensburger, Konir, Glaser, Dr. Tull, Wielandner und Jungwirth. Bundeskanzler Dr. Klaus sowie die Staatssekretäre Dr. Gruber und Dr. Koren nahmen zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 22. November 1967 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe II gehörenden Teile des Bundesvoranschlages unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit als Ergebnis seiner Beratungen den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, und dem Kapitel 70: Staatsdruckerei, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1968 (630 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Präsident: Wir fahren in der Rednerliste fort. Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Glaser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Glaser (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nachdem nun viele Wochen hindurch das Budget 1968 nicht nur im Finanz- und Budgetausschuß des Nationalrates, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wurde, stehen wir heute am Beginn der letzten Phase der Beratung über das Bundeshaushaltsgesetz 1968. Es erscheint mir daher angebracht, nüchtern, klar und sachlich einige Feststellungen zu treffen, dies umso mehr, weil der wesentliche und positive Inhalt des Budgets 1968 meiner Ansicht nach viel zuwenig bekannt ist.

Zu den Hauptaufgaben einer verantwortungsvollen Politik gehört die Sicherung der Arbeitsplätze und damit die Erhaltung einer möglichst hohen Beschäftigtenzahl. Wie sieht es nun in dieser Hinsicht in Österreich und in anderen Staaten aus? — Derzeit gibt es in Österreich bei einem Stand von rund 2,409.000 Beschäftigten nur 52.000 vorgemerkte Arbeitsuchende. In dieser Ziffer sind auch noch die nur bedingt vermittlungsfähigen Personen enthalten. In einer anderen Relation dargestellt, heißt dies, nur knapp 7 Promille unserer Mitbürger sind als arbeitssuchend vorgemerkt. In England hingegen gibt es derzeit bei einer Einwohnerzahl von rund 51 Millionen 600.000 Arbeitslose, das sind also etwa 12 Promille der Bevölkerung oder unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl fast doppelt soviel wie in Österreich. Die Zunahme der Arbeitsuchenden im Monat Oktober 1967, verglichen mit dem Oktober 1966, betrug in Österreich nur 13 Prozent, in England jedoch fast 44 Prozent, in Finnland 95 Prozent, in Schweden 135 Prozent, in der Bundesrepublik Deutschland 146 Prozent und in Dänemark sogar mehr als 250 Prozent.

Wenn man sich diese Ziffern vor Augen führt, wird jedem objektiv urteilenden Kritiker klar, daß sich Österreich bisher in einem beachtlichen Ausmaß vor einer weltweiten negativen Entwicklung schützen konnte. Im Rahmen der Österreich gegebenen Möglichkeiten wird auch für 1968 von der Regierung und von der Mehrheit des Parlaments alles getan, diese im Vergleich mit anderen Staaten erfreuliche Entwicklung fortzusetzen.

Wenn gerade im Laufe der letzten Wochen so viel von Opfern und Verzicht gesprochen wurde, so sei einmal darauf hingewiesen, daß im Durchschnitt jeder Staatsbürger und jede Gruppe und Sparte unserer Bevölkerung auch 1968 zumindest das erhalten wird, was bisher

Glaser

vorgesehen war; in den meisten Fällen konnte eine beachtliche Erhöhung und Verbesserung vorgenommen werden.

Einige Beispiele sollen die Richtigkeit meiner Behauptung beweisen:

Für den Wohnungsbau stehen 1968 mehr als 4 Milliarden Schilling zur Verfügung, das sind 670 Millionen Schilling mehr als im heurigen Jahr.

Für den Straßen- und Autobahnbau sind ebenfalls 4280 Millionen Schilling, das sind 390 Millionen Schilling mehr als 1967, vorgesehen. *(Zwischenruf des Abg. Melter.)*

Bei den Bundesbahnen kann das Investitionsprogramm, wie die Beschaffung neuer Güterwaggons, neuer Triebfahrzeuge, Elektrifizierung und so weiter, fortgesetzt werden.

Investitionen auf dem Fernmeldesektor im Ausmaß von rund 1 Milliarde Schilling sichern den Ausbau des Telephonnetzes. Auch im Budget der Unterrichtsverwaltung ist eine Erhöhung von mehr als 1 Milliarde Schilling feststellbar, wodurch insbesondere auch eine Vermehrung der Zahl der Professoren und des wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen und der Dienstposten für die Professoren an den höheren Schulen vorgenommen werden kann.

Für Familienbeihilfen werden 1968 um 600 Millionen Schilling mehr als heuer zur Verfügung gestellt werden.

Das Sozialbudget ist das höchste, das es bisher in Österreich gab.

Alle Rentner und Pensionisten erhielten im ersten Jahr der ÖVP-Alleinregierung bereits mit 1. Jänner 1967 eine Erhöhung ihrer Pensionen um 8,1 Prozent, mit 1. Jänner 1968, im zweiten Jahr der ÖVP-Alleinregierung, wird eine Erhöhung der Pensionen im Ausmaß von 6,4 Prozent vorgenommen. *(Abg. Melter: Was ist mit den Preiserhöhungen?)* Besonders erfreulich ist, daß auch die Kriegsoffer in den Genuß dieser Erhöhung kommen werden. Das Parlament wird im übrigen in wenigen Tagen neben anderem auch eine Lockerung der Ruhensbestimmungen für Pensionisten beschließen.

Verehrte Damen und Herren! Für den bisherigen Teil meiner Ausführungen galt das, was in einem Wienerlied so schön mit dem Satz dargestellt wird: „Sehn's, das ist die Wirklichkeit.“ Wenn ich nämlich jetzt eine Extraausgabe der Sozialistischen Rentnerorganisation vom Oktober dieses Jahres zur Hand nehme und dabei einen Auszug aus einem Brief des Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Dr. Kreisky zitiere, so gilt jener zweite Teil des vorher erwähnten Wienerliedes, der da lautet: „... und jetzt folgt der

Tratsch.“ Obwohl Dr. Kreisky genauso wie mir diese Renten- und Pensionserhöhungen bekannt sind, schreibt er trotzdem an die alten Mitbürger, vor den Wahlen hätte sich Bundeskanzler Dr. Klaus an die Rentner und Pensionisten gewandt und viel versprochen, aber in den eineinhalb Jahren der ÖVP-Alleinregierung sei allen klargeworden, daß die Regierung für die alten Leute nichts übrig habe, ja Dr. Kreisky meinte, sagen zu müssen, die Existenz der Pensionisten sei ernsthaft bedroht. Meine Damen und Herren! Wirklichkeit verglichen mit sozialistischer Behauptung! Ich werde noch mehrmals auf den Unterschied zwischen dieser Wirklichkeit und der sozialistischen Propaganda zu reden kommen.

Ich darf bei dieser Gelegenheit auch ganz kurz auf den Minderheitsbericht der sozialistischen Abgeordneten — freundlicherweise ist mein geschätzter Herr Vorredner darauf schon eingegangen und hat mir einiges vorweggenommen — zu sprechen kommen. Wer den Minderheitsbericht, der uns nun vorliegt, etwa mit jenem vergleicht, den die sozialistischen Abgeordneten vor einem Jahr vorgelegt haben, der kann ohne Übertreibung zunächst eines feststellen: Er ist auf alle Fälle wesentlich schlechter als der im Vorjahr. *(Zwischenruf.)* Er ist eine Sammlung negativer Kritik, eine Phrasendrescherei, und es ist nichts drinnen, was man als wirklich konstruktiven Beitrag oder Vorschlag bezeichnen könnte.

Ja noch etwas: Am Schluß steht dann zu lesen: „Deshalb werden die Sozialisten ihre Alternativen zu dieser Politik nicht mehr der ÖVP-Regierung, sondern im Laufe des Jahres 1968 dem österreichischen Volk vorlegen.“ Meine Damen und Herren! Die politischen Entscheidungen fallen in diesem Hause, und ich würde es sehr bedauern, wenn politische Entscheidungen von hier — ich weiß nicht — in Wirtshausversammlungen oder sonst wohin verlagert werden sollten. *(Abg. Hartl: Oder auf die Straße!)*

Ich darf zum Budget zurückkommen und zunächst einmal auch noch darauf hinweisen, daß in diesem Budget für den öffentlichen Dienst im kommenden Jahr rund 3 Milliarden Schilling mehr für Gehälter, Nebengebühren, Mehrleistungsentschädigungen und so weiter vorgesehen sind als 1967. Die am 1. August dieses Jahres in Kraft getretene Erhöhung der Gehälter um 7 Prozent und das für mehrere Jahre am 24. Juli dieses Jahres zustandegewordene Übereinkommen sichert ein zwar langsames, aber beachtliches Anwachsen des Einkommens jedes einzelnen öffentlich Bediensteten. Ich kann es mir nicht ersparen, darauf hinzuweisen, daß die Sozialisten zwar

Glaser

sehr lautstark, vor allem in den Gewerkschaften, für höhere Gehälter plädiert haben, im Parlament die sozialistischen Abgeordneten jedoch gegen die finanzielle Bedeckung dieser Gehälter gestimmt haben. Im übrigen wird mein Parteifreund Stohs auf jene Probleme, die vor allem den öffentlichen Dienst betreffen, noch ausführlich zu sprechen kommen.

Noch etwas sei hier ruhig und sachlich festgestellt: Für die Sicherung der Arbeitsplätze sind entsprechende Investitionen unerlässlich. Diese Ansicht haben bisher auch viele Sozialisten vertreten. Wenn es aber darum geht, die finanziellen Voraussetzungen für diese Investitionen zu schaffen, dann stimmen die Sozialisten dagegen. Ich erinnere an das Energieanleihegesetz, das zum Beispiel den Aus- und Weiterbau des Donaukraftwerkes Wallsee und der Zemm-Kraftwerke sichert. Diese beiden Großbauvorhaben bieten Tausenden Mitbürgern Arbeitsplätze, die von der Volkspartei gegen die Stimmen der sozialistischen Abgeordneten gesichert werden konnten. In Erinnerung rufen darf ich auch noch das Gesetz, das den letzten Ausbau der Felbertauernstraße sichert. Auch in diesem Fall stimmten die sozialistischen Abgeordneten — auch jene der Bundesländer Salzburg und Tirol — gegen die finanzielle Bedeckung.

Ich glaube schon, daß derjenige, der täglich eine andere Forderung oder zumindest einen anderen Vorschlag erfindet, als guter Mann dastehen will, aber ich glaube, daß in der Bevölkerung jener als der bessere gilt, der nicht nur einen guten Vorschlag hat, sondern der auch dafür sorgt, wie dieser gute Vorschlag erfüllt, wie er in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Das hat die Bevölkerung in Salzburg gezeigt, Herr Glaser! — Zwischenrufe der Abgeordneten Zeillinger und Melter.)*

Nun noch ein sehr offenes Wort zum Defizit des zur Beratung stehenden Budgets. Dieses Defizit stellt zweifellos einen Griff in die Zukunft dar *(Abg. Zeillinger: In die Taschen der Steuerzahler!)*, einen Griff, der aber meiner Meinung nach verantwortet werden kann, sollen doch gerade mit diesem Budget Leistungen vollbracht werden, von denen auch noch in zehn, zwanzig und dreißig Jahren die Österreicher profitieren werden.

Ich darf an dieser Stelle einen Unterschied zwischen dem Verhalten eines privaten Unternehmers und dem der öffentlichen Hand klarlegen. In einer Zeit einer Konjunkturfalte wird sich ein Unternehmer einschränken, er wird die Produktion drosseln und dergleichen mehr. Der Staat, die öffentliche Hand, muß genau das Gegenteil machen, denn würde sich der Staat genauso verhalten, dann wäre

das selbstverständlich der Beginn einer Katastrophe. *(Zwischenruf des Abg. Melter.)* Unser Budget sieht eben vor, daß gewaltige Impulse in die österreichische Volkswirtschaft durch die verschiedenen Investitionen und sonstigen Vorschläge und Ansätze gegeben werden können.

Im übrigen darf ich, um auch hier der Wahrheit die Ehre zu geben, darauf hinweisen, daß der Abgang, der durch Anleihen und Kredite zu decken ist, relativ kleiner als dies beispielsweise 1959 der Fall gewesen ist.

In der Öffentlichkeit wurde gerade in den letzten Wochen wiederholt die Frage aufgeworfen, warum denn der Staat in den hinter uns liegenden fetten Jahren nicht für entsprechende Rücklagen und Reserven gesorgt hat. Die Antwort darauf ist nicht erfreulich, aber auch sie entspricht der Wahrheit: Für jede 1000 S, die in den vergangenen Jahren an Mehreinnahmen oder Ersparnissen erzielt wurden, gab es mindestens ein Dutzend neuer Vorschläge und Forderungen, und wir alle haben im Parlament der Koalitionszeiten auf Jahre im vorhinein über Einnahmen, die noch gar nicht vorhanden waren, bereits bindende gesetzliche Beschlüsse gefaßt. *(Abg. Dr. van Tongel: Wir alle nicht, sondern Sie!)*

Im übrigen ist das gesamte Budget bereits zu mehr als 85 Prozent durch gesetzliche Bindungen fixiert. Die Bildung von Schwerpunkten, die Initiierung wichtiger Maßnahmen ist dadurch natürlich sehr begrenzt.

Darf ich noch etwas anführen, was mir im Zusammenhang mit diesem Budget beachtenswert erscheint. Von Jahr zu Jahr sah der Dienstpostenplan eine stets steigende Zahl von öffentlich Bediensteten vor. Für das Jahr 1968 ist es erstmals gelungen, die Zahl der Dienstposten um 620 zu reduzieren, obwohl allein im Unterrichtsressort 1346 Dienstposten mehr als heuer zur Verfügung stehen werden; darunter befinden sich 700 neue Dienstposten für unsere Hochschulen. *(Ruf bei der FPÖ: Werden sie besetzt?)* Diese Änderung ist ein zwar bescheidener, aber doch erkennbarer Ansatz einer Verwaltungsreform und sicherlich damit auch ein Erfolg des Herrn Staatssekretärs Dr. Gruber.

Bevor ich nun auf ein anderes Thema übergehe, gestatten Sie mir noch ein paar Bemerkungen zu unserer Währung. Vor kurzem wurde die Welt aufgeschreckt durch die von einer sozialistischen Regierung vorgenommene Abwertung des englischen Pfunds. Wie verhält es sich nun mit der österreichischen Währung? Wie fest, wie hart ist sie? Ich lasse hiezu einen unverdächtigen Zeugen sprechen. Das Informationsblatt der BAWAG, der „Bank für Arbeit und Wirtschaft“,

Glaser

vielleicht noch besser bekannt unter dem früheren Namen „Arbeiterbank“, also, Herr Kollege Weikhart, eines Geldinstitutes, das zu einem sehr großen Teil der Sozialistischen Partei gehört (Abg. Weikhart: Das hat mit der Partei gar nichts zu tun! — Abg. Dr. Pittermann: Leider nicht!), eines Geldinstitutes, das man als die größte nichtverstaatlichte Bank bezeichnen kann. (Ruf bei der SPÖ: Herr Kollege, Sie irren, die BAWAG gehört nicht der Sozialistischen Partei!) In diesem Informationsblatt heißt es in der letzten Ausgabe auf Seite 15 unter anderem — Sie können es hier nachlesen —:

„Wie aus einem Untersuchungsbericht über einige wichtige Währungen im Jahre 1966 hervorgeht, ist der österreichische Schilling die stabilste Währung der Welt.“ Meine Damen und Herren, Sie haben richtig gehört: die stabilste Währung der Welt! (Abg. Benya: Das möchte ich für 1967 auch hören!) Der Schilling verzeichnete — Herr Präsident Benya — im Jahre 1966 nur eine Wertminderung von 2,3 Prozent. (Abg. Benya: Heuer 4,3 Prozent!)

Das steht in jener Schrift, die von der BAWAG herausgekommen ist, wo ja gerade Sie einen sehr maßgebenden Einfluß haben. 2,3 Prozent Wertminderung! Das heißt, daß in allen anderen Ländern der Welt die Wertminderung höher gewesen ist als bei uns in Österreich! (Abg. Benya: Herr Kollege, das möchte ich für 1967 auch sagen können!) Ich glaube, daß diese Tatsache ein objektiveres Urteil über unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik darstellt als Kreisky-Reden und sozialistische Propagandabroschüren.

Im übrigen, wie „schlecht“ die wirtschaftliche Situation in Österreich seit der ÖVP-Regierung ist, geht ja unter anderem auch daraus hervor, daß beispielsweise unsere Sparanlagen in den diversen Geldinstituten vom September 1966, damals waren es 74,5 Milliarden Schilling, auf 84,5 Milliarden Schilling im September 1967, also innerhalb eines Jahres um 10 Milliarden Schilling, angestiegen sind. Ein Beweis des Vertrauens der österreichischen Bevölkerung in die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung! Und um nochmals zu sagen, wie „schlecht“ es in Österreich ist (Abg. Weikhart: Wahlen zeigen das Vertrauen zur Bundesregierung!), Herr Staatssekretär a. D. Weikhart: Innerhalb der relativ kurzen Zeit von 1½ Jahren ÖVP-Alleinregierung wurden in Österreich rund 150.000 neue Personenkraftwagen zugelassen; von den Fernsehgeräten, Kühlschränken et cetera gar nicht zu reden. Ich glaube, daß das besser ist ... (Abg. Weikhart: 1½ Jahre lang hat die Bundesregierung eins

nach dem anderen auf den Deckel gekriegt, gestern wieder!) Wie haben Sie gesagt? (Abg. Weikhart: Auf den Deckel hat die ÖVP eine gekriegt! Regelmäßig, gestern wiederum!) Herr Kollege! ... (Abg. Weikhart: Nicht nur in Salzburg, auch in Niederösterreich!) Auf den Zwischenruf ... (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Weikhart.) Also bitte, sind Sie fertig? (Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Auf den Zwischenruf warte ich ja schon die ganze Zeit. Ich danke Ihnen sehr. (Ruf bei der SPÖ: Der Landesparteiobmann von Salzburg will sich entschuldigen!) Darf ich wieder reden? — Jetzt darf ich wieder reden, und ich würde Ihnen empfehlen, Sie melden sich auch zum Budget, denn gegenseitiges Anhören gehört zu einer demokratischen Auseinandersetzung.

Seit 1945 haben siebenmal Nationalratswahlen stattgefunden. Vergleichen wir das einmal mit einer sportlichen Auseinandersetzung; wir beide sind ja auf anderen Gebieten auch sportlich tätig, daher können wir das ohneweiters machen. Siebenmal haben wir die Nationalligameisterschaft gewonnen, das letzte Mal mit einem Vorsprung von 11 Punkten. Und jetzt haben bei einem Städtecup einmal Sie den Ersten gemacht; schon deshalb, damit Sie das Leben auch in Zukunft freut. (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.) Wesentlich ist, Herr Kollege Weikhart, wer die nächste Nationalligameisterschaft im Jahre 1970 gewinnt. (Abg. Weikhart: Wir sind zuversichtlich wie Rapid!)

Meine Damen und Herren! Darf ich jetzt einen Gedankensprung machen und zu einem anderen Thema kommen, vor allem zum Kapitel Oberste Organe.

Seit dem 6. März 1966 gibt es in Österreich die klassische Form der parlamentarischen Demokratie: Regierung und Regierungspartei auf der einen, Oppositionspartei auf der anderen Seite. Allein dadurch ist die Bedeutung des Parlaments ungeheuer gewachsen, und die so oft geforderte Aufwertung des Parlaments ist damit automatisch vollzogen worden. Zahl und Dauer der Sitzungen, Herr Kollege Peter, stehen in keinem Verhältnis zu jenen der Gesetzgebungsperioden in der sogenannten Koalitionszeit. Daß zuwenig diskutiert wird, kann man wirklich nicht behaupten, aber, meine Damen und Herren von den Oppositionsparteien, zum Arbeiten müssen Sie der Regierung und auch der Regierungspartei noch Zeit lassen.

Die Inanspruchnahme jedes einzelnen Abgeordneten hat ein in früheren Jahren undenkbares Ausmaß erreicht. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir die Frage aufzuwerfen, ob nicht eine Änderung der Arbeits-

5734

Nationalrat XI. GP. — 71. Sitzung — 27. November 1967

Glaser

weise des Nationalrates überlegt werden sollte, so wie im übrigen auch der Bundesrat bereits entsprechende Vorbereitungen getroffen hat. Neben der Tätigkeit in Wien hat doch jeder Abgeordnete auch in seinem Wahlkreis viel Arbeit zu leisten, auf die unter keinen Umständen verzichtet werden kann. So wie es in der modernen Wirtschaft selbstverständlich ist, rationell zu arbeiten, so sollte meiner Meinung nach auch bei unseren Beratungen erstens terminmäßig wesentlich konzentrierter und zweitens nach einem auf möglichst lange Frist erstellten Terminplan, der aber unter allen Umständen einzuhalten ist, gearbeitet werden.

Der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Herr Dr. Hermann Withalm, hat schon im Finanzausschuß bei den Beratungen vorgeschlagen, monatlich etwa eine Woche für Ausschußberatungen, eine Woche für Plenarsitzungen und einige Tage für allfällig notwendige Beharrungsbeschlüsse zu reservieren. Der Rest der Zeit, es würde sich um etwa 8 bis 10 Wochentage im Monat handeln, wäre den Abgeordneten auf diese Weise für die Arbeit in ihrem Wahlkreise vorbehalten.

Dieser Vorschlag hätte unter anderem auch den Vorteil, daß die nicht in der Bundeshauptstadt oder in der näheren Umgebung wohnenden Abgeordneten für die Teilnahme an einer Ausschußsitzung oft mehr Zeit für An- und Abreise benötigen, als die Sitzung selbst dauert. Eine entsprechende Arbeitsökonomie liegt zweifellos auch im Sinne eines parlamentarischen Stils.

Noch etwas, meine Damen und Herren, lassen Sie mich bei Beratung dieses Kapitels sagen: Immer noch bewährt sich das Parlament als wirksamer Faktor der Öffentlichkeit, des politischen Geschehens. Es stellt eine der stärksten Garantien der demokratischen Staatsform überhaupt dar. Das Parlament ist die unentbehrliche legitime Brücke zwischen Regierung und öffentlicher Meinung. Die Verantwortung, die damit die 165 Abgeordneten als einzelne und in ihrer Gesamtheit vor der Öffentlichkeit haben, ist ungeheuer. Daher muß das Auftreten des Parlaments in der Öffentlichkeit und der Stil der parlamentarischen Beratung diesen Forderungen angepaßt werden. Unter diesem Gesichtspunkt sind wohl auch die Ordnungsbestimmungen der Geschäftsordnung, die §§ 83 bis 85, zu sehen, denn sie sollen diese Aufgabe garantieren.

Wenn von der Würde des Hauses gesprochen wird, so muß sich das auch auf das Verhalten der Abgeordneten vor der Öffentlichkeit beziehen. Durch Rundfunk und Fernsehen wird heute dieses Parlament der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht, durch Rundfunk

und Fernsehen repräsentiert das Parlament heute die oberste Volksvertretung. Wiederholt ist von der staatsbürgerlichen Jugend-erziehung gesprochen worden. Wenn die Form unserer demokratischen Auseinandersetzungen nicht einen entsprechenden Stil hat, ist die staatsbürgerliche Jugend-erziehung gefährdet.

Meine Damen und Herren! Die Auseinandersetzung kann und soll hart sein, aber in zivilisierter Form, Ausdrucksweise und Sprache erfolgen. Die Anforderung an die Abgeordneten, würdigste Vertreter demokratischer Lebensform zu sein, muß unwidersprochen bleiben. Es kann nicht angehen, bei allen Feiern darauf hinzuweisen, wie stolz wir auf 60 Jahre allgemeines Wahlrecht oder auf 50 Jahre demokratische Republik sein können, wenn wir nicht ständig die Erfüllung dieser Aufgabe an uns selbst überprüfen.

Daß die protokollarische Stellung der Abgeordneten auch von der Bundesregierung mehr als in früheren Koalitionszeiten beachtet beziehungsweise verbessert werden sollte, wurde ebenfalls schon bei den Ausschußberatungen von Sprechern aller drei Parteien zum Ausdruck gebracht. Unsere Republik soll nicht nur durch Organe der Verwaltung, sondern auch durch Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften repräsentiert werden. *(Zwischenruf des Abg. Melter.)*

Die Österreichische Volkspartei wird den zur Beratung stehenden Kapiteln selbstverständlich ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Czettel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Czettel (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner von der ÖVP hat mit ein paar Worten auf die Stabilität des Schillings Bezug genommen und sich auf Äußerungen des derzeitigen geschäftsführenden Präsidenten der Nationalbank berufen *(Abg. Glaser: Das ist nicht wahr, ich habe die BAWAG zitiert!)*, wobei er meinte, daß im Gegenteil zur österreichischen Situation in England eine Labour-Regierung offenbar eine Politik betreibt, die zur Entwertung des Geldes führt.

Kollege Glaser, Sie verwechseln hier die Ursachen mit den Wirkungen. Ich glaube, man muß Ihnen darauf eine Antwort geben. Daß es in England so weit gekommen ist, ist nicht die Schuld der Labour Party, sondern das ist das Erbe einer konservativen Wirtschaftspolitik. *(Ironische Heiterkeit und Widerspruch bei der ÖVP.)* Sie wissen genau, daß die Labour Party, als sie in England die Mehrheit bekam, eine Notenbank vorgefunden hat *(Abg. Mayr: Kollege Czettel, wollen Sie vor-*

Czettel

bauen? — *Abg. Glaser: Lesen Sie doch, was der Kreisky dazu gesagt hat!*), in der einige hundert Millionen Pfund Sterling Gold- und Devisenreserven vorhanden waren.

Wenn wir heute in Österreich Gold- und Devisenreserven in der Größenordnung von etwa 30 Milliarden Schilling haben, dann ist das wahrhaftig nicht Ihr Verdienst. Das ist das Erbe aus einer Zeit, in der die Sozialisten noch in der Regierung waren; ich mache Sie darauf aufmerksam. *(Beifall bei der SPÖ. — Heiterkeit bei der ÖVP.)* Natürlich lachen Sie über derartige Tatsachen. Sie können aber versichert sein: Wenn Ihre Wirtschaftspolitik, die Sie seit dem April des vergangenen Jahres machen, so weitergeht, dann laufen wir wirklich Gefahr, daß wir in eine ebensolche Situation kommen wie die, in der die Labour Party in England die Mehrheit übernehmen mußte. Seien Sie versichert: Wir werden auch weiterhin alles daransetzen, daß durch Ihre Politik nicht der gleiche Zustand entsteht, der leider das englische Volk zurzeit sehr ernsthaft bewegt. Das wollen wir mit aller Deutlichkeit feststellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Kollege Hauser und Kollege Glaser! Sind Sie wirklich der Meinung, daß die Gold- und Devisenreserven, die wir heute haben und die den Schilling decken, Ihr Erfolg sind? — Das ist doch eine Substanz, die mühselig im Laufe von zwei Jahrzehnten gebildet worden ist. Gaukeln Sie den Menschen nicht etwas vor, was Sie ganz im Gegenteil im Begriffe sind, zu vernichten. Seien Sie versichert: Die Menschen werden immer mehr auf all das draufkommen, was Sie zurzeit alles unternehmen, um große Erfolge, die in zwei Jahrzehnten des Wiederaufbaues erreicht wurden, wieder zu nichts zu machen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Hauser.)* Aber, Kollege Hauser, Sie wissen genau, daß die Nationalbankreserven doch nichts mit Ihrer Politik zu tun haben!

Kollege Glaser, Sie haben in Ihrer Rede jetzt gemeint: Was die Sozialisten jetzt machen, ist alles eine Tratscherei, Phrasendrescherei und Sammlung negativer Kritik. Sie meinten, unsere Entscheidungen würden in Wirtschaftshäusern gefällt. — Das ist eine schöne Sprache! Zum Schluß appellierten Sie an die Würde des Hauses. — Wir vertreten mit 74 Abgeordneten fast 2 Millionen Wähler dieses Landes, und Sie sagen, nur weil Sie um ein paar Mandate mehr haben, alles sei Tratsch.

Ich will jetzt ganz nüchtern und sachlich versuchen, jenes Dilemma zu charakterisieren, in dem sich Ihre Wirtschafts- und Budgetpolitik befindet. Meine Damen und Herren! Es sind vor allem zwei Tendenzen charakteristisch. Auf der einen Seite zeigt die Wirtschaftsstatistik eindeutig, daß die gewerbliche

und industrielle Produktion in diesem Land sinkt. Im Branchenverzeichnis, in dem 23 Branchen aufscheinen, sehen wir, daß 11 dieser Produktionszweige tatsächlich weniger erzeugen als im vergangenen Jahr, nur 3 erzeugen um ungefähr 1 Prozent mehr. Während auf der einen Seite die industrielle und gewerbliche Produktion sinkt, steigt in unserem Land die Überproduktion auf dem agrarischen Sektor. Das sind Fakten, die Sie nicht leugnen können.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Sie müssen doch zugeben, daß das budgetmäßig die Wirkung hat, daß der Staat immer weniger Einnahmen aus dieser Wirtschaft bekommt, aber gleichzeitig Steuermittel in erhöhtem Maße für die Zahlung von Subventionen zur Steigerung der Überproduktion auf dem agrarischen Sektor verwendet.

Wenn wir uns die Konsequenzen dieser Politik vor Augen führen, so sollen uns doch die Oberflächenerscheinungen nicht über die strukturellen Fragen hinwegtäuschen. Kollege Hauser, ich werde über den Arbeitsmarkt noch einiges sagen, auch da lassen Sie sich nicht täuschen. Wir haben auf alle Fälle damit zu rechnen, daß wir über den Winter 150.000 Menschen in diesem Lande arbeitslos haben werden, wir sehen auf dem Vorfeld des Arbeitsmarktes, daß die Zahl der freien Stellen immer geringer wird. Die Regierung macht nichts über ihr Budget, über ihre Finanzpolitik hinaus, um diesem Schrumpfungsprozeß der gewerblichen und industriellen Produktion bewußt entgegenzuwirken, aber sie unternimmt sehr viel, um diese Überproduktion der Landwirtschaft zu fördern.

Wir Sozialisten glauben, daß es in einer solchen Situation keinen Sinn hat, den Menschen zu sagen: Ihr müßt Opfer bringen!, da doch heute die Österreicher wissen, wohin das geforderte Opfer, das Sie im vergangenen Jahr von dieser Bevölkerung verlangt haben, geführt hat. Ich will eine Antwort auf die Frage suchen, worin denn eigentlich der Sinn oder, wie wir meinen, der Unsinn dieser Eskalation der Opfer liegt und welcher Geist eigentlich hinter Ihrer Wirtschafts- und Budgetpolitik steht.

Meine Damen und Herren! In diesem vorliegenden Budget sehen Sie Erhöhungen der Umsatz- und der Ausgleichsteuer, der Rechnungsstempel und so weiter in der runden Summe von 1500 Millionen Schilling vor. Das nehmen Sie den Konsumenten weg, darüber gibt es keinen Zweifel. Trotz vieler Forderungen auch bürgerlicher Wirtschaftsfachleute sind Sie aber nicht bereit, im nächsten Jahr die Wachstumsgesetze, von denen Sie selber wissen, daß sie nur mißbraucht werden und keinen

Czettel

echten wirtschaftspolitischen Effekt haben, zu ändern. (*Abg. Kulhanek: Das ist Ihre Auffassung!*) Nein, Kollege Kulhanek. Aber Kollege Mussil und alle, die sich mit der Materie beschäftigen, haben es zugegeben. Sie verzichten hier, während Sie auf der einen Seite 1500 Millionen Schilling den konsumierenden arbeitenden Menschen wegnehmen, weiterhin auf Steuereinnahmen in der Höhe von rund 2000 Millionen Schilling.

Ein zweites Vergleichsbild: Sie haben voriges Jahr den Brot- und Milchpreis erhöht, erhöhen heuer die Margarinesteuer; Sie holen sich heuer und auch im nächsten Jahr unter demselben Titel wiederum rund 950 Millionen Schilling aus den Taschen der Konsumenten, der Verbraucher, der arbeitenden Menschen. Im Budget für das Jahr 1968 haben Sie aber um 311 Millionen Schilling allein mehr für die Milchpreissubvention. Ich polemisiere nicht gegen die kleinen Bauern, das möchte ich hier eindeutig aussprechen. Ich bin aber der Meinung, daß diese Entwicklung, diese Politik in der Folge zum Abwandern Zehntausender kleiner Bauern führen wird, und dieser Umstrukturierungsprozeß wird zur ungebührlichen Vergrößerung großagrarischer Betriebe führen. (*Abg. Ing. K. Hofstetter: Sie verstehen es ja nicht!*) Sie kennen diesen Bereicherungsprozeß auf Kosten des Schicksals der Kleinen viel zu genau, als daß Sie mir widersprechen könnten. (*Abg. Kern: Die Großbauern produzieren schon lange keine Milch mehr!*) Natürlich werden Sie es nicht zugeben.

Das dritte, meine Damen und Herren: Sie haben in der Beratung über die Gehaltsregelung und die Forderungen der öffentlich Bediensteten, zu denen mein Klubkollege Robert Weisz noch einiges sagen wird, verlangt, daß die öffentlich Bediensteten verzichten sollen, diese Gehaltsregelung mit 1. Oktober 1968 in Anspruch zu nehmen. Sie haben sich die Blöße gegeben, in aller Öffentlichkeit von diesen paar hunderttausend Beamten zu verlangen, auf diesen einen Monat zu verzichten. Das hätte Ihnen vielleicht 170 Millionen Schilling gebracht.

Im gleichen Zeitpunkt, meine Damen und Herren — nur vom politischen Geist Ihrer Politik her betrachtet —, haben Sie sich nicht gescheut, in diesem Haus gegen unsere Stimmen ein Gesetz zu beschließen, durch das für Erbschaften und Geschenke bis zu einer Höhe von 60 Millionen Schilling die Erbschafts- und Schenkungssteuer vermindert wird. Dadurch verzichten Sie auf 120 Millionen Schilling.

Ein weiteres Vergleichsbild, auch vom politischen Geist her: Sie haben in diesem Budget durch einen Trick — das wissen wir — er-

reicht, daß Sie die Leistungen an die Pensionsversicherungsanstalten, zu denen sie vom Gesetz her verpflichtet sind und die bisher monatlich erfolgt sind, heuer nicht erbringen, sondern den Zeitraum eines ganzen Jahres abwarten und dann dieses Jahr verrechnen. Dadurch ersparen Sie sich eine Budgetpost, praktisch ersparen Sie sich jetzt rund 500 Millionen Schilling. Sie sind nicht bereit, eine von uns schon wiederholt aufgestellte Forderung zu erfüllen, zum Beispiel nur die Vermögenssteuer ab einer bestimmten Vermögensgröße zu erhöhen. Sie wissen, daß die Vermögenssteuer in Österreich $\frac{1}{2}$ Prozent beträgt und wir schon wiederholt vorgeschlagen haben, sie auf 1 Prozent zu erhöhen. Sie hätten sich einige hundert Millionen Schilling geholt.

Aber ganz charakteristisch für Ihre Gesinnung auf dem Sektor der Bergbauförderung, der verstaatlichten Industrie wie überhaupt auf dem Investitionssektor, zu dem ich noch einiges sagen werde, ist — fragen Sie alle Betroffenen in den Bergwerken, verfolgen Sie die Auseinandersetzung um die Schließung von Kohlengruben! —: Sie haben heuer im Budget um mindestens 20 Millionen Schilling weniger für die Bergbauförderung, aber Sie haben im ganzen Budget, wie wir gehört haben, 40 Millionen Schilling für Öffentlichkeitsarbeit, wie wir wissen für eine reine parteipolitische Werbung, die über die Ministerien geführt wird. Man könnte zu diesem Katalog, der auf der einen Seite Ihre Gesinnung zu den Fragen der Zeit deutlich zum Ausdruck bringt und gleichzeitig auch eine Rangordnung der Werte, wie Sie sie sehen, darstellt, noch einiges sagen.

Wir meinen, meine Damen und Herren: Wenn auf der einen Seite die Wirtschaft stagniert und de facto schrumpft, auf der anderen Seite die Subventionierung der Produktion auf dem agrarpolitischen Sektor weiterhin Hunderte Millionen, ja Milliarden Schilling kosten wird und Sie nichts machen, um die Stagnation auf dem gewerblich-industriellen Sektor aufzufangen und durch neue Impulse einen Aufschwung unserer Wirtschaft zu erreichen, dann ist die logische Konsequenz, ob Ihnen das jetzt paßt oder nicht — denn dieser Teufelskreis läuft und ist dann nicht mehr unter Kontrolle zu bringen —, daß wir einer Zeit entgegengehen, in der die Arbeitslosigkeit verstärkt wird, durch die verstärkte Arbeitslosigkeit die Nachfrage geschwächt wird und durch die Nachfrageschwächung die ohnehin verlorengegangene Investitionsfreudigkeit noch weiter schwindet. Ich brauche Ihnen, die Sie auf diesem Gebiete vielfach besser vorgebildet sind als ich und manche von uns, nicht zu sagen, was am Ende dieses Kreislaufes, dieser Entwicklung steht.

Czettel

Im Zuge dieser Entwicklung zeigt sich aber gleichzeitig, daß diese Politik zu einer weiteren Verteuerung des Lebens, zu einer echten Beschneidung des Lebensstandards vieler Hunderttausender Österreicher führt, und wir wundern uns nicht, wenn Sie so weiter tun, daß Sie dann allmählich beginnen, bei Sozialleistungen kritisch zu prüfen, ob der Staat noch in der Lage ist, derartiges zu zahlen.

Nun kommen Sie und sagen — auch Kollege Glaser hat es jetzt gesagt —: Dieses Budget 1968 ist doch ein Investitionsbudget. — Herr Staatssekretär Dr. Koren hat am Samstag im Fernsehen bei der Werbung für die Investitionsanleihe sinngemäß gesagt: Es muß wieder aufwärts gehen — natürlich müßte es wieder aufwärts gehen! —, und der Bund leistet seinen Beitrag zum Wirtschaftsaufschwung, indem er jetzt die Investitionen erhöht.

Ich will Ihnen, Kollege Glaser, jetzt ganz objektiv eine Antwort auf die Frage geben, ob tatsächlich die Investitionen erhöht werden. Ich weiß nicht, mit welcher Überlegung Sie Ihre Rede gebaut haben, aber bitte denken Sie mit mir logisch mit. Auf Seite 64 der Erläuternden Bemerkungen schreibt die Regierung selber, daß im Normalbudget für das Jahr 1968 die Investitionen um 800 Millionen Schilling zurückgehen. Das ist, glaube ich, unbestritten. Sie sagen aber: Dafür haben wir ein Eventualbudget! — Ich will über diese rechtliche Streitfrage zunächst gar nichts sagen. Ich bin aber der Meinung, daß Sie selber wissen, daß von den 2,4 Milliarden Schilling, die Sie im Eventualhaushalt veranschlagen, überhaupt nur 1,6 Milliarden Schilling konjunkturwirksam werden. Kollege Hauser, auch das dürfte unbestritten sein.

Und jetzt nehmen wir an, daß Sie tatsächlich — was wir gar nicht glauben — im Jahre 1968 dieses Eventualbudget wirksam werden lassen. Wir glauben es gar nicht, wir werden darauf noch später bei der Prüfung Ihrer Politik im nächsten Jahr zurückkommen. Dann ergibt sich, wenn ich jetzt den Budgetansatz aus der ordentlichen Gebarung, aus der Normalgebarung mit der Eventualgebarung vergleiche, nominell ein Pluseinsatz von 800 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren! Wenn man jetzt die Entwertungsraten innerhalb dieses Jahres mit berücksichtigt, dann heißt das, selbst wenn Sie das Eventualbudget tatsächlich einsetzen, daß Sie real praktisch um keinen Groschen mehr investieren als im Jahre 1967. Wo haben Sie dann die Berechtigung, nun zu behaupten: Wir sind für eine Investitionsanleihe, die Leute werden es schon zahlen! Ich gebe das schon zu.

Aber gaukeln Sie doch den Menschen nicht etwas vor, und sagen Sie doch nicht, daß durch diese Politik, durch dieses Budget mehr investiert wird.

Meine Damen und Herren! Ich behaupte auf Grund dieser Fakten: Es wird nicht mehr investiert, sondern wahrscheinlich, weil man annehmen muß, daß Sie das Eventualbudget nicht einsetzen, real und nominell weniger als im Jahre 1967. Sie brauchen nämlich diese Behauptung, daß mehr investiert wird, um Ihr Budgetdefizit von diesem Gesichtspunkt her zu rechtfertigen. Und hier scheiden sich jetzt die Geister. Man muß das doch einmal aussprechen.

Sie machen jetzt noch im letzten Quartal ein zusätzliches Defizit von 3½ Milliarden Schilling, haben im Jahre 1968 im Normalbudget ein Defizit von etwa 7 Milliarden Schilling, ein Eventualbudget mit fast 2½ Milliarden Schilling, summa summarum holen Sie sich jetzt 13 Milliarden Schilling und sagen, das sind zusätzliche Investitionen.

Meine Damen und Herren! Sie brauchen diese Defizite, um grundsätzlich jene Ausgaben, die Sie schon im Jahre 1967 präliminiert haben — denn viel mehr geben Sie im Jahre 1968 auch aus den laufenden Ausgaben nicht aus —, überhaupt decken zu können. Jetzt zu behaupten, daß dieses Defizit angesichts des Dilemmas, in dem wir uns befinden, investitions- und konjunkturpolitisch wirksam wird, ist doch eine Farce; das muß man aussprechen.

Die Folge ist, daß Sie nächstes Jahr diese Politik fortsetzen und wahrscheinlich wiederum einige tausend Millionen Schilling zusätzliche Defizite machen müssen. Dabei sagen Sie, Kollege Hauser, das sei ein bewußter Vorgriff auf die Zukunft. Es ist eine Belastung der kommenden Generationen, ohne daß Sie neue Substanzen schaffen, um diesen Generationen, die Sie belasten, auch tatsächlich etwas durch die Politik zu geben, was ihnen Vorteile bringt. Ich glaube, wenn man die Strukturen Ihres Budgets einigermaßen durchleuchtet, kommt man darauf, daß Sie nicht nur von der Technik her — das haben wir ja im Budgetausschuß kennengelernt — Methoden angewendet haben, die selbst einigen Ihrer Kollegen die Bemerkung entlockt haben: Ich kenn' mich selber nicht mehr aus, was da alles gespielt wird, Sie gehen auch von den entscheidenden Fragen aus gesehen mit einer Argumentation vor die Öffentlichkeit, die Sie eigentlich gar nicht verantworten dürften. Es ist nicht parlamentarischer Gebrauch hier, die schärfste Formulierung für solche Behauptungen zu gebrauchen, aber ich sage, meine Damen und Herren: Vom

Czettel

Investitionsgesichtspunkt her gesehen, ist Ihre Argumentation ein politischer Betrug am ganzen österreichischen Volk, und ich spreche es so aus, weil es so gesagt werden muß. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Sie sagen: Budget sichert Arbeitsplätze. Das haben Sie, Herr Kollege Glaser, auch gesagt. Ich habe hier Zahlen, aber ich will Sie nicht zuviel mit Zahlen belasten. Kollege Glaser, geben Sie mir eine konkrete Antwort. Ist Ihnen bekannt, daß es in Niederösterreich um 10.000 Arbeitsplätze weniger gibt als voriges Jahr? — Das ist unbestritten. In der Steiermark ist es viel ärger, und in ganz Österreich — das habe ich schon einleitend gesagt — ist die Anzahl der freien Arbeitsstellen im Verhältnis zum vorigen Jahr um 40 Prozent zurückgegangen. Ist Ihnen das klar? (*Abg. Glaser: Herr Kollege Czettel, ich habe konkrete Zahlen genannt! Sagen Sie, ob sie stimmen oder nicht stimmen!*) Natürlich haben wir noch die Vollbeschäftigung; brauchen wir das laut auszusprechen? (*Rufe bei der ÖVP: Na also!*) Es ist doch wichtig, zu sehen, was sich auf dem Vorfeld des Arbeitsmarktes abspielt und zu welcher Verschlechterung der Arbeitsplätze es gekommen ist. Ich kenne Gegenden, wo Tausende Arbeiter auswandern mußten und jetzt einen Arbeitsplatz 30, 40, 50 km weit entfernt mit 5 oder 6 S weniger Stundenlohn annehmen mußten. Der innere Wert des Arbeitsmarktes ist doch entscheidend, wenn wir von Vollbeschäftigung reden.

Wir haben tatsächlich eine Verminderung der freien Arbeitsplätze um 40 Prozent. Wir werden eine Winterarbeitslosigkeit von 150.000 haben. Natürlich, das ist ja bekannt, das wissen Sie, es gibt keine Investitionen, die eine zusätzliche Ankurbelung bedeuten. Die logische Konsequenz ist doch, daß diese Entwicklung zu einer ganz kritischen Phase führen kann. Und weil Sie das genau spüren, suchen Sie jetzt einen Schuldigen. In diesem ÖVP-Blatt schreiben Sie das ganz deutlich: Schuldig ist nicht Ihre verfehlte Investitions- und Budgetpolitik, Schuld tragen die Gewerkschaften und die Menschen, die sich in den Betrieben zuviel Löhne geholt haben.

Ich möchte hier nun mit einem Trick abrechnen; es ist höchste Zeit, vor allem für Sie, Kollege Hauser. Sind Sie auch der Meinung wie dieses Blatt — ich hoffe Sie kennen es — ÖVP-Zeitung, an alle Haushalte, das schreibt: Die Überforderung des Budgets ist das entscheidende Faktum der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Das Bruttonationalprodukt — so schreiben Sie — ist von 1955 auf 1960 real und durchschnittlich 5,2 Prozent, in den Jah-

ren 1960 bis 1965 durchschnittlich um 5,4 Prozent gewachsen. Demgegenüber stiegen die Masseneinkommen netto von 1955 bis 1960 jährlich um 9,4 Prozent und von 1960 bis 1965 um 9,5 Prozent. Meine Damen und Herren, was machen Sie denn da? Sie setzen den realen Zuwachs des Bruttonationalproduktes in einen nominellen Vergleich zu den Masseneinkommen. Stellen Sie einmal den nominellen Vergleich des Wachstums des Bruttonationalproduktes mit der Entwicklung der Masseneinkommen an oder den realen Vergleich. Aber den Menschen nur das reale Wachstum des Bruttonationalproduktes, aber die nominelle Erhöhung der Löhne und Gehälter zu zeigen, um daraus den Eindruck wach werden zu lassen, daß die überhöhten Lohn- und Gehaltsforderungen schuld an ihrem eigenen politischen Dilemma sind, das ist doch neu, ich glaube, ungehörig, und ich habe mich verpflichtet gefühlt, auf diesen Umstand einmal hinzuweisen.

In Wirklichkeit sieht es nämlich so aus, Herr Kollege Hauser: Das Bruttonationalprodukt ist im Jahre 1965 nominell um 8,5 Prozent gestiegen. Das geben Sie mir zu. Die Masseneinkommen sind im gleichen Jahr um 8,9 Prozent gestiegen. Wo liegt nun diese große Divergenz, um die Sie da streiten? Ähnliches gilt für die Jahre 1966 und 1967. Da waren die Masseneinkommen nominell um 7 Prozent höher und das Bruttonationalprodukt um 6,2 Prozent. So sieht das Bild doch wesentlich anders aus, und man sollte nicht immer, nur weil es politisch schön klingt, den Menschen diese verzerrten und sachlich völlig falschen Bilder zeigen.

Meine Damen und Herren! Noch zwei oder drei Zahlen sollen zur Veranschaulichung der gegenwärtigen Situation beitragen. Der private Konsum ist in seinem Wachstum im heurigen Jahr enorm zurückgegangen. Er hat im Jahre 1966 noch 5,1 Prozent Wachstum gezeigt, zeigt im Jahre 1967 nur 3,5 Prozent. In dem Maße, in dem Sie die ganze Steuererhöhung bei der Umsatzsteuer, der Ausgleichsteuer und so weiter durchführen, geht, wie Sie sehen werden, die Nachfrage, der Impuls auf die Wirtschaft von dieser Seite her weiterhin zurück. Kein verstärkter Nachfrageimpuls, kein verstärkter Investitionsimpuls, weiterhin rückläufige Einnahmen. Denken Sie zum Beispiel an die Einnahmen bei der Körperschaftsteuer. Die Regierung wird daher im Jahre 1969 vor noch größeren Schwierigkeiten stehen, als sie bisher gestanden ist.

Nun sagt der Herr Kollege Glaser, daß die Regierung alles daran setzen wird, um die in Österreich im Verhältnis zu anderen Ländern

Czettel

erfreuliche Entwicklung fortzusetzen, und er sagt dann gleichzeitig, aber zum Arbeiten brauche diese ÖVP noch Zeit und man müsse ihr diese Zeit lassen. Mit diesem Budget für das Jahr 1968 beschließen Sie, meine Damen und Herren, die Grundlagen der Politik für das weitere Jahr, im Jahr 1968 stehen Sie schon weit über der Halbzeit Ihrer Arbeitsperiode, und die Öffentlichkeit fragt sich allmählich: Wie wird das weitergehen, was wird die Regierung unternehmen, wenn es schlechter wird, und was wird sie von dem Regierungsprogramm, das der Herr Kanzler Klaus am 20. April in diesem Hause im Namen der Regierung verlesen hat, zu erfüllen gedenken?

Da Budgetdebatten auch gleichzeitig Gelegenheit sind, gewisse Versprechungen zu prüfen, darf ich Sie an das erinnern, was diese Regierung dem österreichischen Volk nicht vor den Wahlen, denn das halten Sie auf keinen Fall ein, sondern nach den Wahlen im Bewußtsein, die stärkste Partei geworden zu sein, versprochen hat.

Sie haben, Herr Bundeskanzler, als Punkt 1 versprochen, daß nach Abschluß der zügig fortzuführenden Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein Verhandlungsergebnis erzielt werden müsse. Bitte, ich will Ihren Optimismus, den Sie zuweilen trotz der nachweislich negativen Entwicklung dieser ganzen Angelegenheit zeigen, nicht trüben, aber ich glaube, man kann doch sagen, daß Sie in Ihrer ganzen EWG-Politik in eine Sackgasse geraten sind, aus der Sie in den nächsten zwei Jahren nicht mehr so leicht herauskommen werden.

Im Punkt 2 hat der Herr Bundeskanzler die ehestmögliche Weiterführung von Verhandlungen mit der italienischen Regierung zwecks endgültiger Bereinigung der Südtirol-Frage angedeutet. Meine Damen und Herren! Auch hier sind Sie in einer Sackgasse, und unsere Außenpolitiker werden zu diesem Kapitel noch viel mehr sagen können.

Sie haben im Punkt 3 die eheste Verabschiedung der Wirtschaftswachstumsgesetze versprochen. Sie haben sich getummelt. Herr Finanzminister Schmitz hat allein den Verheißungserfolg, der durch die Ankündigung entstehen würde, als das Primäre dieser Aktion hingestellt. Aber, meine Damen und Herren, die ganzen unnötigen Wirtschaftswachstumsgesetze mit ihren so unrentablen Möglichkeiten, den Staat um seine Steuern zu bringen — soll ich Ihnen das alles noch einmal aufzählen, was Sie mit der letzten Einkommensteuernovelle auf diesem Sektor gemacht haben, was Sie mit unseren Anträgen abgelehnt haben? —, alle diese Wachstumsgesetze sind unwirksam. (*Abg. Mitterer: Sie gelten erst ab 1968, das wissen Sie doch!*)

Sie haben Maßnahmen auf dem Sektor der Lohn- und Einkommensteuer angekündigt. — Sie haben es gemacht, sicherlich, und wir wissen, mit welchem negativen Erfolg und mit welchen negativen Erscheinungen diese ganze Steuergesetzgebung hier beschlossen worden ist.

Aber was entscheidend ist, Sie haben auch die Vorlage eines Sozialberichtes versprochen. Sicherlich wird er einmal kommen, aber ich bedaure nur die Frau Sozialminister, in der Situation all das erklären zu müssen, was nicht geschehen kann, was aber Sie selber und Ihre Partei im letzten Wahlkampf versprochen haben. Wir wollen nicht lizitieren, aber Sie waren ja vielfach eifriger als wir selber, als es darum gegangen ist, ob man die Witwenpensionen erhöhen soll oder nicht. Jetzt finden Sie tausend Begründungen, daß es nicht mehr geht.

Wir sind sogar der Meinung, wenn die Pensionsdynamik, die Herr Kollege Glaser als einen so großen Erfolg der ÖVP-Regierung hingestellt hat, nicht noch in der Zeit der Koalitionsregierung zustandegekommen wäre, hätten Sie dieses Gesetz nicht mehr beschlossen und durchgeführt. Glauben Sie uns das! (*Beifall bei der SPÖ.*) So weit sehen wir heute schon, wo Sie hart sind und wo Sie in die Knie gehen. Ich werde am Schluß meiner Betrachtungen auf dieses Spezifikum Ihrer Abhängigkeit noch zurückkommen.

Sie haben im Punkt 6 eine gerechte Gesamtreform der Wohnungswirtschaft versprochen — auch nur ein Schlagwort! Heute wissen wir doch, daß Sie nicht mehr Wohnungen bauen werden, heute wissen wir doch, daß Sie Wohnungen mit teureren Mieten bauen werden und daß die 50.000 Ehepaare, die jährlich hoffnungsvoll ihre Ehe schließen, mit Ihnen auf diesem Sektor nicht rechnen können, weil Sie ihnen hier die Chancen ihrer eigenen Zukunft vermasselt haben. Aber Sie haben den Spekulanten auf dem Wohnungssektor wieder große Chancen eröffnet, was auch typisch für Ihre Rangordnung der politischen Werte sein mag.

Sie haben im Punkt 7 Maßnahmen für eine regionale Strukturpolitik unter Bedachtnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung zurückgebliebener Gebiete angekündigt. Das setzt doch alles ein Wirtschaftskonzept voraus, aber Herr Staatssekretär Koren hat ja selbst in seinem so umfangreichen Bericht darauf hingewiesen, daß diese Regierung nicht nur kein Wirtschaftskonzept besitzt, sondern angeblich auch gar nicht in der Lage sein soll, ein solches zu entwickeln. Aber Strukturpolitik erfordert einmal ein wirtschaftspolitisches Konzept, in dessen Mittelpunkt eben die bewußt unter Kontrolle zu nehmenden Strukturbereinigungen sein sollen.

5740

Nationalrat XI. GP. — 71. Sitzung — 27. November 1967

Czettel

Im Punkt 8 haben Sie einen Energieplan versprochen. Wir warten.

Im Punkt 9 haben Sie die dauerhafte Lösung der Reorganisation der verstaatlichten Industrie versprochen. Meine Damen und Herren! Auch auf diesem Sektor nur eine kleine Bemerkung: Sie wissen, daß allein der Investitionsbedarf von acht Betrieben, den die ÖIG, die neue Verwaltungsgesellschaft für die verstaatlichte Industrie, für das Jahr 1968 festgestellt hat, etwa 400 Millionen Schilling beträgt. In Ihrem Normalbudget haben Sie für Kapitalaufstockungen im Bereich der verstaatlichten Industrie ganze 147 Millionen Schilling eingesetzt. Ja Sie kümmern sich nicht einmal um Ihre eigenen Betriebe, die jetzt nicht nur aus Strukturgründen, sondern vor allem aus konjunkturellen Gründen in Schwierigkeiten kommen, die man nur durch bewußte und auch rasch wirksame Investitionen relativ wird überwinden können.

Sie haben im Punkt 10 die Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen versprochen. Darf ich Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren: In den Jahren 1966, 1967 und 1968, also in der Zeit, in der Sie bis jetzt regieren und noch regieren werden, haben Sie das Defizit der Bundesbahn um 1000 Millionen Schilling erhöht. Trotz der Tarifierhöhung, die Sie vor allem mit der Begründung durchgeführt haben, daß sie ein Bestandteil zur Überwindung dieses Defizits der ÖBB sein soll. (*Abg. Machunze: Die Ursachen liegen bei der Gehaltserhöhung!*) Aber, Herr Kollege Machunze, das sind ja Zahlen, die kann man doch nicht wegradieren. Sie haben uns darüber hinaus eine Reihe anderer Dinge versprochen, und wir sind neugierig, wann Sie das alles erfüllen werden. (*Abg. Mayr: Sagen Sie aber auch, was die Personalkostenerhöhung ausgemacht hat!*) Aber, Kollege Mayr, uns brauchen Sie das nicht zu erzählen. Der Herr Kollege Probst und die sozialistischen Verkehrsminister haben Ihnen doch 20 Jahre lang gesagt, was man tun müßte, um das künstliche Defizit der Bundesbahnen wegzubringen. Und Sie haben uns angeklagt und schuldig werden lassen, und jetzt stehen Sie vor den gleichen Problemen. Nur weil Sie regieren, ist das alles möglich, was damals falsch gewesen ist. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe.*) Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

Hohes Haus! Wir Sozialisten haben voriges Jahr einen Minderheitsbericht eingebracht und haben in diesem Bericht darauf hingewiesen, welche Anträge wir im Ausschuß, der das Budget vorberaten hat, gestellt haben und wie wir zur Politik der ÖVP, Ihrer Regierung und Ihrer Mehrheit hier im Hause stehen. Ich gebe zu, wir haben heuer einen viel kürzeren

Minderheitsbericht entwickelt, wir haben im Budgetausschuß etwa 30 Entschließungsanträge zur Politik der Regierung und ihrer Mehrheit eingebracht, und die ÖVP hat 26 dieser Entschließungsanträge abgelehnt. Das auch nur als kleinen Hinweis.

Sie haben selbst das Verlangen abgelehnt, die Regierung möge doch, wenn sie jetzt im Problembereich der EWG so laboriert, der österreichischen Wirtschaft sagen, welche Konsequenzen entstehen würden, falls es zu einem Arrangement käme. Aber sie wird ja auch die Alternative sagen, was uns passiert, wenn wir in den nächsten Jahren zu einem solchen Arrangement nicht kämen. Es wäre doch interessant, das einmal von jenen zu hören, die mit Hurra-Stimmung nach Brüssel gefahren sind und jetzt vor versperrten Toren stehen.

Wir haben in diesem Minderheitsbericht angeführt, welche Anträge wir eingebracht und Sie abgelehnt haben. Und zum Schluß, meine Damen und Herren — und Kollege Glaser hat das kritisiert —, haben wir mit Recht, möchte ich sagen, darauf hingewiesen, daß wir schon in den letzten eineinhalb Jahren hier in diesem Haus mehr als 150 Anträge kleinerer und größerer Art eingebracht haben und Sie fast alle diese Anträge nur deshalb abgelehnt haben, weil Sie die Mehrheit haben. Die Frage geht gar nicht dahin, ob man diesen Budgetansatz gegen jenen umtauschen soll, sondern daß man Anträge, die die Absicht hatten, Ihren politischen Kurs zu korrigieren — und das ist das gute Recht und die Pflicht einer Oppositionspartei, noch dazu einer so starken wie die Sozialistische Partei —, abgelehnt hat. Sie haben zu allem nein gesagt.

Darauf haben wir uns, wie ich glaube mit Recht, entschieden, dieser Regierung keine Vorschläge mehr zu überreichen. Das hat mit dem nichts zu tun, daß wir in Wirtschaftshäusern Politik machen würden — ich finde ja diese Andeutung als Provokation sondergleichen —, ich meine nur, meine Damen und Herren, und damit komme ich zur Schlußfolgerung: Ihre bisherige Politik — und dieses vorliegende Budget beweist, daß Sie in dieser Art weiterregieren werden — hat der österreichischen Bevölkerung gezeigt, daß Sie knieweich werden, wenn diese Großagrarien, Finanzkapitäne und Spekulanten daherkommen, daß Sie aber dort hart bleiben (*lebhaftes Zwischenrufe bei der ÖVP*), wo es darum geht, vom arbeitenden Volk Opfer zu verlangen. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das hat Ihre bisherige Politik gezeigt. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Ing. K. Hofstetter: Das ist jetzt Wirtschaftspolitik!*) Ja, wissen Sie, was das praktisch bedeutet? Das heißt, daß in diesem Land eine Minderheit

Czettel

und ihre Interessen über das Schicksal der Mehrheit dieses Landes regiert. Sie sind nur so abhängig von diesen Minderheiten, daß Sie gar nicht in der Lage sind, eine andere Politik zu machen.

Wir sind bemüht, ehe Neuwahlen stattfinden, alles zu unternehmen, um Ihre Politik und Ihren Kurs zu korrigieren. Wir haben kein Interesse, daß dieses Land in eine Wirtschaftskrise hineinschlittert, wir haben aber alle Absicht, Stück für Stück mit Hilfe der Österreicher, die bei den letzten Wahlen gezeigt haben, daß sie uns offenbar doch besser verstehen als vor eineinhalb Jahren, dafür zu wirken, daß in unserem Land wieder eine Zeit einzieht, in der nicht eine Minderheit über das Schicksal der Mehrheit diktiert, sondern eine Zeit, in der die Mehrheit dieses Landes über ihr eigenes Schicksal zum Wohl des gesamten österreichischen Volkes regiert. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Stohs. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Stohs (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Gestatten Sie mir, daß ich ganz kurz auf die von meinem Vorredner gemachten Äußerungen eingehe, womit er unseren Finanzministern das beste Zeugnis ausgestellt hat, indem er feststellte, daß die gute Bedeckung des österreichischen Schillings ein Verdienst der letzten 20 Jahre sei, indem man alles mühsam zusammengetragen habe. Ich glaube, wir können feststellen, daß seit 1945 die Österreichische Volkspartei den Finanzminister gestellt hat und daß gerade alle unsere Finanzminister bemüht waren, dieser wichtigen Sorge die entsprechende Bedeutung beizumessen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ulbrich: Der letzte ganz besonders!)* Und wir danken dem Abgeordneten Czettel, daß er dies hier bestätigt hat.

Besonders möchte ich darauf verweisen, wenn der Kollege Ulbrich jetzt auf den letzten Finanzminister hinweist, daß gerade vom Jahre 1966 bis 1967 während der Einparteieregierung die Deckung der Devisen und Valuten in Österreich von 13,6 Milliarden auf 16,17 Milliarden Schilling, also um 2395 Millionen Schilling, zugenommen hat. Und hier ist es, wie ich glaube, ebenfalls wieder eine Bestätigung für unseren Finanzminister, daß er eine richtige Budgetpolitik und Währungspolitik betreibt. *(Ruf bei der SPÖ: Der so viele Schulden gemacht hat! — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)*

Wenn Kollege Czettel das Defizit bei diesem Budget kritisiert hat, so möchte ich darauf verweisen, daß dieses Defizit noch um 4 bis

5 Milliarden Schilling höher wäre, wenn wir den Anträgen der Sozialisten Rechnung getragen hätten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß wir bemüht sind, für unsere Bevölkerung das zu schaffen, was tragbar ist, und daß dieses Budget dazu beiträgt, daß die Vollbeschäftigung erhalten bleibt und daß die entsprechenden Investitionen getätigt werden können. *(Abg. Moser: In der Steiermark sehen wir die Vollbeschäftigung, die Sie betreiben!)*

Ich möchte noch auf eines hinweisen: Der Abgeordnete Czettel hat sich auch in Gegensatz zu seinem Parteivorsitzenden Minister a. D. Kreisky gestellt, indem er erwähnt hat, daß an dem Schicksal Englands mit der Abwertung des englischen Pfund die Konservativen schuld seien.

Ich entnehme einer Zeitung vom 24. 11. folgendes — ich gestatte mir, es vorzulesen —:

„Dieser Tage mußte auch SPÖ-Vorsitzender Dr. Kreisky in einem Rundfunkinterview die wahre Ursache der britischen Pfundabwertung zugeben. Wilson wäre zu dieser Maßnahme nicht gezwungen gewesen, wenn es nicht Leute gegeben hätte, die politische Streiks anzettelten, sagte Kreisky. Dies seien keine Kommunisten gewesen, erklärte er auf eine weitere Anfrage, sondern Leute, die der Regierung um jeden Preis schaden wollten.“

Ich möchte feststellen, daß dies zwei ganz gegensätzliche Behauptungen sind. Welche von beiden richtig ist, das zu beurteilen überlassen wir wohl der Bevölkerung. Hoffen wir, daß es uns erspart bleibt, daß wir solche politische Streiks in Österreich bekommen, wie es sie in England gab.

Sehr verehrte Damen und Herren! Ich darf mir auch noch, bevor ich zu meinem eigentlichen Thema, zum Kapitel Bundeskanzleramt, komme, gestatten, zu den Ausführungen des Abgeordneten Ulbrich, die er in der Sitzung vom 15. November gemacht hat, etwas zu sagen. Der Abgeordnete Ulbrich befaßte sich mit dem Beamtenopfer. Ich möchte mir erlauben, eine kurze Stellungnahme dazu abzugeben.

Es ist richtig, daß der Finanzminister diesbezügliche Vorschläge machte, weil es nach seiner Ansicht ein Ausweg gewesen wäre, die bestehende Lücke von 320 Millionen Schilling im Budget zu schließen. Wir können es dem Finanzminister nicht verargen, daß er diesen Versuch gemacht hat. Für uns Vertreter der öffentlich Bediensteten war dieses Opfer allerdings untragbar. Ich möchte feststellen, daß ich mich vom ersten Tag an, als dieser Plan bekannt wurde, in meiner Eigenschaft als Abgeordneter und als Bundesfraktions- und Bundessektions-

Stohs

obmann des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes gegen dieses Opfer zur Wehr gesetzt habe. (*Abg. Lanc: Aber gehört hat man davon nichts!*) Kollege Ulbrich war bei seinen Ausführungen am 15. 11. und bei anderer Gelegenheit unsachlich, denn er hat unter anderem ausgeführt, daß nicht nur die sozialistische Gewerkschaftsfraktion der Eisenbahner die Zurücknahme des geplanten Beamtenopfers gefordert habe, sondern auch der ÖGB-Bundesvorstand dahintergestanden sei. Er hat verschwiegen, daß auch wir hinter dieser Forderung gestanden sind, er hat es vielleicht im Hinblick auf die bei den Eisenbahnern heute und morgen stattfindenden Personalvertretungswahlen verschwiegen.

Ich stelle fest, daß alle Mitglieder des Verhandlungsausschusses — also aller vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes — und insbesondere auch wir christlichen Gewerkschafter und Angehörigen der vier Bundessektionen des öffentlichen Dienstes im Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund uns eindeutig hinter diese Forderung gestellt haben. Vielleicht darf ich darauf verweisen, daß ich damals bei der Verhandlung mit den Gebietskörperschaften den Vorschlag gemacht habe, der Finanzminister möge die noch ungedeckte Budgetsumme durch eine echte Verwaltungsreform mit Einsparungen hereinbringen.

Selbst Klubobmann Dr. Pittermann brachte im Finanzausschuß am 3. November, als der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus auf meine Anfrage erklärte, daß alle vom Finanzminister gemachten Vorschläge zurückgezogen seien, zum Ausdruck, daß dies ein Erfolg der Zusammenarbeit von Abgeordneten und Gewerkschaftern beider Parteien sei. Da Klubobmann Dr. Pittermann in den gleichen Ausführungen festgestellt hat, daß dies ein Vorschlag der Opposition gewesen sei, möchte ich allerdings feststellen, daß dies nicht ganz richtig ist, denn, wie ich bereits erwähnte, habe ich bei diesen Verhandlungen — und zwar als erster — diesen Vorschlag gemacht, und ich glaube nicht, daß der Klubobmann der SPÖ mich zu seiner Partei zählen kann. (*Abg. Ing. Kunst: Was haben Sie bei den Budgetberatungen der ÖVP getan?*) So viel, daß dieser Erfolg zustande gekommen ist. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Kunst: Warum haben Sie es nicht verhindert? — Abg. Haritl: 2:0 für den Stohs!*) Unbestritten ist, daß dies ein Erfolg ist. Ich bin davon überzeugt, daß die öffentlich Bediensteten diesen politischen und gewerkschaftlichen Erfolg entsprechend zu werten wissen. Ich möchte allen, die daran mitgewirkt haben,

daß dieser Erfolg zustande gekommen ist, recht aufrichtig danken. (*Abg. Libal: An erster Stelle dem Ulbrich!*)

Gleichzeitig hoffen wir aber, daß alle, die versprochen haben mitzuhelfen, daß Einsparungen durchgesetzt werden, dieses Versprechen ebenfalls einhalten; denn dies ist im Interesse unseres Staates sicherlich notwendig.

Noch eines möchte ich sagen, damit kein Zweifel aufkommt: Dieses Beamtenopfer, das von uns gefordert worden wäre, war für uns untragbar, und zwar deshalb, weil wir bereits vorher ein wesentlich größeres Opfer gebracht haben (*Abg. Jungwirth: Weil die Personalvertretungswahlen vor der Tür gestanden sind!*), indem wir als ersten Termin für die Bezugsverbesserung den 1. Oktober 1968 zur Kenntnis genommen haben und dadurch dem Staat mehr als 1 Milliarde Schilling erspart haben.

Mit Genugtuung können wir feststellen, daß seit der Budgetdebatte des vergangenen Jahres gerade für die öffentlich Bediensteten vieles erreicht wurde, ja ich möchte behaupten, mehr als je in einem Jahr der Koalitionsregierung! (*Beifall bei der ÖVP.*) Die Bezüge wurden um 9,5 Prozent, real um etwa 5,5 Prozent erhöht, die Kinderzulage wurde um 20 S verbessert. Ebenso erfolgte eine Erhöhung der stark zurückgebliebenen Reisegebühren. Außerdem sind manche dienstrechtliche Verbesserungen erfolgt. Für die öffentlich Bediensteten war die Steuerreform, die mit 1. Oktober wirksam wurde, ebenfalls von großer Bedeutung. Wenn Sie feststellen, daß die Lohnsteuer für die Arbeitnehmer dadurch um 24,7 Prozent, die Einkommensteuer der selbständig Tätigen um 6,9 Prozent gesenkt wurde, so können Sie vielleicht ermessen, was dies für die unselbständig Tätigen bedeutet. (*Abg. Libal: Das habt alles ihr gemacht?*)

Auch das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das am 1. Juli wirksam wurde, schloß so wie das Personalvertretungsgesetz eine große Lücke. Wenn Sie nicht glauben, daß wir dies alles gemacht haben, so möchte ich feststellen, daß dies jedenfalls unter einer ÖVP-Alleinregierung geschaffen wurde (*Beifall bei der ÖVP*) und daß beispielsweise das Personalvertretungsgesetz gegen den Willen der Sozialistischen Partei zustande gekommen ist. (*Abg. Ing. Kunst: Es ist auch ein schlechtes Gesetz!*) Wenn am 30. November und am 1. Dezember über 170.000 Bundesbedienstete und Landeslehrer erstmals auf gesetzlicher Grundlage ihre Vertrauensmänner und Personalvertreter wählen, so ist das eine Auswirkung der Politik der Österreichischen Volkspartei.

Stohs

In wenigen Monaten werden wir eine Gehaltsgesetz-Novelle beschließen, die den öffentlich Bediensteten vom 1. Oktober 1968 an eine beachtenswerte Verbesserung bringt und der in den Jahren 1969, 1970 und 1971 weitere Verbesserungen, wenn auch in bescheidenem Ausmaße, folgen werden. Bis zum Jahre 1971 werden die Bezüge der öffentlich Bediensteten je nach Gehaltsstufe, Verwendungsgruppe und Dienstklasse um 14 bis 28,5 Prozent erhöht werden. In der ersten Etappe, die am 1. Oktober des nächsten Jahres wirksam wird, beträgt die Erhöhung 6,8 bis 20,3 Prozent.

Um hier aber nicht die Meinung aufkommen zu lassen, daß dies ein ganz besonders großer Erfolg ist, möchte ich darauf verweisen, daß es ein Erfolg in der Richtung ist, daß wir dadurch einen großen Nachholbedarf ausgleichen. Ich möchte erwähnen, daß es für einen C-Beamten, der nach den neuen Sätzen im Oktober 1968 mit 2604 S beginnt, eine Verbesserung von 308 S pro Monat bedeutet, für einen B-Beamten, der mit 3168 S beginnt, sind es 413 S und für einen Akademiker, der mit 4301 S beginnt, 637 S.

Wir wissen, daß heute in der Privatwirtschaft viele Arbeitnehmer noch wesentlich besser bezahlt sind. Ja wir wissen, daß ein qualifizierter Bauhilfsarbeiter heute einen Stundenlohn von ungefähr 20 S hat. Dies macht pro Monat ein Einkommen von 3900 S aus. Ein C-Beamter braucht auch nach dieser Regelung noch 24 Dienstjahre, bis er in diesen Bezug kommt, und selbst ein Maturant bekommt erst im 11. Dienstjahr diesen Bezug.

Aber ich glaube, wir können feststellen, daß dies ein Erfolg ist, den wir verzeichnen können. Dazu müssen wir noch berücksichtigen, daß die Wertsicherungsklausel ebenfalls in Kraft tritt, eine Wertsicherungsklausel ähnlich der, wie sie sich in unserem Nachbarland, der Schweiz, seit Jahren bestens bewährt hat. Das ist ein weiterer großer Erfolg, den die öffentlich Bediensteten sicherlich dankbar zur Kenntnis nehmen werden.

Ich glaube, daß im Hinblick auf diese berechtigten Verbesserungen die öffentlich Bediensteten die Personaleinsparungen von zirka 2 Prozent zur Kenntnis nehmen und die ihnen zugemutete Leistungssteigerung erbringen werden.

Nun möchte ich noch etwas über die Verwaltungsreform sagen. Ich habe bei den letztjährigen Beratungen angeregt, daß alle Beamten der Ministerien und Bundesdienststellen aufgefordert werden sollen, entsprechende Vorschläge für die Verwaltungsvereinfachung einzubringen. Diesem Vorschlag wurde entsprochen, und es sind über 400 brauchbare Vor-

schläge eingebracht worden, an deren Überprüfung jetzt gearbeitet wird. Ich bin davon überzeugt, daß diese Arbeit ihre Früchte tragen wird.

Wenn, wie Kollege Glaser bereits erwähnt hat, dieses Mal erstmalig weniger Dienstposten im Dienstpostenplan zu verzeichnen sind, so ist dies bereits ein bescheidener Anfangserfolg. Auch ich möchte daher Herrn Staatssekretär Dr. Gruber und den Beamten, die in der Kommission mitgewirkt haben und weiterhin mitwirken, den Dank aussprechen. Allerdings wird es notwendig sein, daß auch wir selbst in der Gesetzgebung in dieser Richtung tätig werden, indem wir manche Gesetze beschließen, die die Durchführung der Verwaltungsvereinfachung ermöglichen, insbesondere auch Gesetze, die die Kompetenzen den Ländern übertragen und dadurch für den Bund eine Vereinfachung bringen.

Auf ein Kapitel möchte ich noch besonders verweisen, das vom Bundeskanzleramt nach zehn Jahren fruchtloser Auseinandersetzung erfolgreich erledigt wurde, nämlich auf die Errichtung des familienpolitischen Beirates. Auch die Bestellung von familienpolitischen Referenten bei allen Ministerien, und zwar ohne Dienstpostenvermehrung, ist sehr wichtig.

Ich darf hier auf einige Verbesserungen hinsichtlich der Familienpolitik verweisen: Es sei hier einmal auf die Ausgabe von Familienfahrkarten bei den Bundesbahnen mit erheblicher Fahrpreismäßigung hingewiesen, dann auf die Begünstigung für die Familie im Einkommensteuergesetz. Hier sei auf den Freibetrag von 4000 S für den alleinverdienenden Familienerhalter, auf die Erhöhung der Kinderermäßigung für das erste und zweite Kind auf 7000 S und auf 8000 S für jedes weitere Kind verwiesen, ferner auf den Absetzbetrag von 10.000 bis 15.000 S für die mittätige Ehegattin bei Einkommensteuerpflichtigen.

Das Familienlastenausgleichsgesetz 1968 bringt ab 1. Jänner 1968 ebenfalls wesentliche Verbesserungen, die sich bei fünf Kindern bis auf 18.060 S belaufen.

Die Hinaufsetzung der Altersgrenze für die anspruchsberechtigten Kinder, die studieren, auf 27 Lebensjahre ist ebenfalls für die Betroffenen von Bedeutung.

Die Verbesserung der Studienbeihilfe für minderbemittelte Bevölkerungskreise darf auch erwähnt werden.

Familienpolitisch bedeutsam ist auch die Änderung des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes — das mein Vorredner soeben angegriffen hat —, da der Freibetrag von 30.000 S auf 100.000 S erhöht wurde und gerade manchen Familien die große Sorge

Stohs

bezüglich der Steuer, die sie bisher bei der Erbschaft oder bei Schenkungen zu leisten hatten, abgenommen wird. Dadurch entfällt bei kleinerem Vermögen die Steuerpflicht, und es ist hier wirklich mit sozialer Rücksicht geholfen worden.

Erfreulich ist, daß auf allen Gebieten den Problemen der Familien, so beim Wohnbauförderungsgesetz, beim Problem der Frauenbeschäftigung, in der Sozialpolitik, mehr Aufmerksamkeit und Bedeutung beigemessen wird und diese Bemühungen auch internationale Anerkennung finden.

Viel positive Arbeit ist im Bundeskanzleramt geschaffen worden. Sicherlich gibt es noch viele Probleme, die einer Verbesserung bedürfen, insbesondere auch im Hinblick auf die Familienpolitik, im Hinblick auf den öffentlichen Dienst, im Hinblick auf die Kompetenzverlagerung. Aber ich glaube, wir alle wissen als Realisten, daß es nicht möglich ist, alles auf einmal zu erreichen, sondern daß es unsere Aufgabe ist, diese Verbesserungen nach und nach zu erreichen. Wir geben dem Kapitel Bundeskanzleramt gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. van Tongel das Wort.

Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung erweist dem Hohen Haus durch ihre totale Abwesenheit, ausgenommen den Herrn Staatssekretär „vom Dienst“, Herrn Dr. Gruber, ihren „Respekt“ bei Behandlung des Bundesvoranschlages 1968. Ich möchte das heute wieder einmal feststellen, weil ich schon oft bei Budgetberatungen dazu Gelegenheit hatte.

Der Staatsvoranschlag für 1968 enthält dieselben wesentlichen Irrtümer wie das Budget für 1967, das gerade in diesen Tagen der österreichischen Bevölkerung wesentlich mehr Sorgen bereitet als unserer Regierung. Bekanntlich hat sich gegenüber dem für 1967 veranschlagten Defizit eine Verdoppelung des Abgangs ergeben. Dies ist eine vernichtende Kritik an der Finanzpolitik der Bundesregierung. Sie wurde von uns freiheitlichen Abgeordneten vorausgesagt, allerdings vergeblich. Das Budget für 1968 aber, meine Damen und Herren, ist ein Ausdruck der allgemeinen Konzeptlosigkeit der gegenwärtigen Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei.

Ein weiteres Kennzeichen dieses unrealistischen Voranschlages ist aber bezeichnenderweise die Tatsache, daß für unsere Bevölkerung unter dem Titel „notwendige Opfer“ neue Belastungen eingeführt werden. Die gesamte

Bevölkerung muß für die Fehler der Regierung der ÖVP Opfer bringen.

Dieses Debakel haben die freiheitlichen Abgeordneten genau vor einem Jahr — allerdings ebenfalls erfolglos — vorhergesagt. Nur hat die Bundesregierung Klaus-Schmitz diese unsere sehr fundierten Voraussagen nicht beachtet und trägt daher die volle Verantwortung für die jetzige Krise.

Es fehlt der gegenwärtigen Regierung für alles und jedes ein Konzept, sie lebt von einem Tag in den anderen, denn sie ist ständig nur bemüht, den Ausgleich innerhalb der rivalisierenden drei ÖVP-Bünde zu suchen! Genauso wie es die freiheitlichen Abgeordneten nach der Bildung dieser parteimonocoloren, aber dreifarbigen Bünderegierung im April 1966 vorhergesagt haben: Statt „Alles für Österreich“ ist das Motto dieses Bündekonglomerates: „Alles für unsere Parteibünde!“

Daher verwundert es auch nicht, wenn keinerlei Fortschritt in der Frage der Verwaltungsreform, von der seit Jahren immer nur geredet wird, erzielt wurde. Ich komme auf diese Frage noch zurück!

Was die sogenannte Reform der verstaatlichten Industrie anlangt — ich weiß gar nicht mehr, die wievielte Reform es seit 1945 ist —, erleben wir gerade in diesen Tagen: ein beispielloses Durcheinander, schon wieder neue Reformpläne und ein neuer Proporzstreit wegen der Besetzung führender Posten, wie zum Beispiel bei der Alpine Montangesellschaft. Vor allem aber fehlt dieser Regierung jedwedes Konzept für eine zielführende Steuerpolitik.

Die Folgen werden sein: Preissteigerungen, neue Lohnforderungen, Produktionsrückgang, erhöhte Schwierigkeiten im Export, Krise im Fremdenverkehr, eine wesentliche Verminderung der Konsumkraft der Bevölkerung, das Ende der Vollbeschäftigung. Denken Sie an die alarmierende Prognose des Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes! Vor wenigen Minuten haben wir auch hier von der Zunahme der Arbeitslosenziffern gehört.

Und als Konsequenz alles dessen: eine bedeutende Vergrößerung des jetzt veranschlagten Defizits im Jahre 1968, das ohnehin schon das größte der Ersten und Zweiten Republik ist! Die Bedeckung solcher Riesendefizite wird immer schwieriger werden. Bedenken Sie doch, bitte, meine Damen und Herren, die Konditionen des gerade jetzt aufgenommenen amerikanischen Kredites zu bisher noch nicht dagewesenen Bedingungen, wie einem Zinssatz von siebeneinachtel Prozent bei einer Laufzeit für diesen Kredit in der Höhe von einer Milliarde Schilling von nur 18 Monaten. Dieser Kredit dient aber nur zur Deckung

Dr. van Tongel

eines Teiles des erhöhten Abganges für das in vier Wochen zu Ende gehende Jahr 1967. Es ist kennzeichnend, daß für die Vermittlung dieses Kredites mit einem Rekord-Zinsfuß, wie er sonst nicht einmal von notorisch bankrotten Staaten verlangt zu werden pflegt, eine Vermittlungsprovision von 0,3 Prozent, das sind nicht weniger als drei Millionen Schilling, an den Vermittler bezahlt werden mußte! Fürwahr eine erschütternde Bilanz nach 19 Monaten Amtszeit!

Meine Damen und Herren! Ich kann aus Ihren Kreisen Kritiken zitieren, die wie folgt lauten. Eine Zeitung, die der ÖVP wahrlich nicht fernsteht, schreibt:

„Daß die Sünden der Vergangenheit aber die nun allein Regierungsverantwortung tragende Volkspartei besonders hart treffen, ist klar. Statt zu rechnen, den Mut zur Verantwortung nicht nur zu bekennen, sondern auch zu betätigen, statt sich als glaubwürdiger Vertreter einer modernen, leistungssteigernden Politik zu präsentieren, hatte der Haufe der Interessenten“ — ich würde mich niemals getrauen, die ÖVP-Bünde so zu benennen (*Heiterkeit*) — „die wenigen, die bei klarem Verstand blieben, eingekeilt und daran gehindert, dieser miserablen Art von Politik den Spiegel vorzuhalten. Nun liegt der Spiegel in Scherben, nicht wenige haben sich an ihnen in die Finger geschnitten, der Jammer ist allgemein, und keiner will es gewesen sein.“

Dieses schöne Zitat fährt fort: „Nein, keiner will es gewesen sein. An den Wahlniederlagen der letzten Zeit sind die ‚Professoren‘ schuld. Oder vorlaute Pressereferenten.“

Mein Nachredner, Herr Dr. Mussil, wird es schwer haben, dieses Zitat aus einer ihm sehr nahestehenden Zeitung zu widerlegen. (*Abg. Dr. Mussil: Ich habe nie die Absicht gehabt, Sie zu widerlegen, Herr Dr. Tongel!*) Sie müssen die Zeitung widerlegen, nicht mich!

Ein anderes Zitat aus derselben Zeitung: „Die Erhöhung der Umsatz- und der Ausgleichsteuer wird Preiserhöhungen zur Folge haben. Die Feststellung stammt aus der Budgetrede des Finanzministers ... Das Preisniveau in Österreich hat sich heuer nicht in dem erwarteten Ausmaß beruhigt“, schreibt das Blatt. „Im Gegenteil, trotz der Konjunkturabschwächung, die sonst eine Beruhigung der Verbraucherpreise zu bewirken pflegt, hat der Preisauftrieb im Vergleich zum Vorjahr sogar angehalten. Mit monateweisen Schwankungen liegt der Index der Verbraucherpreise heuer um 4 Prozent höher als im vergangenen Jahr.“

Und dann schreibt Herr Karl Graber in der „Presse“, die ich eben zitiere: „Soweit sich solche Dinge im voraus abschätzen lassen,

mußte dann auch für 1968 mit einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate gerechnet werden, die etwa der vom laufenden Jahr — also abermals rund 4 Prozent — entsprechen könnte ... Umsatz- und Ausgleichsteuer sind indirekte Steuern ... und als solche auf den Verbraucher gezielt. Für die Kalkulation der Industrie und des Handels sind sie also geradezu klassische Durchlauferposten. Die Weitergabe der Erhöhung auf die Preise ist demnach logisch und selbstverständlich.“

Meine Herren! Diese hier erteilte Legitimation für Preiserhöhungen möchte ich nur feststellen.

Aber der Artikel setzt fort: „Wie die Preisfolgen einer so allgemein wirksamen Maßnahme, wie die Erhöhung der Umsatz- und der Ausgleichsteuer sie darstellt, freilich unter Kontrolle gehalten werden sollen, wie Preiskommision, Paritätische und Preisunterausschuß die Flut von Anträgen, die dazu erwarten ist, bewältigen sollen, ist ein Rätsel. Vermutlich wird sich wieder einmal erweisen, daß der ganze Preiskontrollzauber nicht viel mehr als eine große Augenauswischerei ist.“

Meine Damen und Herren! Das wurde am 28. Oktober 1967 geschrieben und hat sich inzwischen hundertprozentig bewahrheitet.

Nun zu den Kapiteln, die zur Beratung stehen. Die Geschäftsordnungsreform des Nationalrates wird von uns schon seit Jahren betrieben. Herr Kollege Withalm blockiert sie. Er findet diese Geschäftsordnung, die wir gegenwärtig haben, für die kleine monocloire Mehrheit als die gerade richtige. Wir werden ja sehen, wie es weitergeht.

Aber in der abgelaufenen Session hat sich eine Reihe von Zwischenfällen ereignet, die diese Geschäftsordnungsreform doch absolut notwendig machen. Der unerhörte Vorgang in der Sitzung des Sonderausschusses für die Wohnbauförderung und die Mietenreform, in der nach einer Debatte über den § 1 der Regierungsvorlage der Schluß der Debatte beantragt wurde, worauf die ÖVP-Mehrheit in diesem Ausschuß diesen Antrag auf Schluß der Debatte nicht etwa auf die Beratungen des § 1, wie ich hier schon einmal ausführlich zu begründen Gelegenheit hatte, bezogen hat, sondern auf die ganze Vorlage, ist ein so unerhörter Mißbrauch einiger möglicher Unklarheiten in der Geschäftsordnung — für mich sind diese Stellen aber nicht unklar, aber für die ÖVP waren sie unklar —, beweist, daß allein aus diesem Grunde die Geschäftsordnung reformiert werden muß.

Meine Damen und Herren! Verschiedene sonstige Umstände werden uns immer wieder beschäftigen und erfordern eine Klarstellung in

Dr. van Tongel

unserer Geschäftsordnung Die Überlastung dieses Hohen Hauses im Juni und jetzt wieder im November und im Dezember müßte auch in der Geschäftsordnung durch entsprechende Regelungen berücksichtigt werden.

Ich komme zu einem weiteren Punkt des Kapitels I: Berufene und noch mehr unberufene Personen finden sich in Österreich bereit, von einer Notstandsgesetzgebung zu reden. Kein Mensch bei klarem Verstande und von einigem Verantwortungsgefühl empfindet die Notwendigkeit alarmierender Redereien über eine Notstandsgesetzgebung. Die „Aktion 20“ verfügt offenbar nicht über genügend Beratungstoff, sodaß sich ein hoher Militär dort genötigt findet, die Frage der Notstandsgesetzgebung anzukurbeln. (*Abg. Melter: Das ist scheinbar Hoffungsgebiet!*) Ich habe mir daher erlaubt, in der Präsidialsitzung die Forderung zu stellen, daß endlich der Ständige Unterausschuß des Hauptausschusses, der für gewisse Krisenzeiten in der Verfassung ja vorgesehen ist, endlich konstituiert wird. Ich darf mit Genugtuung feststellen, daß diesem meinem Vorschlag und dieser Forderung nunmehr am 18. Dezember entsprochen werden wird. Ich hoffe, daß dann und daß damit das überflüssige und nur beunruhigende Gerede über die Notwendigkeit einer Notstandsgesetzgebung sein Ende findet.

Bevor ich mich aber den Problemen des Rechnungshofes, des Organs des Nationalrates, der auch zur Beratungsgruppe I gehört, zuwende, darf ich — vielleicht ausnahmsweise einmal im Namen aller Mitglieder des ganzen Hohen Hauses — den Beamten, den Angestellten, den Arbeitern und insbesondere den Stenographen für ihre Einsatzbereitschaft und für die viele, viele große, bis in die Nachtstunden gehende Arbeit herzlichst Dank sagen, die wir Abgeordneten ihnen dadurch bereitet haben, „daß wir das Parlament aufgewertet haben“. (*Beifall.*)

Meine Damen und Herren! In einigen Abteilungen des Rechnungshofes ist ein ungünstiges Verhältnis zwischen dem Umfang der Prüfungsaufgaben und der Zahl der zur Verfügung stehenden Prüfungsbeamten gegeben. Das Personalproblem im Rechnungshof ist qualitativer Natur. Der Rechnungshof bittet schon seit langem angesichts der erhöhten und schwierigen Aufgaben, die ihm zugewiesen sind, um eine gewisse Erhöhung seines Personalstandes. Seine Wünsche waren wahrlich bescheiden. Er bat um vier A-Beamte und um sechs B-Beamte. Aber in der sturen Konsequenz dessen, was sich bei uns „Verwaltungsreform“ nennt, hat man auch den Rechnungshof seitens des Bundeskanzleramtes um 1 Prozent gekürzt und hat ihm, statt ihm vier

A-Beamte und sechs B-Beamte neu zu geben, noch einen A-Beamten weggenommen.

Meine Damen und Herren! Es wäre kennzeichnend für uns als Parlament, wenn wir uns gefallen ließen, daß unser Organ, der Rechnungshof, von gewissen Stellen der Bürokratie so behandelt wird, das Organ, das berufen ist, diese Bürokratie zu kontrollieren.

In weiterer Konsequenz dieser Forderung ergibt sich, daß die Unabhängigkeit des Rechnungshofes im Haushaltsrecht des Bundes gegeben sein muß, denn es geht nicht an, daß andere Stellen über die budgetären Probleme des Rechnungshofes vorentscheiden als wir Abgeordnete. Ebenso wie der Herr Präsident des Nationalrates die Personal- und Budgethoheit hat, müßten wir verlangen, daß auch der Rechnungshof, um eine wirksame Rechnungs- und Gebarungskontrolle ausüben zu können, seinerseits budgetär von den seiner Kontrolle unterliegenden Dienststellen der Verwaltung unabhängig ist.

Das ist so logisch, meine Damen und Herren, daß es mich verwundert, daß 22 Jahre der Zweiten Republik vergehen mußten, bis das einmal aufgezeigt wird.

Wir möchten daher vorschlagen, in den geplanten neuen Verfassungsbestimmungen über das Haushaltsrecht des Bundes die Bundesregierung zu verpflichten, den Teilvoranschlag des Rechnungshofes und seinen Dienstpostenplan genauso wie den Teilvoranschlag und den Dienstpostenplan der Kanzlei des Präsidenten des Nationalrates dem Nationalrat unverändert vorzulegen. Dies geschieht nämlich derzeit nicht.

Ebenso möchte ich auf die Härten der Reisegebührenvorschrift bezüglich des Rechnungshofes hinweisen. Es ist dem Kollegen Gabriele gelungen, bei der Neuregelung der Reisegebühren den 31. Tag des Aufenthaltes in derselben Ortsgemeinde als Schlußtag durchzusetzen, und dies auch für die Rechnungshofbeamten. Abgeordneter Gabriele hat damals von möglichen „Beispielsfolgen“ gesprochen. Diese Bestimmung betreffend die 31 Tage zielt offenkundig nämlich dahin, auswärtige Dienstverrichtungen von Bundesbeamten im allgemeinen in ihrem zeitlichen Umfang weitestgehend zu beschränken. Den Beamten des Rechnungshofes ist es selbst bei straffster Leistung und Arbeit nicht möglich, die Prüfungshandlungen bei großen Unternehmungen innerhalb von 31 Tagen abzuschließen.

Beispielsweise hat die 1967 bei der VÖEST durchgeführte Einschau etwa sechs Monate beansprucht, das heißt, daß die Rechnungshofbeamten für fünf Monate verkürzte Bezüge für ihre großen Leistungen erhalten.

Dr. van Tongel

Auch bei der Prüfung von Finanzlandesdirektionen kann erfahrungsgemäß mit einem Monat nicht das Auslangen gefunden werden. Es ist unser Interesse, meine Damen und Herren, es ist das Interesse des Parlaments und das der gesamten Bevölkerung, daß unser Organ, der Rechnungshof, seine Aufgaben klar, deutlich und restlos erfüllen kann. Daher haben wir dafür zu sorgen, daß dem Rechnungshof und seinen qualifizierten Beamten die Möglichkeit dazu gegeben wird. Wir schlagen daher vor, eine Ausnahme von den Kürzungsbestimmungen für die Rechnungshofbeamten zu beschließen, ähnlich wie dies bereits in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen ist.

Ein weiterer Punkt ist die Unabhängigkeit des Rechnungshofes in Personalfragen. Im Widerspruch zu den Bestimmungen der Artikel 122 und 125 der Verfassung, wonach der Rechnungshof von der Bundesregierung und den Landesregierungen unabhängig ist und seine Beamten vom Bundespräsidenten auf Vorschlag und unter Gegenzeichnung des Präsidenten des Rechnungshofes ernannt werden, stehen einzelne gesetzliche Bestimmungen, welche die Personalhoheit des Rechnungshofes beschränken. So kann zum Beispiel bei Neuaufnahmen und Beförderungen nur mit Zustimmung des Bundeskanzleramtes, das damit wahrlich nichts zu tun hat, vorgegangen werden. Auch bei der Zuerkennung von Aufwandsentschädigungen, Mehrleistungsvergütungen, Sonderzulagen, Naturalbezügen und Entschädigungen für Nebentätigkeit ist das Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Finanzen herzustellen. Ein vollkommen unmöglicher Vorgang, der ehebaldigst abgeschafft werden müßte.

Meine Damen und Herren! Die Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Gebarung ... Ich darf feststellen, daß die Bundesregierung weiterhin fehlt. (*Abg. Dr. Pittermann: Der Staatssekretär vom Dienst ist da!*) Das habe ich schon festgestellt. Unter den Kontrollzielen des Rechnungshofes führt Artikel 126 der Bundesverfassung aus: Der Rechnungshof hat festzustellen, ob die Gebarung den bestehenden Gesetzen und den auf Grund dieser Gesetze ergangenen Verordnungen und sonstigen Vorschriften entspricht. Als Ergebnis solcher Überprüfungen kann sich der Rechnungshof gegebenenfalls bloß auf die Feststellung einer gegebenen Verfassungs- oder Gesetzeswidrigkeit einer Gebarungshandlung beschränken. Das ist, meine Damen und Herren, typisch österreichisch, dadurch ist die Verwaltung an diese gutächtlche Äußerung des Rechnungshofes nicht gebunden. In Wien

pflegt man zu sagen — ich hoffe, daß ich jetzt wegen dieses Ausdruckes nicht wieder durch alle Gazetten geschleift werde —, wozu haben wir die Krot gefressen? Wozu brauchen wir einen Rechnungshof, wenn die von ihm gerügten und beanstandeten Stellen den Beanstandungen nicht Rechnung tragen müssen beziehungsweise das abstellen, was der Rechnungshof feststellt? Wir schlagen daher vor, den Rechnungshof gesetzlich zu ermächtigen, im Falle der Feststellung einer verfassungs- oder gesetzwidrigen Handlung das zuständige Gericht anzurufen, und zwar in Form einer Antragslegitimation beim Verfassungsgerichtshof.

Und zum Abschluß dieses Kapitels eine entscheidende, uns alle berührende Frage: der Verkehr des Rechnungshofpräsidenten mit dem Nationalrat. Alle dürfen hier reden, meine Damen und Herren, alle Minister, auch Minister, die nicht Abgeordnete sind, auch Staatssekretäre, die nicht Abgeordnete sind, aber der Herr Rechnungshofpräsident, der ja den Ministern laut Verfassung gleichgestellt ist, darf hier nicht reden. Er darf nicht antworten, wenn er gefragt wird. Er darf sich nicht verteidigen. Warum? Weil es so in der Geschäftsordnung des Nationalrates, die zu ändern Herr Dr. Withalm nicht zuläßt, steht. Wir schlagen daher eine entsprechende Änderung des Geschäftsordnungsgesetzes vor. Der Präsident des Rechnungshofes soll dann, wenn Gegenstände der Gebarungskontrolle, wie Bundesrechnungsabschluß und Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, hier im Plenum behandelt werden, dieselben Rechte haben wie die Minister und Staatssekretäre. Im Ausschuß darf er ja reden. Dies zum Kapitel Rechnungshof.

Nun wäre es sehr dankbar, sich verfassungsrechtlich zu verbreiten über das Haushaltsrecht des Bundes. Wir sind der Auffassung, daß man eigentlich vor Beginn der Budgetberatungen dieses Haushaltsrecht des Bundes hätte behandeln sollen. Man hätte sich dadurch die todsichere — und das werde ich bei der Gruppe IX nachweisen — Anfechtung auch des neuen Bundesvoranschlages erspart, ebenso wie dies beim Voranschlag für 1967 der Fall war. Aber wir gedulden uns noch etwas. Vielleicht liegt am 19. Dezember, dem Schlußtag der Budgetberatungen, dann schon das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes über die Anfechtung des Bundesvoranschlages 1967 vor und es können dann in derselben blamablen, unangenehmen und undemokratischen Weise, wie dies im vorigen Jahr geschehen ist, in den letzten Stunden einige Adaptierungen des Budgets 1968 vorgenommen werden.

Dr. van Tongel

Und nun möchte ich mich, wie angekündigt, mit der Verwaltungsreform beschäftigen, zumal ich ja einen Zuhörer habe, den einzigen Zuhörer aus dem Kreis der Bundesregierung, den von mir sehr geschätzten Herrn Staatssekretär Dr. Gruber. Zunächst zitiere ich, meine Damen und Herren:

„Die öffentliche Verwaltung bedarf einer tiefgreifenden Modernisierung nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Dies erfordert interne Rationalisierungsmaßnahmen, eine Vereinfachung der Rechtsvorschriften, eine moderne Staatsverrechnung und die Modernisierung des Kanzleiwesens unter Verwendung aller Erkenntnisse der Automation.“

Ich glaube, Sie werden sich noch erinnern, Herr Staatssekretär, daß dieser wesentliche Teil der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers Dr. Klaus — er ist noch immer nicht da — vom 20. April 1966 Ihr Arbeitsgebiet betraf.

Es gibt keine österreichische Regierung, die sich nicht mit Worten und mit schriftlichen Erklärungen zu all dem verpflichtet hätte, was unter dem Sammelwort „Verwaltungsreform“ zusammengefaßt wird. Der Begriff stammt nicht etwa aus der heutigen Zeit — meine Damen und Herren, das muß einmal festgestellt werden —, er ist so alt wie die Verwaltung selbst. Man spricht davon etwa seit der Zeit Maximilians des letzten Ritters. Also das ist Ihr Vorbild, Herr Staatssekretär!

Die Regierung Klaus hat einem eigenen Staatssekretär vornehmlich die Durchführung der Verwaltungsreform zugedacht. Wie Dr. Karl Gruber erklärt, sei es erstmals gelungen, im Dienststellenplan 1968 die Anzahl der Dienstposten herabzusetzen. Jedenfalls nannte man 1966 bereits 276.951 Dienstposten gegenüber 244.489 im Jahre 1956.

Im Jahre 1968 soll nach dem Entwurf des Bundesfinanzgesetzes die Zahl der Bundesbediensteten 277.815 betragen. Das bedeutet einen wenn auch nur geringfügigen Rückgang um 620 gegenüber dem bisherigen Höchststand von 278.435 im Jahre 1967. Im Jahr 1938 war man noch mit 202.018 ausgekommen.

Im Unterrichtsressort kommt es dagegen 1968 wegen des Ausbaues der Hochschulen und wegen des neunten Schuljahres zu einer Erhöhung der Dienstposten um 1343 auf 31.343, womit 11,3 Prozent aller Dienstposten auf dieses Ressort entfallen, was bereits dem Anteil der Zentral- und Bundesverwaltung nahekommt. Diese hat nämlich 14,2 Prozent. (Abg. Ing. Kunst: Und Erhöhung der Überstunden!)

Ich möchte noch ein paar Zahlen anführen: 1938 gab es 202.018 Bundesbedienstete, 1960 258.038, 1965 273.222. 1967 waren es 278.435, mit den Lehrern und Landesbediensteten allerdings schon 329.018. 1968 ist der Rekord mit zwar nur 277.815 Bundesbediensteten, aber zusammen mit den Lehrern und Landesbediensteten mit 329.724 Bediensteten erreicht, was gegenüber dem Jahre 1938 eine Vermehrung um 60 Prozent darstellt. (Abg. Libal: Und Mehrdienstleistungen!)

Meine Damen und Herren! Es nützt wenig, wenn Herr Staatssekretär Dr. Gruber feststellen mußte, daß die Kanzleivorschriften ihrem Sinne nach noch auf Maria Theresia zurückgehen. Das spricht eigentlich für die gute, alte Kaiserin. Sie sollten deshalb reformiert werden, wenn es schon nicht möglich ist, auch den Geist, mit dem in Österreich verwaltet wird, zu reformieren. Es müssen aber sowohl der Geist als auch der Inhalt der Bestimmungen selbst reformiert werden. (Abg. Ing. Kunst: Dann wird das Militär vom Grenzschutz zum Paketeustragen eingesetzt werden!) Herr Kollege, ich werde mir erlauben, diese Fragen dann beim Kapitel Inneres zu behandeln.

Und nun zum Herrn Bundeskanzler selbst; er ist noch immer nicht da. Der Herr Bundeskanzler hält jeden zweiten Samstag eine Rundfunkrede. Sie wurde ihm um einige Minuten gekürzt. Aber er hat einmal einen Termin ausgelassen, womit er erreicht hat, daß er gerade an jedem Samstagabend, der vor dem Wahlsonntag lag, an dem die Wahlen in Klagenfurt, in Salzburg, in Oberösterreich und im Burgenland stattfanden, im Rundfunk sprechen konnte. (Abg. Dr. Pittermann: Wir haben nichts dagegen gehabt!) Der Erfolg blieb ihm allerdings versagt. Aber es handelt sich dabei um den Grundsatz. Der Herr Bundeskanzler redet auch an anderen Samstagen, aber die Opposition hat, offenkundig auf Grund seiner Weigerung, im Rundfunk noch nicht eine solche Redefreiheit bekommen, wie sie der Herr Bundeskanzler hat. (Abg. Zeillinger: Reden dürfen wir schon, aber gebracht wird es nicht!) Ich darf das hier festhalten und darf an den Rundfunk einen Appell zu echter Demokratie richten. Der Opposition sollte sowohl vor Wahlen wie auch an normalen Samstagabenden dasselbe Recht wie dem Regierungschef eingeräumt werden! (Abg. Ing. Kunst: Das wäre ja echte Demokratie!)

Meine Damen und Herren! Über die Ostpolitik und über die Reisen des Herrn Bundeskanzlers in die Oststaaten werden meine Parteifreunde bei den zuständigen Kapiteln noch zu sprechen haben. Ich darf nur festhalten: Es ist kennzeichnend, daß die ÖVP-Mehrheit

Dr. van Tongel

zwei Anträge der freiheitlichen Opposition niedergestimmt hat. Ich stelle sie hier nicht, weil es ja zwecklos ist, sondern ich möchte sie Ihnen zur Kenntnis bringen:

Der eine Antrag hat von der Regierung jene Vorlagen gefordert, die dadurch notwendig geworden sind, daß Österreich bereits vor einigen Jahren die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet hat; diese Konvention ist auch schon vor einigen Jahren in Kraft getreten. Dieser Antrag wurde von der ÖVP selbstverständlich — wie ich sagen muß — wie immer niedergestimmt.

Aber es ist bezeichnend, daß auch unser Antrag über die Regelung der Kompetenzen, der eigentlich die Voraussetzung jeglicher Verwaltungsreform wäre, niedergestimmt wurde. Dieser Antrag wurde wortwörtlich nach einem Bericht der Bundesregierung vom April 1963 formuliert. Damals hat die Bundesregierung bei der Beratung eines Teiles der Kompetenzfragen sehr goldene Worte darüber gefunden, was in Österreich eigentlich geschehen mußte.

Wir Freiheitlichen sind manchmal böseartig: Wir haben diese goldenen Worte der Regierung in einen Antrag gekleidet und haben denselben Antrag seit dem Jahre 1963 immer wieder wortwörtlich in der gleichen Form, wie ihn die Bundesregierung selbst in ihrem Bericht formuliert hat, gestellt. Seither wurde unser Antrag hier zuerst von der Koalition und jetzt nur von der monocoloren ÖVP-Regierung niedergestimmt. Dieser Antrag lautete:

„Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat den Entwurf eines Bundesgesetzes vorzulegen, welches Zahl, Wirkungsbereich und Einrichtung der Bundesministerien neu zusammenfaßt und einen einheitlich auf die Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes abgestellten Katalog der Zuständigkeiten der einzelnen Bundesministerien enthält unter gleichzeitiger Aufhebung der bisherigen zahlreichen, aus verschiedenen staatsrechtlichen Perioden stammenden einschlägigen Vorschriften.“ Sehr richtig heißt es dann in diesem Antrag: „Aufgabe eines solchen umfassenden Kompetenzgesetzes soll es vor allem sein, die von verwaltungsorganisatorischen, verwaltungsökonomischen und verwaltungstechnischen Erwägungen bestimmte Bereinigung in der Abgrenzung der Zuständigkeiten der Ministerien herbeizuführen und die Zusammenarbeit der Bundesministerien nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln.“

Jetzt hat man die Ausrede gebraucht, daß die Professoren in der Bundesregierung

und die nicht koordinierten Pressereferenten schuld sind an der Beunruhigung der Öffentlichkeit über das Budget. Schuld an den zahlreichen Unzukömmlichkeiten sind jedoch die mangelnden Kompetenzen, die Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP und von der Regierung, genau erkannt haben, denn Sie haben das Problem ja selbst richtig formuliert, aber Sie führen es nicht durch.

Aus allen diesen Gründen werden die freiheitlichen Abgeordneten den Beratungsgruppen I und II sowie auch allen anderen Beratungsgruppen ihre Zustimmung verweigern und gegen das Budget stimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Mussil das Wort.

Abgeordneter Dr. **Mussil** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich Ihnen versprechen, daß ich mich bemühen werde, mich genauso sachlich und nüchtern mit den Problemen auseinanderzusetzen wie meine Vorredner, vor allem wie der Abgeordnete Czettel. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Der Abgeordnete Czettel hat auf den Minderheitsbericht hingewiesen und hat dazu bemerkt, daß der Minderheitsbericht heuer kürzer ausgefallen ist als im vergangenen Jahr. Ich kann das bestätigen. Der Bericht ist aber nicht nur kürzer, sondern auch viel dürftiger. Es steht nämlich fast überhaupt nichts in ihm, außer reinen Leerformeln und wirklich sehr abgespielten Phrasen, mit denen ich mich dann später noch auseinanderzusetzen versuchen werde. *(Abg. Ing. Häuser: Also die Sachlichkeit beginnt schon!)*

In dem Minderheitsbericht ist auch eine Zusammenstellung sämtlicher sozialistischen Entschließungsanträge, die im Budgetausschuß gestellt und abgelehnt worden sind, enthalten. Wir haben überschlagsmäßig geschätzt: Das macht etwa 4 Milliarden Schilling aus.

Ihr Parteivorsitzender, Abgeordneter Kreisky, bereist jetzt die Bundesländer und verspricht dort alles, was er nur versprechen kann. Er ist der Meinung, man müßte mehrere Milliarden Schilling in die Bauwirtschaft hineinpumpen — das wäre ja die herrlichste Sache, die man sich vorstellen könnte — und man müßte durch Subventionierung der Zinsen die Unternehmer bei der Investitionstätigkeit anspornen: Dinge, die wir seit eh und je verlangt haben.

Dann hat der Abgeordnete Czettel die zu geringen Investitionsvorhaben in diesem Budget bekrittelt. Das ist alles hundertprozentig zu unterschreiben! Wir sind auch der Mei-

Dr. Mussil

nung, daß wesentlich mehr investiert werden müßte, und wir haben auch die Absicht, das Eventualbudget zu verwirklichen.

Aber eines darf ich Ihnen sagen: Wenn man diese Zahlen addiert, dann kommt man auf ganz eminente Milliardenbeträge. Darüber kann man nur ganz kurz mit folgendem Wort urteilen: Es ist Ihnen um das Geld, das nicht vorhanden ist, nichts zu teuer! (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das ist vielleicht, auf einen einfachen Nenner gebracht, die richtige Antwort auf das, meine Herren, was Sie in diesem Zusammenhang vorgebracht haben. (*Abg. Dr. Pittermann: Die Margarine ist teuer genug! Sie sorgen dafür, daß sie noch teurer wird!*)

Ich möchte in dem Zusammenhang eines hervorheben: Wir haben wiederholt um konkrete Alternativvorschläge gebeten. In Ihrem Minderheitsbericht sagen Sie, daß die Vorschläge dem österreichischen Volk im Laufe des nächsten Jahres vorgelegt werden. Ursprünglich stand in dem Bericht — ich kenne nämlich den Originaltext —: „Zu Beginn des nächsten Jahres.“ Dieser Ausdruck ist dann durchgestrichen und durch die Formulierung „im Laufe des nächsten Jahres“ ersetzt worden. (*Abg. Dr. Withalm: Nur nicht hudehn!*) Ja, ich weiß schon: Nur nicht hudehn. Aber entweder haben Sie keine Alternativvorschläge, was anzunehmen ist (*Abg. Dr. Kreisky: Das ist gut, daß Sie jetzt schon draufkommen!*), oder Sie sagen sie uns nicht, so wie ein Kind, das dem Vater den Schlüssel für seine eiserne Kasse, den er verloren hat, geben soll, sagt: Ätsch, ich gebe dir den Schlüssel nicht, das ist deine eigene Schuld! (*Abg. Czettel: Herr Dr. Mussil, reden wir von etwas anderem! — Abg. Dr. Pittermann: Mussil, in der Kasse ist nichts drinnen, auch wenn Sie den Schlüssel bekommen! Es ist schon längst herausgeholt!*)

Meine sehr geehrten Herren! Also wirklich konkrete Alternativvorschläge wären das Richtige, was Sie beitragen könnten. Sie sollen nicht nur uns helfen, meine sehr geehrten Herren, sondern der österreichischen Bevölkerung. (*Abg. Czettel: Was Sie schlecht machen!*) Es ist außerordentlich interessant, daß Sie in diesem Zusammenhang in dem Minderheitsbericht sagen, daß Sie ihn nicht dem Parlament vorlegen werden. Bitte, daß Sie ihn nicht der Regierung vorlegen wollen, gestehe ich Ihnen zu, aber was heißt: Dem österreichischen Volk? (*Abg. Gratz: Seit den letzten Wahlen ist Ihnen das sehr unangenehm!*) Bedeutet das, daß Sie die Absicht haben, das Parlament auszuschließen? Oder wie stellen Sie sich diese Dinge in dem Zusammenhang vor? Das ist mir nicht ganz erfindlich.

Meine sehr geehrten Herren! Also konkret: Wo wollen Sie einsparen? Wollen Sie auf dem Agrarsektor noch mehr einsparen? (*Abg. Dr. Kreisky: Ja!*) Wollen Sie auf dem Sozialsektor einsparen? (*Abg. Dr. Kreisky: Ja!*) Wollen Sie auf dem Kultursektor einsparen? (*Abg. Dr. Kreisky: Bei Kultur nicht!*) Sagen Sie uns das, bitte, ganz klar und deutlich, wo Sie einsparen wollen. (*Abg. Dr. Kreisky: Das werden Sie selber machen müssen! — Abg. Dr. Withalm: Für gute Tips sind wir immer dankbar!*)

Dann hat der Abgeordnete Czettel mich zitiert und hat darauf hingewiesen, ich hätte selber erklärt, daß die Wachstumsgesetze keine geeigneten Maßnahmen waren oder sind, um die Wirtschaft entsprechend anzukurbeln.

Darf ich zu den wiederholt strapazierten Wachstumsgesetzen folgendes sagen: Ich habe das nie erklärt, sondern ich habe festgestellt, daß sie nicht den erhofften Erfolg bringen konnten, weil die Gewinnmargen zu stark ausgeräumt worden sind, sowohl von der Preisseite als auch von der Kostenseite her. (*Abg. Czettel: Lohnseite, haben Sie gesagt!*) Wenn in einem Betrieb weder Gewinnerwartungen noch Gewinne vorhanden sind, kann sich der Betrieb nicht zusätzlich verschulden. Die Abschreibungen, die er tätigen muß, müssen ja zuerst verdient werden, meine sehr geehrten Herren!

Aber darf ich Ihnen eines sagen: Wir haben seit dem Jahre 1960 diese Wachstumsgesetze verlangt, und Sie waren es, meine verehrten Herren von der Sozialistischen Partei, die Jahre hindurch diese Gesetze blockiert haben. Sie können sicher sein: wenn wir sie rechtzeitig beschlossen hätten, würde uns unsere Wirtschaftsstruktur heute nicht solche Sorgen bereiten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

In diesem Zusammenhang darf ich, meine verehrten Herren, weiters hervorheben: Sie sagen immer, das seien wirkungslose Geschenke an die Reichen. Das ist von uns bereits mehrmals widerlegt worden, es wird aber von Ihnen nicht zur Kenntnis genommen. Erstens sind das keine Geschenke, sondern Steuerstundungen. Zweitens, meine Herren: Entweder werden sie in Anspruch genommen, dann sind sie nicht wirkungslos, oder sie werden nicht in Anspruch genommen, dann sind es keine Geschenke. In diesen Widersprüchen verfangen Sie sich. (*Abg. Ing. Häuser: Von Fehlinvestitionen haben Sie noch nichts gehört?*) Ich möchte Sie also bitten, aus dem Gewirr dieser Widersprüche endlich herauszufinden. Ich werde mein möglichstes tun, um Ihnen dabei zu helfen! (*Abg. Pansi: Für was werden sie in Anspruch genommen?*)

Dr. Mussil

Für Investitionen, und zwar für wichtige Investitionen! (*Abg. Pansi: Wo haben Sie die Garantien dafür?*) Herr Kollege Pansi, darf ich Ihnen noch eines sagen: Sie können über die Wachstumsgesetze urteilen, wie Sie wollen. Ich bin davon überzeugt — und auch ausländische Kritiker sind bei unseren gegebenen Verhältnissen davon überzeugt —: Wenn wir die Wachstumsgesetze nicht hätten, wäre die Talfahrt unserer Wirtschaft, die Sie ständig in den Vordergrund schieben, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß sie im wesentlichen vom Ausland zu uns hereinkommt, viel rascher und viel steiler gewesen, als wir sie jetzt erlebt haben. Diese Wachstumsgesetze haben immens dazu beigetragen, daß wir im Vergleich zu anderen Ländern Europas, die mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, bisher noch verhältnismäßig gut durchgekommen sind.

Ich darf Ihnen noch ein weiteres Problem vor Augen führen, das in dem Zusammenhang von Ihnen immer wieder angeschnitten wird, und zwar die Frage: Warum hat man die Einkommen- und Lohnsteuerreform durchgeführt und nachher die indirekten Steuern erhöht? Dazu darf ich Ihnen eines sagen: Zu dem Zeitpunkt, wo die Frage der Lohnsteuerreform zur Debatte gestanden ist — das war im Juni des vergangenen Jahres —, sind alle Voraussagen in die Richtung gegangen, daß wir mit keiner wesentlichen Änderung des wirtschaftlichen Klimas zu rechnen haben (*Abg. Dr. Pittermann: Alle nicht!*), und auch die Einnahmen waren dementsprechend. Und gerade Sie, meine Herren, waren es, die nicht nur eine Vorziehung auf den 1. Oktober, sondern sogar auf den 1. Juli verlangt haben. Sie waren es also, denen wir in dieser Frage recht gegeben haben. Und jetzt ist plötzlich alles falsch! Allerdings sind in dem Moment, wo am 1. Oktober die Lohnsteuerreform in Kraft getreten ist, die massiven Lohnforderungen losgegangen. Da waren die Dinge weg, da war das im Gesetz, und dann ist vor allem die Nahrungs- und Genußmittelarbeitergewerkschaft — wo ist Dr. Staribacher? — ganz massiv in die Bresche gesprungen und hat eine Spitzenreiterrolle übernommen.

Das weitere, das von Ihnen in dem Zusammenhang angeführt worden ist, war die Erbschafts- und Schenkungssteuer, auf die ist Kollege Stohs schon zurückgekommen. Ich brauche also darüber nichts mehr zu sagen.

Ich möchte jetzt noch auf eines zu sprechen kommen, und das ist die Frage der Umsatzsteuer, der Ausgleichsteuer und der damit zusammenhängenden Belastungen, die jetzt zur Debatte stehen. (*Abg. Dr. Pittermann:*

Die stehen erst im Jänner zur Debatte!) Ich kann Ihnen versichern — das ist bei uns die allgemeine, von allen geteilte Auffassung, das ist nicht nur die Auffassung innerhalb des Wirtschaftsbundes —: Wenn eine Möglichkeit bestanden hätte, diese Steuern zu vermeiden, wären wir diesen Weg gegangen. Aber hier gilt wieder das, was ich eingangs gesagt habe: Meine Herren, wo sind die Alternativen — außer der ewig strapazierten Vermögensteuer? Die Vermögensteuererhöhung würde etwa 600 Millionen Schilling erbringen, die Hälfte würde die verstaatlichte Industrie bezahlen. Oder die höheren Progressionen in der Einkommen- und Lohnsteuer? Damit würde der Leistungswille abgetötet werden, und wir würden mit den Investitionen noch schlechter dastehen als jetzt.

Was aber im Minderheitsbericht steht, daß nämlich die Erhöhungen der Umsatzsteuer und der Ausgleichsteuer eine Preislawine auslösen werden, ist wohl, gelinge ausgedrückt, außerordentlich übertrieben. Ich darf Ihnen eines sagen: Im Beirat ist eine Schätzung über die Erhöhungen beider Steuern durchgeführt worden. Diese Erhöhungen werden etwa zwischen 1 und 1,5 Prozent ausmachen. Dort, wo die Betriebe diese Steuererhöhungen auffangen können, werden sie sie auffangen; leider ist durch die Ausräumung der Gewinne durch die Kostensteigerungen ein Großteil der Betriebe dazu nicht in der Lage. Tragen sie sie selber, werden sie zu einer richtigen Unternehmersteuer, und das ist auch unangenehm, weil es auf die Investitionen drückt. Dort, wo die Erhöhung weitergegeben wird, wird sie leider in die Preise eingehen müssen. Dieses eine Prozent ist aber beileibe keine Preislawine, auch wenn es 1,5 Prozent sein sollten. Ich bin überzeugt — und Sie können beruhigt sein —, bei den jetzt laufenden Lohnforderungen sind diese Erhöhungen des Preisindex des nächsten Jahres bereits einkalkuliert; sie sind vorweg genommen, meine Herren, sodaß von der Seite her keine besonderen Sorgen zu bestehen brauchen.

Ich darf nun noch zur Ausgleichsteuer sprechen. Die Ausgleichsteuer, das ist wissenschaftlich anerkannt, beseitigt die Diskriminierung der Inlandsware gegenüber der Importware. Jetzt, im gegenwärtigen Zeitpunkt, ist es auf Grund der Pfundabwertung so, daß das ein sehr, sehr wichtiger Schutz unserer inländischen Produktion gegen eine Überschwemmung mit Niederpreisprodukten aus den Abwertungsländern darstellen würde.

Meine sehr geehrten Herren! Ich darf jetzt abschließend zu diesen allgemeinen Din-

5752

Nationalrat XI. GP. — 71. Sitzung — 27. November 1967

Dr. Mussil

gen des Budgets noch eines sagen. Eine Budgetstruktur ist nicht etwas, was sich von heute auf morgen entwickelt. Das ist eine Angelegenheit, die sich im Laufe von einem oder zwei Jahrzehnten entwickelt, und genauso ist es ausgeschlossen, eine Budgetstruktur von heute auf morgen zu ändern, noch dazu wenn 85 Prozent der Ausgaben bereits gesetzlich vorgeschrieben sind.

Es war also vor allem im letzten Jahrzehnt die Tätigkeit des Nationalrates, die dieses Budget in der heutigen Struktur geschaffen hat. Heute tun Sie so, als ob Sie während der Koalitionszeit mit diesen Dingen überhaupt nie etwas zu tun gehabt hätten! Das nimmt Ihnen doch niemand ab.

Nun einige Worte zur allgemeinen Wirtschaftssituation. Im internationalen Maßstab dürfte sich jetzt wiederum eine Konjunkturbelebung abzeichnen. In der Bundesrepublik ... (*Abg. Dr. Pittermann: Wo haben Sie das her?*) — Herr Vizekanzler, das sind allgemeine Feststellungen aller Prognosen. Wir sind ja nicht so sehr für Prognosen wie Sie, aber jetzt glauben wir einmal einer Prognose — und jetzt sind Sie wieder dagegen! (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist etwas, was uns eigenartig erscheint. Das ist in dieser Form in der OECD prognostiziert worden. (*Abg. Haberl: Sallinger hat ganz etwas anderes gesagt!*) Außerdem ist im Beirat festgestellt worden, daß wir uns jetzt in einer Phase befinden, wo wir versuchen müssen, in die anlaufende Konjunktur des Auslandes hineinzuwachsen. Da bestehen jetzt die besonderen Schwierigkeiten auf der Lohn- und Preisseite. (*Abg. Ing. Häuser: Natürlich!*)

Meine verehrten Damen und Herren! In der letzten Phase einer abflachenden Konjunktur greift allgemein — das ist international so — eine Beruhigung auf dem Lohn- und Preissektor Platz — nur bei uns in Österreich nicht! (*Abg. Dr. Pittermann: Und die Streiks in Deutschland und Italien?*) Während des Sommers anerkanntermaßen ja, aber jetzt geht's wieder vehement an. Wenn das so weitergemacht wird (*Zwischenruf des Abg. Benya*), Herr Präsident, besteht eine Gefahr. (*Abg. Ing. Häuser: Wie lange sollen wir noch warten?*) Sicher kann das nicht auf die Lohnseite allein beschränkt bleiben, wir haben deutlich zu erkennen gegeben, daß das nicht einseitig gemacht werden kann — genauso wie die Löhne sind auch die Preise entscheidend. Wir haben Vorschläge unterbreitet, Herr Präsident, damit diese Dinge in Ordnung kommen.

Ich möchte aber noch etwas sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wenn es uns nicht gelingt, diese Dinge in den Griff

zu bekommen, sowohl von der Lohn- als auch von der Preisseite her, haben wir es unendlich schwieriger, in eine anlaufende Konjunktur hineinzukommen. Deshalb sind gewisse Lohntheorien und Lohnthesen, die in letzter Zeit vertreten wurden, verhältnismäßig gefährlich. Es wird gesagt, diese Lohnerhöhungen sind notwendig, um die Konsumkraft aufrechtzuerhalten. Dabei ist die Konsumkraft a) über das Budget, b) über die Pensionen, c) über die Beamtenbezugsregelung und so weiter auch bei einer rein produktivitätsorientierten Lohnpolitik durchaus gewährleistet. Aber es ist ja nicht zuwenig Geld da. Es ist heute bereits mehrmals darauf hingewiesen worden. (*Zwischenrufe des Abg. Dr. Pittermann.*) — Ich meine bei den Geldinstituten, Herr Dr. Pittermann. Ich weiß schon, was Sie sagen wollten: im Staatshaushalt zuwenig — sicher. Aber in den Geldinstituten steigen die Spareinlagen. Das ist ein Zeichen, daß genügend Konsumkraft da ist, aber diese Konsumkraft wird nicht genügend konsumtiv angelegt. Das ist im wesentlichen eine psychologische Angelegenheit. Es wird der Arbeitnehmerschaft ständig einzureden versucht, daß ihre Arbeitsplätze gefährdet sind, heute tat das wieder der Abgeordnete Czettel: 150.000 Arbeitslose und so weiter. Ja, meine sehr Geehrten, wie soll dann ein Arbeiter, der jetzt im Arbeitsprozeß steht, sich entschließen, ein größeres Fernsehgerät, ein langlebiges Wirtschaftsgut zu kaufen, wenn man ihm das immer sagt? Ich bin gegen jeden übertriebenen Optimismus, aber auch gegen jeden politischen Zweckpessimismus. Ich möchte sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren — ich habe das in diesem Hause schon einmal erwähnt —, man kann eine Wirtschaft zweifellos nicht gesundbeten, aber man kann sie krankbeten. Das ist der politische Erfolg, der mit diesen Dingen erreicht werden könnte.

Meine verehrten Damen und Herren! Darf ich zum Schluß kommen und Ihnen nur eines sagen: Wir nehmen die Dinge außerordentlich ernst, wir wollen mit unseren Sozialpartnern sowohl auf der Preis- wie auch auf der Lohn-ebene durchaus zu einer Regelung kommen, damit die kreditpolitischen, die arbeitsmarktpolitischen und energiepolitischen Fragen und so weiter in dem heute wiederholt genannten Koren-Konzept endlich verwirklicht werden können.

Grundvoraussetzung für alles das ist die Beruhigung auf dem Lohn- und Preissektor. Wenn es uns nicht gelingt, diese Beruhigung herbeizuführen — ich möchte nicht den Teufel an die Wand malen —, dann besteht die Gefahr, daß die Nationalbank den Geldhahn,

Dr. Mussil

den sie etwas aufgedreht hat, wieder stärker zudreht. (*Abg. Dr. Pittermann: Das liegt doch bei den Banken!*) — Nein, das liegt nicht bei den Banken, das liegt bei den Löhnen und bei den Preisen, bei der Entwicklung der Währung. Zum Schutze der Währung muß die Nationalbank „zudrehen“. Fragen Sie den Präsidenten Korp, und er wird Ihnen das hundertprozentig bestätigen, Herr Vizekanzler. Wenn das geschieht, dann haben wir echte Stagnation und echte Arbeitslosigkeit.

Um das zu verhindern, möchte ich an Sie, meine sehr Geehrten, den Appell richten, mit uns mitzuarbeiten, damit wir aus diesen Schwierigkeiten herauskommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Kreisky das Wort.

Abgeordneter Dr. Kreisky (SPÖ): Hohes Haus! Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil ich hier einige Male apostrophiert und einige Male falsch zitiert wurde. Aber ehe ich dazu ein paar Richtigstellungen vornehme, möchte ich nur ganz kurz auf eine Frage zu sprechen kommen.

Zuerst einmal hat sich hier im Haus Widerspruch erhoben, als der Herr Abgeordnete Czettel auf die bedenkliche Situation auf dem Arbeitsmarkt verwiesen hat. Ich habe hier vor mir Listen, große Listen, aus denen ich Ihnen vorlesen könnte, wo überall Kurzarbeit besteht, wo überall Entlassungen vorgenommen wurden und wo es überhaupt zu Stilllegungen gekommen ist. Sie wissen doch wahrscheinlich selber, daß es praktisch in allen Industrien in den letzten Wochen und Monaten zu Maßnahmen gekommen ist, die wir seit Jahren in Österreich nicht gekannt haben. Ich nenne hier die Firmen nur nicht, weil ich diesen Firmen das Leben, das sie gegenwärtig haben, nicht noch schwerer machen will. Ich möchte Ihnen aber sagen, daß wir diese Entwicklung eben sehr ernst beurteilen und daß wir glauben, daß man mit dem Verschweigen dieser Tatsachen der österreichischen Wirtschaft keinen guten Dienst erweist — und auch nicht der Regierung, denn eine Regierung kann nur etwas besser machen — sofern sie nicht der Überzeugung ist, daß sie die vortrefflichste ist, die es gibt —, wenn man an ihr Kritik übt und wenn der Widerhall in der Bevölkerung, von dem Sie sich ja überzeugen konnten, so ist, daß sie die Regierung mahnt, nun nach dem Rechten zu sehen.

Ich möchte weiters sagen, daß wir heute hier wieder diese typische Legendenbildung erlebt haben, daß nämlich die Löhne die Preise treiben.

Dazu muß ich jetzt etwas sagen. Sie kommen nun seit Wochen und erklären: Wenn das mit den Löhnen so weitergeht, dann ist der Schilling hin! Ja, was ist denn das für eine Politik im Interesse der Stabilität? Sie malen hier das Gespenst an die Wand. Meine Damen und Herren auf der rechten Seite des Hauses! Wir könnten Ihnen einiges über die Folgen der Kreditpolitik des Herrn Finanzministers sagen, die sich gerade in den letzten Wochen dieses Jahres auswirken könnten. Wir tun es nur nicht, weil wir die Unruhe im Lande nicht vermehren wollen. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Jawohl! Wir tun es deshalb nicht! Ja was ist denn das für eine glorreiche Politik, sich für 18 Monate 1 Milliarde Schilling im Ausland auszuborgen, die 40 Millionen Dollar hereinzunehmen, die doch für den Staat nur etwas bedeuten, wenn die Nationalbank dem Finanzminister für 1 Milliarde Schilling nagelneue Zettel gibt. So ist doch das in Wirklichkeit!

Sie sollten ein bißchen vorsichtiger sein und zur Kenntnis nehmen, daß wir es uns gar nicht leicht machen bei der gegenwärtigen Situation, die es in unserem Lande gibt. (*Beifall bei der SPÖ.*) In Wirklichkeit gehen zuerst die Preise hinauf — immer war es so —, und dann, wenn die Menschen erkennen, daß sie um einen großen Teil ihres Arbeitsertrages gebracht werden, dann erst werden die Lohnforderungen erhoben und nicht umgekehrt. Aber dazu werden Ihnen im Laufe dieser Debatte andere, die da besser informiert sind, die Antwort geben. (*Ruf bei der SPÖ: Was sagt der ÖAAB?*)

Und so möchte ich zu dem von Ihnen immer wieder als Kronzeugen für Ihre Politik herangezogenen britischen Labour-Premier etwas sagen. Wenn Sie mich schon zitieren, meine Damen und Herren auf der rechten Seite des Hauses, dann tun Sie es vollständig und korrekt. Dann müßten Sie nämlich sagen, was ich damals unmittelbar nach der Pfundabwertung erklärt habe. 13 Jahre lang hat in England eine konservative Regierung die Wirtschaftspolitik dieser ältesten und einst größten Industrienation der Welt geleitet und gelenkt. (*Ruf bei der ÖVP: Koalition!*) — Von Koalition war damals keine Rede, die hat es in England nur im Krieg gegeben. (*Abg. Tödling: Unsere Koalition war älter!*) Darauf könnte ich Ihnen gleich etwas sagen. Aber zuerst warte ich noch auf die Antwort des Herrn Generalsekretärs Dr. Withalm, der doch endlich sagen soll, welche Ausgaben im Budget, die auf die Koalition zurückgehen, er sich ersparen möchte. Das soll er uns einmal sagen! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Doktor Withalm: Die wir alle gemeinsam beschlossen*

Dr. Kreisky

haben! — Ruf bei der SPÖ: Welche? — Abg. Dr. Withalm: Alle!) Sie haben doch damals in der Politik auch etwas zu reden gehabt, Herr Dr. Withalm, tun Sie doch nicht jetzt so, als ob für alles das jetzt nur Ihre Partei und nicht Sie schuld gewesen wären! (*Abg. Dr. Withalm: Habe ich bereits erklärt, das wissen Sie auch ganz genau!*)

Weil Sie England zitiert haben, darf ich hier richtigstellen, daß diese britische konservative Regierung überhaupt keine Strukturpolitik gemacht hat und überhaupt nichts getan hat, um die rückständige britische Wirtschaft zu modernisieren. Und deshalb ist es — und jetzt kommen die Zahlen — zu einem so starken Rückgang der Exporte gekommen, daß es im letzten Jahr der konservativen Regierung ein Defizit in der Zahlungsbilanz von 745 Millionen Pfund gegeben hat und daß die Gold- und Devisenreserven Ende 1964, als die Labour Party dieses Erbe zu übernehmen hatte, auf 827 Millionen Pfund zusammengeschrumpft sind. Das Defizit der Handelsbilanz betrug Ende dieses Jahres 553 Millionen Pfund. Es ist der Regierung Wilson gelungen, durch ihre Versuche den Export anzukurbeln, durch ihre Bemühungen die Wirtschaft zu modernisieren, diese Defizite zu reduzieren und die Reserven zu vergrößern. Wäre es nicht in den letzten Wochen zu so ernsten Entwicklungen gekommen, wie sie sich im Mittleren Osten durch die Sperrung des Suez-Kanals ergeben haben, wäre es nicht in den letzten Wochen zu dieser Welle des Pessimismus durch die Weigerung de Gaulles gekommen, England in ein Nahverhältnis zur EWG kommen zu lassen, und wäre es vor allem nicht zur Spekulation um das Pfund gekommen, so hätten sehr ernste konservative Beobachter damals schon der britischen Wirtschaft eine bessere unmittelbare Zukunft vorausgesagt. Das alles ist aber eingetreten und hat der Regierung Wilson, die anerkanntermaßen ungeheure Anstrengungen unternommen hat, aus dieser Situation herauszukommen, geschadet. Es geht eben nicht, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, in drei Jahren alles das gutzumachen, was dreizehn Jahre Mißwirtschaft einer konservativen Regierung verursacht haben. (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Doktor Withalm: Klaus hat erst eineinhalb Jahre Zeit gehabt! — Abg. Probst: Vorher haben Sie gesagt: „Gemeinsam“!*) Herr Dr. Withalm, es wird Ihnen nicht gelingen, den Nachweis zu erbringen, daß die Koalitionsregierungen in der Vergangenheit unter unserer Führung gestanden sind. (*Abg. Dr. Withalm: Ich bin dafür, daß man dem Wilson Zeit läßt. Dasselbe Recht nehmen wir für uns in Anspruch!*) Sie sind unter Ihrer Führung gestanden, Ihre Finanzminister waren verantwortlich, und Sie

selbst haben sie gepriesen. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Es ist eine alte Erfahrungstatsache, Herr Dr. Kreisky, daß in einer Koalition die kleinere Partei die größere Partei — nun ersparen Sie mir den Ausdruck! Denken Sie an die Bundesrepublik, an die FDP und CDU in Deutschland!*) Was passiert da? (*Abg. Dr. Withalm: Beim Hebel ansetzen ist die kleinere Partei immer stärker als die größere!*) So schwach waren Sie also in der Regierung! Und Raab war kein großer Mann? Figl war auch nichts? Bitte, da höre ich schon auf, denn die anderen haben Sie gestürzt. Werten Sie doch nicht Ihre eigene Vergangenheit so ab. Das ist doch eine Schande für Sie.

Weil wir eine Entwicklung verhindern wollen, die es in England unter der konservativen Regierung gegeben hat, werden wir keinen Tag vergehen lassen, ohne die Bevölkerung Österreichs vor dieser Politik Ihrer Regierung zu warnen! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Robert Weisz das Wort.

Abgeordneter Robert **Weisz** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich die heutige Beratung über die Behandlung des Personaletats zum Anlaß nehme, einiges über die Personalpolitik der ÖVP-Regierung zu sprechen. Ich kann nicht so, wie der Herr Abgeordnete Stohs es macht, nur lauter Dankesgebete ausstoßen, was die Regierung alles auf dem Sektor des Personals gemacht hat, denn ich möchte heute doch einige Feststellungen treffen, die zu treffen ich als Vorsitzender des Verhandlungsausschusses der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes als meine Pflicht erachte.

Ich möchte vor allem feststellen, daß bei den Gehaltsverhandlungen im Dezember 1966 vereinbart wurde, daß die Gehaltserhöhungen in Hinkunft anders gestaltet werden sollen. Insbesondere soll mit der Erstellung eines neuen, modernen und nach sozialen Gesichtspunkten ausgerichteten Gehaltsgesetzes eine Verbesserung der Bezüge der öffentlich Bediensteten eintreten. Es hat in dieser Vereinbarung gleichzeitig geheißen, daß wir die Verhandlungen raschest aufzunehmen haben, um damit die Möglichkeit zu schaffen, daß mit 1. Jänner 1968 die neuen Bezüge bereits flüssiggemacht werden beziehungsweise zur Auszahlung kommen können.

Leider mußten wir sehen, daß die Bundesregierung untätig geblieben ist und daß es erst infolge der Initiative der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes möglich war, durch die Einberufung einer Dienstrechtsenquete am 6. und 7. März 1967 die Voraussetzungen

Robert Weisz

zu schaffen, um gemeinsam mit den Vertretern der Gebietskörperschaften über die Neuerstellung eines Gehaltsgesetzes zu verhandeln.

Die Gewerkschaften haben bei dieser Dienstrechtssenquete als Arbeitsunterlage umfangreiches Material und Berechnungsunterlagen vorgelegt. Bedauerlicherweise haben sich bei dieser Enquete die Vertreter des Dienstgebers neben einigen höflichen Begrüßungsworten ausschließlich auf das Zuhören beschränkt, da sie offensichtlich nicht befugt und nicht beauftragt waren, näher in die Beratungen einzugehen.

Die erste offizielle Fühlungnahme für das neue Gehaltsgesetz hat am 24. April 1967 dazu geführt, daß ein Unterausschuß eingesetzt wurde, der sich in beiderseitigem Einvernehmen mit den Vorarbeiten zu beschäftigen hatte. Der Unterausschuß hatte neben dem Material der Dienstrechtssenquete auch Entwürfe der Verwaltung und des Verwaltungsausschusses zu beraten. Den Verwaltungsentwürfen lag offensichtlich die Tendenz zugrunde, lediglich die Anfangsbezüge und im geringen Ausmaß noch die Mittelbezüge zu erhöhen, während die Bezugsansätze im letzten Drittel der Besoldungslaufbahn faktisch unverändert geblieben wären. Um es klarer auszudrücken: das Einschleifen der Bezugserhöhungen hätte schon bei den Bedienstetengruppen stattgefunden, die keineswegs zu den Spitzenverdienern des öffentlichen Dienstes gehören. So hätten bei der Verwendungsgruppe C, einer Besoldungsgruppe, der große Teile des Kanzleidienstes und des technischen Dienstes angehören, die Bezugserhöhungen nur mehr bis zu 7 S betragen.

Im Gegensatz dazu stand der Entwurf des Verwaltungsausschusses der vier Gewerkschaften, der sich nicht damit begnügte, nur die Anfangsbezüge beziehungsweise geringe Sparten der Mittelbezüge zu erhöhen, sondern der davon ausgegangen ist und die Absicht verfolgt hat, eine Bezugserhöhung für alle Dienstnehmer des öffentlichen Dienstes herbeizuführen.

Die Gewerkschaften haben die Auffassung vertreten, daß die Erstellung des Besoldungssystems allein nicht ausreicht, um das Problem einer Neuordnung der Besoldung zu lösen. Sie haben daher dem Bundeskanzleramt am 31. Mai gleichzeitig mit den Entwürfen der Gehaltstabellen schriftlich ein Forderungsprogramm überreicht, dessen Erfüllung erst tatsächlich zu einem modernen, den sozialen Anforderungen entsprechenden Gehaltsgesetz führen würde. Der Herr Bundeskanzler erklärte damals, daß das neue, den modernen

sozialen Anforderungen entsprechende Gehaltsgesetz sich lediglich auf die Anhebung der Anfangsbezüge, allenfalls noch auf eine Erhöhung der Mittelbezüge zu beschränken habe. Damit wären nach seiner Ansicht — so erklärte er — alle Probleme der Neuordnung der Besoldung gelöst gewesen.

In diesem Zusammenhang ist es auch interessant, nachdem ja doch eine gewisse Zeit seit diesen großen Reden, die damals gehalten wurden, vergangen ist, hier eine Feststellung zu machen: Der Herr Bundeskanzler hat im Zusammenhang mit dieser unserer Gehaltsbewegung in Versammlungen angekündigt, daß die Österreichische Volkspartei für einen Mindestbezug von 2000 S eintreten wird. Es hätte ihm damals schon bekannt sein müssen, daß mit 1. August 1967 der Mindestbezug bereits 2057 S betragen wird. In sehr intensiven und zähen Verhandlungen, die — ich möchte das auch hier feststellen — von allen Seiten, insbesondere der Beamtenschaft des Bundeskanzleramtes und des Finanzministeriums, sachlich geführt wurden, konnte sich die Auffassung der vier Gewerkschaften durchsetzen, daß die Neuordnung der Besoldung der öffentlich Bediensteten eine angemessene Bezugserhöhung zu bringen habe. In sinnvoller Weise wurden dabei auch die Probleme der Anfangs- und Mittelbezüge gelöst.

Obwohl der Entwurf rechtzeitig fertiggestellt wurde, konnten erst auf Betreiben der Gewerkschaften am 24. Juli 1967 die Verhandlungen zwischen den Gebietskörperschaften und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes durchgeführt werden. Das Ergebnis, die Bezüge in vier Etappen anzuheben und die Etappenlösung wertzusichern, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Dieser Abschluß ist ohne Zweifel ein Erfolg der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gewesen, auch wenn der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund sich jetzt bemüht, den öffentlich Bediensteten einzureden, ihm und seinen angeblich so guten Beziehungen zur Bundesregierung sei es zu danken, daß dieser Abschluß zustandegekommen ist. (*Abg. Hartl: Ja, genau!*) Das verstehen Sie ja nicht, Herr Hartl! Was verstehen Sie von Gewerkschaftsarbeit? Sie können vielleicht knüppeln, aber sonst gar nichts.

Über den Inhalt der am 24. Juli getroffenen Vereinbarung wird konkret zu sprechen sein, wenn die entsprechende Regierungsvorlage dem Hohen Hause vorliegen wird. Eines sei aber an dieser Stelle ausdrücklich festgehalten: Die vierzehnmonatige Frist bis zum Inkrafttreten der Gehaltsregelung am 1. Oktober 1968 zeigt, daß die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes dem dringlichen Appell

Robert Weisz

des Herrn Finanzministers, auf die angespannte Finanzlage des Staates Rücksicht zu nehmen, größtes Verständnis entgegengebracht und größte Rücksichtnahme gezeigt haben. Kollege Stohs hat heute auch feststellen müssen, daß die öffentlich Bediensteten mit dieser langen Frist auf mehr als eine Milliarde Bezugserhöhung praktisch verzichtet haben.

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede aber auch festgestellt, daß sich die Gehälter der öffentlich Bediensteten im Vergleich zu 1960 um 100 Prozent erhöht haben. Das ist sicherlich richtig, aber ich darf dazu feststellen, daß sich in dieser Zeit der Anteil der Personalkosten am Budget von 38,83 auf 37,69 Prozent vermindert hat, das heißt, um mehr als 1 Prozent zurückgegangen ist, obwohl der Personalstand sich erhöht hat. Der Anteil der Personallasten am Gesamtbudget ist also auf keinen Fall höher, als er 1960 war, sondern es konnte im Gegenteil eine rückläufige Bewegung festgestellt werden.

Es war natürlich begreiflich, daß auf Grund des langen Hinauszögerns der Gehaltsregelung insbesondere in den Schichten der Gewerkschaftsmitglieder große Unruhe eingetreten ist, als in der Presse, im Rundfunk und Fernsehen die Nachricht verbreitet wurde, daß die Beamten ein neuerliches, zusätzliches Beamtenopfer zu erbringen haben. Mit allen ist darüber gesprochen worden, nur nicht mit den zuständigen Gewerkschaften, die die Verhandlungspartner gewesen sind. Der Finanzminister hat nicht weniger verlangt, als daß die öffentlich Bediensteten als Notopfer für 1968 320 Millionen Schilling aufbringen sollen, und zwar in der Form, daß der Pensionsbeitrag von 5 auf 6 Prozent — das heißt somit um 20 Prozent — zu erhöhen gewesen wäre und die vier Etappen der Gehaltsregulierung, die ohnehin erst mit 1971 abgeschlossen worden wäre, um jeweils einen Monat später in Wirksamkeit gesetzt worden wären.

Diesem Ansinnen — das können wir heute rückblickend feststellen — sind nachweislich Gespräche zwischen den Mitgliedern der Bundesregierung und dem Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund vorangegangen. So schreiben zum Beispiel die „Salzburger Nachrichten“ am 18. Oktober 1967, daß der Obmann des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes die Erhöhung des Pensionsbeitrages und die Verschiebung der Gehaltserhöhung bereits als Budgetopfer akzeptiert hat. Und die „Presse“ vom 19. Oktober 1967 schrieb, daß eine Regierungsklausur abgehalten werden mußte, in der schließlich

sogar die Obmänner der drei Bünde der Volkspartei in die Budgetverhandlungen eingeschaltet wurden. Wörtlich heißt es dann weiter in der „Presse“: „Zu allerletzt hat man das fertige Konzept dem Parlamentsklub vorgelegt, in dem doch gewiß auch einige Männer sitzen, die wissen, was und wie gespielt wird, wenn es um ein Beamtenopfer geht.“

Obwohl mit dem Verhandlungsausschuß der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes kein Einvernehmen über die Absicht eines zusätzlichen Notopfers hergestellt wurde, haben sie zu diesem Ansinnen eine klare Stellungnahme bezogen. Die unmißverständliche Ablehnung durch alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, den Beamten und den Bediensteten des öffentlichen Dienstes ein zusätzliches Opfer aufzuerlegen, hat dazu geführt, daß der Verhandlungsausschuß von den Gebietskörperschaften zu Besprechungen eingeladen wurde.

Bei diesen Besprechungen warteten der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister mit einer neuerlichen Überraschung auf. In der Zwischenzeit hat die klare Stellungnahme der Gewerkschaften und die Einsicht, daß der Bruch einer erst vor wenigen Wochen abgeschlossenen Vereinbarung die ÖVP-Regierung in der Öffentlichkeit diskriminieren würde, den Finanzminister dazu bewogen, einen Alternativvorschlag vorzubringen. Er hat nämlich den Gewerkschaften allen Ernstes vorgeschlagen, an Stelle der Erhöhung des Pensionsbeitrages und des späteren Wirksamwerdens der einzelnen Etappen der Bezugserhöhung die Haushaltszulage aufzulassen — ein völlig undiskutables Ansinnen der Bundesregierung.

Wer nämlich das Dienstrecht der öffentlich Bediensteten nur einigermaßen kennt, weiß, daß die Haushaltszulage in der Höhe von 150 S nur jenen Bediensteten gewährt wird, die Alleinverdiener sind, beziehungsweise jenen Bediensteten gebührt, bei denen das Einkommen der Frau die Mindesteinkommengrenze nicht übersteigt oder in deren Haushalt sich ein unversorgtes Kind befindet. Damit hätten also gerade die sozial Schwächsten im öffentlichen Dienst das Notopfer leisten sollen, nämlich die Familienerhalter.

Ich will dazu nur zwei Beispiele anführen. Bei einem Kanzleibediensteten mit zehn Dienstjahren und einem Brutto Gehalt von 2500 S hätte das Notopfer mehr als 6 Prozent seines Gehaltes betragen, bei einem jungen Verwaltungsbeamten zirka 5 Prozent des Gehaltes.

Aus diesen Beispielen können Sie ersehen, daß auch der Alternativvorschlag des Herrn Finanzministers für die Gewerkschaften unannehmbar war. Mit dieser Stellungnahme haben sich die vier Gewerkschaften des öffent-

Robert Weisz

lichen Dienstes eindeutig zu den familienpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre bekannt, durch die die Haushaltszulagen wesentlich angehoben wurden, um den sozial Schwächeren im öffentlichen Dienst, den Familienerhaltern, die Bezüge zu verbessern.

Die Österreichische Volkspartei hat bisher immer versucht, die Familienpolitik als ihre Domäne hinzustellen, um gegenüber den öffentlich Bediensteten den Eindruck zu erwecken, daß sie es sei, die die Interessen der Familienerhalter vertritt. Umso verwunderlicher erschien uns daher damals das Ansinnen der ÖVP-Regierung.

Der Verhandlungsausschuß der vier Gewerkschaften erklärte sich lediglich dazu bereit, die ernsthaften Bemühungen der dafür zuständigen Organe um eine Verwaltungsvereinfachung tatkräftigst zu unterstützen. Voraussetzung dafür ist aber, daß dabei auf die von den öffentlich Bediensteten und von allen in der öffentlichen Verwaltung Tätigen zu erbringenden Leistungen entsprechend Bedacht genommen wird und die bestehenden Rechte der öffentlich Bediensteten gewahrt bleiben.

Ich möchte hier doch einiges zu der Verwaltungsreform sagen. Ich werde noch bei der Dienstpostenplan-Frage einige Details dazu sagen, wie man es derzeit macht, wovon wir glauben, daß das nicht der Weg ist, der wirklich zu einer Verwaltungsvereinfachung führt.

Die Gewerkschaften haben sich bereit erklärt, unter gebührender Berücksichtigung der bei den Bundesbetrieben gegebenen besonderen Verhältnisse tatkräftigst mitzuwirken. In diesem Zusammenhang möchte ich den Herrn Staatssekretär bitten — er ist zwar jetzt auch weggegangen —, insbesondere bei der Bekanntgabe von Zahlen etwas vorsichtig zu sein. Es hat nämlich keinen Zweck, wenn in der Zeitung steht, 10 bis 15 Prozent der Beamten seien zuviel in Österreich. 10 bis 15 Prozent bedeuten nämlich einen Abbau oder ein Ausscheiden von 30.000 bis 45.000 Bediensteten. Ich glaube, man soll mit den Zahlen sehr vorsichtig sein, umsomehr als die Organisationen, die sich bereit erklärt haben, mitzuwirken — es liegen bisher angeblich mehr als 400 Vorschläge vor; konkret ist nicht zu erfahren, wie sich das auswirkt —, leider feststellen mußten, daß von einer Verminderung der Dienstposten insbesondere bei den Zentralstellen keine Rede ist, sondern daß der Apparat eher mehr und mehr aufgebläht wird. Ich sage das auch, weil der Herr Staatssekretär Gruber in einer Rede in Salzburg festgestellt hat, daß eine weitergehende Annäherung der Aktiv- und Pensionsbezüge — die Differenz beträgt heute nur

noch wenige Prozent — die Bindung an den Beruf nicht fördern würde. Ich hätte, da er auch öffentlich Bediensteter ist, angenommen, daß er weiß, daß insbesondere gerade in der jetzigen Zeit eine sehr große Spanne zwischen den Aktiv- und den Pensionsbezügen besteht und daß also diese Feststellung vollkommen danebegegangen ist.

Er sagt dann zwar weiter: „Es gibt nur einen zuverlässigen Weg zur Entlastung des Personaletats: weniger Beamte. Weniger Beamte können wir in Österreich nicht durch ein radikales Abbauprogramm erreichen, sondern nur durch ein mehrjähriges Programm.“ Auch wir sind der Ansicht, daß eine Verwaltungsreform nicht unmittelbar in einem Jahr durchgeführt werden kann, sondern daß sie sicherlich auf weite Sicht zu machen ist.

Aber nun spricht gerade der Herr Bundeskanzler in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit sehr oft von Reformen und Einsparungen in der Verwaltung. Es scheint jedoch, daß gerade dort, wo es um den unmittelbaren Bereich des Bundeskanzleramtes geht, wo man selbst zeigen könnte, wie man sich eine Verwaltungsreform vorstellt, wo ein direkter Einfluß des Herrn Bundeskanzlers und des Staatssekretärs erfolgen könnte, weder von einer solchen Reform noch von der nötigen Sparsamkeit an Personal die Rede sein kann.

Ich möchte nur an einem Beispiel aufzeigen, was im Bereich des Bundeskanzleramtes möglich ist und wie man, wie ich glaube, eine Verwaltungsreform nicht machen soll. Es handelt sich nämlich um die Verlegung der Abteilung C des Pressedienstes im Bundeskanzleramt in die Hofburg. Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten einen Artikel der „Wochenpresse“ vom 19. Oktober, einer Zeitung, von der ich ohneweiters feststellen darf, daß sie sicherlich nicht im Rufe steht, meiner Partei nahezustehen. Der Artikel ist überschrieben mit „Den Eisblock anschmelzen“: „Anfang Oktober kamen brasilianische und schweizerische Journalisten in das Bundeskanzleramt in die Kulturabteilung des Bundespressedienstes. Sie mußten dort über Haufen engbeschriebenen gelben Schreibmaschinenpapiers klettern, über dicke Aktenordner und Broschüren klettern, die dort herumlagen und den Fußboden bedeckten.“ „Das war im Amalienstr. der Hofburg, dem neuen Domizil der Abteilung C des Bundespressedienstes ... Kurz zuvor, am 29. September, hatten nämlich Amtsdienerschaften den Auftrag erhalten, die vordem im dritten Stock des Ballhauses beheimatete Abteilung zu übersiedeln. Und weil es rasch gehen mußte, packten sie eben das ‚Papier‘ in Tragkörbe ...“

Robert Weisz

„Tatsächlich müssen nun die Akten, und wenn die Abteilung Journaldienst hat, auch alle Fernschreiberfahnen einen weiten Weg zurücklegen. Früher waren es 50 Schritte, die Amtsdienner vom Büro des Sektionschefs Dr. Friedrich Metzner zur Abteilung B laufen mußten, wenn sie den ‚Aktenumlauf‘ in Gang halten sollten; jetzt indes müssen sie 20 Schritte zu einer steilen Wendeltreppe, 73 Stufen bis ins Erdgeschoß, 32 Schritte zur nächsten Treppe, 17 Stufen zur Einfahrt, 25 Schritte zum Tor und 38 Schritte über die Straße, 37 Stufen ins Mezzanin und 25 Schritte zur Abteilung C zurücklegen, wobei der Weg doppelt zu rechnen ist, da die Amtsdienner nach jeder Zustellung auf ihren ‚Posten‘ zurückkehren müssen.“

Wenn diese Verlegung einer Dienststelle ein Weg sein soll, wie man eine Verwaltungsvereinfachung macht, wenn das dazu führt, daß es in der Presse verulkt wird, wenn wir am Sonntag im „Watschenmann“ hören können, was es derzeit an Stilblüten auf diesem Sektor gibt, dann muß ich sagen, daß es gerade hier notwendig wäre, daß sich die Zentralstelle der Verwaltungsvereinfachung mit solchen Problemen beschäftigt.

Ein Satz aus dem Artikel ist noch interessant: „Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Doktor Karl Gruber, von Klaus mit der Verwaltungsreform beauftragt, gab sich vergangenen Donnerstag indes erstaunt“ — auf eine Frage der Presse —: „Davon weiß ich ja gar nichts.“ Dafür aber hofft er, daß es in Zukunft zu keinen solchen Schildbürgerereien mehr kommen werde.“

Das ist ein Stück der im Anlaufen begriffenen Verwaltungsreform. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn der Herr Bundeskanzler jene Arbeitsräume, die jetzt für seinen Staatssekretär und die zusätzlichen Beamten, die ins neue Kabinett eingestellt wurden, benötigt werden, den Beamten der Abteilung C des Bundespressedienstes weiterhin zur Verfügung gestellt hätte; sie hätten nämlich dann dort wirklich ihre Arbeit verrichten können.

Ohne daß es aber in der Frage des sogenannten Beamtenopfers zu einer Entscheidung kam, wurden die Verhandlungen damals abgebrochen, und erst am 6. November — das möchte ich mit aller Deutlichkeit insbesondere zu den Ausführungen des Abgeordneten Kollegen Stohs feststellen — anläßlich der Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses konnte ich eine eindeutige Erklärung des Herrn Bundeskanzlers herbeiführen. Es ist richtig, daß während der Wahlzeit in Oberösterreich sehr oft geschrieben wurde, daß von einer Erhöhung der Pensionsbeiträge, von einem Hinausschieben des Wirk-

samkeitstermins und von all dem, was sonst an Forderungen gestellt wurde, keine Rede sein könne. Das war aber eben in Zeiten der Wahlen, während jedoch bis zum 6. November die vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes keinerlei bindende Erklärung seitens der Bundesregierung erhalten haben. Erst nachdem ich gemeinsam mit Zentralsekretär Kollegen Ulbrich nochmals an den Herrn Bundeskanzler die dezidierte Anfrage gestellt hatte, hat der Herr Bundeskanzler endlich die konkrete Erklärung abgegeben, daß von den vorgeschlagenen Varianten Abstand genommen wird, umsomehr, als sich die Gewerkschaften bereit erklärt haben, an der Verwaltungsvereinfachung tatkräftig mitzuwirken. Das war am 6. November 1967.

Damit erscheint nunmehr die Frage des umstrittenen Beamtenopfers endgültig geklärt. Es ist zu hoffen, daß die gegenwärtig stattfindenden Beratungen im Bundeskanzleramt zur Gestaltung der Besoldung flüssig und zügig fortgesetzt werden. Dabei wird bei der Übertragung der vereinbarten Gehaltsansätze in die verschiedenen Besoldungsgruppen zu prüfen sein, inwieweit und in welcher Form für bestimmte Bedienstetengruppen eine leistungsgerechtere Entlohnung geschaffen werden kann.

Es ist endlich durch Gesetz klarzustellen, daß auch Beamte und Vertragsbedienstete für angeordnete Mehrleistungen einen Rechtsanspruch auf angemessene Entschädigung haben.

Auch dazu möchte ich wiederum sagen, weil in Flugblättern so getan wird, als sei alles so selbstverständlich: Wir haben im Finanz- und Budgetausschuß den Antrag auf Gewährung einer ausreichenden Entschädigung für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeiten gestellt. Dieser Antrag wurde von der ÖVP abgelehnt. Ich möchte daran erinnern, daß die letzten Erhöhungen der Nebengebühren und Mehrleistungsvergütungen insbesondere in der Sparte der Sicherheitswache, des Grenzschatzes und der Gendarmerie im Jahre 1962 mit Streik durchgesetzt wurden. Ich habe im Finanz- und Budgetausschuß darauf aufmerksam gemacht, daß man solche Maßnahmen nicht immer erst dann treffen soll, wenn es schon zu Aktionen gekommen ist, sondern daß man rechtzeitig vorgehen soll. Das Verlangen gerade dieser Berufssparte ist sicherlich nicht unbillig. Dort sind die letzten Erhöhungen der Gebühren also im Jahre 1962 erfolgt.

Wir haben im Finanz- und Budgetausschuß aber auch gleichzeitig den Antrag gestellt, daß endlich dem oftmals gestellten und immer wieder abgelehnten Antrag auf Erhöhung der

Robert Weisz

Witwenpension im öffentlichen Dienst von 50 auf 60 Prozent entsprochen wird. Auch dieser Antrag ist damals abgelehnt worden. Ich gestatte mir heute neuerlich, den folgenden Entschließungsantrag zu stellen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat unverzüglich eine Regierungsvorlage zuzuleiten, welche die Erhöhung der Witwenpensionen nach dem Pensionsgesetz von 50 auf 60 Prozent zum Inhalt hat.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen Antrag ebenfalls in Behandlung zu ziehen.

Das Forderungsprogramm der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes enthält auch dringende sozialpolitische Angelegenheiten und Anliegen, und zwar die Nebengebühren und Zulagen als für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbar zu erklären. Dabei geht es keineswegs um die Schaffung eines neuen Sonderrechtes, sondern um den Grundsatz, daß der volle Ruhegenuß 80 Prozent des Aktivbezuges betragen soll. Es hat keinen Zweck, wenn man nur zu Wahlzeiten und auch anlässlich der jetzigen Personalvertretungswahlen feststellen kann, daß auch verlangt wird, daß die Zulagen in die Pension einbezogen werden, daß die Erhöhung der Nebengebühren durchgeführt wird. Sie hätten es ja in der Hand: wenn Sie schon so gute Beziehungen hätten, wie Sie immer wieder angeben, dann wäre es ein leichtes, beim Herrn Finanzminister angesichts der großen Geldvorhaben, die bei ihm vorherrschen, die Forderungen der öffentlich Bediensteten durchzusetzen. Gerade der ÖAAB beruft sich doch immer auf den guten Kontakt mit der Regierung und mit dem Regierungschef. Es müßte doch wirklich ein leichtes sein, die seit langem verlangte Novellierung der Reisegebührenvorschrift, die Ruhegenußfähigkeit der Zulagen und die Anpassung der Nebengebühren durchzusetzen, worüber in den Wahlflugblättern immer wieder geschrieben wurde.

Warum wird das Verlangen, daß endlich diese Angleichung der Pensionen an den Aktivbezug herbeigeführt wird, gestellt? Weil der Beamte alle seine Nebengebühren, seine Zulagen, die er bisher in seiner Aktivzeit bezogen hat, verliert, wenn er in den Ruhestand tritt. Die Relation des Ruhegenusses ist längst nicht mehr 80 Prozent des Aktivbezuges, sondern weit heruntergerutscht. Durch die Anrechnung von Zulagen und Nebengebühren wird nichts anderes erreicht als die Gleichstellung der Beamten mit allen übrigen Dienstnehmern Österreichs hinsichtlich der Bemessungsgrundlage für die Pension.

Es ist aber auch nicht daran gedacht, die Anrechnung der Nebengebühren ohne

entsprechende Gegenleistung vorzunehmen. Natürlich hätten die Dienstnehmer für die Nebengebühren und Zulagen den entsprechenden Pensionsbeitrag zu leisten.

Als Vorbild könnte uns das Landesgesetz über die Ruhe- und Versorgungsgenußzulagen des Landes Wien dienen, welches am 14. Juli 1967 vom Wiener Landtag verabschiedet wurde. Dieses Landesgesetz sieht vor, daß den Beamten der Bundeshauptstadt Wien Nebengebühren und Zulagen, soweit sie keine Aufwandsentschädigung darstellen, im Falle ihrer Ruhestandsversetzung angerechnet werden. Die Beamten der Stadt Wien leisten daher bereits seit 1. August 1967 für den anrechenbaren Nebengebührensatz einen Pensionsbeitrag. Die Bundesregierung hat bis heute diesem Landesgesetz ihre Zustimmung verweigert, obwohl es sich hier um eine Maßnahme handelt, die dem Gemeindebediensteten in Wien zugute kommt, und obwohl immer die angeblich große soziale Bereitschaft der Bundesregierung herausgestrichen wird. Hier könnte sie es beweisen.

Ich möchte hier von dieser Stelle an die Bundesregierung appellieren, diesem Landesgesetz umgehend die Zustimmung zu erteilen und gleichzeitig mit dem Verhandlungsausschuß der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Verhandlungen aufzunehmen und dieses Problem für den gesamten Bereich des öffentlichen Dienstes einer Lösung zuzuführen.

Nun zu einer Frage, die auch heute wiederum angeschnitten wurde, die Frage der Personalvertretungswahlen und der Personalvertretungsvorschrift. Diese Woche werden die öffentlich Bediensteten ihre Personalvertretungen wählen. Das mit so großer Hast durchgesetzte Personalvertretungsgesetz findet immer wieder ... (*Ruf bei der ÖVP: Das ist sehr gemütlich besprochen worden, Herr Kollege Weisz!*) Ich komme schon dazu, Moment! Das mit großer Hast durchgesetzte Personalvertretungsgesetz findet jetzt immer wieder in der Presse ein Echo, daß dieses Gesetz doch nicht so erstellt wurde, wie es notwendig gewesen wäre. Die Hochschulprofessoren wollen Wahlenthaltung üben. Auch sonst gibt es verschiedene Differenzen. Ich möchte nur dazu die „Presse“ anführen, die in einer Ausendung vom 6. November schreibt: „Blinde Eifer schadet nur.“

„Der Eifer, ein lästiges Problem von der Traktandenliste streichen und beweisen zu können, daß er zu lösen verstehe, woran sich seine Vorgänger vergeblich versuchten, spielt nun Bundeskanzler Klaus einen bösen Streich. Die Professoren der Grazer Universität wollen die ersten Personalvertretungswahlen boykot-

5760

Nationalrat XI. GP. — 71. Sitzung — 27. November 1967

Robert Weisz

tieren und rufen ihre Kollegen an allen Hohen Schulen auf, dasselbe zu tun.“ (*Ruf bei der ÖVP: Weil sie nicht mit den Assistenten wählen wollen, was wir gemeinsam beschlossen haben! Ihr wart auch dafür, daß die Assistenten hineinkommen!*) „Dabei war Klaus so stolz auf das Personalvertretungsgesetz ...“ (*Ruf: Das versteht er nicht, das weiß er nicht, das entscheidet er nicht!*) „Dabei war Klaus so stolz auf das Personalvertretungsgesetz.“ — Das schreibt die „Presse“. — „Und die Professoren in der von Klaus so geschätzten „Aktion 20“? Merkten Sie nicht, was gespielt wird, oder stießen Sie auf taube Ohren?“ Das schreibt die „Presse“ unter dem Titel „Blinder Eifer schadet nur“.

Nun glaube ich aber, daß wir zu der Personalvertretungswahl schon einiges feststellen können. Daß bei der Wahlwerbung nicht wählerisch vorgegangen wird und daß auch vor Drohungen nicht zurückgeschreckt wird, das zeigt zum Beispiel eine Einladung des ÖAAB—Dienststellenausschuß Innenministerium, in der steht: „Ihr Erscheinen ist mit Rücksicht auf Ihr weiteres dienstliches Wohlergehen in Ihrem eigenen Interesse gelegen.“ (*Ruf bei der ÖVP: Was ist das für eine Drohung dabei? — Abg. Libal: Das ist der reinste Terror!*) Das ist eine höfliche Aufforderung dazu. (*Abg. Guggenberger: Ist restlos aufgeklärt worden! — Abg. Altenburger: Denkt daran, was ihr bei den Betriebsratswahlen macht! Ist das eine Drohung, wenn man sagt: Das ist euer Interesse!?*) Wir stellen ja nur das fest, Kollege Altenburger, das ist also ein Flugblatt zu den Personalvertretungswahlen. (*Ruf bei der ÖVP: Und Ihr schreibt: Ihr Beitritt zur sozialistischen Fraktion wird für ihr dienstliches Fortkommen bedeutungsvoll sein! — Abg. Altenburger: Was ist dabei, wenn man sagt: Das ist in eurem Interesse!?*) Das legen Sie so aus, Kollege Altenburger! (*Weitere Zwischenrufe.*) Bitte, auslegen kann man das, wie man es will: Wenn es euch so paßt, legt ihr es natürlich so aus, nicht wahr? (*Ruf bei der ÖVP: Denkt an eure Betriebsräte, geht nach Steyr! — Weitere Zwischenrufe.*) Ich stelle nur den Text fest, daß „Ihr Erscheinen mit Rücksicht auf Ihr weiteres dienstliches Wohlergehen in Ihrem eigenen Interesse“ liegt. Wenn man glaubt, daß das eine höfliche Aufforderung ist — na ich glaube, das geht sehr weit daneben.

Aber nun doch noch einiges zu der Personalvertretungsvorschrift, und zwar weil gerade jetzt immer wieder gesagt wird, wir seien nicht für das Personalvertretungsgesetz gewesen. Ich möchte hier mit aller Deutlichkeit feststellen, daß die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes alle für ein Personalvertretungs-

gesetz waren, aber wohl für ein Personalvertretungsgesetz, das dem Personalvertreter wirklich Rechte gibt und ihn nicht in eine Abhängigkeit zu seinem Dienstgeber bringt, der nämlich nur mehr Aufsichtsorgan des Personalvertreters ist. (*Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Im Ausschuß wart ihr überall dafür!*)

Es schreibt zum Beispiel in einer Broschüre „Gesellschaft und Politik“, herausgegeben damals noch vom Kollegen Dr. Karl Kummer, ein Herr Alfred Gasperschitz (*Ruf bei der ÖVP: Ein Herr?*): „Weitestmögliche Anpassung des Personalvertretungsgesetzes an das Betriebsrätegesetz.“ Ich glaube, Kollege Guggenberger, auch Sie werden nicht behaupten können, daß das beschlossene Personalvertretungsgesetz ähnlich dem Betriebsrätegesetz ist. (*Abg. Guggenberger: Aber einvernehmlich festgelegt im Ausschuß!*) „Der Dienststellenvertretung ist ein echtes Mitwirkungs- und Mitspracherecht auf betrieblicher Ebene einzuräumen.“ Sie glauben, daß das in diesem Gesetz enthalten ist? (*Ruf bei der ÖVP: Diese Formulierung steht nicht im Widerspruch zur Gewerkschaft!*) Außerdem schreibt Dr. Gasperschitz weiter — ich zitiere nur ihn selbst, möchte ich feststellen —: „Möglichst klare Umgrenzung der Aufgaben und Pflichten der Personalvertretung.“ „Zur Entscheidung von Streitigkeiten ist ein Dienstgericht zuständig.“ Jetzt ist der zuständige Bundesminister zuständig und nicht ein Dienstgericht. Das hat Gasperschitz also geschrieben. (*Ruf: In letzter Instanz der Verwaltungsgerichtshof!*) Und dann schreibt er weiter: „Was abgelehnt wird.“ (*Ruf bei der ÖVP: Sonst seid ihr so für den Verwaltungsgerichtshof!*) „Die Verwaltung ist der Meinung, daß bei Streitigkeiten zwischen Personalvertretung und Dienstgeber, sofern diese nicht auf friedlichem Wege geschlichtet werden können, die letzte Entscheidung dem zuständigen Bundesminister zustehen soll.“ — Das wird abgelehnt, steht vorne, möchte ich feststellen. — „Es ist zweifellos unbefriedigend und widerspricht auch dem Gedanken der Waffengleichheit, wenn in Vorschriften über eine berufliche Vertretung normiert wird, daß bei Meinungsverschiedenheiten gleichsam als letzte Instanz autoritär der Dienstgeber entscheidet.“ Und dann schreibt er noch: „Es widerspricht meines Erachtens ...“ (*Abg. Guggenberger: Sind Sie damit einverstanden?*) Ich glaube, Sie kennen ja auch den Aktenlauf bis zum Verwaltungsgerichtshof, Kollege Guggenberger. „Es widerspricht“ — schreibt Gasperschitz weiter — „meines Erachtens daher auch nicht der Bestimmung ... der Bundesverfassung, wenn in Vorschriften einer beruflichen Vertretung ... zur Schlichtung von Streitigkeiten

Robert Weisz

ein Dienstgericht bestimmt wird. Konkret könnte dem Arbeitsgericht Wien die Zuständigkeit für solche Angelegenheiten zuerkannt werden.“ Das hat Gasperschitz geschrieben, stelle ich nur fest. *(Ruf bei der ÖVP: Jetzt haben wir den Verwaltungsgerichtshof!)*

Nun aber noch zu dem Beschluß, der am 10. März gefaßt wurde, denn gerade in der jetzigen Zeit der Personalvertretungswahlen versteigen Sie sich immer wieder dazu, zu erklären, die Sozialistische Partei und zweifellos auch die sozialistische Fraktion der Gewerkschaften seien ja überhaupt nie für ein Personalvertretungsgesetz gewesen. Ich glaube, daß wir feststellen können — Kollege Gruber, Sie kennen leider nicht den Vorgang ... *(Abg. Dr. Gruber: Ich habe keinen Zwischenruf gemacht!)* Ach so, entschuldigen Sie. *(Abg. Dr. Gruber: Daran bin ich unschuldig!)* Die Kollegen, die damit schon etwas zu tun gehabt haben, wissen genau, daß ein gemeinsamer Entwurf beider Fraktionen der Gewerkschaft öffentlich Bediensteter erstellt und dem Bundeskanzler übermittelt wurde. Leider ist diesem Entwurf nicht Rechnung getragen worden, der ein wirkliches Mitspracherecht, ein Mitverantwortungsrecht, aber auch eine Verpflichtung beinhaltet hätte, daß nicht unbedingt der Dienstgeber, in dem Fall der Minister, verantwortlich dafür ist, was geschieht, sondern ausschließlich die Kollegen, die ihn gewählt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die sozialistischen Abgeordneten sind stets für die Schaffung eines modernen Personalvertretungsgesetzes gewesen, und darüber hinaus sind die gesamten Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes immer auf dem Standpunkt gestanden, daß ja gar kein Grund besteht, den öffentlich Bediensteten ein schlechteres Personalvertretungsgesetz zu geben, als es die Dienstnehmer in der Privatwirtschaft haben. *(Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)*

Wir wollen also nicht schlechter gestellt sein als die Arbeiter und Angestellten in der Privatwirtschaft, die ein besseres Gesetz, ein wirkliches Mitspracherecht und ein Recht auf Mitbestimmung haben. Das waren unsere Gedanken. Leider, das möchte ich auch hier feststellen, haben sich die Funktionäre des ÖAAB — wenn man nämlich vorher Gasperschitz liest und weiß, was nachher geschehen ist, so erkennt man das — von dieser Stellungnahme distanziert, sind nicht mehr zu diesem Entwurf gestanden und haben mitgeholfen, das Gesetz rasch am 10. März zu beschließen. Alle Vertreter des ÖAAB haben dem Gesetz ihre Zustimmung gegeben.

Ich glaube aber, daß der oberste Grundsatz der Einrichtung einer echten betrieblichen

und dienststellenmäßigen Interessenvertretung der Dienstnehmer die Unabhängigkeit vom Dienstgeber ist. Dieser Grundsatz ist leider im Personalvertretungsgesetz gerade in das Gegenteil verkehrt worden.

Der weitere leitende Grundsatz für die Einrichtung einer betrieblichen und dienststellenmäßigen Interessenvertretung ist der, daß den Dienstnehmervertretern ein Beschwerderecht zur Verfügung stehen muß. So kann zum Beispiel der Betriebsrat nach dem Betriebsrätegesetz in bestimmten Fällen zum Schutze des Dienstnehmers das Einigungsamt anrufen. Uns Personalvertretern des öffentlichen Dienstes ist dieses Recht nicht gegeben worden. Trotzdem ist es selbstverständlich, daß sich die sozialistischen Gewerkschafter an den Personalvertretungswahlen beteiligen, obgleich diese Wahlen nach einem beamtenfeindlichen und die Grundsätze einer echten Personalvertretung diffamierenden Gesetz abgehalten werden. Wir haben aber die Hoffnung nicht aufgegeben — die Wahlergebnisse bei den verschiedenen in letzter Zeit abgehaltenen Wahlen bestärken uns darin —, daß wir einmal zu einem wirklichen Personalvertretungsgesetz kommen werden, das diesen Namen zu Recht trägt. *(Abg. Ing. Kunst: Unter einer sozialistischen Regierung! — Ruf bei der ÖVP: Darauf bin ich neugierig!)*

Ich möchte abschließend meine Erklärung, die ich hier in diesem Hohen Hause anläßlich der Debatte über das Personalvertretungsgesetz abgegeben habe, nachdrücklich in Erinnerung rufen. Ich habe damals nämlich erklärt:

„Ich darf heute schon feststellen: Wenn sich die Machtverhältnisse im Parlament ändern, werden die Sozialisten eine Novellierung des Personalvertretungsgesetzes durchführen und damit der Personalvertretung ein wirkliches Mitsprache- und Mitwirkungsrecht geben ...“

Ich glaube, die Zeit ist nicht mehr fern, daß die Gewerkschaften wirklich ein entsprechendes Gesetz erreichen können, das den Bediensteten ein wirklich echtes Mitwirkungs-, Mitsprache- und Vertretungsrecht sichern wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum Schluß noch eine Feststellung: Um Mißverständnisse auszuschließen, soll noch einmal eindeutig festgestellt werden, daß die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes trotz der angespannten Finanzlage des Staates die offenen und offengebliebenen Fragen der Neuordnung der Besoldung weiterhin konsequent vertreten werden. Es berührt uns daher seltsam — und wir vermuten da fast Zusammenhänge —, daß gerade in dieser Zeit, in der der Beamte zu einem besonderen Not-

Robert Weisz

opfer genötigt werden sollte, von einer der ÖVP-Regierung nahestehenden Seite die Frage des Streikrechtes der öffentlich Bediensteten aufgerollt wird.

Für die vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes steht es außer Zweifel, daß den Dienstnehmern des öffentlichen Dienstes das gleiche demokratische Grundrecht, das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel anzuwenden, genauso zusteht wie den Dienstnehmern in der Privatwirtschaft.

Wir konnten gerade in den letzten Tagen feststellen, daß es auch zu Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland kommen wird. Es wird dort zu Streikaktionen kommen. Wir glauben natürlich, daß das gleiche Recht, das alle Arbeitnehmer Österreichs haben, auch den öffentlich Bediensteten zustehen muß. Es ist ganz interessant, daß man in dieser Zeitung hier unter dem Titel „Kein Streikrecht der Beamten“ darauf eingeht, daß sich die Bundeswirtschaftskammer mit dieser Frage beschäftigt, man zieht sogar drei bedeutende Strafrechtslehrer zu, um Gutachten erstellen zu lassen. In ihrem Endresümee kommen sie dann zu verschiedenen Feststellungen. Es ist aber interessant, daß in einer Stellungnahme zu dieser Schrift der Kammer, die unter dem Titel „Die strafrechtlichen Grenzen des Streiks im öffentlichen Dienst“ erschienen ist, erklärt wird, „die Bundeswirtschaftskammer möge sich auf ihren ohnehin sehr schwierigen Aufgabenbereich der Meisterung der wirtschaftlichen Situation beschränken, statt Materien zu behandeln, die nicht in ihre Kompetenz fallen“. Das wird in der „Presse“ festgestellt.

Es ist ganz interessant, daß gestern in der „Presse“ eine Nachricht auch von einer Sparte der Bundeswirtschaftskammer, und zwar der Sparte des Arbeitsausschusses für gemeinwirtschaftliche Unternehmungen, enthalten war, worin mitgeteilt wurde, daß ein von der Handelskammer gebilligtes Gutachten über das Streikrecht der Beamten ohne seine Mitwirkung zustandegekommen ist. Es wäre sicherlich ganz interessant, zu erfahren, welche Stelle sich als kompetent erklärt hat, ein Rechtsgutachten einzuholen, um den öffentlich Bediensteten damit ihr Streikrecht zu nehmen.

Ich möchte noch folgendes dazu sagen: Diejenigen, die gesagt haben, sie sollen sich um ihre eigenen Materien kümmern, waren nicht sozialistische Gewerkschafter, sondern das waren ihre eigenen ÖAAB-Funktionäre. Diese sollen sich den Streit vielleicht mit den Kollegen Mussil, Sallinger und Konsorten ausmachen.

Wir haben bereits bei den Beratungen über das Personalvertretungsgesetz festgestellt, daß es uns gelungen ist, aus den Personalvertretungsvorschriften die Bestimmung zu eliminieren, mit der man versuchte, Kampfmaßnahmen der Bediensteten über den Umweg über das Personalvertretungsgesetz zu verhindern. Wir werden selbstverständlich diesen Weg weiter beschreiten. Der öffentlich Bedienstete hat nicht nur seine Pflichten als Staatsbürger zu erfüllen, sondern er muß auch die gleichen Rechte wie jeder andere haben. Wie und wo immer zu diesem Problem Stellung genommen werden wird, die Meinung der Gewerkschafter in dieser Frage ist unabänderlich. Auch die öffentlich Bediensteten werden sich immer das Recht nehmen, so wie alle anderen Dienstnehmer ihre Forderungen, wenn nötig, auch durch schärfste gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen durchzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Guggenberger: Hoffentlich auch die Wiener Straßenbahner! — Abg. Dr. Pittermann: Wenn es gegen die Frau Schaumayer notwendig ist, schon!)*

Präsident **Wallner**: Der vom Herrn Abgeordneten Robert Weisz eingebrachte Entschließungsantrag ist ordnungsgemäß unterstützt und steht mit zur Debatte.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Gruber. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Josef **Gruber** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich will mich nicht in dieses neckische Zitationsspiel einschalten, bei dem das eine Mal der Herr Abgeordnete Weisz Herrn Bundesrat Dr. Gasperschitz und dann wieder Dr. Gasperschitz Herrn Abgeordneten Weisz zitiert. Ich glaube, daß sich die führenden Herren der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wirklich einmal zusammensetzen sollten, um genau herauszubekommen, wie es bei der Entstehung des Personalvertretungsgesetzes eigentlich war. *(Abg. R. Weisz: Der Gasperschitz hätte nicht umfallen dürfen!)* Nein! Lesen Sie vielleicht die Rede nach, die Dr. Gasperschitz im Bundesrat gehalten hat! Sie ist Ihnen sehr unangenehm, Herr Kollege Weisz *(Abg. R. Weisz: Nein! — Abg. Hartl: Genau!)*, weil nämlich dort genau das Gegenteil von dem herauskommt, was Sie uns jetzt weismachen wollen, daß nämlich Sie die besseren Vertreter waren. Ich sage Ihnen nur folgendes: Wenn es auf Sie angekommen wäre, hätten wir wahrscheinlich überhaupt noch kein Personalvertretungsgesetz. Daß die öffentlich Bediensteten in dieser Woche ihre ersten Wahlen durchführen können, verdanken sie einzig und allein der Österreichischen Volkspartei. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun möchte ich mich aber einem Thema zuwenden, das auf einer völlig anderen Ebene

Dr. Josef Gruber

liegt. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich bereits im Vorjahr, und zwar beim Kapitel Unterricht, mit dem Thema Entwicklungshilfe beschäftigt. Ich möchte jetzt beim Kapitel Bundeskanzleramt ein gleiches tun und einige Gedanken zu dieser, glaube ich, nicht unwichtigen Frage beisteuern. Warum gerade beim Kapitel Bundeskanzleramt? Nicht nur deswegen, weil sich die Sektion V im Zusammenhang mit den Fragen — im Rahmen der OECD-Koordinierung — auch mit solchen Dingen beschäftigt und weil auch das Interministerielle Komitee bei dieser Sektion den Sitz hat, sondern weil eben auch der Bundeskanzler als Vorsitzender der Bundesregierung hier meines Erachtens eine Koordinierungsaufgabe hat. Es gibt doch fast kein Ressort, das nicht auch einen Anspruch darauf erhebt, daß es auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe etwas leistet und daher auch etwas mitzureden habe. Das achtbändige Handbuch für Entwicklungshilfe, das in der deutschen Bundesrepublik herausgekommen ist, führt unter den staatlichen Stellen, die sich in Österreich mit diesem Problem befassen, glaube ich, so ziemlich alle Ministerien an, die wir überhaupt haben.

Nun ist es aber — das ist mir sehr klar — in der jetzigen Zeit gar nicht sehr populär, über Entwicklungshilfe zu sprechen, weil die öffentliche Meinung in dieser Frage eher eine gegenläufige Entwicklung nimmt. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der deutschen Bundesrepublik, der Sozialdemokrat Wischniewski, hat das auch bei einem Treffen von Parlamentariern der OECD-Staaten sehr deutlich gesagt. Er meinte, daß es auch unsere Aufgabe als Parlamentarier sei, die öffentliche Meinung nicht eben dahingehend zu unterstützen, daß wir gewisse landläufige Argumente auch zu unseren eigenen machen, sondern daß wir doch sehr entschieden dafür eintreten, daß jeder Staat eine moralische Verpflichtung hat, heutzutage auch für die Entwicklungshilfe nicht nur etwas zu tun, sondern wenn möglich mehr zu tun als in der Vergangenheit.

Ich verweise auf die gängigen Argumente, die dagegen sprechen, daß wir nämlich auch im eigenen Land Entwicklungsgebiete hätten, daß wir jetzt das Geld vielleicht zur Ankurbelung unserer eigenen Wirtschaft dringender benötigen würden, daß die Entwicklungsgelder vielfach falsch eingesetzt werden — da gibt es ja alle die Beispiele, von den goldenen Betten angefangen, ich weiß nicht, wohin das dann noch führt —, daß aber auch unter Umständen eine wirksame Entwicklungshilfe die Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern eher noch fördert. Man hat leider sogar eine

gewisse wissenschaftliche Methode der Bekämpfung des Gedankens der Entwicklungshilfe entwickelt. Ich verweise auf den französischen Journalisten Cartier, der sich die Mühe gemacht hat, die Entwicklungshilfe und ihre Auswirkungen eher schlecht zu machen als sie zu fördern.

Wenn auch alle diese gegenteiligen Argumente etwas für sich haben, so werden sie doch wesentlich von den positiven Aspekten aufgewogen, ja nicht nur aufgewogen, sondern man muß sagen, daß diese Argumente an Gewicht verlieren, wenn man dagegen überlegt, welche Probleme auf Weltebene eigentlich auf uns zukommen. Der Gegensatz zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern stellt, auf die Dauer gesehen, eigentlich das bedeutendste Weltproblem dar.

Leider ist es eben so, daß 30 Prozent der Weltbevölkerung 90 Prozent der Weltproduktion erzeugen und auch verbrauchen, während die restlichen 70 Prozent der Weltbevölkerung eben nur die restlichen 10 Prozent der Weltproduktion verbrauchen können.

Ich glaube, ich brauche in diesem Zusammenhang weitere Ziffern gar nicht zu nennen. Bedenklich ist, daß die Kluft, die zwischen diesen beiden Gruppen besteht, nicht geringer, sondern derzeit sogar noch größer wird. Die Einkommen in den Industrieländern steigen, die Einkommen — die Pro-Kopf-Einkommen — in den Entwicklungsländern stagnieren, daher wird natürlich das Problem auch immer größer.

Ich glaube, vor diesem Hintergrund sind auch die leidenschaftlichen Appelle des Papstes zu verstehen, die insbesondere in der Enzyklika *Populorum progressio* einen gewissen Höhepunkt erreicht haben und die wir nicht genug beherzigen können. Nun möchte ich nicht auf gewisse Fehldeutungen gerade dieser Enzyklika eingehen. Wenn man glaubt, daß es sich hier um ein politisches Dokument handelt, das eine Partei zu ihren Gunsten ausnützen kann, so liegt hier wohl eines der größten Mißverständnisse überhaupt vor.

Ich möchte natürlich auch erwähnen, daß Österreich auf diesem Gebiet ja doch bereits gewisse Leistungen vollbracht hat und auch im Budget 1968 Mittel hierfür vorgesehen sind. Die österreichische Entwicklungshilfe betrug im Jahre 1966 immerhin 0,66 Prozent des Volkseinkommens. Damit stehen wir zwar weit hinter Frankreich, das 1,7 Prozent des Volkseinkommens, oder Belgien, das 1,31 Prozent des Volkseinkommens für Entwicklungshilfe aufwendet, wir stehen aber nur verhältnismäßig wenig hinter den USA, die 0,76 Prozent aufwenden. Allerdings haben wir nur den

Dr. Josef Gruber

elften Platz in der Reihe der OECD-Staaten, und das ist doch eigentlich nicht sehr günstig für uns.

Ich möchte aber nicht sagen, daß damit auch schon etwas über die Qualität unserer Entwicklungshilfe und ihre Wirksamkeit ausgesagt wird. Jedenfalls versucht Österreich, jene Fehler zu vermeiden, die andere Nationen gemacht haben. Österreich hat tatsächlich keine goldenen Betten für irgendwelche Potentaten und auch keine Paläste und Monumente für Diktatoren finanziert, sondern unser Land hat geholfen, um anderen Menschen in den Entwicklungsländern wieder weiterhelfen zu können.

Natürlich taucht sofort das Problem auf: Welche Entwicklungshilfe ist besser: die Entwicklungshilfe auf multilateraler Basis oder auf bilateraler Basis? Es ist verständlich, daß alle internationalen Organisationen — die UNO, die Weltbank, die FAO — für die multilaterale Entwicklungshilfe plädieren. Es ist aber ebenso verständlich, daß die Geberländer doch an der bilateralen Entwicklungshilfe festhalten oder sie nicht ganz verlassen wollen, weil sie einzig und allein damit Einfluß auf die verschiedenen Projekte haben.

Die Entwicklungshilfe ist auch zu einem maßgeblichen Bestandteil der Außenpolitik, aber insbesondere auch der Wirtschaftspolitik geworden. Nicht nur die Frage multilateral oder bilateral, sondern auch die Rangordnung, in welcher Weise Entwicklungshilfe geleistet werden soll, ist umstritten. Die einen sagen, man müsse mit der Ernährungshilfe beginnen, andere sagen, die Bildungshilfe müsse den Vorrang haben.

Es ist kein Zweifel, daß Bildung und wirtschaftlicher Standard in einem unlösbaren Konnex miteinander verbunden sind. Die Geographie des Hungers, hat jemand gesagt, ist die Geographie des Analphabetentums! Es wäre daher naheliegend, zunächst einmal den Entwicklungsländern Bildung zu vermitteln. Aber auch hier kann man dem nicht ganz ohne gewisse Bedenken das Wort reden, wenn man nicht auch ein bißchen darauf schaut, daß die Entwicklungsländer auch die entsprechend richtige Bildung bekommen. Ich möchte nicht mißverstanden werden. Ich glaube, daß Entwicklungshilfe selbstverständlich frei sein soll von jeder politischen Auflage.

Aber ich habe irgendwo ein anderes Zitat gefunden: Die Missionare haben die Leute dort das Lesen gelehrt, und die Kommunisten geben ihnen etwas zu lesen. Ich glaube, so darf der Effekt dieser Bildungsoffensive auch nicht aussehen.

Wie dem aber auch sei, ob Ernährungshilfe, ob Bildungshilfe, feststeht, daß der technischen Hilfe wohl der Vorrang vor der Kapitalhilfe zukommen muß. Zur technischen Hilfe rechnen wir alle Maßnahmen einschließlich der Bildungshilfe, die dazu geeignet sind, daß in den Entwicklungsländern eben ein gewisses Maß an Kenntnis besserer Produktionsweisen entsteht.

In diesem Zusammenhang wird auch die Frage aufgeworfen: Wäre es nicht besser, wenn Leute aus den Entwicklungsländern zu uns kämen, um hier die Produktionsweisen zu lernen? Aber die übereinstimmende Anschauung ist doch wohl die, daß es besser ist, wenn von uns Leute in die Entwicklungsländer gehen, um dort an Ort und Stelle, verbunden mit bestimmten Projekten, die Menschen der Entwicklungsländer diese Produktionsweisen zu lehren.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch auf gewisse Anstrengungen in Österreich hinweisen, die gemacht wurden, um gerade die personelle Entwicklungshilfe noch zu verstärken. Es ist Gott sei Dank so, daß sich heute schon mehrere Organisationen damit beschäftigen, Entwicklungshelfer auszubilden und in Entwicklungsländer zu entsenden. Ich glaube, daß ich richtig unterrichtet bin, wenn ich sage, daß die Katholische Landjugend Österreichs eine Pioniertat gesetzt hat und als erste tatsächlich den Gedanken des Peacecorps verwirklicht hat, ehe andere darangegangen sind, dieses Modell aus Amerika, das Präsident Kennedy so sehr unterstützt hat, auch hier zu realisieren.

27 Entwicklungshelfer der Katholischen Landjugend sind nach dreijährigem Einsatz wieder in ihre Heimat zurückgekehrt, 62 befinden sich derzeit im Einsatz und 31 in Ausbildung. Diese Leistung erfolgte bisher ohne Unterstützung von außen, das heißt, es mußten von der Organisation nicht nur die Ausbildungskosten übernommen werden, sondern auch die Kosten der Entsendung, des Taschengeldes und der Wiedereingliederung.

Es hat sich nun bereits vor mehr als zwei Jahren der Jugendrat für Entwicklungshilfe als ein Zweigverein des Österreichischen Bundesjugendringes gebildet. Dieser Jugendrat für Entwicklungshilfe ist nun auch so weit, daß er die ersten Freiwilligen entsenden kann.

Wenn wir aber alles zusammenzählen, so stehen wir doch noch weit hinter anderen Ländern. Wenn etwa Dänemark bereits über 200 Entwicklungshelfer in den Einsatz geschickt hat, so haben wir hier auch noch einiges aufzuholen.

Da bin ich nun der Meinung, daß wir auch von seiten der öffentlichen Hand den Ent-

Dr. Josef Gruber

senderorganisationen unter die Arme greifen sollten, daß wir ihnen helfen sollten, anderen Menschen Hilfe zu bringen.

Nun wird gerade im jetzigen Augenblick von diesen Entsenderorganisationen eine gesetzliche Regelung gewünscht und auch eine gewisse finanzielle Unterstützung, nicht für die Organisation als solche, sondern eben für die Ausbildung, die Versicherung der Entwicklungshelfer und die Wiedereingliederung der Rückkehrenden. Ich möchte hier feststellen, daß wir selbstverständlich auch von unserer Seite her jede gesetzliche Regelung, die im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit gegeben ist, also gewisse Probleme der Ausbildung und des Einsatzes, unterstützen. Wir sind dafür, wenn es vom Bund her eine Möglichkeit gibt, durch ein Gesetz diese Ausbildungshilfe zu regeln, diese Bestrebungen zu unterstützen.

Was ist nun im wesentlichen das Problem? Es ist das Problem der Sozialversicherung, denn diese Leute haben keinen Versicherungsschutz, es fehlen ihnen dann, wenn sie zurückkehren, die Versicherungszeiten, sie würden sie sonst verlieren — nicht nur die Krankenversicherung, sondern natürlich auch die Invaliditätsversicherung —, eine Ablebensversicherung, eine Haftpflichtversicherung muß notwendigerweise jede Entsenderorganisation übernehmen. Hier könnte doch wohl auch der Bund einspringen. Ich meine nicht mit sehr viel zusätzlichen Geldern, sondern im Rahmen dessen, was auch bis jetzt geleistet wird.

Neben der Versicherung ist es vor allen Dingen die Notwendigkeit, den Entwicklungshelfern doch auch ein bescheidenes Taschengeld zuzugestehen. Vor allen Dingen handelt es sich um die Wiedereingliederung, die man sich so vorstellt, daß für jeden Entwicklungshelfer pro Monat ein gewisser Betrag auf ein Konto gelegt wird, das der Entwicklungshelfer dann abheben kann, wenn er wieder zurückkehrt und ins Berufsleben eintreten soll. Ich glaube, daß wir hier keine finanziellen Schwierigkeiten unüberwindlicher Natur vor uns haben, denn so groß ist die Zahl der Entwicklungshelfer beileibe nicht, daß das den Staatshaushalt in Unordnung bringen könnte.

Ich darf in dem Zusammenhang darauf hinweisen, daß in Großbritannien etwa drei Viertel der Kosten der Ausbildung und Entsendung übernommen werden. Auf die Effektivität einer solchen Unterstützung muß besonderer Wert gelegt werden. Es kann also nicht darum gehen, Organisationen zu unterstützen, sondern es kann nur darum gehen, den tatsächlichen Einsatz eines Entwicklungshelfers zu fördern. Es geht auch darum, nach

Möglichkeit in Verbindung mit dem persönlichen Einsatz ein Projekt, an dem er arbeitet, zu fördern.

Ich möchte die Bitte aussprechen, daß es in absehbarer Zeit gelingen möge, im Rahmen unserer verfassungsmäßigen Möglichkeit eine solche gesetzliche Regelung herzustellen, denn für uns in Österreich ist viel entscheidender, daß wir die technische Hilfe auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe weitertreiben, daß wir Personen so weit bringen, daß wir sie in ihrem Idealismus unterstützen, wenn sie in ein Entwicklungsland gehen wollen, daß sie nicht persönlich zu Schaden kommen. So können wir einen bescheidenen Beitrag leisten, um den Menschen in anderen Ländern entsprechend zu helfen.

Ich habe irgendwo ein Sprichwort aus Übersee gelesen, das lautet: „Du hast mir einen Fisch gegeben, und ich bin satt geworden; du hast mich das Fischen gelehrt, und du hast mir das Leben gerettet.“ Ich glaube, das ist der Weg, wie wir den Menschen in anderen Ländern am wirksamsten helfen könnten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist Frau Dr. Hertha Firnberg. Ich erteile ihr das Wort.

Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg (SPÖ): Herr Vorsitzender! Hohes Haus! Ich möchte mich heute mit einem Kapitel beschäftigen, das mir seit je sehr am Herzen liegt, und zwar mit unserer amtlichen Statistik.

Als vor wenigen Jahren das Bundesstatistikgesetz beschlossen wurde, hatten wir die Hoffnung, daß mehr Ordnung in unsere statistischen Belange kommen wird, weil einheitlich einem Bundesamt die Geschäfte der Bundesstatistik übertragen wurden. Diese Hoffnung war umso größer, als ständig versichert und betont wurde, daß im Zuge der Verwaltungsreform tunlichst ein Amt mit bestimmten Agenden betraut sein solle. Dem Österreichischen Statistischen Zentralamt stehen außerdem mehr Mittel, mehr qualifiziertes Personal und eine bessere maschinelle Ausstattung zur Verfügung; leider noch kein eigenes Haus, denn noch immer ist unser Statistisches Bundesamt, ich glaube, auf sechs verschiedenen Stellen verteilt, eine Tatsache, die der Arbeit auch nicht sehr förderlich ist. Nach Informationen, die ich erhielt, ist eine diesbezügliche Lösung geplant. Ich möchte hier nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß keine Verzögerung eintritt.

Gegen alle Skepsis, meine Damen und Herren, ist sogar das neue und moderne Instrument des Mikrozensus Wirklichkeit geworden und nicht der Budgetpleite zum Opfer gefallen.

Dr. Hertha Firnberg

Dankbar seien hier die Anstrengungen insbesondere der Landesregierungen anerkannt, die tatsächlich höchste Bemühungen anstellten, um die Erhebungen des Mikrozensus auch tatsächlich zu einem Erfolg werden zu lassen.

Das Statistische Zentralamt teilte mit, daß die Aufnahme in der Bevölkerung relativ günstig war. Ich glaube, das ist ein wenig zu positiv, zu optimistisch aufgefaßt. Ich habe eine ganze Reihe von Protesten, Beschwerden und Mißtrauenskundgebungen erhalten, nicht ohne Verschulden der Interviewer. Es ist kein guter Dienst an diesem neuen und modernen statistischen Instrument, wenn die Erhebungsorgane sofort mit Strafandrohungen Auskünfte erzwingen wollen.

Ich habe hier ein Schreiben, in dem mitgeteilt wird, daß der Interviewer das Interview abbrach und sofort eine Geldstrafe von 30.000 S oder sechs Monate Gefängnis androhte, wenn die Auskünfte von dem durch den Mikrozensus stichprobenmäßig Erfassten nicht gegeben würden. Das ist kein guter Dienst an unserer Statistik und auch nicht an unserer Bevölkerung, und wir müssen hier zu ganz besonderer Sorgfalt mahnen.

Wir hatten in letzter Zeit Gelegenheit zu der Feststellung, daß das Klima gegenüber der Statistik eigentlich besser geworden ist, unsere Bevölkerung stand statistischen Erhebungen aufgeschlossener gegenüber. Die Bedeutung der Statistik als Unterlage für Planungsfragen, als Entscheidungshilfe, als Unterlage für die Wirtschaftskonjunktur und Budgetprognosen, so sehr sie auch jetzt wieder abgewertet werden mögen, als Unterlage für Hochschulen und Schulplanung überhaupt, wird eigentlich langsam im öffentlichen Bewußtsein verankert. Alles das — und das sind nur Beispiele — ist ohne Zahlendaten einfach undenkbar. Ich meine, auch eine Steuerreform sollte eigentlich undenkbar sein ohne exakte Zahlenunterlagen.

Nun sind leider trotz der zweifellosen Fortschritte in der letzten Zeit auf statistischem Gebiet eine Reihe von Wünschen unerfüllt, und zwar sehr wichtige. Ich möchte hier an erster Stelle wieder einmal — nicht zum ersten Mal und, wie ich fürchte, auch nicht zum letzten Mal — die Steuer- und Finanzstatistik nennen. Sie kommt nicht nur verspätet, sie wird auch nicht ausreichend vorgelegt. Ich möchte nur eine einzige wichtige Statistik erwähnen, die Lohnsteuerstatistik, die aus dem Jahre 1957 stammt und numehr zehn Jahre alt ist. Die anderen Steuerstatistiken sind etwas jünger, aber für aktuelle Daten auch recht alt.

Der Herr Finanzminister hat zugesagt, daß Ende 1968 beziehungsweise 1969 die Unter-

lagen für das Jahr 1964 greifbar sein werden. Nun muß ich sagen, daß gerade in Zeiten, in denen unsere Steuerpolitik so gewaltigen Änderungen unterzogen wird, aktuellste Statistiken auf diesem Gebiete notwendig sind. Sie sind für uns Parlamentarier unerlässlich notwendig, denn gerade diese Steuerstatistiken sind in Wirklichkeit die einzige objektive relevante Rechenschaftsberichtlegung, die wir haben.

Ich will nicht von den komplizierteren Fragen der Steuerstatistik sprechen. Ich habe schon ein paarmal Gelegenheit genommen, im Finanzausschuß darüber zu reden. Aber wir erhalten ja nicht einmal auf ganz simple Fragen eine Antwort. Wir können nicht exakt erfahren, wie viele Menschen es jetzt gibt, die unter dem steuerfreien Existenzminimum leben. Wir können nicht erfahren, wie viele Leute ein Millioneneinkommen haben — es wird bei einer halben Million geteilt. 3889 Menschen haben mehr als eine halbe Million Einkommen, zusammen 5 Milliarden. Aber wir wissen nicht, wie viele Menschen ihrem Einkommen nach Millionäre sind. Wir können nicht erfahren, wie viele Steuerzahler zwei und mehr Lohnsteuerkarten haben. Ganz einfache, simple Fragen, die wir beantwortet haben möchten, aber wir können keine Antwort darauf erhalten. Ich kenne schon die technischen Schwierigkeiten, aber ich möchte doch betonen, daß auch andere Länder diese Probleme gemeistert haben. Ich möchte nochmals auf meinen hier schon so oft vorgebrachten Vorschlag hinweisen, eine stichprobenweise Aufarbeitung könnte uns zweifellos aktuelle Daten liefern.

Ich hätte auch ganz gerne gehört, wie weit unsere Input-output-Rechnung ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Frage stellen: Welche Gründe sind es eigentlich, warum die Erhebungen über die nicht-landwirtschaftliche Betriebszählung 1964 noch immer nicht vorliegen? Bei der dynamischen Raschlebigkeit unserer Zeit gerade im Wirtschaftsgeschehen erhebt sich doch wirklich die Frage: Was sagen noch statistische Daten über Betriebserfolge, die vier Jahre zurückliegen?

Gerade auf diesem wirtschaftsstatistischen Gebiet, aber auch auf anderen Gebieten bedeutet mangelnde Aktualität eine schwere Informationseinbuße.

Wir sollten bei allen diesen Fragen auch den Kostenpunkt nicht vergessen. Es sollten alle Anstrengungen gemacht werden, um dem Statistischen Zentralamt jene Hilfeleistung zu geben, die es in die Lage versetzt, seinem öffentlichen Auftrag nachzukommen, ausreichendes qualifiziertes Personal, entsprechende

Dr. Hertha Firnberg

Maschinenausstattung und wahrscheinlich auch eine organisatorische Hilfe zu bekommen.

Es ist aber etwas anderes, meine Damen und Herren, das uns ernstlich beunruhigt, weil es den statistischen Fortschritt, der in Österreich ja ohnehin sehr langsam angelaufen ist, wirklich ernstlich bedroht. Und das ist eine Renaissance des Dilettantismus. Der Gesetzgeber hat sehr nachdrücklich und sehr ausdrücklich im Bundesstatistikgesetz die Mitsprache und Federführung des mit der amtlichen Statistik beauftragten Statistischen Zentralamtes vorgesehen. Ganz allgemein sei betont, daß auch auf diesem Gebiet oder gerade auf diesem Gebiet die Zeiten des Dilettantismus vorüber sind. Bei statistischen Erhebungen und Auswertungen hat der Statistiker das wichtigste und letzte Wort zu haben und nicht die Ressorts und nicht die Nichtstatistiker der Ressorts.

Ich stelle das aus einem gegebenen Anlaß fest. Was nützen alle die Bestimmungen über das Einholen des fachlichen Rates des Statistischen Zentralamtes, wenn im Unterrichtsministerium Fragebogen entworfen und ausgegeben werden, die nicht nur einen Sturm der Entrüstung bei den Studenten hervorrufen, also bei den Betroffenen, sondern letzten Endes unsere gesamte Bemühung um mehr Verständnis für die Statistik in der Bevölkerung zunichte machen.

Der Herr Unterrichtsminister hat uns zwar versichert, daß die Studenten bereits mit diesen Fragebögen einverstanden sind. Das kann sein. Die Worte hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

Aber keineswegs einverstanden sind mit dieser Art der Erhebung, der Befragung die Fachleute, und auch wir Abgeordneten protestieren. Natürlich brauchen wir Unterlagen für die Hochschulplanung. Das muß man uns nicht sagen, denn wir Sozialisten haben sie ja gefordert. Natürlich brauchen wir auch Angaben über den Verlauf der Studien, überall in der ganzen Welt braucht man das heute, schon deshalb, um die neuralgischen Punkte des Studienverlaufes zu erkennen und festzustellen. Aber das macht weder Fragebogen dieser gigantischen Dimension noch Indiskretionen noch Proteststürme der Studenten notwendig. Auch in der Bundesrepublik Deutschland hat man eine Verlaufsstatistik durchgeführt, ganz ohne Wirbel, obwohl dort die Studenten viel mehr zu Wirbel geneigt sind als unsere.

Man soll das Problem nicht auf das Nebengeleise der statistischen Codenummern abschieben; um das geht es nicht. Kein Mensch, auch kein Student und auch wir nicht, werden uns vernünftigerweise gegen gewisse technische

Modalitäten wenden. Wir stimmen dem Unterrichtsministerium absolut zu, das in dem Belegtschreiben zu dem Verordnungsentwurf mitteilt, daß für eine zweckmäßige Hochschulplanung Unterlagen über den Bedarf an Lehrkräften, an wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Personal, an Bauten, Einrichtungen und Behelfen erforderlich sind. Das ist völlig richtig. Aber was in dieser Erhebung, was an diesem Fragebogen an gesetzlich nicht gedeckten indiskreten, irrelevanten, überflüssigen Fragen zusammengestellt ist, ist geradezu unglaublich. Ich möchte aus der Fülle nur eine ganz kleine Auswahl darbieten, und bei der Beurteilung dieser Fragen bitte ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu berücksichtigen, daß die wahrheitsgetreue Beantwortung unter Strafandrohung verpflichtend gefordert wird.

Durch das Gesetz nicht gedeckt ist zum Beispiel die Frage nach der Finanzierung des Studiums. Unter anderem wird hier auch eine Angabe über Mittel von Verwandten und Bekannten verlangt. Also das Weihnachtsgeschenk eines Onkels in Form von Bargeld oder etwa auch eines Fräulein Braut an den Studenten hat er wahrheitsgemäß anzugeben. Diese fehlende gesetzliche Deckung gilt für eine ganze Reihe anderer Fragen.

Meine Damen und Herren! Was hat es mit der Hochschulplanung zu tun, wenn der Student die Frage beantworten muß, ob sein als selbständiger Unternehmer tätiger Vater vor 10 Jahren 6 oder mehr Arbeitnehmer beschäftigt hat? Oder was hat es mit Hochschulplanung zu tun, welche Titel der Vater und die Mutter in ihrer Berufsstellung führen? Oder welchen Sinn hat die Frage: „Sind Sie in diesem Semester erwerbstätig?“ Mit folgenden Antwortmöglichkeiten: als Angestellter oder Beamter in niedriger Position — ich würde gerne hören, was ein Beamter in niedriger Position ist — oder „als Aushilfskraft für alles mögliche“. So steht es in der Verordnung! Das ist eine besonders elegante Definition, die das Herz jedes Sozial- und Berufsstatistikers höher schlagen läßt. Ich habe mich gefragt, wo der Babysitter in dieser Katalogisierung steht; vielleicht als Aushilfskraft für alles mögliche.

Man wundert sich nicht über den Proteststurm der Studenten, wenn man eine Frage betrachtet, die mir schon als eine gewisse Indiskretion erscheint. Die Frage lautet: „Haben Sie seit Beginn eines Hochschulstudiums Kinder bekommen?“ Wenn man die männlichen Studenten fragen will, dann weiß ich nicht, ob die Frage richtig gestellt ist. (Abg. Dr. Pittermann: Nein, sie ist sicher falsch gestellt! — Heiterkeit bei der SPÖ.)

Dr. Hertha Firnberg

Ich weiß nicht, ob Männer Kinder bekommen können. Herr Dr. Scrinzi ist nicht hier, so kann er es mir nicht beantworten. Wenn man aber die Frage an Studentinnen richtet, möchte ich schon zu bedenken geben, daß man sie hier auch nach unehelichen Kindern fragt, und das ist eine Frage, die von der Volkszählung ausdrücklich abgelehnt wurde, weil sie als zu indiskret und in die Privatsphäre eingreifend betrachtet wird. Und unseren Studentinnen wird diese Frage gestellt?

Studenten, die eine Abgangsbescheinigung erhalten oder denen ein akademischer Grad verliehen wird, werden mit folgender Frage bedacht: „Haben Sie während Ihrer Studienzeit geheiratet?“ Die Antwortmöglichkeiten für die Hörer der philosophischen Fakultät sind: „bevor ich ein Dissertationsthema hatte vor dem Lehramt / ja, nach dem Lehramt / ja, ich hatte zu dieser Zeit bereits ein Dissertationsthema / heirate jetzt!“ — (Abg. Dr. Pittermann: Werden diese Fragen auch an der theologischen Fakultät gestellt? — Abg. Dr. Gorbach: Nach dem 2. Vatikanischen Konzil schon!) — „war zu Studienbeginn schon verheiratet / heirate in nächster Zeit nicht.“ Und das ist auskunftspflichtig, bitte sehr!

Ich habe mir über die tiefere Bedeutung und den Sinn dieser Frage Gedanken gemacht und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß vielleicht daran gedacht ist, einmal die Berechnung einer soziologischen Korrelation über den Zusammenhang zwischen dem Dissertationsthema und der Eheschließung festzustellen.

Es gibt unklare Formulierungen, unsystematische Feststellungen, eine Terminologie, die zumindest ungewöhnlich ist. Alles in allem möchte ich sagen, daß hier die Hand des Dilettanten wirklich völlig zum Zug kam.

Erlauben Sie mir nur ein einziges ausführliches Beispiel. Ich möchte zu diesem Beispiel nur mit Farkas sagen: Hören Sie sich das mal an!

Die Frage richtet sich an alle Studenten und lautet:

„Welche Wohnmöglichkeiten finden Sie für sich am günstigsten?“

a) bei ungefähr gleichen Kosten:
(Bitte jede Zeile beantworten!)

Studentenheim in Hochschulnähe lieber als Untermiete in Hochschulnähe oder umgekehrt

Studentenheim in einiger Entfernung lieber als Untermiete in einiger Entfernung oder umgekehrt

Studentenheim in Hochschulnähe lieber als Untermiete in einiger Entfernung oder umgekehrt

Studentenheim in einiger Entfernung lieber als Untermiete in Hochschulnähe oder umgekehrt

Studentenheim in Hochschulnähe lieber als Studentenheim in einiger Entfernung oder umgekehrt

b) Teurere Untermiete in Hochschulnähe lieber als billiger Heimplatz in Hochschulnähe oder umgekehrt

teurere Untermiete in einiger Entfernung lieber als billigerer Heimplatz in Hochschulnähe oder umgekehrt

teurere Untermiete in Hochschulnähe lieber als billigerer Heimplatz in einiger Entfernung oder umgekehrt

teurere Untermiete in einiger Entfernung lieber als billigerer Heimplatz in einiger Entfernung oder umgekehrt.“

Da kann man nur sagen: Umgekehrt, meine Damen und Herren! (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Ich habe das nicht nur zum Scherz verlesen. Die Studenten haben zur Ausfüllung des Fragebogens zweieinhalb Stunden aufwenden müssen. Man soll nicht sagen, daß sie leichtfertig protestieren; auch wir würden protestieren, wenn wir solche Fragen beantworten müßten. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Laut „Wochenpresse“ vom 16. August hat der zuständige Referent des Herrn Unterrichtsministers erklärt, daß man durch diese Erhebung zum erstenmal echte Hochschulstatistiken erhalten könne. Nun, das ist eine unglaubliche Bescheidenheit! Ich weiß nicht, ob sich angesichts der zitierten, so klaren und eindeutigen Formulierungen noch irgend jemand dieser Auffassung anschließt. Erhebungen und Fragebogen dieser Art, meine Damen und Herren, verstärken das Unbehagen an der Statistik weit über die Kreise der unmittelbar Betroffenen hinaus, und dieses Unbehagen wird umso stärker, als ja in unserer Zeit der Computer auch die Stimmen stärker werden, die auf eine Bedrohung der Privatsphäre, auf eine Bedrohung der Freiheit durch diese Fragen im Zusammenhang mit der Computertechnik hinweisen.

Meine Damen und Herren! Diese Methode, die wir hier vorexerziert erhielten, darf nicht Schule machen. Die Verordnung muß revidiert werden, und es haben hier die Fachleute, die Statistiker, die Statistische Zentralkommission und das Statistische Zentralamt mitzureden.

Um einen neuerlichen Fehltritt zu verhindern, möchte ich jetzt schon auf etwas hinweisen: Wir werden uns schärfstens dagegen wenden, daß sich der Herr Finanzminister augenscheinlich bundesstatistische Agenden arrogieren will.

Wir lesen in dem Entwurf zum Bundesgesetz über das Bundesamt für Besoldung und Verrechnung im § 2 Abs. 1 Z. 7, daß diesem neu zu gründenden Bundesamt die Statistik

Dr. Hertha Firnberg

über den Bundeshaushalt obliegt. In den Erläuternden Bemerkungen wird dazu ausgeführt: „Da einer möglichst umfassenden und zeitnahen Statistik über den gesamten Bundeshaushalt im Rahmen der Finanz- und Konjunkturpolitik besondere Bedeutung zukommt, hat das Bundesamt für Besoldung und Verrechnung insbesondere Daten für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und für die Finanzstatistik laufend für Auswertungen in geeigneter Weise zur Verfügung zu stellen.“

Dazu sei folgendes bemerkt: Gemäß dem Bundesstatistikgesetz ist zur Besorgung der Bundesstatistik das Österreichische Statistische Zentralamt zuständig. Nach diesem Gesetzentwurf soll dieses neue Amt Aufgaben erhalten, die der Bundesstatistik obliegen. Wie verträgt sich das, abgesehen jetzt von der Gesetzeslage, mit dem ständigen Bemühen, Doppelgleisigkeiten zu vermeiden?

Wir sind der Meinung, daß das Statistische Zentralamt absolut kompetent ist, dieses Material zu liefern; es ist vom Gesetz her auch dazu verpflichtet. Das soll nicht heißen, daß wir etwas dagegen einzuwenden hätten, daß etwa die elektronische Datenverarbeitungsanlage im Finanzministerium die technisch-statistischen Vorarbeiten durchführt. Wir haben ja heuer 50 Millionen Schilling allein für diese einzige elektronische Datenverarbeitungsanlage beschlossen, oder vielmehr: wir werden sie beschließen. Sie müßte also auch einiges leisten. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß gleichzeitig mit der Datenspeicherung für Verwaltungszwecke auch die statistischen Vorarbeiten geschehen. Aber für die statistischen Vorarbeiten haben die Statistiker, hat das Zentralamt das Wort. Die statistischen Fachleute und nicht die Finanzbürokratie haben hier zu programmieren. Die Maschinenprogrammierung obliegt bereits den Fachstatistikern, so wie es sich etwa im Innenministerium in Zusammenarbeit mit dem Zentralamt bereits ausgesprochen gut eingeführt hat.

Wir möchten betonen, daß für die Bundesstatistik das Statistische Zentralamt, dem die Bundesstatistik obliegt, verantwortlich ist, und davon werden wir nicht abgehen. Der Grund hierfür ist folgender: Im Bundesstatistikgesetz ist die Veröffentlichungspflicht statuiert. Als große Opposition werden wir nicht dulden, daß sich die Regierung oder eines ihrer Ressorts durch eine Biegung der Gesetze oder durch Tricks und Drehs ein Informationsmonopol sichert. Wir haben einen legitimen Anspruch auf umfassende und methodisch einwandfrei erarbeitete statistische Unterlagen. Wir werden uns weder durch Pfuscharbeit noch durch den Machtgriff von Superministerien dieses Recht nehmen lassen.

Das Statistische Zentralamt und die Bundesstatistik fällt kompetenzmäßig dem Herrn Bundeskanzler zu. An ihn ergeht daher unsere Aufforderung, dafür Sorge zu tragen, daß für die österreichische Statistik Ordnung, Einheitlichkeit und Fortschritt gesichert sind, so wie es das Bundesstatistikgesetz befahl. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Liwanec. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Liwanec (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Seit Inkrafttreten des Rundfunkgesetzes, das ist seit 1. Jänner 1967, ist die Bundesregierung beziehungsweise der Bundeskanzler als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung sowohl nach dem Rundfunkgesetz als auch nach dem GmbH-Gesetz für das Unternehmen verantwortlich. Ich werde auf diese Tatsache noch einige Male zu sprechen kommen und möchte am Anfang nur an Hand einiger weniger Jahreszahlen die Geschichte des Unternehmens skizzieren: die Entwicklung seit der Gründung im Jahre 1924 bis 1934, die Übernahme im Jahre 1938, das Jahr 1945, Staatsvertrag 1955. Genaugenommen gibt es einen freien Österreichischen Rundfunk erst seit Inkrafttreten des Rekonstruktionsgesetzes im Jahre 1963.

Ich möchte die Gelegenheit benützen, um von dieser Stelle aus allen Angestellten und freien Mitarbeitern, die mitgeholfen haben, dieses Unternehmen über so schwierige Situationen in unsere Zeit zu retten, wirklich aufrichtig und herzlich zu danken. *(Beifall bei der SPÖ.)* Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja nicht so, daß das, was 1963 nach Eingliederung der öffentlichen Verwaltung und einiger Fonds als „Österreichischer Rundfunk“ dastand, nur deswegen, weil es eine Koalitionsregierung gab, von vornherein nichts wert war. Die europäischen Urteile über das Rundfunkprogramm, über die Ware, die das Haus erzeugt, beweisen genau das Gegenteil.

Ich werde mich jetzt bemühen, Sie noch einmal daran zu erinnern, wie die Haltung der Österreichischen Volkspartei in der Frage Rundfunk in der Zweiten Republik in Wirklichkeit ausgesehen hat. Es ist, wenn man mit dem Jahr 1963 beginnt, der kurze Weg zum Volksbegehren. Es ist die Stimmungs-mache im Unternehmen im Auftrag der Kärntner Straße durch die ÖVP-Vertrauensleute, und es ist das Schlechtmachen eines Unternehmens, in dem sich 2000 Angestellte ständig bemüht haben, das Beste zu tun.

So wurde die Kulisse geschaffen, vor der das Volksbegehren entwickelt werden konnte, die Wirklichkeit aber ganz anders aussah, als es

Liwanec

der Öffentlichkeit vorgesagt wurde, vorgesagt von einer Presse, die jetzt bereits daran ist, das damals Gesagte zu widerrufen, und von der Österreichischen Volkspartei, die ja ebenfalls — ich werde das mit einigen Zitaten beweisen — nicht mehr so ganz zu dem Volksbegehren und zum Rundfunkgesetz steht wie damals.

Ich erinnere daran, daß es in dem Sonderausschuß des Parlaments, der sich mit dem Volksbegehren beziehungsweise mit der Schaffung eines Rundfunkgesetzes zu beschäftigen hatte — es lagen zwei Entwürfe, der der ÖVP und der der SPÖ, vor —, eigentlich nur drei beziehungsweise vier Punkte waren, bei denen es letzten Endes ein Näherkommen nicht mehr gab. Es waren die Zusammensetzung des Aufsichtsrates, die Frage der Länderstudios, die Gebührenfrage und die Politikerklausel, die ein Näherkommen der beiden Verhandlungspartner nicht mehr erlaubt haben.

Ich möchte aus dieser Zeit, aus der Diskussion im Parlament zwei Zitate bringen, die so deutlich zeigen, was die ÖVP gesagt hat, was sie gehalten hat und was sich in der Zwischenzeit entwickelt hat. (*Abg. Haas: Harwalik sagte: „Reine Welle, klarer Schirm!“*) Es hatte damals in der Diskussion im Parlament Herr Abgeordneter Harwalik gesagt: „Schon Drimmel hat seinerzeit im Ministerkomitee sehr richtig erkannt, daß der Schrei nach dem immer stärkeren Mann im Österreichischen Rundfunk keine Lösung sei.“ Ich weiß nicht, was Herr Abgeordneter Harwalik jetzt zu diesem Zitat sagt. Die Entwicklung führt genau in die Linie, die er damals abgelehnt hat. (*Abg. Harwalik: Bitte Drimmel weiter zu zitieren: „Die Lösung ist das Intendanturprinzip!“*) Ich habe einen Satz bis zum Schlußpunkt zitiert. Herr Abgeordneter Harwalik sagte außerdem — und das bitte ich Sie mitzuschreiben, ich werde sehr langsam lesen: „Objektiv führen heißt nicht die Opposition ausschließen, sondern ihr genauso Gehör zu verschaffen wie der Regierungspartei.“ (*Abg. Haberl: Aha! — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Libal: Jetzt haben wir einen „schwarzen Schirm“!*) Das, meine Damen und Herren, war ein Teil von dem, was die Österreichische Volkspartei damals versprochen hat, ein Teil (*Abg. Horr: Preistreiber!*) dieser Geräuschkulisse rund um das Volksbegehren, auf das leider ein Teil der Bevölkerung hereingefallen ist.

Es wurde das Rundfunkgesetz im Hause beschlossen. Ich erspare mir weitere Details. Die Bundesregierung als Verantwortliche für die Gesellschafterversammlung hatte nach dem Gesetz die Bestellung der Organe durchzuführen. Es wurde zunächst die Gesellschafter-

versammlung, dann der Aufsichtsrat bestellt, der wieder den Generalintendanten zu bestellen hat. Er bestellte dann auf Vorschlag des Generalintendanten die Direktoren und letztlich die Intendanten der Bundesländerstudios. Es kam, wie Sie alle wissen, mit den Stimmen der Mehrheit der Österreichischen Volkspartei im Aufsichtsrat zur Wahl Gerd Bachers zum Generalintendanten.

Ich habe mir über ein Wochenende Zeit genommen, einen „sehr begabten Journalisten“ nachzulesen, der in einer Illustrierten zwei oder zweieinhalb Jahre lang leitartikelte. Ich will Ihnen nur drei, gar nicht lange Zitate vorlesen.

Das erste lautet: „Ich bin“ — der „begabte Journalist“ — „überzeugtes Mitglied meiner Einmannpartei, zähle also nicht zu den staatstragenden Massen“. (*Ruf bei der SPÖ: Der Heimatlose!*)

Er sagt zur Presse: „Die Presse ist weitgehend gleichgeschaltet und zum Großteil direkt oder indirekt in Parteibesitz; oft ist ihre vermeintliche Unabhängigkeit nur die von den Hintermännern zugestandene Narrenfreiheit. Die parlamentarische Opposition ist so bedeutungslos wie das Parlament an sich.“ (*Abg. Horr: Frechheit! — Abg. Libal: Präpotenz, so etwas!*)

Er sagte weiter: „Ich fürchte freilich, wir werden weiterhin die Prügelknaben demokratisch Unterentwickelter bleiben“. Er blieb es nicht, er, der „begabte Journalist“. Die geistig oder „demokratisch Unterentwickelten“ haben ihn zum Generalintendanten gemacht — aber das Zitat vom Dezember 1962 ist vorhanden, es bleibt. (*Abg. Deutschmann: Ein bissert vorsichtig!*) Ich glaube, es zeigt sehr deutlich, wie sich dieser „begabte Journalist“ in der Zwischenzeit entwickelt hat, seit er durch die ÖVP-Mehrheit im Aufsichtsrat zum Generalintendanten bestellt wurde.

Als letztes Zitat eines über einen Streik, den die Rundfunkbediensteten in ihrem Kampf vor allem mit Herrn Generaldirektor Scheidl vor ungefähr drei Jahren durchgeführt haben. Der „sehr begabte Journalist“ schreibt: „Die erzwungene Funkstille endete mit einer großen Frechheit: Man bedankte sich für ‚das Verständnis, das Publikum und Presse dem Streik der Rundfunk- und Fernsehangehörigen entgegengebracht haben‘.“ — Es ist also eine „Frechheit“, daß sich Arbeiter und Angestellte getrauen zu streiken, weil kein Entgegenkommen der Geschäftsführung zu sehen ist. — Er schreibt dann: „Beide Punkte rechtfertigen weder die Piratenmanier“ — bitte: die „Piratenmanier“; ich muß mich entschuldigen: ich zitiere noch immer — „dem ahnungslosen Publikum gegenüber.“ Es heißt dann: „... und das klägliche Geschick eines

Liwanec

Unternehmens“ — und jetzt kommt etwas, was man den 2000 Angestellten wirklich sehr deutlich sagen sollte —, „dessen Leitung und Belegschaft einander mit geringen Ausnahmen durchaus würdig sind.“ — Was über die Leitung gesagt wurde, brauche ich hier nicht zu wiederholen. — Und es heißt abschließend: „Wiewohl bekannt ist, daß Rundfunk und Fernsehen von ganz oben bis ganz unten zuviel und zu viel schlechtes Personal haben, wurde der Naturschutzpark für Nichtkänner noch heimeliger eingerichtet.“ — Das sagt der „sehr begabte Journalist“ zur Frage der freien Dienstvereinbarung, die sich die Angestellten des Rundfunks erkämpft hatten.

Ich freue mich, einen Satz gefunden zu haben, der mir so genau paßt, um das zu sagen, was ich sagen möchte, nämlich: Der Herr Generalintendant Gerd Bacher hat sehr bald, nachdem er die Möglichkeit dazu hatte, begonnen, die Kärntner Straße auszuräumen. Es gab nur dort „begabte“ Männer wie Steinbauer oder Pisa oder Magenschab. Es gab eben nur in der ÖVP-Bundesparteileitung Tüchtige. (*Abg. Glaser: Und der Kreuzer ist nicht „begabt“? — Ruf bei der ÖVP: Was ist mit dem Kreuzer? Mit dem Zilk?*)

Aber es gab noch einen, meine Damen und Herren. Der „sehr begabte Journalist“ schrieb im Jänner 1963: „... und auch für den neuen Zug beim Fernsehen („Entpolitisierung“) sehe ich in jeder Hinsicht schwarz, wenn ich den Namen Edi Finger höre.“ — Der „sehr begabte Journalist“ hat als Generalintendant den Edi Finger zum Hauptabteilungsleiter gemacht. Tempora mutantur! Und der „sehr begabte Journalist“ hat sich mit den geänderten Zeiten geändert. Aber das ist gar nicht das Entscheidende. In einer Demokratie kann man vieles tun. Eine Demokratie hält vieles aus. (*Abg. Czettel: Auch einen Bacher!*) Eine Demokratie muß sich sehr häufig wehren.

Aber ich möchte jetzt allmählich, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf andere Dinge zu sprechen kommen.

Ich habe bereits gesagt, daß eine der ersten Handlungen des Herrn Generalintendanten war, Neubestellungen durchzuführen. Dazu gehörte auch die Bestellung des Herrn Dalma zum Chefredakteur. (*Abg. Dr. Pittermann: Tomicic heißt er!*) Ich sage das zunächst nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, um gegen die Person Dalmas zu polemisieren, sondern weil ich glaube, daß mit dem Einsetzen eines Chefredakteurs, der für die Nachrichtensendungen, für alle politischen Sendungen in Rundfunk und Fernsehen zuständig ist, zwei Dinge nachweisbar sind: Erstens, daß es sich damit genau um die ÖVP-Linie handelt, denn die ÖVP hat in den Ver-

handlungen im Sonderausschuß von uns verlangt, wir mögen einer gemeinsamen Programmdirektion zustimmen. Sie hat dann von diesem Verlangen abgesehen, aber sie hat doch erreicht, daß nachher Herr Dalma über beide Medien im politischen Sinn regiert. Denn Dalma ist zuständig als Chefredakteur — und die Ansage beweist es: „Die Chefredaktion des Österreichischen Rundfunks bringt“ —, er ist zuständig für alle Nachrichtensendungen.

Im Rundfunkgesetz heißt es in § 11 Abs. 2: „Die Direktoren und Intendanten sind dabei außer an die vom Generalintendanten festzusetzende Geschäftsverteilung und an seine Weisungen an keine Aufträge Dritter gebunden.“

Ich möchte klarstellen: Wir Sozialisten haben nicht für dieses Gesetz gestimmt, es ist aber gültiges Gesetz geworden. Wir werden sehr genau darauf achten, daß dieses Gesetz mit allen seinen Bestimmungen auch tatsächlich eingehalten wird. Wir werden dabei der Österreichischen Volkspartei genauso wie dem Generalintendanten und seinen Verantwortlichen genau auf die Finger schauen und nicht dulden, daß ein beschlossenes Gesetz gebogen wird.

Es heißt dann im gleichen Paragraphen noch im Abs. 6: „Die Intendanten sind außer für das von den Länderstudios zu gestaltende Regionalprogramm für alle in ihrem Bereich zu gestaltenden Hörfunk- und Fernsehprogramme verantwortlich.“

Hier sehe ich eine eklatante Verletzung des Rundfunkgesetzes. Durch die Einsetzung eines gemeinsamen Chefredakteurs wird in die Agenden der Direktoren — Programmdirektor Rundfunk, Programmdirektor Fernsehen und Länderintendanten — in einem Maße eingegriffen, das dem Gesetz ausdrücklich widerspricht. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Niemals!*)

Ich möchte dann noch folgendes sagen: Das nächste große Problem — ich habe es eingangs erwähnt — war die Tatsache, daß die Österreichische Volkspartei nicht zu bewegen war, Länderstudios für alle neun Bundesländer zuzusichern. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Aber selbstverständlich! — Abg. Dr. Pittermann: Wir warten noch immer!*) Wir haben lange um dieses Problem gerungen. Als ich hier stand, zum Rundfunkgesetz sprach und behauptete, die ÖVP wäre nicht bereit, neun Länderstudios zu akzeptieren, hat mir der Herr Kollege Kranzlmayr zugerufen: „Warten Sie ab, es wird bald so weit sein!“ Ich habe mir damals erlaubt zu sagen: Ich traue Ihnen nicht, Sie werden sich in Ihrer Partei nicht durchsetzen! Und Sie haben sich auch nicht durchgesetzt. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Aber selbstverständlich!*) Das ist ja das „Traum-

Liwanec

männlein“, die Lieblingssendung des Herrn Generalintendanten, die das „selbstverständlich“ ermöglicht. Es gibt kein Studio Wien, es gibt kein Studio Niederösterreich, und es gibt kein Studio Burgenland. Es gibt Studioorganisationen, aber keine Studios. Ich möchte ausdrücklich betonen ... (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Glauben Sie, daß man in drei Monaten ein Studio bauen kann? — Ruf bei der ÖVP: Er schon!*) Das „Traummännlein“ kann's. (*Ruf bei der ÖVP: Das sind Sie!*)

Aber, meine Damen und Herren, das ist gar nicht so lustig. Selbstverständlich gibt es in allen drei Bundesländern die Möglichkeit, fertige Gebäude zu finden, in denen Studios arbeiten können. Außerdem sind schon ein bisserl mehr als drei Monate vergangen. Es gibt keine Studios; ich werde das an Hand von Zahlenmaterial noch näher beweisen. — Das war der zweite Punkt, warum es zu keiner gemeinsamen Auffassung auf dem Gebiete des Rundfunkgesetzes kommen konnte.

Ich stelle in diesem Zusammenhang die ernste Frage: Wer im Bundeskanzleramt ist eigentlich dazu bestimmt, darüber zu wachen, daß das Rundfunkgesetz eingehalten wird? (*Abg. Jungwirth: Santa Claus!*) Das ist eine sehr wichtige Frage, denn nach dem GesmbH.-Gesetz steht der Gesellschafterversammlung, vor allem dem Vorsitzenden dieser Gesellschafterversammlung, nicht nur das Recht zu, diese Überprüfung durchzuführen, sondern er hat nach dem Aktiengesetz und den kaufmännischen Gepflogenheiten die Pflicht, sich darum zu kümmern, was in einem Unternehmen geschieht. Ich frage den Herrn Bundeskanzler sehr deutlich: Was geschieht bitte im Bundeskanzleramt, um darüber zu wachen, daß das Gesetz wirklich eingehalten wird? (*Beifall bei der SPÖ.*) Mir scheint, es geschieht zuwenig; mir scheint, der Herr Bundeskanzler hat zuwenig vorgesorgt, und es scheint, daß es gut ist, daß wir uns darum kümmern, diese Einhaltung zu überwachen, soweit es unsere Zeit erlaubt. Ich habe gesagt, daß in die Rechte der Intendanten und Direktoren durch eine Verfügung des Herrn Generalintendanten eingegriffen wird, die — und ich sage das noch einmal dazu — ausdrücklich und ausgesprochen einer ÖVP-Forderung gleichkommt.

Ich möchte jetzt noch an zwei Beispielen deutlich machen, wie wenig das Gesetz beachtet wird. Da lesen wir in der Zeitung — unter „wir“ meine ich auch die Mitglieder des Rundfunkaufsichtsrates —, daß eine Überprüfung des Unternehmens verfügt wurde. Wir lesen, daß diese Überprüfung veröffentlicht wird. Es steht im Gesetz und in den Geschäftsbedingungen, daß die Bestellung einer Kommission zur Überprüfung und die Veröffent-

lichung von Berichten ausdrücklich der Gesellschafterversammlung zusteht. Das, meine Damen und Herren, war ja sogar einigen ÖVP-Mitgliedern des Aufsichtsrates zuviel, es haben sich einige beschwert. Ich weiß nicht, ob Kollege Kranzlmayr das Argument des Herrn Generalintendanten jetzt zum ÖVP-Argument macht und diesen Eingriff in Rechte eines anderen Organs damit rechtfertigen will.

Ich sage zum Aufsichtsrat, daß dort das gleiche geschieht. Wir lesen zum Beispiel in der Zeitung Dinge — um nur ein Beispiel anzuführen —, daß das Farbfernsehen nicht weiter entwickelt wird. Wir haben darüber nicht ausführlich gesprochen. Aber es steht im Gesetz, daß weitreichende Pläne vom Aufsichtsrat zu beschließen sind. Wir wurden nicht gefragt, uns wurde nichts gesagt. Man hat bei einer Pressekonferenz eben gesagt: Das Farbfernsehen wird nicht weiter entwickelt — obwohl das Unternehmen bereits Millionenbeträge in diese Entwicklung gesteckt hat. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Völlig unrichtig!*) Ich behaupte, auch das ist eine eindeutige Überschreitung der zuständigen Gesetzesbestimmungen, auch das gehört in den Aufsichtsrat.

Ich persönlich gehöre zu denen, die sich von niemandem gerne als Hochstapler hinstellen lassen. Daß der Herr Generalintendant, in seiner vorjournalistischen Tätigkeit mit Auszeichnungen um sich werfend, jeden als „Hochstapler“ bezeichnet, der anders denkt als er, ist eben eine Geschmackssache. Aber die Frage dem zuständigen Organ nicht vorlegen, dieses Organ nicht fragen, und dann noch sagen, es sei jeder ein „Hochstapler“, der etwas anderes vom Farbfernsehen erwartet — das scheint mir persönlich zuviel! Ich glaube, daß es schlecht ist, daß die Österreichische Volkspartei zu diesen Dingen schweigt, nichts sagt und nichts tut, und daß der Herr Bundeskanzler als Verantwortlicher in Wirklichkeit auch nichts tut, um ein Organ zu beauftragen, darüber zu wachen, daß das Rundfunkgesetz wirklich eingehalten wird.

Ich komme jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu einigen offenen Fragen, vor allem die Studiofrage betreffend.

Ich möchte erstens sagen, daß Frau Stadtrat Sandner in der letzten Sitzung des Rundfunk-Aufsichtsrates eine schriftliche Anfrage an den Herrn Generalintendanten folgenden Wortlautes hinterlegt hat:

„Warum wurde bei der Organisation des Hörfunks in Wien der Inhalt des § 11 des Rundfunkgesetzes nicht berücksichtigt? Dem Intendanten des Studios Wien wurde nicht ‚das im Bundesland tätige Personal‘ unterstellt“ — zu diesem Paragraph komme ich

Liwanec

dann am Schluß —, „wie es im Absatz 3 dieses Paragraphen gefordert wird, sondern es wurde sogar Personal des früheren Studios Wien zum Großteil entzogen und Fachdirektionen unterstellt, was im Rundfunkgesetz überhaupt nicht vorgesehen ist.

Dadurch ist es dem Studio Wien verwehrt, die Geschäfte gemäß dem Inhalt des Absatzes 2 des erwähnten Paragraphen zu führen, weil es weder eine Technische noch eine Kaufmännische Abteilung besitzt.“ Einrichtungen, die — ich sage es dazu — alle anderen Studios besitzen, was aber die ÖVP nicht hindert, mir zu sagen, wir hätten ein Wiener Studio.

„Diese Mißachtung des § 11 des Rundfunkgesetzes benachteiligt das Studio Wien und damit die Interessen des Landes Wien fast allen anderen Bundesländern gegenüber in einer Weise, die sich auch durch die großzügigste Auslegung des § 10 (1) des Rundfunkgesetzes nicht rechtfertigen läßt.“

Diese Anfrage wurde offiziell vom Bundesland Wien im letzten Aufsichtsrat in der vergangenen Woche hinterlegt, und der Herr Generalintendant hat auch zugesagt, daß er zu Gesprächen mit dem zuständigen Stadtrat bereit ist.

Dieses Studio Wien vertritt immerhin — nach der letzten Volkszählung — 23,02 Prozent der österreichischen Bevölkerung. In den Studios der drei Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland werden bei Rundfunk und Fernsehen immerhin von den rund 392 Millionen Schilling Gesamteinnahmen, die die letzte Bilanz vom Jahre 1964 ausweist — die Zahlen haben sich nur zugunsten der Bundeshauptstadt, des Landes Wien geändert —, 223 Millionen Schilling aufgebracht, in Wien allein 37 Prozent. Der Rundfunk bringt von 142 Millionen 74 Millionen Schilling in diesen drei Bundesländern auf, das sind über 50 Prozent. Das Fernsehen bringt von 250 Millionen Gesamteinnahmen 148 Millionen Schilling in den Ländern auf, das sind mehr als 55 Prozent.

Meine Damen und Herren! So wird das auf die Dauer nicht weitergehen. Ich behaupte: Das ist mißverständener Föderalismus, wenn man drei Bundesländer, die ohnehin schon den Nachteil der russischen Besetzung zu erdulden hatten, noch Jahre nachher von den Rechten ausschließt, die man allen anderen Bundesländern als selbstverständlich konzidiert. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Das heißt konkret, daß Wien zwar das Geld aufbringt — wenn Sie wollen: Wien, Niederösterreich und das Burgenland —, daß großzügige Studio-Neuplanungen in Bundesländern vorgesehen sind — ich darf als Klammersatz dazusagen: wie mir scheint, zu kostspielige —, daß aber nicht

einmal daran gedacht wird, das bombenzerstörte Hörspielstudio in Studio Wien wieder reparieren zu lassen, daß man nicht daran denkt, diesem Bundesland, das immerhin bevölkerungsmäßig das größte in Österreich ist, die Rechte zu geben, die es braucht.

Ich komme jetzt — schon fast am Schluß, meine Damen und Herren — zum Rundfunkgesetz und werde mich bemühen, Ihnen zu beweisen, warum ich schon in der letzten Debatte um das Rundfunkgesetz gesagt habe, daß dieses Gesetz kein gutes Gesetz ist, daß sehr viele Bestimmungen auslegebedürftig sind, daß sehr viele Bestimmungen unklar sind.

Ich möchte sehr deutlich fragen: Was heißt in § 1 Abs. 1 lit. e die Bestimmung, daß „die objektive Berichterstattung über die Tätigkeit der gesetzgebenden Körperschaften und Übertragung ihrer Verhandlungen“ eine Aufgabe des Österreichischen Rundfunks ist? Was ist unobjektiv daran, wenn sich die Präsidialkonferenz, anerkannt von allen Parteien, von allen Abgeordneten dieses Hauses, mit diesen Sendungen beschäftigt? Das ist unobjektiv? Oder müssen wir wirklich zur Kenntnis nehmen, daß irgendwer sich anmaßt, das Parlament in einem solchen Ausmaß zu zensurieren?

Zweitens werfe ich wieder die Frage auf, wie in § 4 Abs. 1 der Satz zu verstehen ist: „Die Gesellschaft hat einen Teil ihrer Sendezeit an die im Nationalrat vertretenen politischen Parteien und an Interessenverbände zu vergeben. Dieser Teil darf je Programm 1% nicht überschreiten und ist auf die Bewerber um die Zuteilung dieser Sendezeit entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Leben aufzuteilen.“ Ist hier etwas unklar und undeutlich? Es scheint so, weil die Österreichische Volkspartei für sich im Österreichischen Rundfunk und Fernsehen genügend Sendungen sicher hat. Das Gesetz gibt keine Möglichkeit, den § 1 Abs. 1 lit. e mit dem § 4 Abs. 1 zu junktivieren. Ich möchte das sehr deutlich sagen: Diese Möglichkeit ist nicht gegeben!

Diese Vergabe von Sendezeiten betrifft ja nicht nur die Parteien. Die Österreichische Rundfunk Ges. m. b. H. hat sich bisher ja auch geweigert, den Interessengemeinschaften die ihnen nach dem Rundfunkgesetz zustehenden Sendezeiten im Fernsehen zur Verfügung zu stellen. Die Handelskammer, die Industriellenvereinigung hat genausowenig Sendezeit wie die Arbeiterkammer oder der ÖGB. Ich spreche gar nicht nur für die politischen Parteien. Aber was ist das für eine Mehrheitspartei, die zuläßt, daß ein Gesetz in diesem Maße interpretiert wird? Warum gibt es in der Österreichischen Volkspartei keine Stimme, die sich dessen auch einmal schämt und sehr deutlich sagt, daß ein Paragraph in diesem Gesetz

5774

Nationalrat XI. GP. — 71. Sitzung — 27. November 1967

Liwanec

doch deutlich ist und von den zuständigen Organen der Österreichischen Rundfunk Ges. m. b. H. doch auch einzuhalten ist?

Ich habe gesagt, daß vieles, was der Generalintendant und seine Mannen tun, an das erinnert, was die Österreichische Volkspartei gewollt hat. Ich muß in diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung machen. Zu den Verhandlungen im Sonderausschuß wurde auch die unabhängige Presse geladen. Ihr Vertreter hat dort sehr deutlich gesagt: Das Rundfunk-Volksbegehren wurde zu einem Zeitpunkt gestartet, in dem es eine Koalitionsregierung gab. Vieles von dem, was damals eine Selbstverständlichkeit war, gilt heute nicht mehr, und das Exekutivkomitee der unabhängigen Presse würde zweifellos viele Paragraphen anders formulieren. — Es hat also die Presse nicht daran gedacht, Rundfunk und Fernsehen der Österreichischen Volkspartei auszuliefern. Ich möchte das, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch gern sehr deutlich gesagt haben.

Ich komme jetzt zu einer wichtigen Frage, die es auch nicht ermöglichte, daß es zu einer Einigung im Ausschuß kam, und zwar in der Gebührenfrage. Ja, darum wurde in der Koalitionsregierung jahrelang gerungen. Die Sozialisten haben immer verlangt, daß zuerst vom Vorstand, vom Generaldirektor, ein Plan vorgelegt wird. Der Generaldirektor — ich darf das als Zwischenbemerkung sagen — hat immer der Österreichischen Volkspartei angehört; der wichtigste Mann im Vorstand war immer ein Mann der Konservativen in unserem Lande, nie ein anderer. Auch die Vorsitzenden der Organe waren es, bis auf eine ganz kurze Zeit, ebenfalls. In diesem Unternehmen ist immer geschehen, was die Österreichische Volkspartei auf vielen Gebieten wollte. Dort, wo es nicht hundertprozentig gelungen ist, war es selbstverständlich eine „Beeinflussung durch die Sozialisten“. Aber das Lied kennen wir ja. Es kam zu keiner Einigung, weil wir damals bei den Vorberatungen sagten: Die Gebührenfrage ist eine Angelegenheit des Parlaments, des gesamten Parlaments oder des Hauptausschusses des Parlaments. Es ist ja nicht so, daß dieses Unternehmen ein Privatbetrieb wäre! Es soll sich doch niemand etwas vorlügen. Dieser ganze Betrieb, wie er liegt und steht, gehört dem österreichischen Volk und niemandem anderen. Die Bevölkerung hat zu bestimmen, was geschieht (*Beifall bei der SPÖ*), in diesem Fall die Bevölkerung durch ihre Volksvertreter, durch die frei gewählten Volksvertreter.

Um was ist es denn gegangen? Die Gebühren waren zu niedrig und wurden auf das rund Dreifache erhöht. Na ja: Man kann

auch Pläne vorweisen, für die sogar diese Erhöhung noch zu gering ist. Wir haben jetzt glücklich die höchsten Gebühren Europas beim Rundfunk und die höchsten beim Fernsehen. Das kann man alles machen, man kann nachweisen, daß das alles noch zuwenig ist, denn „ich“ will noch mehr, „ich“ will es noch besser machen. Es gibt zwar auf viele Fragen keine Antwort, aber man braucht das Geld.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es handelt sich damit um eine Belastung der österreichischen Bevölkerung — es sind immerhin über 2 Millionen Rundfunkteilnehmer angemeldet —, um die es wahrlich wert war, zu streiten. Es sind doch fast 400 Millionen Schilling, die die Belastung ausmacht. Ich zweifle nicht daran, daß Besserverdienende die 20 S im Monat ohne weiteres bezahlen können, ich zweifle aber sehr daran, daß diese 20 S, also um 13 S mehr als 7 S, einem Rentner nicht weh tun.

Ich möchte deswegen auch von dieser Stelle aus das sehr deutlich aussprechen, was ich im Aufsichtsrat gesagt habe: nämlich daß die Bestimmungen über die Befreiung von der Rundfunkgebühr geändert werden müssen. Es ist ganz einfach nicht möglich, einen ganz kleinen Kreis zu befreien, wenn wir aus den Statistiken ersehen, daß immerhin einige Zehntausende Pensionen zwischen 1600 und 1649 S, bei Frauen sogar zwischen 750 und 799 S liegen, und daß GSPVG.-Alterspensionen 1194 S und GSPVG.-Erwerbsunfähigenpensionen 1137 S ausmachen. Meine Damen und Herren! Das kann nicht gut ausgehen, wenn man alle Belastungen auf die Ärmsten legt. Und dazu kommt noch die Forderung des Herrn Unterrichtsministers nach dem 14. Monatsbeitrag in der Höhe von 20 S. Aber dazu werden wir noch bei den Beratungen über das Kulturförderungsgesetz einiges zu sagen haben.

Ich glaube also, daß das Parlament wenigstens zur Kenntnis nehmen sollte, daß ein Auftrag zu ergehen hat, daß die Befreiungsbestimmungen bezüglich der Rundfunkgebühr geändert werden müssen. Es genügt nicht, wenn Siechenheime und Blindenheime befreit werden. Man muß für die Ärmsten der Armen, für die Pensionisten, auf diesem Gebiete etwas tun. (*Abg. Jungwirth: „Urahn, Großmutter, Mutter, Kind, in Bachers Vertrag alle berücksichtigt sind!“ — Heiterkeit. — Gegenruf bei der ÖVP.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich bemüht, auf die wichtigsten Fragen kurz einzugehen. Ich habe mich bemüht, aus der Entwicklung, aus der Geschichte des Rundfunks das, wie mir scheint, Wichtigste zu sagen. Es geht jetzt darum, zu verhindern, daß dieser Rundfunk immer mehr

Liwanec

ins ÖVP-Fahrwasser kommt und daß immer mehr gegen die Sozialistische Partei gearbeitet wird. Wenn es der ÖVP-Sprecher im vergangenen Jahr ernst gemeint hat damit, daß „objektiv führen“ heißt, der Opposition die gleichen Rechte zu geben wie der Mehrheitspartei, dann sage ich dazu: Ab heute warten ich persönlich und mit mir sehr viele Menschen darauf, daß aus dieser Theorie Praxis wird. Erst dann werden wir darüber reden, ob diese Österreichische Rundfunk Ges. m. b. H. objektiv geführt wird oder nicht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Glaser. Ich erteile es ihm. *(Rufe: O je! — Ruf bei der SPÖ: Wo ist der ÖVP-Aufsichtsratsvorsitzende? — Abg. Weikhart: Kollege Kranzlmayr! — Abg. Lanc: Kollege Kranz-Bacher! — Abg. Doktor Kranzlmayr: Laßt mir Zeit! Ihr werdet noch bestimmen, wer redet! — Abg. Mitterer: Wir werden doch noch bestimmen dürfen, wer redet und wer nicht! — Ruf bei der SPÖ: Wir wundern uns nur! — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.)*

Abgeordneter Glaser (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst für jene, die mit der vom Abgeordneten Liwanec angeschnittenen Materie nicht so vertraut sind, folgendes sagen: Der Herr Abgeordnete Liwanec ist einer der drei oder vier Zentralsekretäre der Sozialistischen Partei und ist außerdem Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Österreichischer Rundfunk Ges. m. b. H. *(Abg. Pölz: Schon gehört! — Abg. Benya: Spielen Sie hier keinen Oberlehrer, bleiben Sie bei der Materie!)* Herr Kollege Pölz! Sie haben so viel nicht gehört, daß es mich gar nicht wundert, wenn Sie das auch noch nicht gehört haben! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Gar gescheit war das jetzt auch nicht!)*

Ich habe erwähnt, daß der Herr Abgeordnete Liwanec Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Rundfunk Ges. m. b. H. ist. *(Abg. Haas: Und Sie sind Mitglied des Aufsichtsrates!)* Ich sage das deshalb, weil ich über so viel Unkenntnis und Uninformiertheit, wie sie hier zum Ausdruck gebracht wurde, wirklich erstaunt bin. *(Abg. Benyu: Überlegen Sie sich das, was Sie hier sagen!)*

Ich bin ferner darüber erstaunt, daß der Herr Abgeordnete Liwanec — im heurigen Jahr waren, glaube ich, schon neun oder zehn Aufsichtsratssitzungen — dort eigentlich immer sehr ruhig gewesen ist, dort sehr wenig zum Ausdruck gebracht hat, wenn er überhaupt da war oder nicht zu spät gekommen ist oder nicht zu früh weggegangen ist. *(Abg. Sekanina: Nach Ihrer Meinung! Herr*

Kollege, Sie sind für uns nicht kompetent! — Abg. Weikhart: Kein sachliches Argument hier! — Rufe bei der ÖVP: Das darf er nicht sagen? Die Wahrheit verträgt ihr nicht! — Abg. Sekanina: Sie haben eine Art, immer persönlich zu werden! — Gegenruf des Abg. Hartl.)

Jetzt werde ich Ihnen zuerst einiges anderes sagen: Der Herr Abgeordnete Liwanec hat die Möglichkeit gehabt, hier ruhig und ungestört zu sprechen. *(Abg. Dr. Pittermann: Er hat auch nicht provoziert!)* Es steht Ihnen selbstverständlich frei, Ihre demokratische Gesinnung dadurch unter Beweis zu stellen, daß Sie nicht einmal bereit sind, ein anderes Argument anzuhören! *(Ruf bei der SPÖ: Wir provozieren aber nicht!)* Aber das ist ja nichts Neues, meine Damen und Herren! *(Weitere heftige Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Das ist ja nichts Neues. In diesem Hause erleben wir das fast jedesmal. *(Abg. Weikhart: Nicht provozieren! Dann hören wir Sie ruhig an!)*

Ich möchte einmal, nicht nur für Sie, sondern auch für die Öffentlichkeit, sagen, wie es mit den Zwischenrufen im Hause aussieht. Ich habe mich einer Mühe unterzogen, der sich, ich glaube, in diesem Haus noch niemand unterzogen hat. Ich habe mir eine Reihe von stenographischen Protokollen von Nationalratssitzungen herausgenommen und habe einmal gezählt, wer durch Zwischenrufe oder durch Zwischenreden gestört hat und wer nicht. Ein Beispiel: Etwa in der 40. Sitzung *(Abg. Weikhart: Da sind wir Spitzenreiter! — Präsident Wallner gibt wiederholt das Glockenzeichen)* des Nationalrates waren es nicht weniger als 129 sozialistische Zwischenrufe und Zwischenreden *(Abg. Peter: Da war der Altenburger nicht da! — Heiterkeit)* gegenüber 24 von der Volkspartei. *(Weitere anhaltende Zwischenrufe.)*

Präsident Wallner *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter Glaser *(fortsetzend):* In der 52. Sitzung des Nationalrates waren es 189 sozialistische Zwischenrufe und Zwischenreden gegenüber nur 75 von der Volkspartei. *(Zwischenruf des Abg. Zeillinger.)* Oder: In der 67. Sitzung ... *(Abg. Weikhart: Glaser, jetzt weiß ich, warum ihr die Wahlen in Salzburg verloren habt! — Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ. — Präsident Wallner gibt abermals das Glockenzeichen.)* Meine Damen und Herren! *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Präsident Wallner *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter Glaser *(fortsetzend):* Meine Damen und Herren! In der 67. Sitzung des Nationalrates gab es 71 sozialistische Zwischen-

5776

Nationalrat XI. GP. — 71. Sitzung — 27. November 1967

Glaser

rufe gegenüber 31 von der Volkspartei. (Abg. *Haberl*: Ist das Ihr Beitrag zum Rundfunkgesetz? — Abg. *Czettel*: Nein, zum Statistischen Zentralamt! — Abg. *Weikhart*: Was hat das mit dem Rundfunk zu tun?) Herr Kollege Weikhart! Lassen Sie mich ungestört reden, dann wären wir schon viel weiter! (Abg. *Weikhart*: Provozieren Sie nicht, reden Sie!) Provokation ist bei Ihnen nur das, was Ihnen nicht paßt! (Abg. *Weikhart*: Reden Sie wie am Vormittag!) Wir haben dem Herrn Abgeordneten Liwanec zugehört, ohne ihn zu unterbrechen! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. *Weikhart*: Er hat auch ruhig und sachlich gesprochen! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.) Sie lassen mich ja gar nicht ruhig reden. Wenn ich normal rede, dann verstehen Sie mich ja gar nicht (Abg. *Weikhart*: Wenn Sie „normal“ reden, verstehen wir Sie nicht! Das ist wahr!), weil immer 10 oder 20 von Ihnen zusammen schreien! (Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. *Lanc*: Herr Kollege Glaser, Sie sind ein Zwischenruf-Tachometer! — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.)

Meine Damen und Herren! (Abg. *Czettel*: Ärgern Sie sich nicht, Herr Glaser! Das geht alles vorbei!) Herr Kollege Czettel! Ich werde Ihnen etwas sagen. Erstens: Sie können mich überhaupt nicht ärgern (Abg. *Czettel*: Will ich gar nicht! — Heiterkeit), zweitens möchte ich Ihnen noch etwas sagen — ich habe es Ihnen bei einer anderen Gelegenheit im Ausschuß schon zum Ausdruck gebracht —: Noch bin ich in einem Alter, wo meine Haut täglich dicker wird! (Abg. *Weikhart*: Na also, das ist nicht gut! — Abg. *Moser*: Salzburg war Ihnen eine Lehre dafür! Seit dem „Schwarzen Sonntag“ von Salzburg muß Ihre Haut sehr dick geworden sein! — Abg. *Weikhart*: Mit der dicken Haut haben Sie in Salzburg die Sprache verloren! — Zwischenruf des Abg. *Liwanec*.) Herr Kollege Liwanec! Ich hab' Zeit heute! (Rufe bei der SPÖ: Wir auch!) Es ist keine dringliche Anfrage, wo die Redezeit begrenzt ist. Ich sehe nur, daß Sie so nervös sind. Aber ich würde Ihnen, Herr Kollege Weikhart, etwas empfehlen: Ich sehe, daß ich Sie aufrege. (Abg. *Weikhart*: Aber gehn Sie! Nein, nein! — Heiterkeit.) Gehen Sie in die Milchbar und stärken Sie sich mit einem großen Schwarzen, dann werden Sie wieder ruhiger werden! Nicht? (Abg. *Weikhart*: Wenn mich in meinem Leben nichts anderes aufregt als der Glaser, dann werde ich 200 Jahre alt! — Abg. *Sekanina*: Die Salzburger Bevölkerung hat einige Schwarze konsumiert! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Liwanec hat sich all das jetzt von der Seele

geredet, was ihm und insbesondere der sozialistischen Parteiführung am Österreichischen Rundfunk nicht paßt. (Abg. *Haas*: Und der österreichischen Bevölkerung! — Abg. *Dr. Withalm*: Für die Bevölkerung sprach er nicht! Das ist zuviel!) Daß dabei sehr viel gesagt wurde, was den Tatsachen widerspricht, darauf werde ich im Laufe meiner Ausführungen noch zurückkommen. Der Abgeordnete Liwanec hat sich vor allem mit dem Rundfunk-Volksbegehren befaßt (Abg. *Dr. Withalm*: Für die ganze Bevölkerung spricht Liwanec nie!) und hat dabei der Österreichischen Volkspartei unterschoben, sie hätte es unternommen, den Rundfunk vor diesem Volksbegehren systematisch schlechtmachen und damit gewissermaßen die psychologische Voraussetzung für das Volksbegehren überhaupt erst zu schaffen.

Meine Damen und Herren! Daß aber auch Sie von der sozialistischen Seite der Meinung gewesen sind, daß im Österreichischen Rundfunk früher nicht alles so war, wie es hätte sein sollen, kommt doch sichtbar dadurch zum Ausdruck, daß Sie ja am 29. März 1963 ein Arbeitsübereinkommen unterzeichnet haben, in dem vorgesehen war, bis zum 30. Juni 1964 zu einer dauerhaften Lösung des Gesamtproblems Rundfunk und Fernsehen zu kommen. Das wollten Sie — zumindest nach diesem Übereinkommen. Daß es wie so oft bei Ihnen in der Praxis ganz anders ausgesehen hat, das haben dann die Verhandlungen vor allem in den Mai- und Juniwochen 1964 gezeigt; denn Ihnen war es nicht um einen unabhängigen Rundfunk zu tun, sondern um einen Rundfunk, der je zur Hälfte den beiden großen Parteien gehören sollte, wobei selbstverständlich für die Sozialistische Partei etwas mehr heraussehen sollte. (Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. *Weikhart*: Jetzt ist er okkupiert!)

Gepaßt hat Ihnen aber zweifellos auch nicht, Herr Abgeordneter Weikhart, daß sich nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen über diesen Fragenkomplex 832.000 Österreicher zur Unterzeichnung des Rundfunk-Volksbegehrens entschlossen haben. (Abg. *Weikhart*: Das bereuen viele schon! Das wollten diese nicht!) Was sie wollten oder nicht, darauf werden wir noch zu reden kommen. (Abg. *Weikhart*: Diesen einseitigen Rundfunk wollten diese nicht!)

Ich persönlich hätte einen Wunsch: daß die österreichische Bevölkerung sieht und hört, was die sozialistische Seite dieses Hauses unter Demokratie versteht. (Unruhe.) Ebenso hätte ich noch einen Wunsch, nämlich daß man Protokolle nicht nur in schriftlicher Form bekommt, sondern auch Tonbänder. Wenn ich etwa daran denke, das Tonband des

Glaser

Abgeordneten Ulbrich in irgendeiner Veranstaltung abzuspielen, so muß ich sagen, daß die Bevölkerung vom Parlament einen Eindruck bekommen würde, der nicht gut für diese Seite wäre. (Abg. Weikhart: Werfen Sie nicht mit Steinen, wenn Sie im Glashaus sitzen!)

Ich habe gesagt, daß Ihnen dieses Volksbegehren und diese 832.000 Österreicher, die es unterzeichnet haben, zweifellos nicht gepaßt haben. Damals gab es zwar keinen wirklich unabhängigen Rundfunk, aber es gab damals unabhängige Zeitungen, die als Prügelknaben erhalten mußten. Ich darf daran erinnern, daß der sozialistische Abgeordnete Dr. Winter am 15. Juli 1965 in diesem Haus von der „pressure group der Presse“ sprach, ja er behauptete sogar, daß sich Abgeordnete zu „Stiefelputzern einer gewissen präpotenten Journaille“ degradieren ließen.

Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Abgeordnete Liwanec heute glaubte, von weiß Gott woher Zitate nehmen zu müssen, so darf ich zunächst auf einen kürzlichen Vorfall hinweisen. Vor knapp einer Woche habe ich im Finanz- und Budgetausschuß eine Reihe von sozialistischen Zeitungen zitiert und bin auf einen sozialistischen Maiaufmarsch zu sprechen gekommen. Ich erhielt dann den sehr heftigen Vorwurf, ich würde in der Vergangenheit kramen, obwohl es sich lediglich um Äußerungen, Wiedergaben von Parolen et cetera handelte, die nur wenige Monate zurücklagen. Herr Abgeordneter Liwanec ist heute viel weiter zurückgegangen. Ich will daher auch etwas zitieren, was Sie sicherlich freuen wird.

Ich habe hier ein Buch des sozialistischen Parteiobmannes von Niederösterreich Otto Tschadek. Er schreibt über das Rundfunk-Volksbegehren wortwörtlich:

„Wenn es bedauerlicherweise schon notwendig ist, von Fehlern“ — der Sozialistischen Partei — „zu sprechen, so muß man auch über die Frage des sogenannten Rundfunkvolksbegehrens einige Worte sagen. Die unabhängige Presse hatte sich für ein Volksbegehren zur Reform des Rundfunks und Fernsehens eingesetzt und dafür mehr als 800.000 Österreicher gewonnen.“ (Als das Arbeitsteam des Fernsehens den Auftrag erhält, seine Aufnahmetätigkeit einzustellen, und dabei Präsident Dr. Maleta persönlich einschreitet, kommt es zu Zwischenrufen bei der FPÖ. — Abg. Zeillinger: Das geht nicht! Nur die ÖVP und die SPÖ — und wir nicht, das kommt nicht in Frage! — Abg. Peter: Das ist keine Objektivität, Herr Präsident, dagegen protestieren wir! Da gibt es einen Wirbel, Herr Präsident! — Abg. Dr. van Tongel: Dann müssen wir auch

noch darankommen! — Abg. Peter: Das geht unter keinen Umständen, die Fernsehaufnahme zu verbieten! Herr Präsident, wir verlangen Aufklärung! — Weitere lebhaft Zwischenrufe.)

Präsident (den Vorsitz übernehmend und das Glockenzeichen gebend): Über die Bewilligung oder Nichtbewilligung entscheidet der Präsident des Hauses. (Abg. Zeillinger: Das aber erst jetzt, weil wir daran sind!) Ich bin in diesem Moment in das Haus gekommen und habe das festgestellt. Ich treffe keine parteipolitischen Entscheidungen, weder für die ÖVP noch für die SPÖ. Das Fernsehen ist ohne meine Bewilligung hier. Es verläßt den Saal! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Die Freiheitlichen sind immer benachteiligt, Herr Präsident! — Abg. Zeillinger: Präsident Wallner hat es geduldet!) Ich werde dafür sorgen, daß diese Übertragung nicht stattfindet. (Abg. Weikhart: Herr Präsident, wer hat denn die Aufnahme angeordnet? — Abg. Czettel: Dazu ist das Geld des österreichischen Steuerzahlers da! — Anhaltende Zwischenrufe.)

Ich bitte jetzt, die Debatte zu unterbrechen. Die Entscheidung ist gefallen. Am Wort ist der Abgeordnete Glaser. (Abg. Horr: Der Bacher mit seinem jugoslawischen Adjutanten glaubt, er kann hier machen, was er will! — Weitere Zwischenrufe.)

Abgeordneter **Glaser** (fortsetzend): Ich setze fort in der Zitierung jener Ausführungen, die, wie ich vorher schon sagte, vom Parteiobmann der Sozialistischen Partei der Landesorganisation Niederösterreich stammen. Tschadek schreibt weiter:

„Zweifelloso enthielt der Entwurf Bestimmungen, die unbegründet und vielleicht sogar schädlich waren. Immerhin muß zugegeben werden, daß die große Zahl der Unterschriften die Unzufriedenheit mit Rundfunk und Fernsehen gezeigt hat. Die einzelnen Personen, die das Volksbegehren unterschrieben, legten wahrscheinlich gar keinen Wert darauf, daß jede einzelne Bestimmung des Entwurfes Gesetz werde, sondern wollten damit nur sagen, daß eine vernünftige Form unerlässlich sei. Daher war es“ — so sagt Tschadek weiter — „meiner Überzeugung nach unklug, gegen das Volksbegehren überhaupt Stellung zu nehmen, anstatt zu versuchen, eine brauchbare Rundfunkreform zustande zu bringen.“

Weiters sagt Dr. Tschadek — ich überspringe jetzt einen Absatz, damit das Zitat nicht zu lange wird —:

„Der Abgeordnete Winter ist ein alter Jugendfreund von mir und war immer ein kluger Funktionär und Vertrauensmann. Seine Parlamentsrede über die Rundfunkreform mußte aber auch ich als Entgleisung empfinden,

5778

Nationalrat XI. GP. — 71. Sitzung — 27. November 1967

Glaser

sie konnte der Bewegung keinen Nutzen bringen. Die Beleidigung eines Großteils der Journalisten konnte doch nur die Wirkung haben, daß die Partei von der gesamten nicht-sozialistischen Presse Ziel des Angriffes wurde und daß damit eine Stimmung gegen die SPÖ geschaffen wurde, die ihr nur Schaden bringen konnte. Es lesen eben viel mehr Menschen die sogenannte unabhängige Presse als die sozialistische Parteipresse, und es hat keinen Sinn, solchen Tatsachen nicht Rechnung zu tragen.“ (*Unruhe.*)

Präsident: Ich bitte um etwas Ruhe!

Abgeordneter Glaser (fortsetzend): Zum Schluß dieses Artikels kommt Dr. Tschadek zu der Feststellung:

„Die Presse so zu behandeln, wie es in der Parlamentssitzung über das Rundfunkvolksbegehren geschah, war ungeschickt, und daraus konnte nichts Gutes werden. Dazu kam noch, daß es sich diesmal um das erste volksbegehren nach Einführung der gesetzlichen Bestimmungen über das Volksbegehren handelt, sodaß schon aus diesem Grunde eine andere Taktik zu empfehlen war. Im Endergebnis ist auch diese Aktion zu einer Belastung für die Partei geworden, die das Wahlergebnis vom März 1966 mitbeeinflußt hat.“

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen das absichtlich in Erinnerung gerufen, weil damit dokumentiert ist, daß sehr prominente sozialistische Mandatäre und Funktionäre über das Volksbegehren und über die Behandlung des Volksbegehrens durch die Sozialistische Partei eine wesentlich andere Auffassung haben, als sie heute neuerlich vom Abgeordneten Liwanec vorgetragen wurde.

Ich darf daran erinnern, daß entsprechend einem Antrag der Österreichischen Volkspartei ein Rundfunkgesetz im Parlament behandelt und beschlossen wurde. Im Zuge der Behandlung dieses Gesetzentwurfes wurde vom Unterausschuß über die Beratungen berichtet. Damals, meine Damen und Herren, haben Sie von der sozialistischen Seite das Gespenst der Selbstauflösung des Parlaments heraufbeschworen. Heute ist Ihnen aber dieses Plenum, das Ihnen damals nicht recht war, billig. Damals wollten Sie ... (*Unruhe und Zwischenrufe.*)

Präsident: Das Parlament ist kein Radioapparat, wo sich die Wellen überkreuzen. Das ist immer nur Geräuschkulisse, die man hört. (*Abg. Peter: Eine Aufsichtsratssitzung des Rundfunks ist es ebenfalls nicht!*)

Abgeordneter Glaser (fortsetzend): Damals wollten Sie nicht vor aller Öffentlichkeit über das Rundfunkvolksbegehren reden.

Heute sind Sie nicht nur dazu bereit, sondern wahrscheinlich froh, das tun zu können.

Ich habe nicht alles mitbekommen, was sich in der Zwischenzeit hinten ereignet hat, und kann nur annehmen — nachdem der Herr Präsident angeordnet hat, daß das Fernsehen den Saal verlassen muß —, daß jedenfalls der Rundfunk nicht die Möglichkeit hat, sich entsprechend zur Wehr zu setzen, sodaß nur hier im Hause darüber gesprochen wird. Ein klärendes Wort erscheint mir umso notwendiger, denn ich bin der Meinung: Ehe man über eine Reform den Stab bricht, sollte man lieber fragen, aus welchen Gründen diese Reform notwendig geworden war. Und daß der Rundfunk reformbedürftig war, das steht wohl außer Diskussion; ich habe schon vorher gesagt: sonst hätten ja wahrscheinlich die beiden großen Parteien 1963 nicht ein diesbezügliches Arbeitspapier unterzeichnet.

Meine Damen und Herren! Was heute und auch bei anderen Gelegenheiten von sozialistischer Seite zum Thema Rundfunkreform an Kritik vorgebracht wurde, möchte ich in etwa drei Schwerpunkten zusammenfassen und auch gleich widerlegen.

Es wurde behauptet — in Zwischenrufen ist es gerade jetzt wieder geschehen —, die Rundfunkreform sei ein Verrat an den Grundsätzen des Volksbegehrens. Daß ausgerechnet die Sozialisten nun plötzlich Krokodilstränen darüber vergießen, daß die ihnen so teuren Grundsätze des Volksbegehrens nicht rein und unverfälscht verwirklicht wurden, darf ich wohl als einen heiteren Beitrag zur Kenntnis nehmen.

Tatsächlich ist es doch so, daß jene Grundsätze, zu denen sich bis zum 13. Oktober 1964 832.000 Österreicher im ersten Volksbegehren der Republik bekannt haben (*Zwischenrufe*), nun sinngemäß durch jenes Gesetz verwirklicht wurden, das die Mehrheit dieses Hauses, und zwar sowohl die Regierungspartei wie auch die kleinere Oppositionspartei, am 8. Juli 1966 beschlossen hat. Die Bundesregierung hat dieses Gesetz vollzogen. Nicht mehr und nicht weniger.

Der erste Schritt der Rundfunkreform führte zur Bestellung des Aufsichtsrates, des Generalintendanten, der Direktoren und der Landesintendanten, und zwar unter genauer Beachtung der §§ 8, 9 und 10 des Rundfunkgesetzes, wobei selbstverständlich auch die in den §§ 11 und 12 genannten Voraussetzungen beachtet wurden.

Der zweite Schritt in der Reform des Rundfunks diente der finanziellen Gesundung des Unternehmens. Obwohl es zwischen 1951 und 1967 — 1951 war bekanntlich die letzte Gebührenregelung — an zahlreichen Ersuchen

Glaser

und konkreten Versuchen von allen Seiten nicht mangelte, war es nicht möglich, zu einer Regelung zu kommen. Ich darf in Erinnerung rufen, daß auch die Betriebsräte — im Betriebsrat des Rundfunks ist eine sozialistische Mehrheit — wiederholt zum Ausdruck gebracht haben, daß mit den damals geltenden Gebühren das Auslangen einfach nicht gefunden werden kann und das zunehmende Defizit des Hörfunks und der damit verbundene künstlerische Substanzverlust unbedingt nur durch eine Gebührenerhöhung beseitigt werden könnte. In der Koalitionszeit ist es wegen der Einsprüche der Sozialisten in dieser Frage zu keiner Regelung gekommen. Daß die Höhe der Rundfunkgebühr auch heute, nach der Erhöhung, nur einer besseren Kinokarte entspricht, sei lediglich am Rande erwähnt. Die Rundfunkgebühren in Österreich sind die gleichen wie etwa in der Schweiz. (*Abg. Horr: Die höchsten Gebühren in Europa! — Abg. Jungwirth: Für eine Konservenmusik!*)

Es haben nicht nur das Volksbegehren und das Rundfunkgesetz, sondern auch der in der XI. Gesetzgebungsperiode eingebrachte Initiativantrag sozialistischer Abgeordneter — das waren Ing. Scheibengraf, Liwanec und Czernetz — anerkannt, daß der Rundfunk Anspruch auf kostendeckende Gebühren hat.

Die am 5. Juni vom Aufsichtsrat beschlossene Gebührenerhöhung erfolgte auf Grund einer genauen Kalkulation und unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß es sich dabei um die finanzielle Bedeckung des Rundfunkgesetzes im Sinne des Volksbegehrens handelt.

Wenn hier von den Befreiungsmöglichkeiten die Rede war, so darf ich erwähnen, daß gerade der Österreichische Rundfunk Wochen hindurch auf die Befreiungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht hat und diese derzeit auch von einer größeren Anzahl Mitbürger in Anspruch genommen werden, als das früher der Fall gewesen ist.

Der dritte Schritt der Reform war die Neugestaltung der Programme. Auf Grund des Gesetzes werden drei Hörfunk- und zwei Fernsehprogramme ausgestrahlt. Die Empfangsmöglichkeiten werden verbessert. (*Abg. Ing. Kunst: Aber nur in einigen Bundesländern, denn bei uns gibt es nicht einmal ein Erstes Programm!*) Gerade in diesen Tagen wurde die Empfangsmöglichkeit — ich bin Ihnen für den Zwischenruf dankbar — für das Zweite Fernsehprogramm für rund eine Viertelmillion Mitbürger in der Steiermark und im Burgenland geschaffen. (*Abg. Haberl: Wann ist das begonnen worden?*) Was das Programm selbst betrifft, möchte ich mich damit im Zusammenhang mit der Frage „besseres oder schlechteres Programm“ noch

gesondert befassen. (*Abg. Ing. Kunst: Die Tiroler zahlen höhere Gebühren und kriegen nichts gesendet!*)

Ein vierter Schritt der Rundfunkreform war es, daß anlässlich des letzten Gehaltsübereinkommens mit den Personalvertretern vereinbart werden konnte, daß diese bei der vorgesehenen Arbeitsplatzbewertung nicht nur mitmachen, sondern für diese Zeit auch ein Stillhalteabkommen akzeptieren. Durch die Arbeitsplatzbewertung soll eine gerechtere Einstufung und Bezahlung der Rundfunkmitarbeiter ermöglicht werden.

Ein fünfter Schritt der Rundfunkreform war der zum erstenmal in der Geschichte der Gesellschaft für die einzelnen Fachdirektionen erstellte detaillierte Organisationsplan. Das Fernsehen besteht zwar de facto seit 1957, aber erst jetzt ist diese Organisationsform auch de jure festgelegt worden.

Ein sechster Schritt wird die im Gesetz vorgesehene repräsentative Befragung der Rundfunkteilnehmer über Fragen der Programmgestaltung und der technischen Empfangslage sein. Eine solche Meinungsforschung ist nach sorgfältigen Vorbereitungen und dem Studium der einschlägigen Erfahrungen im Ausland bereits angelaufen. Es geht dabei unter anderem auch darum, die Lebensgewohnheiten der Hörer und Seher zu erforschen, denn es hat sich schon bei den diesjährigen Befragungen herausgestellt, daß nicht immer jene Zeiten gute Sendezeiten sind, von denen man glaubt, daß ein großer Teil der Bevölkerung hört oder sieht, weil eben doch entsprechende Forschungen und Untersuchungen auf breiter Basis notwendig sind.

Ein siebenter Schritt ist die Erfüllung des Auftrages des Gesetzgebers — und hier komme ich vor allem wieder auf die Ausführungen des Herrn Liwanec zu sprechen —, ein Hörfunkprogramm als ein „von den Länderstudios gestaltetes“ Regionalprogramm auszustrahlen. In diesem Zusammenhang wurde der Neubau der Bundesländer-Funkhäuser Dornbirn, Innsbruck, Linz und Salzburg vorbereitet und dafür ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben.

Der Herr Abgeordnete Liwanec meinte, das Bundesland Wien und vielleicht auch Niederösterreich und Burgenland seien benachteiligt. Wenn er den Investitionsplan angesehen hätte — leider konnte dieser in der letzten Aufsichtsratssitzung nicht behandelt werden, weil auf sozialistischen Wunsch hauptsächlich über Dr. Brantl diskutiert wurde —, dann wüßte er, daß in diesem Investitionsplan unter anderem 60 Millionen Schilling für den zerbombten Hörspielsaal

Glaser

des Studios Wien vorgesehen sind. Erst vor wenigen Tagen wurden die Verträge der einzelnen Länderstudiotendanten durch den Aufsichtsrat definitiv genehmigt, auch die Verträge für die Länderintendanten Wien, Niederösterreich und Burgenland. (*Abg. Liwanec: Es geht nicht um die Intendanten, wir brauchen Studios!*) Jedenfalls ist damit ein entsprechender erster Schritt, wie er im Gesetz vorgesehen ist, getan.

Abgesehen davon, meine Damen und Herren, eine ganz persönliche Bemerkung von einem Vertreter eines westlichen Bundeslandes: Ein sehr großer Teil des Rundfunk- und vor allem des Fernsehprogramms wurde und wird von Studio Wien bestritten, und nur Bruchteile des Programms werden von den Länderstudios, egal ob das nun Linz, Salzburg, Klagenfurt, Innsbruck, Graz oder Studio Vorarlberg ist, gestaltet. Von einer Benachteiligung unserer Mitbürger in Wien oder gar der Mitarbeiter im Rundfunk in Wien kann wirklich keine Rede sein.

Der achte und wesentlichste Schritt der Rundfunkreform ist die Erstellung eines langfristigen Investitionsprogramms, vor allem auf dem technischen Sektor. Ich habe schon erwähnt, daß dieser Investitionsplan den Mitgliedern des Aufsichtsrates übermittelt wurde. Dieser Plan, der sich auf einen Zeitraum von zehn Jahren, also bis 1977, erstreckt, sieht Investitionen im Ausmaße von rund 4 Milliarden Schilling vor. Dieser Plan berücksichtigt insbesondere den § 1 des Rundfunkgesetzes, wonach der Rundfunk verpflichtet ist, für „die Planung, die Errichtung und den Betrieb der notwendigen technischen Einrichtungen, insbesondere von Studios und Sendeanlagen“ zu sorgen.

Ich glaube aber wirklich — ich möchte das besonders dem Herrn Kollegen Kunst sagen —, daß es innerhalb weniger Monate, auch innerhalb weniger Jahre nicht möglich ist, all das auf einmal zu machen. Der Investitionsplan für zehn Jahre wird aber sicherlich die Voraussetzungen dafür schaffen, daß alle unsere Mitbürger beziehungsweise alle Teilnehmer am Rundfunk- und Fernsehprogramm die im Gesetz vorgesehenen Programme — drei Hörfunkprogramme und zwei Fernsehprogramme — empfangen können. (*Abg. Ing. Kunst: Warum müssen dann die Tiroler zahlen, wenn sie das Programm nicht empfangen können? Ist das staatsbürgerliche Pflicht?*) Herr Kollege Kunst! Diese Frage hätten Sie schon vor zwei oder drei Jahren an den Fernsehdirektor Freund richten können. (*Abg. Ing. Kunst: Da war ja die Erhöhung noch nicht!*) Die Fernsehgebühr ist bekanntlich seit vielen Jahren die gleiche. (*Abg. Ing. Kunst: Die Erhöhung ist jetzt unter der ÖVP-Regierung*

beschlossen worden!) Nein, die ist nicht jetzt beschlossen worden! Die Fernsehgebühr ist schon seit vielen Jahren gleich.

Im Laufe der Diskussion und auch in Zwischenrufen ist behauptet worden, aus dem Zweiparteien-Rundfunk sei nun ein Einparteien-Rundfunk geworden. Ich glaube, daß ich in dieser Frage auch jene Sozialisten in Schutz nehmen darf, die im Aufsichtsrat, im Vorstand und in anderen verantwortlichen Positionen des Rundfunks tätig sind. Herr Kollege Liwanec nannte einige Namen von Mitarbeitern im Rundfunk, die jetzt neu in den Rundfunk gekommen sind. Geflissentlich hat er nicht den Namen des langjährigen Chefredakteurs der „Arbeiter-Zeitung“ Kreuzer genannt. Ich weiß nicht, ob er auf ihn böse ist oder ob er glaubt, daß es dem Kreuzer so geht wie den neuen Schillingen, die bekanntlich, wenn sie herauskommen, rot sind und längstens nach einem Jahr schwarz werden. (*Abg. Ing. Kunst: Der schwarze Schilling wird aber immer kleiner!*) Mir könnte es recht sein, wenn es beim Herrn Kreuzer so werden sollte.

Eines allerdings, meine Damen und Herren, darf ich klipp und klar feststellen: Die Zeiten einer sozialistischen Blockade sind in Rundfunkfragen vorbei. Die Regierungspartei hat nie versucht, den unabhängigen Rundfunk für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Das darf ich vor allem deshalb sagen, weil ein solcher Versuch garantiert an der geradezu sprichwörtlichen Härte des Generalintendanten gescheitert wäre. (*Ruf bei der SPÖ: Fürchten Sie ihn?*) Nachrichten über die Regierungstätigkeit können dabei zweifellos nicht auf die Waagschale des Parlaments gelegt werden; denn in jedem Land der freien Welt ist nun einmal die Regierung der erste Nachrichtenproduzent. Schließlich hat auch über die Pfundabwertung in England Premierminister Wilson im Fernsehen gesprochen und nicht etwa Wilson mit dem Oppositionsführer Heath in einer Doppel-Conference.

Meine Damen und Herren, wenn Sie wollen, daß wir auf Listen zu sprechen kommen, dann muß ich sagen: Ich habe eine sehr lange Liste darüber, wer von sozialistischen Mandataren und Funktionären im Laufe der letzten drei Monate im Rundfunk zu Wort gekommen ist. Ich will Sie damit im Moment verschonen, aber Sie sind absolut nicht benachteiligt worden. (*Abg. Ing. Kunst: Der Bundeskanzler spricht immer noch allein!*)

Sie behaupten immer mit stolzgeschwellter Brust — heute vormittag haben Sie mir das doch immer wieder entgegengehalten —, der Landesparteiobmann von Salzburg hätte in Salzburg bei der Gemeinderatswahl doch

Glaser

eine Niederlage hinnehmen müssen und dergleichen. (*Ruf bei der SPÖ: 3:0 für uns!*) Sie reden immer davon, wie schön Ihre Erfolge bei den diversen Gemeindevertretungswahlen beziehungsweise bei einer Landtagswahl gewesen sind, aber das steht doch im Widerspruch zu dem, was Sie behaupten: daß der Rundfunk, daß das Fernsehen im Dienst der Regierungspartei tätig wäre. (*Widerspruch bei der SPÖ.*) Wenn es so wäre — ein regierungshöriger Rundfunk hätte hier sicherlich eine andere Situation geschaffen! Ich möchte dabei außer Streit stellen, daß die Opposition von Problemen der Regierung zweifellos besser lebt als von eigenen Ideen.

Meine Damen und Herren! Es wurde auch behauptet, daß das Programm nicht besser, sondern schlechter geworden sei. (*Abg. Libal: Das schreiben sogar die Zeitungen! — Heiterkeit.*) Worauf Sie sich bei dieser Behauptung stützen, weiß ich nicht, wahrscheinlich, Kollege Libal, auf die Meinung eigener Postwürfe. Wenn man den „Österreich-Spiegel“ hernimmt ... (*Abg. Ing. Scheibengraf: Lesen Sie die „Salzburger Nachrichten“ nicht?*) Ich habe jetzt den „Österreich-Spiegel“ vor mir. Wir können über die „Salzburger Nachrichten“ später reden. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie die „Salzburger Nachrichten“ für Ihre Argumente ins Treffen führen, ich werde darauf zurückkommen. Im „Österreich-Spiegel“ heißt es — man höre und staune, es wird das Programm kritisiert —: „Dafür wird das gut empfangbare Erste Programm mit Bildung und Langweile vollgestopft.“

Das Erste Programm wird „mit Bildung vollgestopft“! Eine Partei, die immer behauptet, angeblich allen die Möglichkeit zu höherer Bildung zu geben, schreibt: Ein Programm wird mit Bildung vollgestopft!

Ich habe es verstanden, daß sich prominente sozialistische Aufsichtsratsmitglieder von diesem „Österreich-Spiegel“ hundertprozentig distanzieren haben. (*Abg. Hartl: Die wissen ja nicht, was sie tun! — Abg. Weikhardt: Aber der Hartl auch nicht! — Heiterkeit.*)

In diesem Haus sitzt niemand, der ohne weiteres behaupten kann, daß er täglich von den frühen Morgenstunden bis Mitternacht fünf Programme hören und sehen kann. Wir selbst können also hier nur sehr begrenzt aus eigener Erfahrung mitreden. Wir stützen uns dabei vielleicht auf die Meinung einer kleinen Zahl von Gesprächspartnern. Statistisch nachweisbar ist jedenfalls, daß die neue Programmstruktur zu einer quantitativen Ausweitung des Gesamtprogramms geführt hat, und zwar von früher 413 Stunden und 44 Minuten wöchentlich auf 466 Stunden und 20 Minuten wöchentlich.

Dabei hat im Hörfunk die Sparte Information im Programm Österreich 1 von 16 auf 23 Prozent, im Programm Österreich Regional von 16 auf 20 Prozent und im Programm Österreich 3 von 2 auf 11 Prozent zugenommen. Die Bildungssendungen stiegen im Programm Österreich 1 von 19 auf 25 Prozent und im Programm Österreich Regional von 12 auf 15 Prozent. Dafür stieg der Anteil der Unterhaltung im Programm Österreich 3 von 67 auf 83 Prozent.

Schließlich möchte ich auch noch darauf hinweisen, daß man beispielsweise in der Schweiz plant, durch Österreich angeregt, ein Mittagsjournal einzuführen. In Brunn wird Österreich 3 in Hotels vom Band gespielt. Ein deutscher Infratest hat vor kurzem ergeben, daß in Bayern zu fast 45 Prozent das Programm Österreich 3 gehört wird. Es hat sich also zweifellos in Mitteleuropa herumgesprochen, daß beim Programm des österreichischen Rundfunks etwas besser geworden ist. Ich bedaure, daß sich das noch nicht bis zu den Vertretern der großen Oppositionspartei durchgeredet hat. (*Abg. Haas: Glaser — der wahre Verteidigungsminister!*) Mein Gott, wenn Ihnen nichts anderes einfällt, dann kommen Sie mit dem daher!

Auch private Firmen wissen, daß das Programm Österreich 3 in der Bevölkerung eingeschlagen hat, denn es gibt bereits Werbetafeln, in denen es heißt: „Hören Sie schon Österreich 3? Hören Sie es mit UKW! Das sensationelle UKW-Geräte-Programm!“ Ich habe selbstverständlich (*einen Zettel hochhaltend*) die Firma überklebt, damit man mir keinen Vorwurf machen kann. Aber das zeigt, daß für dieses Programm in breitesten Schichten unserer Bevölkerung Interesse herrscht, ja daß dieses Programm geradezu der Schlager der neuen Programmgestaltung im Rundfunk geworden ist.

Ich darf jetzt zu einigen Dingen Stellung nehmen, die der Herr Abgeordnete Liwanec in Ausnützung seiner parlamentarischen Immunität hier vorgetragen hat. Der Herr Generalintendant Bacher scheint ja sein besonderer Liebling zu sein. (*Abg. A. Pichler: Unserer auch!*) Hier darf ich einmal gleich freundlicherweise auf den Herrn Abgeordneten Scheibengraf zurückkommen, der mir zuerst sagte, ich solle mich auf die „Salzburger Nachrichten“ stützen. Nun reden wir einmal darüber! Woher kommt denn der Herr Generalintendant Bacher? Er war bald nach 1945, nach Ablegung seiner Matura, Journalist bei verschiedenen Salzburger Zeitungen, insbesondere bei den „Salzburger Nachrichten“. Der damalige Chefredakteur der „Salzburger Nachrichten“, einer der großen Männer der österreichischen Journalistik, der leider viel

Glaser

zu früh verstorbene Dr. Canaval, war es, der nicht nur Gerd Bacher seinerzeit zu den „Salzburger Nachrichten“ geholt hat, sondern der auch die Talente dieses Mannes zweifellos erkannte und ihm in Wien Aufgaben zuwies, die von allen beachtet wurden. Sie wissen selbst, daß Gerd Bacher dann beim „Bild-Telegraf“, später beim „Express“, zuletzt als allein zeichnungsberechtigter Direktor und als Vorstandsmitglied in einem der größten Verlage, im Molden-Verlag, tätig war. Natürlich, ein bequemer Mann ist er nicht. Ich weiß, daß Agilität im allgemeinen riskanter ist als Sterilität. Aber wenn Österreich eine Zukunft hat, dann liegt sie in der Agilität und nicht in der Sterilität!

Der Herr Abgeordnete Liwanec meinte, vor allem noch den Leiter der Nachrichtenredaktion, Herrn Dalma, besonders zitieren zu müssen. Es scheint hier wieder einmal an der Koordination zwischen dem Parteiobmann der Sozialistischen Partei und dem Sprecher Liwanec gefehlt zu haben, denn Herr Dr. Kreisky war in der Zeit, als er noch Außenminister war, über Herrn Dr. Tomicic-Dalma einer ganz anderen Meinung. (*Abg. Libal: Das ist schon alt! Das ist ein alter Kaffee!*)

Mit Datum vom 22. Dezember 1959 hat nämlich der damalige Außenminister Dr. Kreisky beantragt, Herrn Dr. Stefan Tomicic-Dalma das Goldene Ehrenzeichen zu verleihen. In der Begründung — von Dr. Kreisky unterzeichnet — hieß es unter anderem: Die Botschaft Bonn und das Generalkonsulat München weisen in ihren Berichten auch darauf hin, daß bezüglich Dalma und noch zwei anderer Herren, um die es sich hier handelte, wann immer es ein österreichisches Anliegen zu vertreten galt, bei den Genannten jederzeit offenes Gehör gefunden worden wäre und diese stets in konzilianter Weise bereit gewesen seien, österreichische Belange in Presse und Rundfunk zu wahren. Die Genannten könnten in außenpolitischer Hinsicht im Hinblick auf ihr Wirken für Österreich als Botschafter des guten Willens angesehen werden und hätten sich der Verleihung einer sichtbar zu tragenden Auszeichnung in hervorragendem Maße würdig gemacht. In der Begründung für Dalma ist dann im besonderen noch angeführt, daß er sich große Verdienste um den Wiederaufbau und die Gestaltung der österreichischen Presse nach dem zweiten Weltkrieg erworben hat. Bei seiner nunmehrigen Tätigkeit in Deutschland — so stellte Dr. Kreisky fest — habe er sich die Aufgabe gestellt, vermittelnd und klärend zwischen der deutschen und der österreichischen Öffentlichkeit zu wirken, und zwar auf der Grundlage des absoluten gegenseitigen Respekts vor den Staatsideen der beiden Länder.

Schließlich trete Dr. Tomicic-Dalma konsequent als Österreicher auf. Mit Wien, Salzburg und anderen österreichischen Zentren — so Dr. Kreisky — verbinden ihn ständige und sehr enge Kontakte, sowohl mit Staatsmännern und Politikern als auch mit der Wirtschaftswelt und der Publizistik.

Ich glaube, daß diesen Erklärungen, dieser Charakteristik eines verdienten Mannes nichts mehr hinzuzufügen ist und daß die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Liwanec wirklich als Demagogie zurückgewiesen werden müssen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Mit Nachdruck möchte ich nochmals feststellen: Die Rundfunkreform vollzieht sich nach den im Parlament beschlossenen Grundsätzen und in dem vom Gesetzgeber bewußt geschaffenen Spielraum der Eigenverantwortlichkeit. Der Rundfunk gehört weder den Parteien noch der Regierung noch dem Generalintendanten, sondern er hat der gesamten Bevölkerung zu dienen. Gerade dazu aber bedarf er einer entscheidungsfähigen Führung, die sich nicht unter Druck setzen läßt.

Da darf ich wieder etwas einfügen, um auf den Herrn Abgeordneten Liwanec zurückzukommen. Er wies darauf hin, daß in den früheren Leitungen des Rundfunks der Generaldirektor stets ein Angehöriger der Österreichischen Volkspartei gewesen sei. Das ist richtig. Aber, meine Damen und Herren, im Vorstand des Rundfunks war es früher so ähnlich wie in der Koalitionsregierung: Bei Einstimmigkeit ist es gegangen, wenn nicht, hatte jeder die Möglichkeit zu blockieren. Die sozialistischen Vorstandsmitglieder haben zwar nicht aus eigener Überzeugung — das weiß ich —, sondern über Parteiauftrag genug blockiert. Mit dieser Blockade ist es allerdings vorbei. (*Abg. Konir: Das ist, gelinde gesagt, unwahr, Kollege Glaser!*) Sie werden doch mir vom Rundfunk nichts erzählen! (*Abg. Konir: Ich bin zehn Jahre drin gesessen!*) Ich bin länger als zwölf Jahre seinerzeit im Radioprogrammbeirat gewesen und seit der Gründung der Österreichischen Rundfunk-Ges. m. b. H. — leider Gottes — Aufsichtsrat; ich könnte mir angenehmere Aufgaben vorstellen. Jetzt kommen Sie mit der Behauptung, das sei unwahr. Ich kann Ihnen Beispiele aus dem Handgelenk bringen. Dutzende können Sie haben, die beweisen, daß entweder der Herr Füchsl oder der Herr Freund mit noch so notwendigen Maßnahmen nicht einverstanden waren. Und wenn sie innerlich auch einverstanden gewesen wären, dann sind die Aufträge aus der Löwelstraße eben andere gewesen. (*Abg. Konir: Das*

Glaser

müssen Sie beweisen!) Beispielsweise bei der Rundfunkgebühr. (*Abg. Horr: Preistreiber-gebühr!)*

Die Reorganisation des Rundfunks ist keine Aufgabe, die innerhalb von Monaten gelöst werden kann. Ein abschließendes Urteil wird wohl erst möglich sein, wenn die jetzt vorgenommenen Investitionen und die auf einer gesunden finanziellen Grundlage produzierten Programme zum Tragen kommen. Diesbezüglich darf ich hinsichtlich des Generalintendanten Bacher wohl auch sagen: Jedem — welche Verantwortung und Aufgabe ein Mitbürger auch hat — billigt man eine gewisse Zeit zu. Der Generalintendant ist vom Rundfunkaufsichtsrat in geheimer Wahl bestellt worden. Woher der Abgeordnete Liwanec weiß, wer für oder wer gegen Bacher gestimmt hat, entzieht sich meiner Kenntnis. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Es war eine geheime Abstimmung! (*Abg. Weikhart: Na geh! Sie sind ein naiver Mensch! Aber, Kollege Glaser!)* Kollege Weikhart! Reden Sie bei den Kapiteln, von denen Sie mehr verstehen als vom Rundfunk!

Bei den verschiedenen anderen Bestellungen, einschließlich der Vertragsgenehmigungen durch den Aufsichtsrat, hat sich die sozialistische Fraktion in offener Abstimmung nicht dagegen ausgesprochen, sondern hat sich nur teilweise der Stimme enthalten, aber nicht dagegen gestimmt!

Ich möchte also nochmals betonen: Soll eine verantwortungsvolle Aufgabe erfüllt werden, ist es notwendig, einen gewissen Zeitraum zuzugestehen. Ich glaube, daß man das auch dem Generalintendanten des Rundfunks und den Direktoren und Intendanten zugestehen muß und daß man erst dann zu einem endgültigen Urteil kommen kann (*Abg. Libal: Und was war mit den Äußerungen des Herrn Bacher über den Vorstand? Was sagen Sie dazu?*), wenn einmal verschiedene Maßnahmen tatsächlich durchgeführt sind, wenn man nach drei, vier Jahren sieht, wie die Dinge nun tatsächlich liegen. (*Abg. Weikhart: Glaser ist der Propagandachef von Bacher!)*

Nach den bisherigen Erfahrungen glaube ich ohne weiteres feststellen zu können, daß die Rundfunkreform gut angelaufen ist. Wenn der Rundfunk heute zur Diskussion steht, so nicht deshalb, weil er nichts tut, weil nichts geschieht, sondern deshalb, weil im Rundfunk sehr viel geschieht. (*Abg. Libal: Holzhackermethoden!)* Wenn sich heute am Rundfunk die Geister scheiden, so nicht mehr wegen eines sterilen Proporzstreites, sondern ausschließlich aus dem Grund, weil ein neuer Geist der Agilität herrscht. Daß das manche stört, verstehe ich, aber ich weiß, daß es

wesentlich mehr freut, denn schließlich werden Millionen Radiohörer und Fernseher daraus Nutzen ziehen, ja eine echte Lebenshilfe gewinnen können. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Gratz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Gratz (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe den Herrn Kollegen Glaser bei seiner zweiten Wortmeldung im Gegensatz zu seiner ersten Wortmeldung temperamentsmäßig nicht wiedererkannt. Er war so viel lebhafter! Aber ich habe mir nicht sehr lange den Kopf zerbrochen, es ist mir sehr rasch die Lösung eingefallen: beim zweitenmal mußte er nicht über das Budget reden. (*Abg. Glaser: Hat der Liwanec über das Budget gesprochen?*) Und das war eine Erleichterung für einen Sprecher der Österreichischen Volkspartei. (*Abg. Glaser: Ich hätte dieses Thema überhaupt nicht behandelt, wenn nicht Liwanec darüber gesprochen hätte!)* Nein, ich mache Ihnen keinen Vorwurf, daß Sie nicht über das Budget gesprochen haben.

Herr Kollege! Sie verstehen meine Argumentation falsch. Ich mache Ihnen nicht zum Vorwurf, daß Sie nicht über das Budget gesprochen haben. Ich erkläre nur, wie ich es mir erklärt habe, daß Sie beim zweitenmal so viel lebhafter waren als beim erstenmal. Diese Erläuterung kann ich ja wohl geben.

Ich habe mich auf andere Punkte vorbereitet, nicht auf die Frage Rundfunk und Fernsehen, aber einiges darf ich, obwohl ich kein Fachmann auf diesem Sektor bin, auch dazu sagen. Ich bin kein Fachmann auf dem Gebiete Rundfunk und Fernsehen, aber wenn man nur Fachleute fragen wollte, dann hätte man ja zum Beispiel das Volksbegehren auch nicht durchführen dürfen; da haben ja auch nicht lauter Fachleute unterschrieben, sondern höchstwahrscheinlich sehr viele Nichtfachleute.

Ich möchte mich daher nicht auf die fachlichen Details einlassen, sondern möchte nur noch eine Vermutung aussprechen, Herr Kollege Glaser. Als wir bemerkten — und der Herr Präsident hat das ja geklärt —, daß hier eine Art Dokumentarfilm von den Auseinandersetzungen über Rundfunk und Fernsehen gemacht wurde, da habe ich mir auch gedacht — da wir zumindest von der Technik des Filmens und davon, wie Dinge erscheinen, wenn sie aufgenommen werden, auch ein bisserl etwas verstehen —, ob Sie mit Ihrer Gabe, die ich neidlos anerkenne, mit einigen treffenden Worten viele Zwischenrufe zu provozieren, es nicht darauf angelegt haben, auch mit Ihrer Bemerkung, die, glaube ich, unpassend war: Da sieht man, was die SPÖ von Demokratie hält!, in einer Dokumentaraufnahme zu zeigen, wie

Gratz

ein armer, hilfloser ÖVP-Abgeordneter von den Sozialisten niedergeschrien wird (*Abg. Mitterer: Sind Sie ein Telepath!*), was sich bei einer solchen Aufnahme sicher sehr gut ausmachen würde. (*Abg. Glaser: Nein, sind Sie ruhig geworden!*) Na ja, ich bin kein Telepath, sondern einer, der versucht, für gewisse Dinge logische Begründungen zu finden. Denn es ist Kollege Glaser ja dann auch viel ruhiger geworden, als diese Aufnahme weg war. (*Allgemeine Heiterkeit. — Abg. Glaser: Nein, Sie sind ruhiger geworden!*) Ja, wir sind ruhiger geworden, und Sie, das muß ich sagen, sind zwar nicht hundertprozentig sachlich geworden, aber doch viel, viel sachlicher.

Besonders mit Ihrer einen Bemerkung ... (*lebhaft Unruhe*),

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Sie brauchen aber jetzt nimmer lebendig zu werden.

Abgeordneter **Gratz** (*fortsetzend*): ... einen Bemerkung, die ich wirklich, um ernst zu werden, bitten möchte, nicht in der Form zu machen, daß man Zwischenrufe, die an sich ein durchaus legitimes Mittel der parlamentarischen Auseinandersetzung sind ... (*Abg. Glaser: Da stimmen wir überein!*) Ja, wenn wir übereinstimmen, können Sie doch nicht im Ernst herüberzeigen und sagen: Die SPÖ zeigt durch ihre Zwischenrufe, was sie von Demokratie hält. Das ist doch ein völlig unernstes Argument! Und das möchte ich zurückweisen. (*Abg. Probst: Sie haben doch eine Statistik vorgelesen! Jetzt streitet er es ab, und vorher liest er eine Statistik vor! Sie wissen nicht einmal, daß Sie eine Statistik dafür verwendet haben!*) Sie haben eine Statistik der Zwischenrufe vorgelegt. (*Abg. Glaser: Das stimmt, aber das ist das traurige, daß es stimmt! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.*)

Hohes Haus! Ich möchte zur Rundfunkfrage nicht als Fachmann über Rundfunkprogramme, sondern als Abgeordneter der Opposition noch eines sagen. Herr Kollege Glaser, Sie haben hier namens der ÖVP ein Loblied des Rundfunks und seiner Leitung gefunden, das mir von einem Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei durchaus verständlich ist. Sie zitieren immer wieder; ich werde dann auch etwas aus einer ÖVP-Zeitung zitieren, nämlich daß Sie Dinge zitieren, die an sich nichts beweisen, außer daß das irgendwo gestanden ist. Wenn Sie diese Zitierungen weiter fortsetzen wollen, bleibt Ihnen das unbenommen.

Aber als Abgeordneter der Opposition muß ich zu Rundfunk und Fernsehen eines sagen, ganz abgesehen von Programmen und anderem:

Die Opposition stellt fest, abgesehen von irgendwelchen Statistiken, wie oft Abgeordnete oder Sprecher der Opposition zu Wort gekommen sind, daß sie im Gegensatz zur Regierung von der Darstellung ihres Standpunktes im Rundfunk und im Fernsehen weitgehend ausgeschaltet ist — ausgenommen die Übertragungen aus diesem Hause, die wir guten Grund haben, nicht von auswärts beeinflussen zu lassen, weil wir die Sendungen kennen, auf die wir keinen Einfluß haben.

Die Opposition stellt zweitens fest — und ich möchte allen Ernstes sagen, daß wir uns das auf die Dauer nicht gefallen lassen —, daß unter dem Titel Information in Wirklichkeit eine Art von Propaganda gemacht wird durch aus dem Zusammenhang gerissene Zitate, durch Austeilung von Zensurnoten an die Opposition, wenn man etwa von destruktiver Kritik und allem möglichen spricht, was nicht als Information anerkannt werden kann. Wir werden uns das nicht gefallen lassen, daß sich eine Gruppe von Menschen, die im Auftrag des österreichischen Volkes dieses Massenmedium leitet, über die Politik stellt. Ich mache Sie aufmerksam, das kann Ihnen in einigen Wochen oder Monaten ebenso passieren, denn das ist dann keine Frage der parteipolitischen Beeinflussung mehr. Eine Gruppe von Menschen glaubt, sich als das gute Gewissen des Staates oder der Demokratie über die anderen stellen zu können. Man gibt nicht Meinungen wieder — Ihre Meinungen ebenso wie unsere Meinungen —, sondern teilt Zensurnoten aus und erzählt den Staatsbürgern: Die machen gute Politik und die machen schlechte Politik. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Wir glauben, daß das nicht Aufgabe dieses Instituts ist.

Darf ich, meine Damen und Herren von der ÖVP, nur noch zu einem Detail etwas sagen, weil Sie das Argument des Antrages auf Verleihung eines Ehrenzeichens verwendet haben. Ich möchte gar nicht darauf eingehen, daß der Antrag — ich kenne ihn nicht, ich habe ihn zum erstenmal von Ihnen gehört — offenkundig auf Grund von Berichten aus dem Ausland ausgefertigt wurde und daß man eben auf Grund von Berichten von Vertretungsbehörden nicht beurteilen kann, wie ein Mann politisch steht und wie er seine Position, die er hat, politisch ausnützt.

Aber ich möchte zu einem ganz anderen Ergebnis kommen als zu diesem Argument, daß man es etwa erst später erkannt hätte. Ich möchte zu dem Ergebnis kommen: Wenn sich irgendeine Regierung — sei es eine Koalitionsregierung oder eine Einparteienregierung — auf den Standpunkt stellt, daß ihre Minister nur Ehrenzeichenanträge von Personen unterschreiben, die ihrer eigenen Partei angehören oder die ihr nahestehen, dann ist ja die ganze

Gratz

Ehrenzeichenverleihung wirklich eine parteipolitische Angelegenheit. Es haben in den Zeiten der Koalition — das wissen wir — weder die Minister der Österreichischen Volkspartei noch die der Sozialistischen Partei Ehrenzeichenanträge nicht gestellt, weil sie gewußt haben, daß der Mann eine andere politische Meinung hat. Wir hoffen, das tut jetzt die Regierung auch nicht. Wir bekennen uns durchaus dazu, daß dieser Antrag damals gestellt und unterzeichnet wurde, und es steht daher, wenn man es von dieser Warte aus sieht, überhaupt in keinem Gegensatz dazu, wie man die politische Tätigkeit eines Mannes in einer Funktion, die er im Namen des österreichischen Volkes ausübt, beurteilt.

Und jetzt, meine Damen und Herren, möchte ich doch in einem großen Bogen wieder zu den Fragen und zu einigen Einzelfragen des Budgets zurückkehren. Sie werden mir verzeihen, daß ich doch noch darüber spreche, obwohl es schon halb neun ist, aber ich habe es mir als Abgeordneter schon seit Beginn der Sitzung vorgenommen, über diese einzelnen Punkte zu sprechen.

Ich möchte im Rahmen des erlaubten Exkurses in die Generaldebatte feststellen, daß die Redner der Österreichischen Volkspartei, die zum Budget selbst gesprochen haben, mehr über den sozialistischen Minderheitsbericht gesprochen haben als über das Budget, das die Bundesregierung und das jetzt die Mehrheit des Finanzausschusses vorlegt. Wir verstehen das durchaus. Wir begreifen es menschlich, daß ein Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei jetzt den nächsten Wochen, besonders wenn er als Redner eingeteilt ist, nicht mit dem größten Vergnügen entgegenblickt und daher jede Gelegenheit benützt, über den sozialistischen Minderheitsbericht zu sprechen, darüber zu sprechen, daß die Sozialisten keine, wie Sie so schön gesagt haben, Alternative vorgelegt haben.

Beide Kollegen der Österreichischen Volkspartei haben — wieder zu der sozialistischen Fraktion gewandt — gesagt: Warum legt denn die sozialistische Fraktion kein Konzept, keine Alternative, keinen Plan vor? (*Abg. Glaser: Weil sie keines hat!*)

Die Beurteilung, ob das richtig ist, was ich jetzt zitiere, überlasse ich Ihnen. Aber der Herr Staatssekretär Professor Koren hat in einer Rede, wenn sie in den Zeitungen richtig wiedergegeben wurde, vor kurzem gesagt: Konzepte und Pläne gibt es jetzt schon genug, jetzt braucht man einmal jemanden, der handelt.

Ja, wir fragen, warum handelt denn dann die Regierung nicht endlich? (*Abg. Hartl: Kommt schon! — Heiterkeit und Zwischen-*

rufe bei der SPÖ.) Die Regierung soll handeln und nicht sagen: Kommt schon!

Die Regierung und die Abgeordneten der Regierungspartei stellen sich hierher und ersuchen immer wieder um Alternativvorschläge und Gegenvorschläge. Aber, meine Damen und Herren, nach der Behandlung, die Sie präzisen sozialistischen Minderheitsanträgen ... (*Abg. Glaser: Präzise ist gut! — Abg. Weikhart: Klar und präzise!*) Wenn Sie wollen, ersuche ich einen meiner Kollegen, mir sämtliche Anträge zu bringen — daß ich sie Ihnen in Erinnerung bringen kann —, die wir seit April vorigen Jahres, seit Sie die Mehrheit haben in diesem Haus, gestellt haben. (*Abg. Dr. Withalm: Ohne Bedeckungsvorschläge; die sind nach der Geschäftsordnung notwendig!*) Bei der Behandlung, die Sie solchen präzisen Anträgen zuteil werden ließen, frage ich Sie im Ernst: Ihnen sollen wir sozialistische Alternativen vorlegen, damit Sie mit Gelächter darüber hinweggehen? (*Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Meine Damen und Herren! Wir haben auch in unserem Minderheitsbericht erklärt ... (*Abg. Glaser: Ich weiß schon, wie es geht, aber ich sage es nicht!*) Wir haben auch in unserem Minderheitsbericht erklärt: Wir werden die sozialistischen Vorschläge dem österreichischen Volk vorlegen. Ja, und da sind Sie, Kollege Glaser, plötzlich aufgestanden und haben gesagt: Um Himmels willen, das ist ja etwas Entsetzliches, das ist ja „Wirtschaftspolitik“. Und der sozialistische Parteivorsitzende, der tut noch etwas Schrecklicheres, der zieht durchs Land und verkündet seine Politik.

Um noch einmal kurz zurückzukommen auf die Rundfunkdebatte: Wir ziehen durchs Land als Redner, weil wir nicht die Möglichkeiten der Regierung haben, durch das Massenmedium Rundfunk und Fernsehen unsere Politik zu vertreten. Wir genießen uns gar nicht dafür, daß wir damit hinausgehen.

Aber, Kollege Glaser, „Wirtschaftspolitik“ zu sagen, wenn wir den Menschen draußen die Vorschläge unterbreiten, nur weil Sie jetzt ein bißchen geschreckt sind vor den Wählern ... (*Abg. Withalm: Da können Sie ganz unbesorgt sein! — Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Herr Klubobmann, gestern haben Sie schon wieder einen leichten Schock bekommen! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Da muß ich die Stimmung etwas abschrecken. Bitte, dem Redner zuzuhören.

Abgeordneter Gratz (*fortsetzend*): Ihre Unbesorgtheit, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, könnte ja

Gratz

einen sozialistischen Abgeordneten an sich mit Genugtuung erfüllen; denn wer so unbesorgt sagt, mit seiner Politik weiterzutun, auf Grund dieser Wahlergebnisse, von dem kann man nur annehmen, daß er ebenso unbesorgt mit seiner Politik weitertun wird, die ihm ja dieses Wahlergebnis eingetragen hat. Ich sage, es könnte uns mit Genugtuung erfüllen. (*Abg. Glaser hält ein Buch hoch: Tschadek!*) Was hat der Tschadek jetzt im konkreten mit den Wahlergebnissen von Oberösterreich, Salzburg, Klagenfurt, Burgenland und jetzt Niederösterreich zu tun? (*Abg. Dr. Withalm: Weiter zurückliegend!*)

Weiter zurückliegend? Ja, es ist sehr nett, daß Sie sich jetzt den Kopf darüber zerbrechen, was die Sozialistische Partei vor drei Jahren Ihrer Ansicht nach falsch gemacht hat. (*Abg. Dr. Withalm: Ich zerbreche mir grundsätzlich nicht den Kopf über die Sozialisten!*) Wir brauchen uns gar nicht den Kopf zu zerbrechen. Gott sei Dank erkennen ja die Wähler schon, was Sie jetzt falsch machen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das Ergebnis haben Sie jetzt bei diesen Wahlen hier.

Und wie gesagt: Einen sozialistischen Abgeordneten könnte die Reaktion der ÖVP an sich mit Genugtuung erfüllen, wenn sie also sagt — wie haben Sie das in Ihrer Rede eingesagt? —, das sind Städte-Cup-ergebnisse. (*Abg. Glaser: Nationalliga!*) Nationalliga zuerst, Sie haben es einigermaßen bagatellisiert und, wie gesagt, es könnte uns freuen. Aber es freut uns deswegen nicht, weil sich offenkundig in den Ausschußdebatten gezeigt hat, daß Sie ja nicht bereit sind, in irgendeiner Form die Konsequenzen zu ziehen, daß Sie in Ihrer Regierungspolitik etwas einlenken und von jenen Schwerpunkten weggehen, die Sie als konservative Partei machen.

Ich möchte ganz deutlich in diesem Zusammenhang auf die vielen Gerüchte über die Regierungsumbildung Bezug nehmen. Es hat einige gegeben, nicht bei uns im Klub, sondern auch wohlmeinende Freunde, die haben uns gesagt: Ja mit wem spricht ihr denn eigentlich, zur Regierung hat es doch keinen Sinn, wer weiß, ob der jeweilige Minister in der Spezialdebatte in zwei, drei Monaten noch dort sein wird? Worauf wir, abgesehen davon, daß es selbstverständlich ist, daß wir an sich nicht nur zur Regierung, sondern mit Ihnen sprechen im Haus, aber gesagt haben: Wir sind doch nicht — und das ist vielleicht der Trugschluß bei manchen — gegen diese Regierung, weil wir glauben, daß dort als Einzelpersonen besonders verwerfliche oder schlechte Menschen sitzen, sondern wir sind gegen diese Regierung, weil sie seit dem vorigen April zeigt, daß

sie der Exponent einer Politik ist, die jedenfalls von jeder ÖVP-Regierung gemacht werden würde. (*Beifall bei der SPÖ.*) Nämlich einer Politik, die, wie sich ja ebenfalls zeigt, zu Preissteigerungen führt, die die Lasten ungerecht verteilt. Das können wir Ihnen ziffernmäßig beweisen, das steht nämlich in Ihren Erläuternden Bemerkungen. Da kann man das herauslesen. (*Abg. Mitterer: Großgrundbesitzer, Kapitalisten und so weiter!*)

Ja, sehen Sie, für Sie ist es vielleicht nur lustig, wenn man sagt: Wenn schon Opfer gebracht werden müssen ... (*Abg. Mitterer: Fad!*) Sie finden es lustig oder fad — bitte sehr, das steht Ihnen frei, lustig oder fad —, wenn wir immer wieder sagen: Muß man wirklich für die kleinen Leute, für die Rentner die Margarine teurer werden lassen, damit man die Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer ermäßigen kann? (*Abg. Glaser: Demagogischer geht's nicht mehr?*) Wenn der Staat so viel Geld hätte, daß er das auch tun könnte, könnten wir ja darüber sprechen. Aber das ist dann Demagogie? Das ist bei Ihnen Demagogie, nur wenn man darauf hinweist?

Sie haben ja einige sehr eigenartige Fachausdrücke. Es ist Demagogie, wenn man auf Tatsachen in der Gesetzgebung hinweist und sie einander gegenüberstellt. Es ist, das hat der Herr Bundeskanzler im Rundfunk gesagt, Schwarzmalerei, wenn der sozialistische Parteivorsitzende im Frühjahr dieses Jahres darauf hingewiesen hat, daß es manche Krisenanzeichen gibt. Da wurde ihm im Rundfunk gesagt, das sei Schwarzmalerei, und erst wenn man so spricht, könnte man die Krise heraufbeschwören. Ich habe mir damals gedacht, die ÖVP wird noch die Tbc damit bekämpfen, daß sie die Röntgenologen verbietet, weil sie immer nur auf jene losgeht, die Tatsachen aufzeigen, die vor Dingen warnen. Das ist keine Demagogie, und ich komme nochmals darauf zurück, weil Sie damit begonnen haben.

Wenn es Opfer zu tragen gibt — und auch das bestreiten wir, weil wir glauben, daß diese Opfer nicht aus der Entwicklung, sondern aus der über eineinhalbjährigen ÖVP-Politik resultieren —, dann reden Sie davon, daß alle gleichmäßig Opfer tragen, wenn man in einem Atemzug die Margarine verteuert und die Erbschafts- und Schenkungssteuer ermäßigt. Wenn das Aufzeigen dieser Dinge Demagogie ist, dann muß ich sagen, nehme ich langsam diesen Vorwurf von Ihrer Seite mit Freude und Stolz zur Kenntnis. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Glaser: Kollege Gratz! Darf ich eine Frage stellen: Wie erklären Sie sich, daß es in der ganzen Welt solche Erscheinungen gibt, auch in Ländern, wo eine soziali-*

Gratz

stische Regierung an der Macht ist?) Da kann ich Ihnen eines ganz kurz sagen. Daß es in der ganzen Welt Krisenerscheinungen gibt (*Abg. Glaser: Ich habe nicht Krisenerscheinungen gesagt, sondern Rezessionen!*), Rezessionerscheinungen gibt, dafür kann die Österreichische Volkspartei überhaupt nichts. Aber daß sie eineinhalb Jahre lang die Augen davor verschlossen hat, das machen wir ihr zum Vorwurf. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte nur noch darauf hinweisen, um die Hauptpunkte noch einmal darzustellen, weil man doch in der Generaldebatte abschließend die Hauptgründe seiner Ablehnung darlegen soll. Ich habe gesagt: Die Österreichische Volkspartei hat die Lasten ungerecht verteilt, sie hat, wie wir in der Spezialdebatte noch im Detail anführen werden, für einige wenige Begünstigungen geschaffen, und sie hat noch eines getan, auch darüber wird beim Kapitel Finanzen zu reden sein, sie hat in einer Art und Weise die Deckung für das Defizit ihres Budgets gesucht, die in Wirklichkeit die Gefahr bringt, daß sie der kommenden Generation die Entscheidung über ihre eigene Zukunft vermauert, weil sie sich dann gar nicht mehr zu überlegen braucht, was sie zu tun hat. Sie wird die Schulden zu zahlen haben, die diese Regierung in so kurzer Zeit akkumuliert. (*Abg. Guggenberger: Das hat der Kamitz auch gemacht! Er war auch ein Schuldenmacher, und heute wird er gelobt!*)

Hohes Haus! Darf ich noch auf eines hinweisen, weil Sie so gerne zitieren. Anscheinend muß die Österreichische Volkspartei ihren eigenen Mitarbeitern beweisen, daß sie nicht nur von ihren eigenen Leuten gelobt wird, sondern auch von Außenstehenden. In der Zeitung „Brennpunkt“, die eine Zeitung für die Mitarbeiter der Österreichischen Volkspartei ist, in diesem „Zitatenschatz“ also wird aus einem Leitartikel der „Salzburger Nachrichten“ vom 14. Oktober 1967 folgender Satz zitiert: „Natürlich, die ÖVP hat große Positiva. Sie hat mit der ‚Aktion 20‘ eine zukunftsweisende Tat vollbracht.“

Was nicht zitiert wird, ist, daß im gleichen Artikel folgende Sätze vorkommen: „Doch es wäre falsch, zu leugnen: Der gesamte Eindruck, den die Regierung derzeit bietet, ist nicht überzeugend ... Das Defizit des Budgets ist viel zu groß, gemessen an den Investitionsimpulsen, die von dem neuen Budget ausgehen. Darüber hinaus aber wurde dem Finanzminister eine Umsatzsteuererhöhung abgerungen, die genau gegen die erklärte Familienfreundlichkeit der Regierung Klaus wirkt. ... Genauso hat zum negativen Erscheinungsbild die erfolglose, vor allem aber einfallsslose Außenpolitik beigetragen.“

Warum haben Sie das nicht weiter zitiert? Ich weiß, die Frage ist rhetorisch; ich bitte um Verzeihung. (*Abg. Guggenberger: Sie zitieren ja auch immer nur die Hälfte!*) Wenn wir zitieren, dann zitieren wir zumindest nur aus solchen Artikeln, die uns zur Gänze loben, und nicht aus Artikeln, in denen nur ein einziger positiver Satz enthalten ist.

Nur noch eines: Sie haben ja hier nicht mit Ziffern operiert. Aber Herr Kollege Glaser hat in seiner einleitenden Rede gesagt: Im Durchschnitt haben sich beachtliche Verbesserungen ergeben. (*Abg. Glaser: Ja!*) Ich weiß nicht, woher Sie diese Durchschnittsziffern nehmen. Ich nehme nicht an, aus dem Bericht des Herrn Staatssekretärs Dr. Koren, den ich jetzt leider nicht hier, sondern in meiner Aktentasche habe. (*Abg. Glaser: Ich habe zum Budget gesprochen und nicht zum Koren-Bericht!*)

Das mit dem Durchschnitt ist auch so eine Sache. (*Abg. Glaser: Ich habe konkrete Ziffern genannt!*) Sie haben Ziffern genannt, daß die Arbeitslosigkeit nicht gestiegen ist. Im Bericht des Herrn Staatssekretärs ist die konkrete Ziffer enthalten, daß in der Industrie um 37.000 Beschäftigte weniger sind als noch vor einem Jahr. Daß sich das noch nicht ausgewirkt hat, Herr Kollege Glaser, ist darauf zurückzuführen, daß jetzt die geburtenschwachen Nachkriegsjahrgänge nachkommen. Ich halte die ÖVP für die Ursache vieler Übel, aber nicht des Übels, daß in den ersten drei, vier Jahren nach dem Krieg weniger Kinder auf die Welt gekommen sind. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Ich glaube nicht, daß die ÖVP etwas dafür kann, daß sich das nicht auf die Arbeitslosigkeit ausgewirkt hat; das fällt mit dem Rückgang bei den Geburtsjahrgängen zusammen.

Ich möchte jetzt nur noch — Sie sehen, ich kürze, ich lege einen Zettel nach dem anderen zur Seite — eines zum Herrn Abgeordneten Peter von der Freiheitlichen Partei sagen, der sich in seiner Rede bemüht hat, die Mitschuld der Sozialistischen Partei an den Zuständen in der — wie er gesagt hat — ernsten Stunde unseres Vaterlandes hinzustellen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß sich in meiner Einschätzung die Freiheitliche Partei seit dem vorigen Dezember als die Oppositionspartei auszeichnet, die in einer politischen Vertrauensabstimmung für die Regierung gestimmt hat. Es wundert mich daher nicht, daß Sie versuchen, nicht nur Opposition gegen die Regierung zu sein, sondern auf die andere Seite, um verschiedene andere Entscheidungen vielleicht erklären zu können, ebenso Tadel auszuteilen. (*Abg. Peter:*

5788

Nationalrat XI. GP. — 71. Sitzung — 27. November 1967

Gratz

Herr Kollege Gratz! Sie haben meine Behauptung nicht entkräftet! Gegenbeweis antreten! — Ruf bei der ÖVP: Pause!) Sagen Sie nicht „Pause“. Wenn ich antworten soll, muß ich ja zuhören. Ich kann ja nicht zu antworten beginnen, wenn der Kollege Peter noch spricht. — Ihre Behauptung von der Mitschuld haben Sie ja auf eine Hauptthese gestützt, und zu dem wollte ich jetzt kommen. Sie haben gesagt: Weil nämlich die Sozialistische Partei ihre ganze Kraft darauf verwendet hat, die Republik Österreich am Eintritt in die EWG zu hindern. Das war Ihr Hauptargument für die Mitschuld der SPÖ. Ich glaube, ich habe es richtig in Kürze wiedergegeben. *(Abg. Peter: Anders formuliert: Den falschen Weg in die EFTA geführt!)* Den falschen Weg in die EFTA. Ich habe sehr vereinfacht, aber das war jedenfalls die Substanz Ihres Arguments.

Kollege Peter! Ich möchte zum inhaltlichen Teil jetzt — das sage ich ausdrücklich — deswegen nicht Stellung nehmen, weil es die Abgeordneten unserer Fraktion in der Spezialdebatte zum Kapitel Äußeres und zur Integration ausführlich tun werden und weil ich nicht anstehe, zu gestehen, daß ich nicht auf sämtlichen Gebieten der Politik Fachmann bin. Ich könnte Ihnen daher im Detail fachlich nicht so antworten, wie es diejenigen tun werden, die in unserer Fraktion mit den Integrationsfragen beschäftigt sind.

Was auch politisch bei diesem Argument gestört hat, ist folgendes: Wir werden gerade bei der Integrationsdebatte sehr schlüssig beweisen können, daß hauptsächlich die Politik in die derzeitige Sackgasse bei den EWG-Verhandlungen geführt hat, deren Exponent Herr Vizekanzler Dr. Bock ist, der immer gesagt hat: Es gibt nur eine Lösung, eine andere Lösung wird die EWG nicht akzeptieren! Er hat von vornherein der österreichischen Bundesregierung und dem Parlament alle anderen Möglichkeiten außer derjenigen, die er vertreten hat, verbaut. Wir werden in der Spezialdebatte beweisen, daß diese Politik des Gar-nicht-Eingehens, des Gar-nicht-Verhandelns über andere Möglichkeiten in die derzeitige Sackgasse geführt hat.

Ihr Argument ist jedenfalls eine große Entlastungsoffensive für den Herrn Vizekanzler Dr. Bock, den Sie in anderem Zusammenhang sehr angegriffen haben und von dem wir auch in der Spezialdebatte beweisen werden, daß er in diese EWG-Sackgasse geführt hat. Er wird jedenfalls für Ihre Entlastungsoffensive nicht undankbar sein, da er ja in der Zeit der Koalition und umsomehr erst nachher von der Rechtfertigung gelebt hat, daß immer jemand anderer seinen Erfolg verhindert hat. Jetzt sind „die anderen“ die Sozial-

listen. *(Abg. Peter: Das widerlegt nicht meine Feststellung, daß Sie jahrelang den Weg in die EWG verhindert haben!)* Ich habe vorhin sehr offen zugegeben, daß ich auf diesem Gebiet in der Tat nicht alles genau weiß. Wenn ich das zugebe und bitte, daß man sich hier bis zur Spezialdebatte geduldet, dann geniere ich mich überhaupt nicht dafür, denn ich bin nicht für alles Fachmann.

Hohes Haus! Im Zusammenhang mit dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Abgeordneten Peter komme ich noch zu einer sehr konkreten Frage, die ich an den Herrn Bundeskanzler richte. Es wurde in Zeitungen von einer öffentlichen Kundgebung in Innsbruck berichtet, bei der der Herr Abgeordnete Peter — bis jetzt unwidersprochen — erklärt haben soll, daß die FPÖ anlässlich der oberösterreichischen Verhandlungen bei der ÖVP ihren Standpunkt in der Frage des Nationalfeiertages durchgesetzt habe. Die Feiern zu diesem Anlaß sollen in Zukunft nicht mehr unter dem Namen „Nationalfeiertag“, sondern unter dem Namen „Staatsfeiertag“ durchgeführt werden.

Ich möchte jetzt gar nicht eine Debatte über „Nationalfeiertag“ oder „Staatsfeiertag“ beginnen, sondern ich möchte vom Herrn Bundeskanzler wissen, ob es richtig ist, daß der Tausch „Patriotismus gegen Landeshauptmann“ durchgeführt wurde. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im Rahmen der Spezialdebatte möchte ich nur noch auf eines kurz eingehen, auf das Verhältnis des Parlaments zur Bundesregierung.

Zuvor möchte ich aber noch ganz kurz auf die Erläuternden Bemerkungen zu dem Bundesfinanzgesetz hinweisen. Sie sind auch diesmal wieder für jemanden, der sich gerne — je nachdem, wie er eingestellt ist — amüsieren oder ärgern will, eine Fundgrube. Ich lese — das habe ich auch im vorigen Jahr gesagt — immer wieder von neuem mit Vergnügen unter „Gesetzlichen Grundlagen“ oder „Rechtsgrundlagen“ beim Kapitel „Parlament“, wozu der Nationalrat befugt ist. Das ist, um dem Nationalrat zu erklären, was die Rechtsgrundlage für den Nationalrat ist. Das lese ich immer mit Vergnügen.

Aber etwas anderes: Wie man versucht hat, dieses Parlament von seiten der Regierung zu behandeln. Ich stehe nicht an, zuzugeben, daß auch die ÖVP-Mehrheit das insofern repariert hat, als sie ja zugestimmt und zur Kenntnis genommen hat, daß die diversen Belastungsgesetze im Zusammenhang mit dem Budget erst später verhandelt werden. Die Bundesregierung hat ein Budget vorgelegt und hat gleichzeitig in der Öffentlichkeit angekündigt, daß dazu noch einige Gesetze erforderlich sind.

Gratz

Das Faszinierende bei diesen Erläuternden Bemerkungen ist nun immer, wenn man bei der Körperschaftsteuer liest: Für das Jahr 1968 — das steht immer in den Erläuterungen, warum die Steuer in der und der Höhe, die Steuereinnahme in der und der Höhe so angenommen wurde — wurde auf die Auswirkung des Abgabenänderungsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 000, Bedacht genommen; bei der Tabaksteuer wurden die Auswirkungen des Abgabenänderungsgesetzes 1967 und der Tabaksteuergesetznovelle 1967, BGBl. Nr. 000, berücksichtigt; beim Rechnungsstempel und bei der Umsatzsteuer dasselbe, ebenso bei der Beförderungsteuer und so weiter.

Mit diesen Erläuterungen, die ja angeben sollen, warum etwas in der Höhe angenommen wird, hat man das Budget vorgelegt. Zur gleichen Zeit habe ich, wie ich eingestehen muß, als Abgeordneter noch nicht gewußt, was in den Gesetzen stehen wird. In diesem Zusammenhang sei lobend erwähnt, daß ich es als Abonnent des „Pressedienstes der Katholischen Sozialakademie“ erfahren habe, in dessen Beilage gestanden ist, was alles an Belastungsgesetzen kommt.

Ich glaube, daß das nicht die Art ist, wie die Bundesregierung das Parlament behandeln soll. Ich erkenne an, daß das geändert wurde, verbunden allerdings mit einem Zur-Kennntnis-Nehmen, daß das Defizit noch ein bißchen höher ist, weil — obwohl damit spekuliert wurde — die ÖVP diese Gesetze sicher nicht rückwirkend in Kraft setzen wird.

Ich möchte nur noch bitten — ich möchte es jetzt wirklich nicht mehr verlesen —, daß die ÖVP-Mehrheit manchmal die Entschlüsse — nicht nur die, die wir eingebracht haben, sondern auch diejenigen, die nur mit Ihren Stimmen angenommen wurden — danach durchsieht, ob die Regierung hier irgendeine Reaktion gezeigt hat. Sie betreffen den Energieplan, die Menschenrechtskonvention, die Krankenanstalten, das Pressegesetz, den Bauskandal, ein Übereinkommen für Arbeitsunfälle, ein Verkehrskonzept und einiges andere. Wir werden das bei den einzelnen Spezialkapiteln urgieren. Es handelt sich um eine ganze Reihe von Entschlüssen, zu denen keine Reaktion der Regierung vorliegt.

Wenn man als Abgeordneter nicht will, daß man die Abstimmung über Entschlüsse nur als Gymnastikübung betreibt, meint man doch damit zweifellos, daß die Regierung das tun soll, was in ihnen steht. Oder sie soll zumindest sagen, warum sie es nicht tut.

Ich richte auch hier an den Herrn Bundeskanzler die Frage, ob er bereit ist, dem Natio-

nalrat jeweils nach einem Jahr, da ja bekanntlich die hauptsächlichsten Entschlüsse in der Budgetdebatte gefaßt werden, zu berichten, was mit den Entschlüssen, außer daß sie in den Posteinlauf aufgenommen wurden, geschehen ist.

Hohes Haus! Ich habe meine Ausführungen sehr abgekürzt. Es wird sich bei der Spezialdebatte noch die Gelegenheit ergeben, auf einzelne Punkte näher einzugehen.

Wir werden aus den Gründen, die ich und meine Vorredner angeführt haben und die wir in der Spezialdebatte weiter darlegen werden, dieses Bundesfinanzgesetz mit Ausnahme des Kapitels Präsidentschaftskanzlei in den Einzelansätzen und im gesamten ablehnen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zeillinger.

Ich bringe ihm und dem Hohen Hause in Erinnerung, daß ich laut Beschluß der Präsidialkonferenz die Sitzung um 21 Uhr, also in 5 Minuten, unterbrechen muß. Der Redner hat dann die Möglichkeit, morgen fortzufahren.

Ich erteile das Wort.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich werde mit Genehmigung des Herrn Präsidenten von der Möglichkeit, morgen fortzusetzen, Gebrauch machen, denn selbst als schneller Redner werde ich nicht in der Lage sein, all das vorzubringen und zu beantworten, was jetzt in den letzten Stunden hier an Fragen aufgeworfen wurde.

Es ist überhaupt fraglich, ob ich mich als einfacher Staatsbürger hier an dieser Pseudo-aufsichtsratssitzung des Österreichischen Rundfunks beteiligen darf, nachdem ich weder ein Aufsichtsratsmitglied, wie der Kollege Glaser, noch ein Aufsichtsrats-Vorsitzenderstellvertreter, wie der Kollege Liwanec, sondern lediglich Besitzer eines Fernseh- und eines Radioapparates bin. Aber ich bin ein Mann, der eine Meinung hat und der den Standpunkt der freiheitlichen Fraktion — entschuldigen Sie, wenn wir als Freiheitliche uns in diesen alten Koalitionsstreit, der heute hier plötzlich wieder entbrannt ist, in diese Familienangelegenheit zwischen ÖVP und SPÖ einmischen — darlegen möchte. Es ist ja immer besonders kritisch und ernst, wenn Menschen, die solange — wie hier die SPÖ und ÖVP zwanzig Jahre — miteinander verheiratet waren, plötzlich nach der Scheidung über die gemeinsame Vergangenheit zu diskutieren beginnen. Die Ausbrüche haben wir heute hier erlebt.

Wenn ich hier die starke Anwesenheit sehe, so möchte ich Sie nicht enttäuschen. Ich nehme an, Sie sind nicht wegen meinen

5790

Nationalrat XI. GP. — 71. Sitzung — 27. November 1967

Zeillinger

Ausführungen hier, sondern wegen der kommenden Abstimmung. Wie Sie aus den Worten des Herrn Präsidenten hörten, wird aber diese Abstimmung erst morgen stattfinden.

Meine Damen und Herren! Bevor ich zu der Diskussion über den Österreichischen Rundfunk komme, möchte ich noch kurz eine Aufklärung über das Verhalten der Freiheitlichen vor etwa einer Stunde geben, als das Österreichische Fernsehen über Weisung des Herrn Präsidenten diesen Saal verlassen mußte. Ich möchte hier gleich vorweg sagen: Es war eine Entscheidung des Präsidenten, die wir selbstverständlich zur Kenntnis nehmen, aber Sie werden gestatten, daß sich der freiheitliche Klub mit dieser Frage noch in einer eigenen Klubsitzung befassen wird, weil wir diesen Zwischenfall als einen der ernstesten ansehen, der sich seit Monaten hier in diesem Hause abgespielt hat.

Es ging nicht darum, ob irgendein Photograph hier sein kann oder hinausgehen muß. Es ging nicht um irgendeine Genehmigung, sondern es ging einfach um die Frage, ob in diesem Hause alle Fraktionen nicht nur die gleichen Pflichten, sondern auch das gleiche Recht haben. Es ging weiters darum, ob Fragen des Rechtes einer Fraktion davon abhängen, welcher der drei Präsidenten gerade auf dem Präsidentenstuhl sitzt. Es kann nämlich morgen passieren, wenn etwa der Zweite Präsident während meiner Ausführungen den Vorsitz hat und die Sozialisten dann hinaufgehen und beim Zweiten Präsidenten protestieren, daß auch der Zweite Präsident Rundfunk oder Fernsehen aus dem Saal weist. Wir glauben, daß das doch eine Frage ist, wenn es auch im Ermessen jedes Präsidenten dieses Hauses steht, die durchgedacht werden muß. Es kann einfach das Recht einer oppositionellen Gruppe, wie es die Freiheitlichen sind, nicht davon abhängen, ob ein Präsident der sozialistischen Fraktion oder ein Präsident, der der Volkspartei angehört, den Vorsitz hat und jeweils den Vorsitz so oder so ausübt. Es war Tatsache, daß ein anderer Präsident durch längere Zeit hindurch den Vorsitz führte und das Fernsehen anwesend war und gefilmt hat. Das wurde im ganzen Haus diskutiert, es war gar kein Geheimnis. Man hat darüber gesprochen. Dieser Präsident wurde dann vom anderen Präsidenten abgelöst — es war dies kein überraschender Vorgang, es war ein Vorgang, den wir schon einige Male in diesem Hause erlebt haben —, und der neue Präsident hat plötzlich alles, was bisher geduldet wurde, für null und nichtig erklärt und hat neue Maßnahmen gesetzt.

Wir Freiheitlichen nehmen diesen Vorfall deshalb so ernst, weil diese Maßnahme einzig

und allein gegen die Fraktion der Freiheitlichen gerichtet war. Wir Freiheitlichen fühlen uns durch diese Maßnahme — das möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen — gegenüber der ÖVP und SPÖ zurückgesetzt. Es kommt gar nicht darauf an, ob nun der Fernsehfilm gesendet wird oder nicht. Tatsache ist, daß der Fernsehfilm während der Ausführungen des Redners der sozialistischen Fraktion ungehindert aufgenommen werden konnte, daß auch während der Darlegungen des Redners der Volkspartei entscheidende Phasen aufgenommen werden konnten. Der nächste Redner wäre eben dann der Freiheitliche gewesen — und da plötzlich wurden die Fernsehleute aus dem Saal gewiesen. Die Reden des ÖVP- und des SPÖ-Redners sind nun als Archivfilm festgehalten. Es handelt sich nur um einen Archivfilm, und ich weiß gar nicht, ob die rechtliche Möglichkeit besteht, einen Archivfilm, der dem Österreichischen Rundfunk gehört, wieder löschen zu lassen. Aber es könnte ja sein, daß sich morgen die Präsidenten, die der ÖVP und der SPÖ angehören, sehr wohl einigen, daß man den Film wieder freigeben könne. Dann haben Sie genau das erreicht! Und nun werden Sie verstehen, warum uns so viele gefragt haben, warum wir protestiert haben. Dann haben Sie genau erreicht, wogegen wir protestiert haben: daß nämlich der Film existiert, gesendet werden kann, und zwar nur mit den beiden Proporzparteien; denn nach wie vor sitzen Sie ja im Proporz bei Rundfunk und Fernsehen und unter Ausschaltung der Freiheitlichen. Sie werden also verstehen, daß wir dagegen unseren ... (*Der Präsident gibt ein Zeichen.*) Es wird hier geläutet, ich nehme an, daß das heißt, ich soll aufhören. (*Der Präsident gibt das Glockenzeichen.* — *Abg. Dr. Kranzlmayr: Kollege Broesigke ist im Aufsichtsrat!*) Was heißt, daß der Broesigke im Aufsichtsrat ist? Sie haben die politische Diskussion hier im Haus geführt, und das ist vom Fernsehen aufgenommen worden. Und nun soll der Broesigke im Aufsichtsrat antworten.

Präsident: Sowohl die Zwischenrufer als auch der Redner nehmen zur Kenntnis, daß es 21 Uhr ist. (*Heiterkeit.*) Der Zwischenrufer wird sich das bis morgen merken und den Zwischenruf nicht vergessen.

Abgeordneter Zeillinger (fortsetzend): Es geht der Witz verloren, wenn ich den Zwischenruf erst morgen beantworten kann.

Präsident: Sie sind witzig genug, sodaß Ihnen ein neuer einfallen wird.

Abgeordneter Zeillinger (fortsetzend): Ich wundere mich heute über nichts mehr und weiche.

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis morgen, Dienstag, den 28. November, 9 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird in der Erledigung der für die 71. Sitzung ausgegebenen Tagesordnung fortgefahren werden. Nach Beendigung der Tagesordnung

wird nach einer kurzen Unterbrechung eine weitere Sitzung mit der Beratungsgruppe XIII durchgeführt werden.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 21 Uhr 5 Minuten unterbrochen und am 28. November 1967 um 9 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 28. November 1967

Präsident: Ich nehme die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wir fahren in den Verhandlungen fort. Zur Beratung steht das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968: Spezialdebatte über die Beratungsgruppen I und II.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ) (fortsetzend): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nachdem ich die seltene Gelegenheit hatte, die ganze Nacht am Worte zu sein, möchte ich jetzt zu meinen Ausführungen kommen, da das gestern infolge Zeitablaufs nicht mehr möglich war.

Wir Freiheitlichen — ich habe das schon gestern betont — ergreifen nicht nur wegen verschiedener Unklarheiten, die hier aufgetaucht sind, sondern auch aus grundsätzlichen Gründen sehr gerne die Gelegenheit, hier in diese sogenannte Aufsichtsratsdebatte einzugreifen, bei der sich im wesentlichen ja die Aufsichtsräte und Aufsichtsratsvorsitzenden des Rundfunks und Fernsehens ihre gegenseitigen Sünden vorgehalten haben.

Ich habe gestern zum Schluß meiner Ausführungen im Namen der Freiheitlichen die Erklärung abgegeben, daß wir dem Zwischenfall, der gestern kurz vor Sitzungsende stattfand, große Bedeutung beimessen, weil er in zweifacher Hinsicht symptomatisch ist, und zwar — das konnte ich gestern noch ausführen — einerseits deswegen, weil es immer bedenklich ist, wenn diese Angelegenheit jeweils vom Vorsitzenden abhängt. Wir hatten gestern im Hause zufälligerweise zwei Vorsitzende zur gleichen Zeit: einen, der oben präsierte, und einen, der hinten Saaldiener machte und den Rundfunk hinaus-schmiß. Wir Freiheitlichen halten es für bedenklich, wenn es über Intervention — die Intervention erfolgte von sozialistischer Seite — möglich ist, daß ein Teil der Berichterstattung, ein Teil der für die Öffentlichkeit bestimmten Information, genau in dem Moment ausgeschlossen werden könnte — ich sage aus-

drücklich „könnte“ —, nachdem Sozialisten und Volkspartei gesprochen haben und der freiheitliche Sprecher zum Wort kommt.

Ich möchte noch einmal sagen: Es war gestern nicht der Zwischenfall, der das Parlament zum Siedepunkt bringen mußte, aber es kann einmal ein anderer Fall eintreten. Ich glaube, es wird notwendig werden, daß wir uns jetzt, in ruhiger Zeit, darüber unterhalten, denn wir glauben, daß Grundsätze des Parlamentarismus und der Demokratie gefährdet sind, wenn es möglich ist, daß auf Grund irgendeiner Präsidialentscheidung des Hauses die Öffentlichkeit nur über Teile der Sitzung informiert wird.

Für viel symptomatischer und für noch viel bedenklicher halten wir Freiheitlichen diesen Vorfall, diesen Zwischenfall, diesen „Hinausschmiß“ des Rundfunks aus einem ganz anderen Grunde: Es ist das selbstverständliche und unbestrittene Recht jedes Berichterstatters einer Zeitung, einer Bildzeitung, hier im Hause während der ganzen Sitzung anwesend zu sein, wie auch die Öffentlichkeit hier anwesend sein kann, und darüber die Öffentlichkeit zu informieren, in Wort und, wie wir wissen, meist auch in Bild. Der Vertreter irgendeiner ausländischen Zeitung — ich nehme irgendein Beispiel —, etwa der Vertreter der Moskauer „Prawda“, konnte gestern ohne weiteres auf der Galerie sitzen und mit seiner Kamera jede einzelne Szene und die Fortsetzung der Diskussion hier festhalten. Jedoch die Redakteure und die Vertreter des Österreichischen Rundfunks, also eines Unternehmens, das dem österreichischen Volk gehört, konnten aus dem Saal gewiesen werden! Hier beginnt die Bedenklichkeit, denn es ist wohl ausgeschlossen, daß die Vertreter des Österreichischen Rundfunks eine schlechtere Stellung haben als jeder ausländische Korrespondent.

Wir sehen allein schon an dieser Frage — man könnte daran eine ganze Reihe weiterer Fragen anschließen —, wie gefährlich die gestrige Situation war und wie notwendig es ist, daß man rechtzeitig klarstellt, welche

Zeillinger

Rechte die Abgeordneten haben und welche Rechte das Präsidium hat. Ist es eine unbestrittene Selbstverständlichkeit, daß unbeschränkt und ohne jede Zensur das, was sich im Saal hier ereignet, festgehalten und der Öffentlichkeit übermittelt werden kann?

Nur am Rande möchte ich der Vollständigkeit halber sagen: Es handelte sich gar nicht um eine Aufnahme etwa im Rahmen einer Belangsendung, sondern es handelte sich um eine Archivaufnahme. Um jeden Irrtum auszuschließen — wir wenden uns gegen das Wort „Belangsendung“, aber es hat sich leider eingebürgert —: Die Sendung des Parlaments ist abgeschlossen, und was dabei gesendet wird, bestimmen ja bedauerlicherweise — das möchte ich ausdrücklich festhalten — die politischen Parteien. Darüber hinaus ist es also dem Rundfunk und dem Fernsehen verwehrt, das gleiche zu tun, was jeder Berichterstatter in Wort und Bild tun kann. Hier besteht einerseits die Schlechterstellung der Vertreter des österreichischen Unternehmens beispielsweise gegenüber ausländischen Berichterstattern; es ist aber nicht einzusehen, warum die Zeitungsleser in Moskau ein Bild von den Vorfällen von gestern abend bekommen können, während beispielsweise der österreichische Fernseher kein derartiges Bild erhalten kann. Hier besteht also erstens die Schlechterstellung des Österreichischen Rundfunks gegenüber den anderen Massenmedien, wie Zeitungen, Bildzeitungen und so weiter. Es ist weiter die Tatsache festzustellen, daß es zu irgendeinem Zeitpunkt möglich ist, die freie Berichterstattung teilweise einzuschränken.

Hier möchte ich ganz offen sagen: Es ist gestern von sozialistischer Seite protestiert worden. Ich appelliere gerade an die Sozialisten, denn ich hatte in der Vergangenheit, als die SPÖ Regierungspartei war, den Eindruck, daß sie für gewisse Vorgänge hellhöriger waren als die durch die lange Regierungszeit stärker abgenutzte ÖVP. Meine Herren! Das heißt, daß einmal zu einem Zeitpunkt, in dem Sie eine Berichterstattung wünschen, auf Grund Ihrer Intervention in Zukunft die freie Berichterstattung ausgeschlossen werden kann. Denn es war Ihr Klubobmann, der nichts dagegen hatte, daß der „Prawda“-Mann oben sitzt, der aber dagegen protestiert hat, daß Archivaufnahmen gemacht werden, denn die Sendung hätte nicht beeinflusst werden können. (*Abg. Dr. Pittermann: Wir haben nichts dagegen, wenn der Tomicic oben in der Journalistenloge sitzt! Lassen Sie ihn oben fotografieren!*) Wir können der „Prawda“ nicht vorschreiben, daß der Chefredakteur der „Prawda“ oben sitzt und Aufnahmen macht. Außerdem müßte er mit der Kamera herkommen und filmen.

(*Abg. Dr. Pittermann: Eben!*) Das können wir auch nicht verlangen. Die schicken auch einen Vertreter, ich weiß nicht, wie er heißt. Ich hoffe (*auf eine im Saale stehende Fernsehkameraweisend*), daß der Fernseher plombiert ist und nicht etwa Geheimaufnahmen gemacht werden.

Ich glaube, daß Ihre Intervention, Herr Klubobmann Dr. Pittermann, genauso bedenklich war wie die Entscheidung, die darauf getroffen wurde. Ich zweifle nicht daran, daß, wenn Ihnen einmal etwas angenehm ist, wenn wir Freiheitlichen zum Präsidenten gehen — wir Freiheitlichen werden es nie machen, wir sind bessere Demokraten ... (*Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Ing. Kunst: Das glauben Sie selber nicht, Herr Abgeordneter!*) Darüber können wir uns unterhalten. Herr Kollege! Wir Freiheitlichen haben nicht dagegen protestiert, daß die Öffentlichkeit informiert wird. Ihr sozialistischer Klubobmann ist sofort zum Präsidenten gegangen und hat gesagt: Bitte, Herr Präsident, hier macht einer Bildaufnahmen, und das haben wir nicht erlaubt. (*Abg. Libal: Weil das nicht der Herr Bacher zu bestimmen hat, sondern der Präsident des Hauses!*) Das ist ein Irrtum! (*Abg. Libal: Nein!*) Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, was in diesem Hause geschieht. (*Abg. Weikhart: Aber nicht einseitig!*) Ich sehe nicht ein ... (*Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Meine Herren! Es war nicht Herr Bacher, sondern es war Ihr Parteifreund Kreuzer Leiter der Fernsehaufnahme. Ich weiß nicht, warum Sie ein solches Mißtrauen gegenüber Chefredakteur Kreuzer haben, denn Bacher saß oben auf der Zuschauergalerie, und Chefredakteur Kreuzer war Leiter des Aufnahmeteams und hier im Saale anwesend. Vielleicht war das der Grund, vielleicht war es ein parteiinterner Streit. Das ist nun einmal bedenklich, denn genau mit demselben Recht ... (*Abg. Ing. Häuser: Das ist jetzt Demokratie gewesen!*) Jawohl, das ist Demokratie! (*Abg. Ing. Häuser: Völlig unsachlich! — Zwischenruf des Abg. Doktor Pittermann.*) Denn mit demselben Recht, Herr Klubobmann Dr. Pittermann, mit dem Sie protestiert haben ... (*Abg. Dr. Pittermann: Was ist der Unterschied?*) Der Unterschied ist der, daß wir nie dagegen protestieren werden, daß die Öffentlichkeit über das, was im Parlament geschieht, informiert wird, daß Sie aber in dem Augenblick ... (*Abg. Doktor Pittermann: Wenn das Fernsehen die Erlaubnis vom Präsidenten hat! Das Parlament ist keine Bedürfnisanstalt, Herr Zeillinger!*) Herr Dr. Pittermann! Ich bestreite nicht das Recht des Präsidenten, diese Entscheidung zu treffen. Das habe ich gestern eindeutig gesagt. Ich bestreite auch nicht die Möglichkeit für Sie, hinzugehen und sich zu beschweren. Aber wir

Zeillinger

Freiheitlichen können uns davon distanzieren und sagen: Wir halten es für bedenklich. Denn wir könnten nun hergehen und sagen: Es paßt uns nicht, daß dort oben ein Bildjournalist der „Arbeiter-Zeitung“ sitzt, er muß hinaus! (Abg. Dr. Pittermann: Was stört das?) Warum nicht? Entschuldigen Sie: Warum darf die „Arbeiter-Zeitung“ herinnen bleiben und der Rundfunk darf nicht herinnen bleiben? Das ist das, wozu ich gesagt habe, Sie seien schlechte Demokraten. (Abg. Dr. Pittermann: Wo steht das? Er hat das Recht vom Präsidenten! — Abg. Ing. Häuser: Weil das Fernsehen hier im Saale arbeitet! Da sind andere Rechte, das sollten Sie als Abgeordneter schon wissen!) Herr Kollege, das weiß ich ganz genau. (Abg. Ing. Häuser: Da oben können alle sitzen!) Ich bestreite ja gar nicht die Möglichkeit des Präsidenten. (Abg. Ing. Häuser, den Saal verlassend: Das ist alles ein Blödsinn! — Abg. Dr. Pittermann: Laßt ihn reden!) Nein, Herr Kollege, das ist kein Blödsinn. Alles, was euch Sozialisten nicht paßt, ist ein Blödsinn. Alles ist ein Irrtum. Das ist ein Punkt, den Sie in die Verfassung aufzunehmen vergessen haben, denn das steht nirgends in der Verfassung. (Abg. Dr. Pittermann: Salzburger Heiterkeitswettbewerb: Zeillinger gegen Glaser!) Nein, Herr Vizekanzler, Sie brauchen nicht immer Salzburg so despektierlich zu nennen. Ich kann Ihnen sagen: Wir haben die große Koalition — das wird Kollege Glaser bestätigen — 1953 aufgelöst, und auch Ihre Partei ist recht froh darüber, denn wir haben zum Beispiel selbstverständlich einen sozialistischen Bürgermeister gewählt, und Sie haben gar nicht dagegen protestiert. Wir haben harte Auseinandersetzungen, das hat damit gar nichts zu tun. (Zwischenruf.) Ja selbstverständlich, der war 1953 böse. Mittlerweile sind wir aber alle einer Meinung, daß das zu einer erfreulicheren Entwicklung geführt habe.

Ich möchte wieder zu meinem Thema zurückkehren. Ich darf namens der Freiheitlichen hier deponieren, daß wir eine solche Vorgangsweise für höchst bedenklich halten. Ich darf gleichzeitig eine neu aufgeworfene Frage an das Präsidium weiterleiten: Von denjenigen, die dagegen protestiert haben, daß das Fernsehen Aufnahmen macht, wird nun festgestellt: Es bestehen gar keine Bedenken, daß das Fernsehen ununterbrochen solche Aufnahmen macht. Man nahm nur Anstoß an dem Platz, von dem aus es geschehen ist. Das ist an und für sich für Rundfunk und Fernsehen sehr interessant, aber das Präsidium wird das zu klären haben. Das heißt also: Rundfunk und Fernsehen wird jederzeit die Möglichkeit haben — ich glaube, das müßte im Präsidium rasch geklärt werden —, genauso wie die übrigen Berichterstatter während der ganzen

Sitzungen ... (Abg. Konir: Aber nicht auszuleuchten!) Jetzt wollen wir es an diesen zwei Scheinwerfern, die da oben stehen, scheitern lassen. Ich habe volles Verständnis, daß wir bei der alten Methode des vorigen Jahrhunderts stehenbleiben und vielleicht noch bei Kerzenlicht die Aufnahmen machen, aber ich glaube, man hat sogar in der Präsidialsitzung nach langem Widerstand nachgegeben, nachdem man Scheinwerfer bekämpft hat, die uns Abgeordnete ja weniger treffen als die Regierung — leid dabei tut mir die Regierung, denn diese muß die ganze Zeit hindurch in die Scheinwerfer schauen. (Abg. Horr: Da wird die FPÖ mit der Kerze gehen müssen!) Herr Kollege! Lieber weniger Wähler haben — das sage ich Ihnen ganz ehrlich — als einen solchen Standpunkt einnehmen, den Sie gestern eingenommen haben. Ich bin überzeugt: Viele Wähler der Sozialisten werden enttäuscht sein, wenn sie erfahren, daß Sie dagegen protestiert haben, daß Rundfunk und Fernsehen genauso wie eine ausländische Zeitung hier im Parlament Aufnahmen machen darf. (Abg. Horr: Drehen Sie das, was wahr ist, nicht um!)

Es wäre kein Verbrechen gewesen, im Gegenteil, es wäre sogar sehr demokratisch gewesen, wenn die gesamte Öffentlichkeit gestern abend einen Film über diese sicherlich sehr interessante Debatte, über die Ausführungen Ihres Kollegen Liwanec genauso wie über die Ausführungen des Kollegen Glaser hätte sehen können. Dann wäre vielleicht das „Pech“ gewesen, daß auch ein freiheitlicher Sprecher hineingerutscht wäre, und ich glaube, daß das der wahre Grund dabei war. Sie glauben nämlich, das Recht der Oppositionspartei gepachtet zu haben. Solange Liwanec gesprochen hat, ist das Fernsehen gelaufen. Als die zweite Oppositionspartei gesprochen hat, sind Sie plötzlich daraufgekommen, daß das ein Verstoß sei, daß es sich nicht gehört, daß im Parlament Aufnahmen gemacht werden, dann ist Ihnen plötzlich der Protest eingefallen.

Gott sei Dank gibt es aber Unterschiede. Sie stehen auf dem Standpunkt: Es ist richtig und möglich, daß wir gegen eine freie Berichterstattung in der Öffentlichkeit protestieren. Wir Freiheitlichen stehen auf dem Standpunkt: Das österreichische Unternehmen Rundfunk hat die gleichen Rechte wie jede ausländische Zeitung und jede ausländische Illustrierte. Zweitens stehen wir sehr zum Unterschied von Ihnen Sozialisten auch auf dem Standpunkt, daß eine unzensurierte, freie Übertragung aus dem Parlament auch Rundfunk und Fernsehen genauso möglich sein muß wie jeder Zeitung und jeder Illustrierten. (Abg. Dr. Kleiner: Aber nicht, daß der Herr Bacher diktiert!) Herr Kollege, das ist jetzt ein zweites Kapitel,

Zeillinger

Das war zunächst das Grundsätzliche. Ich komme auf Ihre persönlichen Sorgen zurück, wobei ich sage, man sollte nicht immer so einseitig sein und nicht immer nur bei Bacher aufhören. Es gibt ja noch ein paar andere Namen, die Ihnen besser von der Zunge gehen müßten. *(Abg. Dr. Gorbach: Besser der „Stari-Bacher“!)*

Ich glaube, daß wir eben auf verschiedenen Standpunkten stehen, nur ist es notwendig, daß man jetzt, wo es noch möglich ist, in Ruhe das ganze zu besprechen, diesen Fall klärt! Meine Herren! Der Geist, den Sie gestern gezeigt haben, ist ja nicht neu. Ich darf beide Parteien erinnern: Es ging einmal darum, ob die Journalisten das Recht haben, hier im Hause auch in den Couloirs mit den Abgeordneten zu sprechen. Es kam zu einer typisch österreichischen Lösung insofern, als man links und rechts zwei rote Schnüre gezogen hat, bis zu welchen es den Journalisten gestattet ist, mit den Abgeordneten zu sprechen. Hinter diese Schnur zu gehen, dürfen nur mehr solche wagen, die einen Abgeordneten sehr gut kennen. Wir waren uns damals alle einig, daß das dem Geiste nach eigentlich für ein Parlament unerträglich ist, denn wir sollten das Gespräch mit den Vertretern der Öffentlichkeit geradezu suchen und froh sein, wenn die Journalisten mit uns reden. *(Abg. Dr. Pittermann: Sie suchen es eh!)* Ich habe damals gesagt: Ich bin bereit, gegen diese Entscheidung des Präsidiums und der Präsidialkonferenz zu handeln. Gehen wir hinaus und geben wir die Schnur weg. Aber es hat bis zum heutigen Tag weder jemand von der SPÖ noch von der ÖVP diese Anregung der Freiheitlichen aufgegriffen. Ich möchte noch einmal sagen: Geben wir diese symbolischen Schranken weg! Sie sind symbolisch dafür, daß Sie als Abgeordnete anscheinend Angst haben — wir Freiheitlichen haben sie nicht —, zuviel mit der Öffentlichkeit in Berührung zu kommen, Angst haben, daß die Öffentlichkeit zuviel von dem, was hier in diesem Hause geschieht, erfährt.

Erlauben Sie mir, daß ich jetzt auf die Zwischenrufe zurückkomme und zu dem Gegenstand, der augenblicklich zur Debatte steht, nämlich Rundfunk und Fernsehen, Verwirklichung oder Nichtverwirklichung des Volksbegehrens, den Standpunkt der Freiheitlichen deponiere. Ich glaube schon, daß wir Freiheitlichen eine Legitimation haben, dazu zu sprechen, weil wir als einzige vom ersten Tag an nicht nur auf Plakaten und in der Öffentlichkeit, sondern auch hier im Hause um die Verwirklichung des Volksbegehrens gekämpft haben, für die Verwirklichung jenes Volksbegehrens, das die Volkspartei gemeinsam mit den Sozialisten in diesem Hause umgebracht hat.

Um es klarzustellen: Das Volksbegehren hat durch geschickte Schachzüge, an deren Legalität wir gar nicht zweifeln können, nie die Schwelle dieses Hauses überschritten. Es kann also nur dem Geist und dem Sinne nach erfüllt werden, aber die Verwirklichung des ersten Volksbegehrens haben Volkspartei und Sozialisten mit in 20 Jahren trainierter Einmütigkeit hier in diesem Hause verhindert. Das möchte ich vor allem jenen ins Stammbuch schreiben, die sich plötzlich so für das Volksbegehren begeistern, das sie noch vor einigen Jahren mit allen Mitteln und mit allen geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeiten umgebracht haben.

Es gibt aber auch noch andere Gründe, warum wir Freiheitlichen uns legitimiert fühlen. Ich darf die Kolleginnen und Kollegen, die dem Hause schon länger angehören, daran erinnern, daß es Zwischenfälle bei Rundfunk und Fernsehen und exponierte Positionen immer gegeben hat. Ich darf daran erinnern, da ist irgendwann einmal ein Fernsehfilm gedreht worden, der einer ausländischen Gesandtschaft nicht recht war, und wie immer im Leben hat man sich sehr rasch geeinigt, daß nicht die verantwortlichen Direktoren schuld waren, sondern der kleine Aufnahmemann, der den Film gedreht hat, und man hat ihn kurzerhand hinausgeschmissen. *(Abg. Peter legt ein Blatt Papier auf das Pult des Redners. — Abg. Dr. Pittermann: Haben Sie jetzt einen Gegenauftrag bekommen?)*

Nein, Herr Kollege! Aber es ist sehr interessant: Ich kann den Zettel, den ich bekommen habe, ruhig verlesen. Ich bekomme eben die Verständigung, daß über Anweisung des Präsidenten das in der Kabine mitlaufende Tonband — es wird von Rundfunk und Fernsehen immer mitgeschnitten, das ist selbstverständlich — gestoppt worden ist, weil ein Freiheitlicher spricht. Ich möchte das der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen.

Das ist der Geist, gegen den wir kämpfen. Das Band läuft immer mit, und wir können uns erinnern, daß sich mancher schon das Band ausgeliehen hat, und es ist, Herr Präsident, manchmal zu Dingen verwendet worden, mit denen wir Freiheitlichen nicht einverstanden waren. Es war eine Sendung, bei der wir Bedenken hatten, ob es korrekt war, daß man nur Teile hinausgegeben hat, weil die freiheitlichen Zwischenrufe immer wieder weggeschnitten worden sind. Wir haben aber gesagt: In einer Demokratie muß man sich manchmal solche Ungerechtigkeiten gefallen lassen. Wir halten es aber in höchstem Grade für bedenklich, daß das Band,

Zeillinger

weil es plötzlich unangenehm ist, nicht mehr ins Archiv kommt. Gehen Sie und schauen Sie im Archiv nach, was dort oftmals an Unwichtigkeiten liegt. Jetzt plötzlich wird die Anweisung gegeben, es darf nicht mitgeschnitten werden, weil dieses Thema unangenehm ist und weil man nicht will, daß vielleicht in zehn Jahren das Band aus dem Archiv herausgenommen wird und man sagen kann: Das haben die Freiheitlichen damals gesagt, davor haben die Freiheitlichen gewarnt.

Verstehen Sie nun, meine Herren Klubobmänner der ÖVP und SPÖ, warum wir dieser Situation wesentlich mehr Ernst und Bedeutung beimessen als Sie? Hier beginnt der Ungeist, hier beginnt die Demokratie gefährdet zu werden, hier beginnt der Moment, wo man glaubt, man kann, gestützt auf die Mehrheit, alles tun, man kann strafrechtliche Untersuchungen genauso verhindern, wie man verhindern kann, daß die Rede eines oppositionellen freiheitlichen Abgeordneten ins Archiv kommt, weil sie der Regierungspartei oder irgend jemand der Regierungspartei Nahestehendem aus irgendeinem Grund unangenehm ist.

Sie sehen also, daß diese Nacht der Besinnung, in der wir die Möglichkeit hatten, uns über den gestrigen Vorfall Gedanken zu machen, nicht ausgereicht hat, den Geist zu ändern. Ich lade Sie ein, Sie können jederzeit über jede Sendung das Band, welches immer mitläuft, haben, denn es wird zum Teil aufgehoben. Ich habe aber noch nie eine so mißbräuchliche Verwendung erlebt.

Irgendein Kollege, ich weiß nicht mehr, wer es war, hat gesagt: Oben dürfen sie aufnehmen. Meine Herren von der Sozialistischen Partei, ich hoffe, daß dieser Kollege jetzt aufsteht und herunterkommt und mit mir die Rechte des Rundfunks verteidigt, denn das Tonband des Rundfunks wird dort oben in der Rundfunkkabine aufgenommen, und dort haben sie dasselbe Recht wie der Journalist der „Prawda“ oder irgendeiner Zeitung. Nun stellt sich heraus, daß der dem österreichischen Volk gehörige Rundfunk nicht einmal in seiner Kabine die Aufnahmen machen kann. Das sind die Folgen der unseligen Intervention, die Sie, Herr Dr. Pittermann, gestern gemacht haben und deren Grenzen und deren Ende Sie im Moment vielleicht noch gar nicht absehen können.

Ich möchte Sie als Sozialisten aber rechtzeitig warnen. Wie oft habe ich, als Sie in der Regierung waren, gesagt: Denken Sie als Regierungspartei daran, daß auch eine Regierungspartei eines Tages in die Opposition

gehen kann. Sie haben das damals nicht ernst genommen, Sie haben darüber gelächelt. Nach den gestrigen Ausführungen Ihres Sprechers, des Abgeordneten Liwanec, muß ich aber sagen: Wie viele der Klagen, die er vorgebracht hat, haben wir Freiheitlichen schon jahrelang hier an diesem Rednerpult vorgebracht und haben bei Ihnen kein Verständnis gefunden? Wir haben gesagt: Denken Sie daran, daß Sie als Opposition eines Tages darüber klagen werden, wie man uns Freiheitliche damals behandelt hat und wie man uns heute behandelt. Und heute, wo Sie wesentlich besser behandelt werden in diesem demokratischen Kräftespiel Regierung—Opposition, als wir seinerzeit von Ihnen und der ÖVP, beschwerten Sie sich darüber.

Hier appelliere ich an Sie: Die Intervention Ihres Klubobmannes war in höchstem Grade bedenklich, und das, meine Herren, sind die Folgen. Nicht nur, daß gestern das Fernsehen hinausgeschmissen worden ist. Der Zwischenruf, den ein Kollege gemacht hat, daß die Sozialisten nur deshalb protestiert haben, weil im Saal aufgenommen wurde, stellt sich fünf Minuten später als unrichtig heraus. Der Österreichische Rundfunk wird auch in der ihm zugewiesenen Kabine — genauso wie das Fernsehen und die Journalisten hat er einen eigenen Raum —, in dem ihm vom Parlament zugewiesenen Raum an der Erfüllung seiner Pflicht, an der Information der Öffentlichkeit gehindert. Das halten wir in höchstem Grade für gefährlich. Das sind die Folgen einer Intervention, die gestern Ihr Klubobmann eingeleitet hat. Wenn der Zwischenruf Ihres Kollegen, den er vorher gemacht hat (*Abg. Peter: Der Häuser war es!*) — der Kollege Häuser war es —, ernst war — ich bin darauf eingegangen, bevor ich den Zettel bekommen habe, daß ich ihn für ernst ansehe —, dann erwarte ich, daß nach mir ein sozialistischer Sprecher herunterkommt und sich zumindest von dieser Weiterung Ihrer Intervention distanziert, denn letzten Endes hat das, was Ihr Klubobmann Dr. Pittermann gestern eingeleitet hat, zur Folge, daß die Mehrheit und das Präsidium dieses Hauses jederzeit entscheiden können, welche Teile einer Diskussion an die Öffentlichkeit kommen und von wem sie übertragen werden können. Wir stehen auf dem Standpunkt, dieses Recht der Information der Öffentlichkeit hat jede Zeitung, jede Illustrierte und selbstverständlich in gleichem Maße der dem österreichischen Volk gehörende Rundfunk. Hier distanzieren wir uns und hier unterscheiden wir uns grundsätzlich von Ihnen, wenn Sie weiterhin auf dem Boden der sozialistischen Intervention von gestern

Zeillinger

bleiben und auch diese Weiterungen hinnehmen.

Ich mache Sie aufmerksam, daß die Grenzen noch nicht gesetzt sind, daß der Prozeß, den Dr. Pittermann gestern mit dem Hinausschmiß des Fernsehens eingeleitet hat, noch viele Varianten hat. Wir könnten uns jetzt lange darüber unterhalten. Und das kann Ihnen genauso auf den Kopf fallen, wie es uns seinerzeit, als Sie noch mit der ÖVP gemeinsam die Regierung gebildet haben, auf den Kopf gefallen ist. Daher muß man vorsichtiger sein. Auch in der Schule soll man nicht immer zum Professor gehen und sagen: Herr Professor, der da hinten macht etwas, was nicht erlaubt ist. — Diese Leute waren mir in der Schule schon immer sehr bedenklich, und ich halte es in diesem Hause noch für wesentlich bedenklicher.

Meine Damen und Herren! Letzten Endes ist das, was heute geschieht, mit einer der Folgen einer Entwicklung, die Sie als Regierungspartei gemeinsam mit der Volkspartei eingeleitet haben. Nun, wo Sie in der Opposition sind, haben Sie gestern ein Klagegeld über die Benachteiligung der Opposition angestimmt. Ich habe wiederholt gesagt: Das sind ja Teile unserer Reden, die wir schon vor einigen Jahren gehalten haben, die Kollege Liwanec, der damals dem Hause noch nicht angehört hat, entweder gelesen oder ebenso von innen heraus als richtig empfunden hat. Wir Freiheitlichen halten es rein vom Standpunkt des Wechselspiels zwischen Regierung und Opposition für höchst bedenklich, wenn sich eine Oppositionspartei gegen eine Information der Öffentlichkeit wendet.

Und wenn schon die Öffentlichkeit einmal erfährt, daß sich hier im Hause die Abgeordneten, wie der Herr Präsident einmal völlig richtig gesagt hat, nicht wie in einem Mädchenpensionat verhalten, und wenn wir schon einmal kritisiert werden: Wir sind keine Kaiser, wir unterliegen der öffentlichen Kritik, und wenn Rundfunk und Fernsehen einmal dasselbe machen sollten, was die Zeitungen täglich machen — sie können es totschweigen oder, wie wir glauben, es subjektiv behandeln —, mein Gott, wir können uns unseren Teil denken, aber das ist nun einmal das Schicksal von Frauen und Männern, die in die Öffentlichkeit treten und die vor der Öffentlichkeit auftreten, daß sie eben auch der Kritik dieser Öffentlichkeit unterworfen werden.

Ich glaube, wer etwas mit Inhalt sagt und wer es in der entsprechenden Form vorbringt, der wird — vielleicht mit Ausnahme

gewisser Parteizeitungen, die immer unbelehrbar sind, das gilt für alle Parteien, ich nehme da gar keine aus — im Gesamten gesehen, sowohl beim Rundfunk wie auch bei der österreichischen Presse, immer irgendwo eine mehr oder minder gerechte Kritik gefunden haben und auch in Zukunft finden. Wir sollen nicht von vornherein den österreichischen Journalisten, seien es nun freischaffende Journalisten bei Zeitungen, bei Illustrierten, oder beim Rundfunk, von vornherein den Willen zu einer pflichtgemäßen Arbeit absprechen und auch nicht das Können für diese Arbeit.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute hier schon immer wieder den Zwischenruf gehört: „Bacher, Bacher, Bacher“. Ich möchte gleich sagen, um hier vielleicht einer Legende entgegenzutreten: Wenn Bacher auch zufällig aus Salzburg kommt, so haben wir Freiheitlichen doch keinerlei Bindungen an ihn, auch ich persönlich nicht. Aber ich glaube, man sollte den Österreichischen Rundfunk nicht allein mit einer Person identifizieren. Im Grunde genommen, meine Damen und Herren, tun Sie es ja auch gar nicht, denn es sind ja eine ganze Reihe anderer, weiterer Persönlichkeiten. Vielleicht kommen wir dann allmählich zum Schlüssel der gestrigen Diskussion.

Man sollte es eigentlich nicht für möglich halten, wie schmerzvoll der Verlust eines einzigen „Kreuzers“ sein kann. Denn im Grund genommen — das war ja, wie ich vorhin schon gesagt habe, gestern die Schußrichtung der Intervention — hat sich das ja gar nicht gegen den auf der Galerie zuhörenden Generalintendanten gerichtet, sondern gegen den Leiter der Aufnahmegruppe Parlament, den Chefredakteur Kreuzer. (*Abg. Libal: Das ist schwach!*) Entschuldigen Sie vielmals. Ich verstehe nicht, wieso das schwach sein soll, ich glaube, es zweifelt ja niemand daran.

Ich möchte gleich sagen: Der Chefredakteur Kreuzer kommt aus Ihrem Lager, war Mitarbeiter der „Arbeiter-Zeitung“. Ich möchte ihm bei Gott nicht irgendwelche Fähigkeiten absprechen. Im Gegenteil! Ich halte ihn so wie viele Journalisten für hervorragend für seinen Beruf geeignet. Ich halte ihn für einen solchen Journalisten. Ich habe seine Meinung auch beachtet und gelesen und mit Interesse verfolgt, auch zu einer Zeit, als er Chefredakteur Ihrer Zeitung war. Aber ich kann Ihnen sagen, daß er in dem Augenblick, als er aus der Parteizeitung ausgeschieden ist, plötzlich ein Mann geworden ist, den man als *Persona non grata* bezeichnet, als Person, die man unter allen Umständen

Zeillinger

bekämpfen muß. (*Abg. Dr. Kreisky: Geh'n S'! Reden Sie doch nicht so!*)

Aber entschuldigen Sie, Herr Minister, Sie waren nicht hier! (*Abg. Dr. Kreisky: Aber ja! Ich war da!*) Warum schreien wir immer: Der Bacher!? Der Bacher ist oben gesessen! Der Aufnahmeleiter der Gruppe war hier der Kreuzer. Und dagegen hat ja der Vizekanzler Dr. Pittermann protestiert! (*Abg. Dr. Kreisky: Er ist keine Persona non grata! Das ist gar nicht wahr!*) Ist er also nicht Persona non grata? Dann muß ich allerdings sagen, dann wird die Intervention Ihres Vizekanzlers immer unverständlicher. Dann kommt der Moment, wo man fragen muß: Was sind dann die Gründe gewesen, warum Sie sich dagegen gewandt haben? (*Abg. Dr. Kreisky: Das wird er Ihnen schon sagen!*)

Wir Freiheitlichen, Herr Minister, könnten viel eher klagen, wenn wir dasselbe Proporzdenken hätten wie Sie Sozialisten und Sie von der Volkspartei.

Wenn wir uns die neuen Leute im Rundfunk anschauen — nur haben wir es gar nicht so mit der Parteibrille getan wie Sie —, dann muß ich Ihnen sagen: Auf jeden Pisa folgt ein Kreuzer. Ich möchte jetzt nicht die politische Vergangenheit aller Herren im Rundfunk und Fernsehen hier aufrollen. Wir haben auch mit Verwunderung festgestellt, daß man sich eine ganze Reihe von Journalisten aus schwarzen Parteizentralen, aus roten Parteizentralen oder Parteizeitungen geholt hat. Wir sind aber jetzt nicht diejenigen, die sagen: Die Reform ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil der einmal bei der ÖVP-Zeitung war und der in der ÖVP-Zentrale.

Wir stehen auf dem Standpunkt: Jetzt muß man doch zuerst einmal schauen, was die Leute leisten. Es ist ohneweiters möglich, daß einer, der sogar haben will, daß man seine politische Vergangenheit im Ergebnis der Arbeit nicht bemerkt, objektiver ist als ein anderer. Das ist möglich. Wir können nicht von vornherein den Stab brechen. Ich verstehe nicht, warum Sie als Sozialisten immer dagegen protestieren, daß, was weiß ich, beispielsweise der Bacher, dessen politische Einstellung ich nicht kenne, die ich mir nur denken kann, etwas macht.

Dann müßten Sie ja genauso gut gegen die Sozialisten protestieren, die in den Rundfunk und das Fernsehen gerufen worden sind. Das ist Ihnen nicht unangenehm! Das heißt also mit anderen Worten: Sie sind nur dagegen, daß man den Vertrag nicht wieder so abgeschlossen hat, daß man die Posten genauso wie in der Vergangenheit aufgeteilt hat.

Meine Damen und Herren! Sie haben sich doch in der Vergangenheit auch nicht gegen die Politiker im Rundfunk gewehrt. Ich glaube, der Scheidl ist seinerzeit doch mit Ihrer Zustimmung und mit allen sozialistischen Stimmen gewählt worden. Wenn ich heute die Wahl habe, mehr politisches Gewicht oder stärkere politische Vergangenheit, dann war es doch sicher der Generalsekretär der Volkspartei, der wegen gewisser Zwischenfälle innerhalb seiner Partei in den Rundfunk abgeschoben werden mußte. Das hat den Rundfunk Hunderttausende Schilling gekostet. Trotzdem, meine Damen und Herren, haben die Sozialisten damals gar nichts daran gefunden.

Jetzt kommen wir dorthin. Ihnen ist es nämlich lieber, es werden alle Posten zwischen rot und schwarz, zwischen profilierten Roten und Schwarzen aufgeteilt. Aber Sie schreien auf und zeigen sofort mit dem Finger auf ihn, wenn einer kommt, der nicht bei einem Parteisekretariat war, der scheinbar einer Partei nur nahesteht. Sicher wird das beim Generalintendanten der Fall sein, der aber nicht ein profilierter Parteipolitiker ist. Dagegen richtet sich ja Ihr Protest. Sie protestieren gegen keinen profilierten Journalisten, der aus der Parteizentrale der ÖVP kommt. Das tun Sie deswegen nicht, damit die ÖVP nicht protestiert gegen profilierte Journalisten, die aus der SPÖ-Zentrale kommen. Sie wissen, daß wir Freiheitlichen viel zu liberal und tolerant sind, als daß wir allein wegen der Tatsache, daß sich jemand in einer Partei hervorragend betätigt hat, schon von vornherein Bedenken hätten. Wir bilden uns eine Meinung vielmehr erst dann, wenn wir seine Arbeit sehen. (*Abg. Ing. Kunst: Denken Sie ein bißchen an Oberösterreich!*) Herr Kollege, warum soll ich nicht an Oberösterreich denken? (*Abg. Probst: Er widerspricht sich doch dauernd!*) Nein, ich widerspreche mir nicht! Warum soll ich nicht an Oberösterreich denken? Was meinen Sie mit Oberösterreich? Daß in Oberösterreich die Freiheitlichen den Gleißner so gewählt haben, wie sie es in den vergangenen Jahren gemacht haben? Wir Freiheitlichen haben in derselben Woche in Salzburg einen Sozialisten gewählt. Wenn Ihnen das unangenehm war, dann hätten Sie uns das vorher sagen sollen. Dann hätten wir uns auch in Salzburg mit der ÖVP zusammensetzen müssen, wenn Sie das nicht hätten haben wollen. Dagegen, daß wir Freiheitlichen den roten Bäck in Salzburg wählten, hat noch keiner protestiert. Aber dagegen, daß wir uns woanders dasselbe Recht, nämlich das Recht der freien Entscheidung herausgenommen haben, protestieren Sie!

Man kann nicht immer nur das akzeptieren, was einem angenehm ist. Sie akzeptieren die

Zeillinger

sozialistischen Redakteure (*zur ÖVP gewendet*), Sie natürlich die ÖVP-Redakteure (*zur SPÖ gewendet*). Sie einigen sich: Reden wir ja nichts über unsere Parteileute. Aber da wagt es einer, der nicht von einer Partei kommt, auch einen Posten zu bekommen. Damit beginnt bereits der Proteststurm, der in der Öffentlichkeit auf sehr wenig Verständnis stößt.

Meine Damen und Herren, ich bin der letzte — ich habe das schon vorhin gesagt —, der sich frühzeitig ein Urteil bildet. Aber wir können nicht bestreiten, daß sich einiges geändert hat. Wir können nicht bestreiten, daß von den fünf Programmen des Rundfunks beispielsweise das Programm Ö 3 ein Interesse in der Öffentlichkeit findet, das zumindest für mich als Laien — ich bin kein profilierter Rundfunkhörer — weitgehend überraschend war. Es zeigt jedenfalls, daß die Öffentlichkeit an solchen Programmen mehr Interesse hat als an anderen. Anscheinend ist der Popularitätsgrad des Kärntners Udo Jürgens doch größer als der des Dr. Josef Klaus. Die Leute hören nämlich nach den Berichten, die wir von Rundfunk und Fernsehen bekommen, doch in weitaus größerem Maße die Unterhaltungssendungen des Programms Ö 3 und weniger die politischen Kanzlerreden, die immer wieder, vor allem vor Wahlen, konzentriert gebracht werden.

Meine Damen und Herren! Sie haben das Volksbegehren gestern mehrmals zitiert. Ich darf kurz noch etwas sagen: Das Volksbegehren wollte im wesentlichen eine Entpolitisierung. Eine Entpolitisierung ist möglich, wenn alle irgendwie politisch angehauchten Journalisten oder Fachleute entfernt werden. Es ist aber auch dadurch möglich, daß man sagt: Gehen wir in die Höhle des Löwen und nehmen wir von jeder Gruppe einen Fachmann. Da könnten wir Freiheitlichen sofort protestieren und sagen: Wo ist der profilierte Freiheitliche? Wir tun es nicht, weil ich noch einmal sage, daß wir gar nicht in dieses Proporzdenken verfallen wollen.

Aber, meine Damen und Herren, jetzt kommt dann das Zweite — und das ist jetzt der Fall, auf den ich noch als zweiten Hauptpunkt kurz zu sprechen kommen möchte. Nun kommt die Übertragung, die Berichterstattung aus dem Parlament. Nun kommt plötzlich die Tatsache, daß sich die Parlamentsparteien mit dem Rundfunk und dem Fernsehen nicht einigen können. Der Rundfunk verlangt eine freie Berichterstattung. Ich darf hier in aller Öffentlichkeit erklären: Wir Freiheitlichen bekennen uns dazu! Nun hat plötzlich die Regierungspartei gegen den Mann, den Sie auch so angreifen, dieselben Bedenken. Die Volkspartei wendet sich gegen die

Vorschläge des Bacher, die Sozialistische Partei wendet sich gegen die Person des Bacher. Das würde an und für sich, von freiheitlicher Sicht her, für den Generalintendanten sprechen. Aber herausgekommen ist die Tatsache, daß wir bis heute als eines der wenigsten Parlamente Europas keine freie Berichterstattung haben. Wir haben nach wie vor den unseligen Rundfunkproporz, der aber interessanterweise nicht vom Rundfunk kommt, denn der Rundfunk hat die freie Berichterstattung vorgeschlagen, sondern der von der Volkspartei und von den Sozialisten hier in diesem Hause aufrechterhalten wird. Wir haben jetzt die Kürzung der Sendezeiten erlebt. Es ist Ihnen gelungen, die Sendezeit der Freiheitlichen von vier auf zwei Minuten herunterzudrücken. Auch der freiheitliche Standpunkt, mag er richtig, mag er im Gegensatz zu dem der anderen sein, darf nur zwei Minuten die Öffentlichkeit erreichen, während Sie sieben und sechs Minuten die Möglichkeit haben, also wesentlich länger, Ihren Standpunkt zu übertragen.

Ich wende mich nicht nur gegen die längere Sendezeit, sondern überhaupt gegen die Tatsache, daß man in einer Demokratie und in einem Parlament, das die Demokratie verteidigen sollte, glaubt, mit Proporzminuten die Information der Öffentlichkeit dem Proporz unterwerfen zu können. Und da waren Sie sich einig, niemand hat dagegen protestiert, niemand hat den Rundfunk bei seinen Bemühungen unterstützt.

Schauen Sie sich doch in anderen Staaten die Übertragungen aus dem Parlament an. Sicher, da kommen Bilder vor, die manchmal die Öffentlichkeit schockieren. Darüber kann man reden. Aber das kann auch jeder Berichterstatte. Jeder Bildberichterstatte kann beispielsweise einen Abgeordneten, der Zeitung liest, photographieren und kann sagen: Der Abgeordnete macht im Parlament nichts anderes als schlafen und Zeitung lesen. Wir haben vor acht Tagen im deutschen Fernsehen solche Bilder gesehen. Das ist natürlich eine Gefahr. Aber deshalb, weil die Möglichkeit der Übertragung und Verbreitung von Tatsachen besteht, die wahrscheinlich in jedem Parlament vorkommen, kann man nicht sagen, Rundfunk und Fernsehen dürfen überhaupt nicht frei aus dem Parlament berichten.

Ich möchte mich jetzt in erster Linie an die Mehrheit dieses Hauses wenden: Seien doch Sie bessere Demokraten! Gestatten Sie doch dem Rundfunk wenigstens probeweise solche Sendungen! In der Reform, zu der Sie sich gestern, das möchte ich hier ausdrücklich feststellen, Punkt für Punkt bekannt haben, ist auch die freie Berichterstattung, die von

Zeillinger

der Parteipolitik nicht beeinflusste Berichterstattung, enthalten. Aber statt dessen halten Sie als Regierungsmehrheit nach wie vor den Standpunkt aufrecht: Nach dem Proporz wird übertragen, da müssen die Parteisekretariate die Reden festlegen, sieben Minuten haben wir, die teilen wir auf, zweimal $3\frac{1}{2}$ Minuten, das wird genau einstudiert, demnächst werden wir wahrscheinlich hier auch die Redner schminken, damit die Bilder in der Öffentlichkeit besser ankommen, diese $3\frac{1}{2}$ Minuten wird also fürs Fernsehen gearbeitet. Aber entschuldigen Sie: Mit einer freien und objektiven Berichterstattung hat das überhaupt nichts zu tun.

Ich darf Sie, die Sie die Mehrheit haben, fragen: Wovor haben Sie denn Angst? Wovor haben Sie denn Angst, daß Rundfunk und Fernsehen wirklich einmal eine freie Berichterstattung aus dem Parlament in die Öffentlichkeit hinausstrahlen? Und wenn Sie Mißtrauen haben — ich habe zuvor schon gesagt, Sie haben im Grunde genommen dasselbe Mißtrauen gegen die Führung von Rundfunk und Fernsehen wie die Sozialisten, die es nur etwas lautstarker im Parlament vertreten haben —, dann versuchen wir doch einige Zeit hindurch eine solche freie Berichterstattung. Aber Ihre Mehrheit hat doch bis zur Stunde jeden Versuch verhindert. Nicht einmal eine einzige Probeaufnahme durfte bisher in der freien Berichterstattung gemacht werden. Sie fürchten nämlich, daß die Öffentlichkeit dann sagen würde: Ja, das ist ja viel interessanter, wir möchten, daß die Berichterstattung in dieser Form fortgesetzt wird. Und so bleiben wir also bei jenen Proporzsendungen, wo wir Freiheitlichen entweder mit dem Taschentuch oder mit dem Kamm wacheln müssen, um das Zeichen zu geben: Jetzt möchte ich in das Fernsehen hinein. Und da wird auf die Sekunde gestoppt, und wenn die Sendezeit um ist, dann werden die Scheinwerfer, über die Sie sich so aufregen, wieder abgedreht und das Parlament verfällt wieder in seinen ruhigen Trott, von dem die Öffentlichkeit dann nur mehr durch das Wort, also nicht mehr so lebensnah erfahren kann, wie es durch das Fernsehen möglich wäre.

Meine Damen und Herren! Jetzt appellieren wir Freiheitlichen an Sie: Bleiben Sie nicht stehen bei dem Bekenntnis, das Sie gestern hier für das Volksbegehren und für die Reform des Rundfunks abgelegt haben. Machen Sie den nächsten Schritt, machen Sie den Versuch, haben Sie den Mut, zumindest probeweise einmal die freie Berichterstattung zuzugestehen. Und ich muß Ihnen zubilligen: So schlecht sind doch die Reden der ÖVP-Abgeordneten auch nicht, daß Sie Angst haben müßten, sie

könnten unkontrolliert in die Öffentlichkeit kommen. Ich glaube, so schlecht werden Sie sich doch selber nicht beurteilen. Was sind dann die Gründe? Wovor — das hat gestern leider der Kollege Glaser nicht beantwortet — haben Sie dann Angst, nachdem man hört, die Sozialisten haben Angst, daß die derzeitige Rundfunkführung, daß beispielsweise der sozialistische Chefredakteur Kreuzer die Sozialisten benachteiligt, denn er ist ja der Leiter der Aufnahmegruppe Parlament. Also davor haben die Sozialisten Angst. Aber bitte, das sind parteinterne Sachen, über die wir nichts Näheres wissen.

Aber wovor haben Sie Angst, nachdem an der Spitze des Rundfunks und Fernsehens doch ein Mann steht, der zumindest nicht offiziell dem gegnerischen Lager angehört und dem man sogar zum Vorwurf macht, daß er Ihnen nahe stehen würde. Ich darf Sie also einladen: Greifen Sie doch die Worte, die gestern Kollege Glaser gesagt hat, auf und stimmen Sie einmal dem, was der hier so oft zitierte und so angegriffene Generalintendant Bacher vorgeschlagen hat, zu und erlauben Sie wenigstens probeweise — geben Sie Ihre Mehrheit dazu her — eine freie Übertragung aus dem Parlament, so wie sie in jedem anderen Parlament der Welt eine Selbstverständlichkeit ist. Wir würden damit nicht nur dem Rundfunk, sondern der Öffentlichkeit und auch der Demokratie einen guten Dienst erweisen.

Aber leider darf ich jetzt wieder sagen: Woran scheiterte die Rundfunkreform, woran scheiterte das Volksbegehren? An der Einheitsfront von ÖVP und SPÖ hier in diesem Hause. Und woran scheitert auch jede Reform? Daß im wesentlichen ja doch noch immer im Aufsichtsrat die Vertreter politischer Parteien, aller politischen Parteien sitzen — es gab gestern deswegen ein Mißverständnis —, die die Meinungen der politischen Parteien dort wiedergeben. Im Grunde genommen wäre sowohl die ÖVP als auch die SPÖ sofort für eine Reform, wenn jede Partei 60 Prozent des Rundfunks in ihre Hände bekommen könnte. Aber nachdem zwei da sind, die 60 Prozent wollen, und man ein Unternehmen nicht auf 120 Prozent aufteilen kann, so wird es eben so lange daran scheitern, als die Parteien, sei es nun die Regierungspartei oder die Sozialistische Partei, nicht bereit sind, von ihrem Standpunkt abzugehen.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen sind bei Gott nicht mit allem einverstanden. Sie wissen, wir waren diejenigen, die damals gesagt haben: Da kann der Rundfunk gar nichts dafür. Es ist gestern über die Gebühren bei Rundfunk und Fernsehen geklagt worden. Sehen Sie, wir haben einmal über die

5800

Nationalrat XI. GP. — 71. Sitzung — 28. November 1967

Zeillinger

Fernsehgebühr geklagt. Komischerweise haben sich die Sozialisten damals zurückgehalten und haben die Fernsehgebühr als gar nicht so hoch gefunden. Sie ist nämlich unter Waldbrunner eingeführt worden, um das klarzustellen. Das war gestern ein offensichtliches Mißverständnis. Die 50 S, diese höchste Fernsehgebühr Europas, ist noch unter sozialistischer Leitung eingeführt worden. Und nun hat der Rundfunk nachgezogen. Höchst bedauerlich. Es wäre eigentlich im Grunde genommen für uns Freiheitliche der Anlaß, nun zu sagen: Das kann und das darf nicht sein. Sehen Sie, wir waren nicht erfreut darüber, aber wir haben auch gesagt: Gebt die Chance! Man muß zuerst die materielle Möglichkeit schaffen, und wir wollen sehen, was man damit anfängt.

Aber wissen Sie, was den kleinen Mann so schwer betroffen hat? Daß er auf einmal 140 S, glaube ich, waren es, zahlen mußte. Da kann aber der Rundfunk und das Fernsehen — das werden Sie als Vorsitzender des Aufsichtsrates bestätigen — gar nichts dafür, das war irgendeine technische Notwendigkeit, die sich bei der Post ergeben hat. Natürlich schimpft aber der kleine Rentner oder die kleine Frau, die das zahlen muß, auf den Rundfunk und auf das Fernsehen und nicht auf die Post, die diese Vorschreibung in der Form gemacht hat. Wir müssen also auch bei jenen sicher im Moment oft drückenden Erschwernissen immer wieder versuchen, objektiv zu bleiben.

Zweifellos sind auch wir Freiheitlichen nicht mit allem einverstanden, was geschehen ist, und auch wir werden uns nicht enthalten, wenn es notwendig ist, da und dort Kritik zu üben, aber wir begrüßen es, daß überhaupt etwas geschehen ist, und Kritik ist ja nur dort möglich, wo etwas geschieht.

Ich kann es verstehen, daß Sie etwas bedrückt und daß Sie etwas bekämpfen, was wir Freiheitlichen an und für sich begrüßen: daß nämlich die Löwelstraße und die Kärntnerstraße, also die Parteizentralen der SPÖ und der ÖVP, nicht mehr allein anschaffen — so war es doch bis vor kurzem —, sondern daß jetzt einige politisch tätige Menschen, die sich bemühen, im Beruf, bei ihrer Arbeit unabhängig zu sein, versuchen, den Einfluß der Löwelstraße und der Kärntnerstraße weitgehend auszuschalten.

Das ist der Grund, warum wir den gegenwärtigen Weg begrüßen, bejahen und unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Bevor ich als nächstem Redner dem Herrn Bundeskanzler das Wort erteile, möchte ich eine Feststellung machen: Ich habe den Herrn Abgeordneten Zeillinger

während seiner Rede bewußt nicht unterbrochen, obwohl es nach parlamentarischem Brauch nicht üblich ist, vom Rednerpult aus die Entscheidungen des Präsidenten in Diskussion zu ziehen, besonders dann, wenn es sich um einen offensichtlichen Irrtum handelt. Ich habe nämlich den Rundfunk nicht „zensuriert“, sondern der Parlamentsdirektor hat diesen darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei der Tonbandaufnahme um ein Mißverständnis handeln müsse, weil wir im Augenblick noch nicht in der anschließenden Sitzung sind, sondern in der Fortsetzung der gestrigen.

Nach der Vereinbarung der Präsidialkonferenz, an der der Obmann der freiheitlichen Fraktion teilnimmt, ist immer einstimmig festgelegt worden, welche Teile der Verhandlung in Rundfunk und Fernsehen aufgenommen werden. Andere Stellen wurden nie aufgenommen, infolgedessen konnte ich keine Zensur ausüben. *(Abg. Peter: Trotzdem lief das Band bei Zeillingers Rede, und während seiner Rede wurde das Band gestoppt! — Abg. Zeillinger: Herr Präsident! Darf das Fernsehen oben aufnehmen?)* Natürlich. *(Abg. Zeillinger: Warum ist dann der Rundfunk gestoppt worden?)*

Herr Abgeordneter Zeillinger! Nachdem sich vor Beginn der Sitzung Ihr Klubobmann bei mir entschuldigt hat, so werden wir in der nächsten Präsidialsitzung die Sache klären, und ich bitte nochmals, die üblichen parlamentarischen Formen, daß der Präsident des Hauses außer Diskussion steht, zu wahren. *(Abg. Dr. van Tongel: Bitte um das Wort!)*

Herr Bundeskanzler. *(Abg. Peter: Hier war eine Wortmeldung!)* Dann werde ich, nachdem ich bereits das Wort erteilt habe ... *(Widerspruch bei der FPÖ.)* Ich habe jetzt das Wort erteilt und pflege nicht zwei Worterteilungen gleichzeitig vorzunehmen. *(Abg. Zeillinger: Dann werden wir zwei Präsidenten gleichzeitig haben: einen oben und einen hinten! — Ruf bei der SPÖ: Wie in Oberösterreich!)*

Bundeskanzler Dr. Klaus: Sehr verehrte Abgeordnete! Das Hohe Haus hat, vor allem im Zusammenhang mit den Beratungen über das Budget 1967, eine größere Anzahl von Entschließungen gefaßt, die die Bundesregierung entweder aufgefordert haben, Regierungsvorlagen, Gesetzesvorlagen vorzubereiten oder sich im Zuge der Vollziehung gewissen Aufgaben in einer besonderen Weise zu widmen. Die meisten dieser Entschließungen sind schon im ersten Halbjahr 1967 zur Erledigung beziehungsweise zur Beantwortung an das Hohe Haus gelangt.

Wenn es einige Entschließungen gibt, die bisher noch nicht erledigt worden sind, so hängt das zum großen Teil — ich erwähne die

Bundeskanzler Dr. Klaus

gestern vom Herrn Abgeordneten Gratz angeführte Datenverarbeitung — mit der Kompliziertheit, der Kostspieligkeit und auch der Neuheit einer solchen Materie zusammen, die eine längere Bearbeitung erfordern. Im übrigen muß ich auch um Entschuldigung bitten, weil der Bearbeiter im Bundeskanzleramt, Herr Sektionschef Dr. Chaloupka, am Beginn der Herbstsession verstorben ist und die Weiterarbeit an dieser seiner Aufgabe nicht sofort in Angriff genommen werden konnte.

Ich habe mit dem Herrn Bundesparteibeamten Peter nie ein Gespräch oder eine Verhandlung darüber geführt, ob der Nationalfeiertag auf „Staatsfeiertag“ umbenannt werden soll. Ich bin genauso wie die übrigen Mitglieder der Bundesregierung in Vollziehung dieses Gesetzes an den Text, an den Wortlaut, ja an den Buchstaben dieses Gesetzes gebunden, ich fühle mich auch daran gebunden. Daher muß wohl gelten, daß wir in Österreich einen Nationalfeiertag haben.

Hinsichtlich der Entwicklungshilfe hat das Bundeskanzleramt eine doppelte Funktion. Es hat lediglich eine koordinierende Funktion hinsichtlich der Verteilung der Mittel, welche von den übrigen Ressorts mitverwaltet werden. Es hat hinsichtlich der ERP-Mittel, die der Entwicklungshilfe zugewendet werden, eine verwaltende und eine antragstellende Funktion. Das geschieht zwar außerhalb des Budgets, aber ich darf betonen, daß die Beträge jedesmal unter Berücksichtigung anderer Budgetmittel der Entwicklungshilfe zugewendet werden, damit keine Zweigleisigkeit und keine Vergeudung von Mitteln stattfindet.

Eine gesetzliche Regelung für den Österreichischen Jugendrat für Entwicklungshilfe und vielleicht überhaupt für die Heranbildung, für die Entscheidung, für die Sozialversicherung und für die sonstigen Notwendigkeiten der Entwicklungshelfer ist in Überprüfung.

Ich glaube, daß Sie, meine sehr verehrten Abgeordneten, mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, es muß uns vor allem auf die Effektivität der Mittel, die wir der Entwicklungshilfe zuwenden, ankommen. Gleichzeitig sollten wir der Jugend, den heranwachsenden Österreichern, ein Feld für ihren Idealismus, für ihr Können und für ihre Kontaktfähigkeit, für die wir Österreicher in der Welt bekannt sind, öffnen.

Das Klima gegenüber der Statistik ist tatsächlich — wie Frau Abgeordnete Dr. Firnberg gesagt hat — besser geworden. Das Bundeskanzleramt bemüht sich, dem Bundesamt für Statistik im Sinne des neuen Statistik-

gesetzes jede Unterstützung zu gewähren und ihm auch auf jenen Gebieten, die völlig neu sind, wie zum Beispiel der Mikrozensus und die Durchführung des Mikrozensus, beratend zur Seite zu stehen. Sie müssen bedenken, im Mikrozensus sind über 1000 Interviewer sozusagen in kürzester Zeit ausgebildet und eingesetzt worden. Sie sind beauftragt worden, in 35.000 Haushalten Erhebungen durchzuführen. Die Zahl der Beschwerden über Interviewer ist zur Stunde außerordentlich gering und hängt wohl damit zusammen, daß es eben nicht möglich war, schon von allem Anfang an die Instruktion der Interviewer so durchzuführen, daß Unzukömmlichkeiten nicht stattfinden. Wir werden aber selbstverständlich durch neue Unterweisungen der Interviewer trachten, diese Unzukömmlichkeiten abzustellen.

Nun, sehr verehrte Abgeordnete, gestatten Sie mir nur noch am Schlusse, daß ich zu der Frage Stellung nehme, wer im Bundeskanzleramt berufen ist, darüber zu wachen, daß das Rundfunkgesetz durchgeführt wird. Das Rundfunkgesetz bezieht sich in seinen Bestimmungen auf das Ges. m. b. H.-Gesetz. Es sind daher beide Gesetze in Betracht zu ziehen, sowohl das Ges. m. b. H.-Gesetz wie auch das Rundfunkgesetz. Das Bundeskanzleramt ist zuständig für die Vorbereitung und für die Durchführung der Gesellschafterversammlung. Hiefür ist im Bundeskanzleramt, und zwar in der Sektion des Bundespressedienstes, ein Referat für Rundfunkfragen eingerichtet worden. Der Bundeskanzler selbst ist Vorsitzender der Gesellschafterversammlung und bedient sich zur Vorbereitung der Gesellschafterversammlungen des Rundfunkreferates. Für die Überwachung der Einhaltung der meisten Bestimmungen, die das Rundfunkgesetz getroffen hat, ist jedoch durch das Gesetz der Aufsichtsrat bestimmt worden. Vor allem aber hat die Bundesregierung keinerlei Möglichkeiten, die Geschäftsverteilung, die Personalpolitik oder die Programmgestaltung des Rundfunks zu beeinflussen. Im § 2 des Rundfunkgesetzes ist ausdrücklich bestimmt, daß die Funktionen der Organe des Österreichischen Rundfunks bei Wahrung strenger Objektivität unabhängig auszuführen sind.

Ich glaube auch, daß sich in einem demokratischen Rechtsstaate die Regierung sehr zurückhalten muß, um jede Zensur oder zensurähnliche Haltung zu vermeiden. Damit ist aber nicht gesagt, daß sich die Regierung einer Kritik über Rundfunksendungen enthalten müßte, die nicht im Sinne der österreichischen Bevölkerung, nicht im Sinne unserer Politik gelegen ist. Dieses ständige Bemühen, den Rundfunk informativ, objektiv und gleich-

5802

Nationalrat XI. GP. — 71. Sitzung — 28. November 1967

Bundeskanzler Dr. Klaus

zeitig auch interessant zu gestalten, hat sich die Bundesregierung selbstverständlich zur Aufgabe gemacht.

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang ein Wort des Wissenschaftlers, des Kybernetikers Norbert Wiener in Erinnerung rufen, der einmal zu dem Begriff „Information“ eine richtige Sinndeutung gegeben hat. Norbert Wiener sagte:

Information, das ist und bedeutet Formverleihen, und dieses Formverleihen bedeutet: Anordnung der Elemente in einem System, bedeutet Strukturgestaltung, Ordnung. Der Informationsgehalt eines Systems ist das Maß des Grades der Ordnung.

In diesem Sinne sollten wir uns die Informationsaufgabe, die der Österreichische Rundfunk hat und die er erfüllt, besonders daraufhin ansehen, ob es dem Österreichischen Rundfunk gelingt, und wenn es ihm nicht gelingt, wie es ihm gelingen könnte, die Bevölkerung so zu informieren, daß es dadurch wirklich zu einer Verbesserung der Ordnung in unserer Bevölkerung kommt.

Wir haben die Aufgabe, dem Rundfunk hier zur Hand zu sein, und ich bin der festen Überzeugung, daß es bei einer solchen Zusammenarbeit gelingen muß, der österreichischen Bevölkerung jene Informationen zu geben, die es ihr ermöglichen zu wissen, was Österreichs Aufgabe im Inneren und in der Welt ist, und die es ihr auch ermöglichen, dem Rundfunk Vertrauen zu schenken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ): Hohes Haus! Es ist sonst nicht die Art der freiheitlichen Abgeordneten, den Herrn Präsidenten des Hauses in die Diskussion zu ziehen. Wenn aber der Herr Präsident vom Präsidentenstuhl aus eine Attacke gegen einen Abgeordneten reitet, dann kann dieser Grundsatz nicht aufrechterhalten werden.

Ich stelle fest: Die vom Herrn Präsidenten vor kurzem abgegebene Erklärung entspricht nicht den Tatsachen.

Heute früh hat mich der Herr Präsident angerufen und mir nahegelegt, meinem Parteifreund Zeillinger vorzuschlagen, auf den gestrigen Abendzwischenfall mit der Entfernung des Fernsehens nicht mehr zurückzukommen. Wenn dies nämlich der Fall wäre, würde er gezwungen sein, ex praesidio eine Erklärung abzugeben. Ich habe daraufhin gesagt, ich werde mich bemühen, den Kollegen Zeillinger zu erreichen. Da ich unterwegs war — ich bin ja auch später gekommen —, war mir dies nicht

möglich. Ich habe den Kollegen Zeillinger nicht erreicht. Ich habe, als ich hier eintraf, nur mehr die letzten Sätze seiner Rede gehört.

Zu diesem eben zitierten Gespräch des Herrn Präsidenten Dr. Maleta mit mir heute früh am Telephon hat sich eine Fortsetzung ergeben. Ich habe ihm nämlich erklärt, warum wir gestern abend lautstark protestiert haben. Wir hatten erfahren, daß das Fernsehen Archivaufnahmen der Reden der Kollegen Liwanec und Glaser macht. Als der Herr Präsident hereinkam, eilte ich hinauf, um ihm zu erklären, daß wir wollen, daß die Rede unseres Kollegen Zeillinger, wenn schon Archivaufnahmen durch das Fernsehen gemacht werden, auch aufgenommen werde. Ich glaube, ein nicht unbilliges Verlangen der Fairneß. Der Herr Präsident hatte aber seine Entscheidung schon getroffen und blieb, wie Sie alle wissen, meine Damen und Herren, trotz unseres Protestes bei dieser Erklärung. Das war der Grund, warum Kollege Zeillinger gestern abend ganz kurz und heute ausführlich auf diesen Tatbestand zurückgekommen ist.

Ich bestreite entschieden und verwahre mich dagegen, daß mir unterstellt wird, ich hätte mich beim Herrn Präsidenten entschuldigt. Ich hatte mich a) nicht zu entschuldigen, und b) habe ich mich nicht entschuldigt. Ich hoffe, daß der Herr Präsident ebenso fair sein wird und seine vorherige Erklärung rektifizieren wird. Ich hatte gar keinen Anlaß, mich zu entschuldigen. Im Gegenteil, ich protestierte neuerlich gegen den gestrigen Vorgang, mußte ihm aber zugestehen, daß er nicht im Bilde war, da er ja den Saal erst betrat.

Ich stelle also nochmals fest: Unser Verlangen war legitim, unser Protest war legitim, wir alle, insbesondere ich, hatten keinerlei Anlaß, uns zu entschuldigen, und ich habe mich auch nicht entschuldigt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Ich möchte jetzt keine Diskussion auslösen und fortführen. Ich stelle nur fest, daß der Herr Abgeordnete Tongel soeben davon gesprochen hat, daß er mir zugestanden hat, den Herrn Abgeordneten Zeillinger über seinen Irrtum aufzuklären. Dann war das vielleicht ein Mißverständnis um einen Terminus technicus.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann.

Abgeordneter DDr. Pittermann (SPÖ): Hohes Haus! Es hat mich eigentlich im Grunde nicht überrascht, als ich gestern gesehen habe, daß die obersten Herren der Österreichischen

DDr. Pittermann

Rundfunk Ges. m. b. H. hier auf Plätzen den Verhandlungen im Hohen Hause folgten, die sonst der Regierung vorbehalten sind. Schließlich regieren sie ja auch in Österreich. Warum sollen sie nicht dort sitzen, wo die Regierung sitzt? (*Abg. Dr. Gruber: Da ist der Freund auch oben gesessen!*) Ich habe keinen Namen genannt, sondern gesagt: die obersten Herren der Rundfunkleitung!

Der Herr Bundeskanzler hat es ja hingenommen, daß ihm durch die Zeitung bekanntgegeben wurde, daß der Herr Generalintendant gesonnen ist, seine zweiwöchentlichen Reden auf einmal im Monat zu beschränken. Offenbar als Frucht langer Verhandlungen kam dann eine Annäherung in der Weise zustande, daß der Herr Bundeskanzler dank des Entgegenkommens der Herren Bacher und Tomicic wieder zweimal monatlich, aber mit einer verkürzten Sendezeit, reden darf. Letztens Endes ist ja das Eigentum an der Österreichischen Rundfunk Ges. m. b. H., das in der Rechtsform einer Ges. m. b. H. verwaltet wird, Eigentum des österreichischen Volkes, das in diesem Fall auf Grund eines von der Mehrheit angenommenen Gesetzes von der Bundesregierung mit einem bescheidenen Anteil auch der Länder verwaltet wird. Es ist zweifellos ein Unikum im Gesellschaftsrecht, daß der Hauptgeschäftsführer einer Ges. m. b. H. bestimmt, was der Vorsitzende der Generalversammlung der Ges. m. b. H. in dem Unternehmen zu tun hat.

Ich habe nicht den Eindruck, daß die Herren so wirtschaften könnten und sich so benehmen würden, wenn man ihnen auch mit der entsprechenden Autorität entgegentritt. Daß sie sich über knieweiche Autoritäten lustig machen, ist vielleicht nicht sehr fair, aber bei der Art, in der sich die Herren schon vor der Machtergreifung im Rundfunk gegeben haben, nicht unverständlich.

Hier im Hause wollen wir auch als Oppositionspartei, daß die Autorität, die die Rechte des Hohen Hauses zu vertreten hat, stark und angesehen ist. Wir haben dem Präsidenten des Hohen Hauses, der eine hohe Parteifunktion in einer Gegenpartei bekleidet, trotzdem einmütig unsere Zustimmung zur Wahl gegeben, weil wir überzeugt waren und überzeugt sind, daß er gewillt und in der Lage ist, die dem Ansehen des Parlaments notwendige Autorität zu verkörpern und durchzusetzen. Der Herr Präsident des Hohen Hauses, dem nach der Verfassung und nach der Geschäftsordnung die Wahrung der Würde des Parlaments obliegt, hat sich dieser Aufgabe bisher gewachsen gezeigt, und er war bemüht,

bei der Erfüllung dieser Aufgabe die Zustimmung aller in diesem Hause vertretenen Fraktionen zu finden.

Das galt auch für die leidige Frage der Rundfunk- und Fernsehübertragungen aus den Sitzungen des Hohen Hauses. Niemals hat es eine Einigung darüber gegeben, daß Rundfunk und Fernsehen nach ihrem Belieben und in beliebiger Dauer die Übertragungen aus diesem Hause durchführen können. Niemals hat der Präsident des Hauses, der allein berechtigt ist, diese Erlaubnis zu geben, ihnen diese Erlaubnis erteilt.

Es ist zuletzt in einer außerordentlichen Präsidialsitzung eine provisorische Neuordnung für die Rundfunk- und Fernsehübertragungen der Verhandlungen des Hohen Hauses während der Budgetdebatte getroffen worden, der alle Fraktionen — die freiheitliche Fraktion unter ausdrücklichem Protest — beigetreten sind. Die Übertragungszeit für die Fernsehsendungen, die den Abgeordneten des Hohen Hauses zur Verfügung steht, ist von insgesamt 30 Minuten auf 15 Minuten verkürzt worden, wobei die beiden großen Fraktionen des Hauses — das möchte ich hier feststellen — nicht auf der Anwendung des Proporztes bestanden haben. Denn hätten sie darauf bestanden, dann wäre bei 15 Minuten Sendezeit für die kleinste Partei im Haus keine Sendeminute übriggeblieben. Wir haben uns zu diesem Entgegenkommen, zu diesem Abgehen von dem in der Geschäftsordnung des Hauses für die Zusammensetzung der Ausschüsse und damit maßgebend auch für die anderen parlamentarischen Aktionen festgelegten Proporz bereit gefunden, weil wir der Meinung sind, daß auch eine kleine Partei, daß auch eine Mini-Opposition (*Abg. Peter: Klein, aber oho!*) weit über das, was ihr zukommt, weil sie eben der Volksvertretung angehört, hier im Hause zu Wort kommen und die Möglichkeit haben soll, ihre Meinung den Hörern und Zusehern beim Fernsehen zu Gehör zu bringen. Nicht sind wir — das sage ich sehr offen — für eine schrankenlose Erlaubnis, in das Belieben der Generalintendantur und der übrigen Direktionen gestellt, der Übertragung aus dem Hohen Haus.

Ich habe bisher nicht gewußt, was die Freiheitliche Partei eigentlich so erregt hat, und ich bin erst bei der Rede des Abgeordneten Zeillinger daraufgekommen, daß hier irgendwo unter dem Tarnmantel „Archiv-aufnahmen für das Fernsehen“ der freiheitlichen Fraktion vom Rundfunk offenbar Zugeständnisse gemacht wurden, daß ihr Beitrag zu diesem Kapitel für Archivzwecke in

DDr. Pittermann

vollum Umfang aufgezeichnet werden soll. Meine Herren! Dazu sage ich Ihnen von unserem Standpunkt aus eines: Es gibt keine Superprotektion für eine Mini-Opposition. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Melter: Aber für den Herrn Liwanec!)* Sie sind das im Hause, wozu die Wähler Sie gemacht haben! *(Abg. Peter: Sie wissen genau, daß diese Erklärung wider Ihr besseres Wissen ist! — Zwischenruf des Abgeordneten Melter. — Abg. Peter: Echter Pittermann! — Abg. Eberhard: Schwarzer Peter, sei ruhig! — Heiterkeit.)*

Wenn der Herr Parlamentspräsident auf der Einhaltung der Verpflichtungen bestanden hat, die die Generalintendantur des Rundfunks mit Ihrer Zustimmung zu der Neuregelung eingegangen ist, dann ist er im vollen Recht gewesen. Er hat dabei unsere Unterstützung, und er wird sie auch in Zukunft haben. Das Parlament ist kein Schauobjekt. Ob und in welchem Umfang das Parlament Übertragungen aus seinem Bereich gestattet, obliegt einzig und allein den Bestimmungen der Geschäftsordnung und der Handhabung durch den Präsidenten. Jeder Journalist hat die Möglichkeit, über die Vereinigung der Parlamentsjournalisten hier auf der Journalistentribüne Platz zu nehmen und über die Verhandlungen des Hohen Hauses Berichte zu erstatten; die Geschäftsordnung des Parlaments zwingt ihn nicht einmal dazu, wahrheitsgetreue Berichte zu erstatten. *(Abg. Dr. Gorbach: Sehr gut!)* Aber es kann auch für Vertreter der Österreichischen Rundfunkgesellschaft keine Extrawürste geben! Wenn der Herr Chefredakteur Dr. Tomicic, der sich gern Dalma nennt, auf der Journalistentribüne neben oder hinter dem Vertreter der „Prawda“ Platz nehmen und berichten will, dann hat er genau dieselben Rechte wie der Vertreter der „Prawda“, aber nicht um einen Beistrich mehr Rechte als jeder andere zur Parlamentsberichterstattung zugelassene österreichische Journalist! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn wir gestatten würden, daß gewisse Unruheerscheinungen, die das öffentliche Leben auch in anderen demokratischen Staaten in unserer Nachbarschaft bereits ernstlich erschüttern, hier auf den Nationalrat, auf die österreichische Volksvertretung übergreifen, dann würden wir unseren Eid auf die Respektierung der Verfassung und der in ihr enthaltenen Demokratie wenig Ehre erweisen. Wir betrachten es bei aller Opposition gegen die Bundesregierung und gegen die Parlamentsmehrheit als Oppositionspartei des Hohen Hauses als unsere Pflicht, den frei gewählten Präsidenten des Parlaments bei der oft schwierigen Amtsführung, die ihm auferlegt ist,

unsere loyale Unterstützung jederzeit zu gewähren. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Melter: Koalition!)* Herr Melter, Sie können recht haben: Vielleicht gibt es in Österreich noch so etwas wie ein gemeinsames Bekenntnis zur und ein gemeinsames Handeln für die Demokratie — wenn Sie draußen stehen, können wir nichts machen! *(Starker Beifall bei der SPÖ und Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. van Tongel: Vor allem, wenn es Ihnen Proporzposten einbringt! — Rufe bei der SPÖ: Wie in Oberösterreich! — Abg. Ing. Kunst: Oberösterreich! — Abg. Probst: Schwarzer Peter! — Anhaltende Zwischenrufe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine Damen und Herren! Bitte sich zu beruhigen! Ich bitte um Ruhe und Aufmerksamkeit für den Redner!

Abgeordneter DDr. Pittermann *(fortsetzend)*: Herr Klubobmann Dr. Tongel! Hier möchte ich in Abwandlung eines bekannten Sprichwortes sagen *(Zwischenruf des Abg. Peter)*: Wer im Hause Peter sitzt, soll nicht mit „gleißner“ischen Worten herumwerfen! *(Neuerlicher Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Dr. van Tongel: ÖIG!)*

Ich wende mich aber nun der Regierung zu, denn das Kapitel Bundeskanzleramt ist ja Gegenstand unserer Beratung, nicht die Enttäuschung der Freiheitlichen Partei über die entgangene Show *(Zwischenruf des Abg. Melter)*, in die Sie sich widerrechtlich einschmuggeln wollten.

Herr Bundeskanzler! Ich muß mit Bedauern feststellen, daß Sie in Ihrer Stellungnahme hier vor dem Hohen Haus in keiner Weise, mit keinem Wort ein Problem berührt haben, das eigentlich seit Wochen die österreichische Öffentlichkeit beschäftigt, das Gesprächsstoff der österreichischen Presse und bei gewissen Redakteursendungen auch Gesprächsstoff im Rundfunk und im Fernsehen ist.

Wir haben jetzt — ich weiß nicht, ob es den Abgeordneten des Hohen Hauses zum Bewußtsein gekommen ist — wieder eine Neuerung in der vom Herrn Kanzler eben in so beredten philosophischen Worten geschilderten Informationstechnik des Rundfunks. Früher einmal gab es — vielleicht gibt es das jetzt noch — für die Kinder das „Traummännlein“. Jetzt gibt es für die Erwachsenen den Schulmeister. *(Abg. Peter: Und für das Parlament den Pittermann! — Abg. Weikhart: Das ist gar nicht so schlecht!)* Wir hören, wir sehen fast bei jeder Fernsehsendung Gespräche mit Schulmeister, Gespräche über Schulmeister, Gespräche von Schulmeister. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Herr Chefredakteur Dr. Schulmeister ist jetzt ein unentbehrlicher

DDr. Pittermann

Bestandteil des Fernsehprogramms geworden, und ich muß sagen, daß ich eine gewisse Bewunderung habe für das allumfassende Wissen, mit dem Herr Dr. Schulmeister nicht nur in den Sendungen der Klubobmänner oder in den Plaudereien mit dem Herrn Bundeskanzler, sondern auch in anderen zahlreichen Fernsehsendungen über alles und von allem redet. Ich glaube nur, daß man selbst dann, wenn man den Sektor unabhängige Presse unter der neuen Rundfunk-Intendantur mehr zu Wort kommen lassen will als in der Vergangenheit, doch der „Schulmeisteri“ zuviel tut. (*Neuerliche Heiterkeit bei der SPÖ.*) Es wäre besser, man würde hier das wahr machen, was man auch anderen Kollegen in der unabhängigen Presse vor der Berufung in die Rundfunk-Intendantur versprochen hat.

Aber in dieser Erklärung, Herr Bundeskanzler, die Sie soeben abgegeben haben, fehlt mir jeder Hinweis, jede Stellungnahme zu den zahlreichen Gerüchten und Berichten über die Umbildung der Bundesregierung. Ich glaube, das Hohe Haus würde es verdienen, daß angesichts dieser Flut von Gerüchten, ja mehr noch, angesichts klarer und unzweideutiger Stellungnahmen von Regierungsmitgliedern in hervorragender Funktion doch der Bundeskanzler bei der Budgetdebatte über sein Kapitel auf dieses Problem zu sprechen gekommen wäre. (*Abg. Peter: Pittermann möchte wissen, wann er wieder Vizkanzler wird! — Heiterkeit.*) Herr Abgeordneter Peter, bei Ihnen glaube ich es zu wissen: Nie! Herr Bundeskanzler, verstehen Sie doch: Wir rügen es an Ihnen — Sie mögen es manchmal als parteipolitisch einseitig auffassen —, daß Sie in Ihrer Funktion als Bundeskanzler der anderen Staatsgewalt, die die Volksvertretung verkörpert, oft nicht jenen Respekt und jene Achtung erweisen, die die Volksvertretung nach ihrer Stellung in der Bundesverfassung verdient.

Aber leider haben Sie mit Ihrer heutigen kurzen Erklärung zu Fragen, die an Sie gestellt wurden, uns für diese Behauptung eine neue Grundlage geliefert. Ja sollen denn alle Menschen in Österreich, draußen in ihren Wohnorten, in ihren Arbeitsstätten, bei ihren Unterhaltungen, sollen denn alle Zeitungen, sollen die Massenmedien zu dem Problem: Ist eine Regierungsumbildung bevorstehend, ist sie notwendig?, Stellung nehmen, nur nicht die frei gewählten Abgeordneten des österreichischen Volkes?

Ich hätte erwartet, Herr Bundeskanzler, daß Sie nach langem Schweigen doch hier diesen Anlaß der Budgetdebatte über das Kanzleramt wahrgenommen hätten, um von sich aus zu diesen Berichten eine Erklärung abzugeben, über die zu diskutieren dann im

Belieben der Abgeordneten gelegen wäre. Denn seien Sie sich doch über die Folgen im klaren, Herr Bundeskanzler. Gestern hat der Herr Abgeordnete Dr. Mussil schon geglaubt, er sieht den Weg bergauf. Ich muß Ihnen sagen, Herr Abgeordneter Mussil, solange es mit dem Dollar in der Weltmeinung bergab geht, sehe ich wenig Möglichkeiten, daß die Weltwirtschaft und die davon ja berührte österreichische Wirtschaft wieder einen Weg bergauf nehmen können. Aber was wir in Österreich nicht brauchen können, ist, daß zu dem schon vorhandenen Gefühl der Unsicherheit und der Unstabilität, das im Bereich der Weltwirtschaft durch die Schwäche der gegenwärtigen Leitwährungen Pfund und Dollar, die viel mehr „Leid“-Währungen geworden sind, hervorgerufen ist, auch noch eine zusätzliche Ungewißheit und Unsicherheit über die nächste Zukunft hinzukommt.

Wir werden selbstverständlich als Sozialisten, als politische Gegner eine von der Österreichischen Volkspartei gestellte Regierung mit demokratischen Mitteln bekämpfen, wir werden ihr entgegentreten. Aber es soll wenigstens eine Regierung sein, die regiert. In dieser Atmosphäre der Unsicherheit, die jetzt zu all der Unsicherheit, die aus der Welt zu uns hereinkommt, noch zusätzlich dazukommt, weiß doch niemand, was die allernächste Zukunft bringen wird. (*Abg. Dr. van Tongel: Glauben Sie, daß ein neuer Vizkanzler den Schilling stärken wird?*) Herr Bundeskanzler, ich habe mich heute durch einen Telefonanruf überzeugt, daß das österreichische Münzamt unter Berufung auf eine Weisung des Finanzministeriums erklärt, es könne pro Person nur für 3000 S Gold verkauft werden. Sind Sie sich denn nicht im klaren, was solche Rationierungen unzeitgemäß und unnötig, wie ich sagen möchte, für eine Stimmung in der Bevölkerung hervorrufen? Ja gerade in einer solchen Zeit braucht doch das Land eine Regierung, die weiß, was sie tut, und die handelt, so wie sie weiß, daß sie tun soll! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Dieser Zustand der Ungewißheit, dieser Zustand des Hinausschiebens von Entscheidungen, wenn man sie einmal als notwendig erkannt hat, verschärft doch die Wirkungen der Unsicherheit in der Weltpolitik und in der Weltwirtschaft, die wir ja auch in Österreich zu spüren haben.

Das österreichische Volk hat beim letzten Wahltag Ihnen, der Österreichischen Volkspartei, die Mehrheit und damit das Recht gegeben, die Regierung in Österreich zu stellen; aber nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht. Und zu Ihren Pflichten als Mehrheit gehört es, dafür zu sorgen, daß Österreich

DDr. Pittermann

ehestens eine Regierung erhält, die imstande ist, die Republik zu regieren. (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, warum die Regierungspartei, die zuerst so willfährig dem Sprecher der sozialistischen Opposition Beifall applaudiert hat, als er sich gegen die Freiheitlichen wandte, jetzt nicht applaudiert hat, nachdem er die wohl naheliegende Auswechslung der Regierung gefordert hat.

Ich erinnere mich, Herr Alt-Vizekanzler, an ein Zitat aus sozialistischem Munde: Wer vom Gegner Beifall bekommt, ist auf dem falschen Weg! — Sie haben heute Beifall vom Gegner bekommen — aber ich bin nicht der erste, der feststellt, daß Sie auf dem falschen Weg sind. Aber Ihre Partei ist offenbar auch schon dieser Meinung. (*Abg. Dr. Pittermann: In der Demokratie sind wir keine Gegner!*)

Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil Sie als Klubobmann der Sozialistischen Partei hier eine Behauptung aufgestellt haben, die ich als unwahr zurückweisen muß und die sich vor allem einmal gegen die Vertreter des Rundfunks richtet, die ihnen den Vorwurf eines Protektionismus und einer unkorrekten Haltung macht. Ich möchte hier namens der Freiheitlichen Fraktion diese haltlose und unfaire Verdächtigung gegenüber dem Rundfunk zurückweisen als derjenige, der etwas davon wissen müßte, wenn das Fernsehen irgendeine „Superprotektion“ gegenüber den Freiheitlichen angewendet und Zugeständnisse gemacht hätte. Ich erkläre hier namens der Freiheitlichen Fraktion: Diese Behauptung des Sprechers der sozialistischen Fraktion gegenüber dem Rundfunk, der sich hier nicht zur Wehr setzen kann — das ist auch Ihre Methode, immer die anzugreifen, die sich hier nicht melden können —, ist eine haltlose und unfaire Verdächtigung, an der kein Wort wahr ist. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Ich darf weiter, Herr Vizekanzler, hier mit gewisser Befriedigung feststellen, daß Sie die Karten auf den Tisch gelegt haben: Sie halten am Proporz fest, Sie bekennen sich als Sozialist — und das unterscheidet Sie von den alten Sozialdemokraten — zu der Beschränkung, zu der Zensur der freien Meinungsweitergabe, Sie sind der Ansicht, daß nicht das Argument entscheidend ist, sondern die Stärke des Betreffenden — das ist ein alter kapitalistischer Grundsatz. Ich habe nie gewußt, daß ein ehemaliger sozialistischer Parteiboss auf so kapitalistische Grundsätze, die die Sozialdemokraten bereits im vorigen Jahrhundert

überwunden haben, im Jahre 1967 zurückkommen wird. Nicht das Argument, nicht die Richtigkeit des Weges der Arbeiterschaft ist entscheidend, sondern die Stärke, das Kapital, das dahintersteht. Sie sind mehr, und Sie haben daher das Recht, mehr Übertragungszeit zu bekommen. Sie bekennen sich zum Proporz, und Sie treffen sich hier weitgehend — wie Sie es immer nennen — mit dem Vertreter des Kapitalismus, mit der Volkspartei. Das wird Ihre Wähler sehr interessieren. Sie halten an diesem Proporz fest und sind der Ansicht, daß es richtig ist. Sie sagen ja auch ganz offen wörtlich: Sie sind nicht für eine schrankenlose Übertragung.

Sehen Sie, da sind wir anderer Ansicht. Wir Freiheitlichen stehen auf dem Standpunkt, das Parlament hat nichts zu verbergen, und es zeugt von einer Haltung, die eventuell noch im vorigen Jahrhundert begründet ist, wenn Sie sagen, das Fernsehen solle einen Wortberichterstatteur hinaufsetzen und dann im Bild zeigen, was sich hier abgespielt hat. Das müssen Sie entweder noch erfinden, oder Sie sind mit Ihrem Standpunkt eben im 19. Jahrhundert stehengeblieben. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Pittermann.*) Jawohl, zum Unterschied von Ihnen, Herr Vizekanzler, möchte ich das feststellen: Wir Freiheitlichen wollen keine Extrawürste. Wir wollen auch keine Extrawurst insofern, daß Sie zum Präsidenten gehen und sagen: Bitte, Herr Präsident, der „Rote“ ist schon aufgenommen, der Freiheitliche darf nicht mehr für das Archiv aufgenommen werden! — Es war nämlich so. (*Abg. Czettel: Nein! Nein! — Abg. Dr. Pittermann: Aber laß ihn!*) Doch, es war so! Dann frage ich den Herrn Präsidenten, ob es richtig ist, daß der Klubobmann der Sozialistischen Partei protestiert und das Entfernen des Fernsehens verlangt hat, nachdem der sozialistische Sprecher aufgenommen worden war. (*Abg. Czettel: Sie haben gesagt, er habe verlangt, daß Sie nicht aufgenommen werden. Das stimmt nicht!*) Er hat zugesehen und nichts dabei gefunden, solange Liwanec aufgenommen worden ist. Als Liwanec und Glaser vorbei waren, ging er zum Präsidenten. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Am Schluß seiner Rede, als der kritische Teil vorbei war, hat er die Entfernung verlangt.

Das sind Extrawürste, Herr Vizekanzler! Solche Extrawürste verlangen wir nicht. Ich darf hier ruhig sagen: Zum Unterschied von Ihnen Sozialisten haben wir keine Angst, scheuen wir nicht die Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit kann wie die Presse auch über Rundfunk und Fernsehen erfahren, was wir Freiheitlichen hier im Parlament sagen. Sie würde sich allerdings auch sehr dafür interes-

Zeillinger

sieren, zu erfahren, wie begeistert die Regierungspartei Ihren undemokratischen Ausführungen hier Beifall gezollt hat. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Withalm. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Withalm** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich jetzt nicht mit Detailproblemen des Rundfunks beschäftigen, auch nicht mit irgendwelchen besonderen Programmen, ob mit dem „Traummännlein“ oder mit der „Schulmeisteri“, wie es Kollege Dr. Pittermann bezeichnet hat. Ich glaube, daß Sie bei Schulmeister doch etwas Gespenster gesehen haben.

Ich möchte nur eine grundsätzliche Feststellung treffen: Wir haben die Institution der Präsidialkonferenz beziehungsweise Obmännerkonferenz, und es ist bisher gelungen — und wir alle, auch die Mitglieder der Präsidialkonferenz haben allergrößten Wert darauf gelegt —, daß sich an der Praxis, einhellige Beschlüsse zu fassen, nichts ändert.

Auf Grund der Geschäftsordnung des Parlaments hat der Präsident des Hohen Hauses ohneweiters die Möglichkeit, das und jenes zu verfügen. Diese Möglichkeit ist ihm auf Grund der Geschäftsordnung gegeben. Wir haben aber trotzdem — und das war nicht immer leicht —, versucht, in der Obmännerkonferenz einhellige Beschlüsse herbeizuführen, und es ist uns praktisch bisher noch immer gelungen, wenn auch, Herr Kollege van Tongel — wie Kollege Pittermann zuvor gesagt hat —, vorige Woche am 22. November unter schärfstem Protest. Aber der Beschluß kam zustande.

Wir haben nun bisher — auch immer einhellig — in den Präsidialkonferenzen festgelegt, was vom Hörfunk und vom Fernsehen übertragen wird. In einer außerordentlichen Präsidialkonferenz in der vergangenen Woche haben wir in Anwesenheit zweier Vertreter von Rundfunk und Fernsehen das Programm der Übertragungen für den Hörfunk und für das Fernsehen bis Weihnachten festgelegt.

Meine Damen und Herren! Das stelle ich hier fest: Es war für gestern ganz genau festgelegt, was von dieser Sitzung, die die Gruppen I und II, also Oberste Organe und Bundeskanzleramt, behandelt, zu übertragen sein wird. Das wurde auch tatsächlich übertragen. Es war nicht vereinbart, daß eine weitere Übertragung durchgeführt wird. Diese Feststellung möchte ich mit aller Deutlichkeit treffen.

Was nun Ihre Ausführungen, Herr Kollege Dr. Pittermann, zur Frage Regierungsumbil-

dung anlangt, möchte ich nur einige Sätze dazu sagen. Die Regierungspartei hat sich diesbezüglich vor kurzem geäußert. Dieser Äußerung ist nichts hinzuzufügen. Diese Frage steht bei uns nicht in Diskussion. (*Ruf bei der SPÖ: Darf der Kanzler nichts dazu sagen?*) Sie werden gleich anschließend aus dem Munde des Kanzlers sicherlich genau das gleiche hören, was Sie von mir hören. (*Lebhafte Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ.*) Da gibt es bei uns ... (*Ruf bei der SPÖ: Withalm spricht vor, was der Kanzler zu reden hat! — Abg. Weikhart: Was in der Volksdemokratie der Generalsekretär ist, ist der Withalm bei der ÖVP! — Weitere lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Der Abgeordnete spricht vor dem Regierungsmitglied, so haben wir das immer praktiziert, meine Herren! (*Ruf bei der SPÖ: Withalm, die graue Eminenz!*) Sie haben das jetzt auf Ihre Art aufzufassen versucht. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis ... (*Abg. Weikhart: Wie in der Volksdemokratie: Der Generalsekretär befiehlt, der Ministerpräsident hat zu folgen!*) Herr Kollege Weikhart, nehmen Sie bitte zur Kenntnis — Sie haben das sehr heiter aufgefaßt, aber ich glaube, Sie können das sehr ernst nehmen —, nehmen Sie bitte wirklich zur Kenntnis: Es besteht diesbezüglich in unserer Partei überhaupt keine unterschiedliche Auffassung. (*Ruf bei der SPÖ: Dann muß der Bock gehen?*) Das würde Ihnen Freude bereiten, meine Damen und Herren (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), aber diese Freude machen wir Ihnen nicht! (*Nein! Nein!-Rufe bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Kreisky: Nein, den brauchen wir!*)

Meine Damen und Herren! Ich benütze den von Ihnen als sehr heiter angesehenen Anlaß sehr gerne, um gleichfalls in einer guten Stimmung — ich glaube, sie ist heute bis jetzt vorhanden —, aber doch mit allem Ernst festzustellen: Machen Sie sich nur ja nicht die geringste Hoffnung — das kam irgendwie zum Ausdruck —, daß zwischen dem Regierungschef und dem Klubobmann irgendwelche Differenzen in dieser Frage oder auch in einer anderen Frage bestünden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich kann mir vorstellen, Herr Minister Kreisky, das würde Ihnen wirklich eine große Freude bereiten. (*Abg. Dr. Kreisky: Ich hab's nicht anders erwartet!*) Das wäre sicherlich auch von einiger Bedeutung für die Entwicklung der Innenpolitik in Österreich. Das wäre Ihnen recht, wenn in der Österreichischen Volkspartei zwischen dem Regierungschef, also dem Bundesparteiobmann, und dem Klubobmann Auffassungsunterschiede bestünden, wie sie meinetwegen im Jänner dieses Jahres vor dem Parteitag der Sozialistischen Partei zwischen Ihnen und Dr. Pittermann bestanden haben und vielleicht auch noch bestehen könnten. (*Zu-*

5808

Nationalrat XI. GP. — 71. Sitzung — 28. November 1967

Dr. Withalm

stimmung bei der ÖVP.) Ja, das wäre Ihnen recht! Aber diese Freude, meine Damen und Herren, werden wir Ihnen nicht bereiten.

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Die Frage steht bei uns überhaupt nicht zur Diskussion. (*Abg. Weikhart: Volle Einheit!*) Volle Einheit, jawohl! Ich habe dem, was vor vier Wochen gesagt wurde, nichts hinzuzufügen. (*Abg. Dr. Kreisky: Sie schaffen an, und alles muß geschehen, was Sie anschaffen! Das haben wir nie bestritten!*)

Ich möchte nur eines sagen: Herr Kollege Dr. Pittermann, Sie haben gesagt, Sie wollen eine tatkräftige Regierung; gerade jetzt brauchen wir eine tatkräftige Regierung! — Jawohl, da bin ich ganz Ihrer Meinung. In einer Zeit, die uns manches aufzulösen gibt und auch noch aufzulösen geben wird, brauchen wir nicht nur eine tatkräftige Regierung, sondern auch eine Opposition, die staatsbewußt denkt, denn es werden Maßnahmen zu treffen sein. (*Abg. Mayr: Sehr richtig! — Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Das ist jetzt gar keine Kritik gewesen — ich hoffe, Sie haben es auch nicht so aufgefaßt —, sondern das war eine Feststellung, von der ich wirklich zutiefst überzeugt bin. Gerade wenn Sie gesagt haben, es kommen schwierige Zeiten auf uns zu, wir haben sie eigentlich schon, dann ist es umso notwendiger. Sie werden uns als Oppositionspartei der Regierung gegenüber keine Freude bereiten; das verlangen wir auch nicht von Ihnen, das erwarten wir auch nicht von Ihnen. Aber was wir erwarten und was wir verlangen müssen, und zwar als Österreicher verlangen müssen, ist — das gilt für die gesamte Opposition, für die kleine Oppositionspartei selbstverständlich genauso wie für die große, für die noch viel mehr —, daß in diesen Zeiten denn doch das staatspolitische Denken dem parteipolitischen Denken vorangehen muß. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Czettel: Kriegen wir jetzt eine neue Regierung oder nicht?*)

Wenn ich das, Herr Kollege Dr. Pittermann, Ihren Ausführungen entnehmen konnte, dann, glaube ich, wäre es ein wertvoller Beitrag gewesen, was Sie heute hier dem Hohen Haus zu sagen hatten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. **Klaus:** Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann sagte, daß der Rundfunk-Generalintendant Bacher eine Anordnung getroffen habe, derzufolge die Sendung des Bundeskanzlers nicht mehr vierzehntägig, sondern monatlich zu erfolgen hätte. Ich muß das richtigstellen und darf Sie, Herr

Dr. Pittermann, daran erinnern, daß auch Ihnen ein Schriftstück des Österreichischen Rundfunks in die Hand gekommen ist, in welchem die Belangsendungen des Parlaments behandelt wurden; darin steht wortwörtlich: Es wird der Vorschlag gemacht, die Sendungen des Bundeskanzlers, der Landeshauptleute und noch einiger Organe der höchsten Vollziehung des Bundes und der Länder monatlich und nicht mehr vierzehntägig durchzuführen. Diesen Vorschlag, Herr Abgeordneter Dr. Pittermann, habe ich nicht akzeptiert, sondern ich habe veranlaßt, daß meine Sendung weiterhin vierzehntägig aufrechterhalten wird. Daß ich mir dabei eine weise Beschränkung auferlegt habe und sie statt 15 Minuten nur 10 Minuten strapaziere, das, glaube ich, werden Sie mir nicht zum Vorwurf machen.

Was die Regierungsumbildung anlangt, muß ich hier festhalten, daß Fragen der Regierungsumbildung nicht zum Gegenstand der Vollziehung des Bundeskanzlers und damit auch nicht zur Debatte um das Budget des Bundeskanzleramtes gehören. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Sie schlagen sie ja vor!*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Schmitz. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Schmitz:** Hohes Haus! Ich möchte zur Frage der Goldkäufe Stellung nehmen und zunächst unterstreichen, daß der Kauf von Goldmünzen kein sehr sinnvoller Vorgang ist. Solange die Münze um 107 S gekauft wird, der innere Wert 99 S und etliches und der Rückkaufwert 104 S beträgt, wird jeder, der jetzt Gold kauft, pro Münze einen Verlust von rund 2 bis 3 S in Kauf nehmen müssen, da sich ja an der Relation Schilling—Gold nichts ändert, während er auf einem Sparkonto seine 3,5 bis 4,5 Prozent bekommt, von einer Zeichnung der Bundesanleihe ganz zu schweigen, die eine Rendite bis zu 9 Prozent bringt, wenn man die Steuerbegünstigung berücksichtigt. Ich bin mir aber völlig darüber im klaren, daß diese Rechnung vor allem von älteren Menschen, die schon mehrfach Abwertungen erlebt haben, nicht so gemacht wird, und es ist verständlich, daß schon nach der Abwertung des Pfund beim Hauptmünzamt, bei den Banken und Kreditinstituten ein stärkerer Verkauf von Goldmünzen vor sich gegangen ist, mit der sehr interessanten Reaktion, daß zum Beispiel am Montag nach der Pfundabwertung der tägliche Verkauf stark hinaufgegangen, im Laufe der nächsten Tage aber wieder merklich zurückgegangen ist. Eine der Folgen der Gerüchte, die um das Wochenende vor allem in Deutschland entstanden sind, wo allein das Wochenende,

Bundesminister Dr. Schmitz

das hier ohne Ereignis verstrichen ist, gezeigt hat, daß gar nichts geschehen ist, gar nichts beabsichtigt ist, war natürlich auch wieder eine größere Nachfrage nach Goldmünzen. Diese wird sicherlich in den nächsten Tagen genauso wieder zurückgehen, wie sie schon vorige Woche zurückgegangen ist. Es ist eine der Begleiterscheinungen, die vielleicht sogar den Vorteil hat, daß mit dem Kauf von Goldmünzen Beträge herausgeholt wurden, die bis jetzt gehortet worden sind, die nicht in Umlauf waren und die auch nicht eingelegt worden sind.

Die vom Herrn Vizekanzler außer Dienst Dr. Pittermann erwähnte Beschränkung der Einlösung von Goldmünzen auf 3000 S ist eine Maßnahme, die nur aus technischen Gründen notwendig ist, weil ja laufend eine Nachprägung erfolgen muß, es ist aber keine Kontingentierung, da es jedem unbenommen ist, nicht nur am nächsten Tag wiederzukommen, sondern auch bei jeder Bank oder Sparkasse, wo er Goldmünzen bekommt, welche zu kaufen. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Erscheinung ist absolut kein Anlaß zur Beunruhigung. Gold ist ausreichend vorhanden, und es wird auch laufend ausgeprägt.

Ich möchte aber betonen — die „Arbeiter-Zeitung“ hat vor einigen Tagen einen vorbildlichen Hinweis auf diese, ich möchte sagen, Ungeschicklichkeit, jetzt Goldmünzen zu kaufen, gegeben —, wegen der Tatsache, daß sich in der Relation Schilling—Gold nichts ändert, soll man zwar sicherlich niemandem sagen, er soll sein Geld nicht in Gold einwechseln, wenn er sich damit beruhigt, aber wenigstens wir sollen wissen, daß wir all jenen, die einen Rat von uns haben wollen, sagen müssen: Legt euer Geld in die Sparkasse, denn dafür bekommt ihr Zinsen, und ihr schlagt mit dem Kauf von Goldmünzen einen vielleicht nicht ratsamen Weg ein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kreisky (SPÖ): Hohes Haus! Ich möchte hier lediglich einige kurze Feststellungen machen. Der Herr Generalsekretär Dr. Withalm hat uns gesagt, was wir ohnedies alle wissen, daß das, was er sagt, gilt und jeder dann das zu sagen hat, was er ausgeführt hat. Dadurch ist die Sache nicht besser, sondern eher ärger geworden. Aber das macht nichts, es ist jedenfalls nützlich, daß wir das immer wieder erfahren.

Ich verstehe sehr gut, daß der Herr Generalsekretär Dr. Withalm als ein sehr ambitionierter Politiker mit diesem Zustand der Dinge durchaus nicht einverstanden ist und nun auch

haben will, daß die Opposition das sagt, was er haben will. Das kann ich ihm aber leider nicht versprechen, so weit wird das nicht gehen. *(Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist nämlich wirklich nicht möglich, daß Sie sich zum Richter aufschwingen und entscheiden, wann eine Opposition staatsbewußt ist oder nicht. Wenn Sie das hier behaupten und wenn Sie damit zum Ausdruck bringen wollen, daß Sie entscheiden, bringen Sie doch damit auch zum Ausdruck, daß Sie Art, Methode und Charakter der Opposition zu beurteilen wünschen. Das wird, wie gesagt, nicht möglich sein, und wir sollen dabei auch sehr vorsichtig sein.

In der Vergangenheit hat man immer wieder gesagt, die Opposition sei übersteigert, die Opposition habe ihre Funktion nicht erkannt und so weiter. Da soll eine Regierung und eine Regierungspartei unendlich vorsichtig sein, vor allem bei uns in Österreich, will man vermeiden, daß hier Reminiszenzen geweckt werden.

Ich möchte noch etwas sagen. Der Herr Bundeskanzler hat — wie überhaupt die Mitglieder der Bundesregierung — ein bißchen die Gewohnheit, die Debatte über ihr Kapitel mit zerstreuter Aufmerksamkeit zu verfolgen und dann nachher auf die Nebenfragen zu antworten. Auf wesentliche Dinge wird sonderbarerweise von der Regierungsbank nie geantwortet. Da muß ich sagen: Es gehört schon zur Aufgabe einer Regierung, daß man auf substantielle Fragen, die in der Diskussion aufgeworfen werden, auch substantielle Antworten gibt und nicht nur am Rande so ein bißchen herumbrodiert, wie das der Herr Bundeskanzler heute wieder getan hat.

Natürlich gehört es zum Recht der Opposition, wenn im ganzen Land die Frage einer Regierungsumbildung diskutiert wird, zu fragen, was der Herr Bundeskanzler als der Regierungschef, der ja auf Grund der Verfassung dem Herrn Bundespräsidenten die Zusammensetzung der Regierung vorzuschlagen hat, zu dieser Frage zu sagen hat. Es entsteht nämlich sonst der Eindruck — und der ist ja nicht unbegründet —, daß zwar überall in den Zeitungen von einer Regierungsumbildung geredet wird, daß man auch das Gefühl hat, der Herr Bundeskanzler hätte ein solches „face lifting“ ganz gerne, aber der Herr Generalsekretär hat ihm so etwas bis auf weiteres nicht gestattet. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Es würde also der Autorität des Bundeskanzlers nicht schaden, wenn er uns hier im Hohen Hause irgendeine Begründung für sein Verhalten liefern könnte.

Und was schließlich die Auffassungsverschiedenheiten und die Anspielung des Herrn Gene-

Dr. Kreisky

ralsekretärs betrifft (*Abg. Dr. Withalm: Es war nicht nur eine Anspielung, es war schon ziemlich deutlich!*): Wir werden auf einem Parteitag in den Parteivorstand gewählt, ungefähr 50 Männer und Frauen. Unsere Leute wählen uns in den Parteivorstand, weil sie glauben, daß wir dort etwas Vernünftiges zusagen haben, daß wir dort Meinungen vertreten und daß wir dort nicht hineingehen und uns verhalten wie in einer Kroll-Oper: Einer sagt etwas, und alle stimmen zu. Wir sind sehr froh darüber, daß bei uns gründlich diskutiert wird, daß bei uns auch oft die Meinungen aufeinanderprallen, aber daß wir nachher geschlossen für das eintreten, was wir beschlossen haben. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Nachher schon, aber es dauert nur lange!*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Probst. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Probst (SPÖ): Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler hat auf die Frage nach der Regierungsumbildung geantwortet: Eine Regierungsumbildung und damit auch eine Regierungsbildung sei nicht Sache der Vollziehung des Bundes. Hohes Haus und Herr Bundeskanzler! Diese Antwort ist falsch! (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Falsch!

In der Verfassung steht im dritten Hauptstück: Vollziehung des Bundes. A. Verwaltung. 1. Bundespräsident. 2. Bundesregierung. Im Artikel 70 Abs. 1 heißt es:

„Der Bundeskanzler und auf seinen Vorschlag die übrigen Mitglieder der Bundesregierung werden vom Bundespräsidenten ernannt. Zur Entlassung des Bundeskanzlers oder der gesamten Bundesregierung ist ein Vorschlag nicht erforderlich; die Entlassung einzelner Mitglieder der Bundesregierung erfolgt auf Vorschlag des Bundeskanzlers. Die Gegenzeichnung erfolgt, wenn es sich um die Ernennung des Bundeskanzlers oder der gesamten Bundesregierung handelt, durch den neubestellten Bundeskanzler“. (*Zwischenruf des Abg. Glaser.*)

Das alles, Herr Bundeskanzler, steht unter dem Titel „Vollziehung des Bundes“. Ihre Auskunft, Herr Bundeskanzler, war falsch und irreführend. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort ist der Herr Bundeskanzler gemeldet.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Genau diese Verfassungsbestimmung, Herr Abgeordneter Probst, die Sie vorgelesen haben, sagt ja, daß ich hier über die Bundesregierung und ihre Bildung nichts auszusagen habe, wenn ich nicht meine Kompetenzen überschreiten will. Die Vollziehung des Bundes ist nicht allein die Vollziehung der Bundesregierung, ist nicht

allein die Vollziehung des Bundeskanzlers, sondern selbstverständlich auch die des Herrn Bundespräsidenten. In welche Lage hätten Sie mich jetzt hineingebracht, wenn ich hier über Dinge eine Aussage machen würde, die erst dann, wenn auf den Vorschlag des Bundeskanzlers der Bundespräsident die Regierungsmitglieder ernannt hat, aktuell werden, wenn ich also dem Bundespräsidenten vorgegriffen hätte. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Das pfeifen ja schon die Spatzen von den Dächern!*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Spezialberichterstatte verzichtet auf das Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Beratungsgruppe I, Oberste Organe, abstimmen. Diese umfaßt: Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, Kapitel 06: Rechnungshof.

Zunächst ist getrennte Abstimmung über das Kapitel 01, Präsidentschaftskanzlei, verlangt. Ich habe diesem Verlangen gemäß § 63 Abs. 6 Geschäftsordnungsgesetz Folge zu geben und bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Über die übrigen Kapitel der Beratungsgruppe I, das sind die Kapitel 02, 03, 04 und 06, werde ich unter einem abstimmen lassen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die den Kapiteln 02, 03, 04 und 06 in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe II. Diese umfaßt: Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, Kapitel 70: Staatsdruckerei.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen beiden Kapiteln in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Robert Weisz und Genossen, betreffend Erhöhung der Witwenpension.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Nationalrat XI. GP. — 71. Sitzung — 28. November 1967

5811

Präsident

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Dienstag, den 28. November 1967, um 11 Uhr — das ist also in 5 Minuten — mit folgender Tagesordnung ein:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (630 und Zu 630

sowie 656 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XIII: Diese umfaßt: Kapitel 64: Bauten und Technik.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 55 Minuten